Nehmen Sie Platz, Madame

Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz

Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen

Nehmen Sie Platz, Madame

Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz

Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen Mai 1990

Vorwort

I

Anfang Oktober 1987: Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen spricht alles von Hoffnungswahl. Insbesondere die Frauen verknüpfen mit dieser Wahl die Hoffnung, auf dem Weg zur paritätischen Vertretung im nationalen Parlament nun endlich einen entscheidenden Schritt voranzukommen.
Die Chancen dafür scheinen gar nicht so schlecht zu stehen: Noch nie haben sich so viele qualifizierte und kompetente Frauen zur Wahl gestellt. Bei fast allen Parteien und in allen Medien ist v.a. in der Endphase des Wahlkampfes die Untervertretung der Frauen im Parlament ein wichtiges Thema. Alle scheinen fest entschlossen, dagegen etwas zu unternehmen.
19. Oktober 1987: der Tag danach. Die Enttäuschung der Frauen ist gross. Die Wahlen haben lediglich ein leichte Erhöhung des Frauenanteils von 11 auf 14.5% im Nationalrat und von 6.5 auf 10.9% im Ständerat gebracht. Die Zeitungen beginnen mit den ersten Wahlanalysen.
Warum ist die angekündigte Wende nicht eingetreten?
Weshalb ist - 16 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechtes - noch immer nicht annähernd "jeder zweite Parlamentarier eine Frau" sondern nur jede siebte?
Was brauchte es denn, damit endlich eine egalitäre Partizipation der Frauen an der politischen Macht in greifbare Nähe rücken könnte?

Solche Fragen stellten sich Ende Oktober 1987 zahlreiche Wählerinnen und Wähler, Politikerinnen und viele Frauenorganisationen. Sie bildeten auch den Ausgangspunkt für den Entscheid der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, sich mit dem Problem der Unterrepräsentation der Frauen in der Politik eingehender auseinanderzusetzen. Sie beschloss im Frühjahr 1988 - unter dem Vorsitz der damaligen Präsidentin, Dr.iur. Lili Nabholz-Haidegger - zu diesem Zweck an den politologischen Instituten der Universitäten Zürich und Bern Studien in Auftrag zu geben, welche die Hintergründe dieser Situation ausleuchten sollten.

Der vorliegende Bericht fasst die Resultate dieser Studien zusammen. Er stellt in gewisser Weise eine Fortsetzung des Berichts "Frauenpolitik" (Die Stellung der Frau in der Schweiz, Teil IV) aus dem Jahr 1984 dar, welcher u.a. die Geschichte der Schweizerischen Frauenbewegung mit deren Kampf um Frauenstimmrecht und Gleichheitsartikel, die Partizipation der Frauen in Politik sowie Gleich-

Form. 301.909 d 9.90 4500 52317/1

stellungsmassnahmen in andern Ländern zum Thema hatte. Aehnlich wie im damaligen Bericht hat die Kommission auch hier darauf verzichtet, aus den verschiedenen Forschungsberichten einen eigenen Text zu verfassen. Eine Arbeitsgruppe der Kommission begleitete die Forschungen. Das Plenum diskutierte die Resultate der Untersuchungen eingehend mit den Forscherinnen und Forschern und brachte Korrektur- und Ergänzungswünsche an. Die hier veröffentlichten Beiträge stehen jedoch in der Verantwortlichkeit der zeichnenden Autorinnen und Autoren.
Ihre eigene Einschätzung, ihre Schlüsse aus den Untersuchungen legt die Kommission im Fazit am Schluss des Berichtes dar.

II

Der Bericht "Nehmen Sie Platz, Madame!" beschränkt sich im wesentlichen auf die Untersuchung **einer** Ebene der politischen Macht, nämlich die der grossen Kammer des nationalen Parlaments, den Nationalrat.

Für diese Beschränkung sprechen drei Gründe. Erstens das Verhältnis zwischen der politischen Mobilität und der Selektion. Der Mangel an Frauen auf dieser höchsten Stufe der Verantwortlichkeit ist besonders ausgeprägt, weil sich auf dem langen Weg zur Macht die Schwierigkeiten für die Frauen multipliziert und kumuliert haben. Diese Hindernisse beim Zugang zu Entscheidungsgremien von nationaler Bedeutung gilt es zu erkennen und zu gewichten.

Zweitens: In einem föderalistischen Staat kann die Zentralgewalt Einschränkungen, welche durch die lokale Autonomie gegeben sind, kompensieren, indem sie bei der Lösung spezieller Fragen eine Pionierrolle übernimmt. Im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann zum Beispiel haben die eidgenössischen Instanzen wichtige Vorarbeiten geleistet. Auch die Analyse der Frauenvertretung in der Bundesversammlung könnte Entscheidungsgrundlagen liefern für die Wahl von Massnahmen zur Förderung der politischen Beteiligung der Frauen.

Drittens: Im ausgesprochen dezentralen politischen System der Schweiz ist der Nationalrat so etwas wie ein gemeinsamer Nenner. Wer ihn untersucht, hat einerseits einen Bereich von überregionalem Interesse vor sich, anderseits ist der Bereich so übersichtlich, dass er auch mit bescheidenen finanziellen Mitteln erforscht werden kann.

Die vorliegende Studie mag zwar inbezug auf das Analyseobjekt beschränkt erscheinen. Sie versucht jedoch, diese Begrenzungen durch verschiedene konzeptuelle und methodologische Annäherungsversuche wettzumachen. So wird nicht nur der Zugang zu den Entscheidungsfunktionen via Wahlen untersucht, sondern auch die Art und Weise des Zugangs zu diesem Selektionsprozess. Ausserdem werden die drei

wichtigsten der betroffenen Personengruppierungen in die Untersuchung einbezogen, nämlich die Kandidaten und Kandidatinnen, die Wähler und Wählerinnen sowie die Parteien. Die verwendeten methodischen Instrumente sind deshalb sehr heterogen. Die empirischen Daten wurden mit den Methoden der Meinungsforschung, mit Tiefeninterviews, Fragebogen und Sekundäranalysen erhoben.

III

Der Bericht über die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz gliedert sich in acht Kapitel:

Er beginnt mit einem Blick über die Grenzen hinaus auf die Situation der Frauen im Ausland. Unter dem Titel "Ausländische Modelle zur Frauenförderung im Bereich der Politik" präsentieren **Rosie Bitterli** und **Véronique Ducret** einen Ueberblick über die aktuelle Repräsentation der Frauen in den Parlamenten anderer Länder und stellen Massnahmen vor, welche in den letzten Jahren im Ausland zur Verbesserung der politischen Vertretung der Frauen diskutiert und durchgeführt wurden.

Im zweiten Kapitel - "Die Frauenvertretung im Nationalrat" - stellt **Than-Huyen Ballmer-Cao** zunächst die aktuelle Situation in bezug auf die Repräsentation der Frauen auf verschiedenen Ebenen der schweizerischen Politik dar und zeichnet dann die Entwicklung der Frauenvertretung im Nationalrat seit Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes nach. Ihre Studie analysiert anhand offizieller Statistiken und eigener Untersuchungen verschiedene Aspekte und Ursachen der weiblichen Untervertretung im Parlament.

Nach dieser Analyse nüchterner Zahlen und Fakten wechselt die Perspektive. Unter dem Titel "Die Frauen im Wahlkampf" erörtert Than-Huyen Ballmer-Cao die Frage, wie Frauen überhaupt Kandidatinnen für den Nationalrat werden und welche Erfahrungen sie im Wahlkampf mit ihren Parteien, den Medien und mit sich selber machen. Grundlage für dieses (wie auch z.T. für das folgende) Kapitel bilden Interviews, welche die Autorin mit Kandidatinnen und mit ParteipräsidentInnen durchführte.

Im vierten Teil - "Frauen und ihre Wahlresultate" - untersucht Than-Huyen Ballmer-Cao wiederum am Beispiel der Nationalratswahlen, wie wahltechnische und sozioökonomische Faktoren die Wahlchancen der Kandidatinnen beeinflussen. Im Anschluss daran geben Kandidatinnen Auskunft darüber, wie sie ihre Wahlniederlage erlebten und was sie von Förderungsmassnahmen halten.

Die Frauen (und Männer) als Wählende sind Thema des fünften Teilberichts. **Claude Longchamp** untersucht unter dem Titel "Das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich" anhand der eidgenössischen Wahlen von 1971 bis 1988 Unterschiede zwischen Frauen und Männern in ihrer Teilnahme an Wahlen und in ihrer politi-

schen Orientierung sowie die Frage, welche Rolle das Geschlecht der Kandidierenden beim Wahlentscheid spielt. Grundlage seines Berichtes bilden die VOX-Analysen der Eidgenössischen Wahlen sowie UniVOX-Analysen zum Thema "Direkte Demokratie".

Ebenfalls mit der Seite der Wählenden bzw. der Wahlberechtigten befasst sich das sechste Kapitel - "Einstellungen zu Frauenförderungsmassnahmen bei Nationalratswahlen". **Regula Stämpfli** stellt die Ergebnisse einer im Rahmen der VOX-Analyse der Nationalratswahlen 1987 durchgeführten Zusatzbefragung dar. Dabei ging es im wesentlichen darum, an einer repräsentativen Stichprobe der Wahlberechtigten zu untersuchen, wie Herr und Frau Schweizer die Untervertretung der Frauen in der schweizerischen Politik wahrnehmen, was sie von Förderungsmassnahmen - insbesondere von Listengestaltungsmassnahmen und von festgelegten Mandatsquoten - halten und was sie von Politikerinnen erwarten.

Das siebte Kapitel führt wiederum zurück zu denjenigen, welche allfällige Massnahmen zum Abbau des Repräsentationsdefizits der Frauen initiieren und durchführen müssten - zu den Parteien. **Katharina Belser** und **Véronique Ducret** versuchten, mit einer Umfrage bei den Sekretariaten der Kantonalparteien in der ganzen Schweiz einen Ueberblick über den aktuellen Stand der Diskussion in der Schweiz zu gewinnen. Sie wollten dabei v.a. wissen, ob und auf welche Weise die Parteien bei den Nationalratswahlen 1987 ihre Kandidatinnen besonders förderten und welche Massnahmen sie für den Wahlkampf 1991 vorsehen.

In ihrem abschliessenden Fazit reflektiert die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen aus ihrer Sicht die wichtigsten Ergebnisse der sieben Teilstudien und fügt ihnen eigene Ueberlegungen bei. Sie ist sich bewusst, dass die Studien wenig überraschende Ergebnisse erbracht haben, sondern vielmehr bereits Bekanntes oder zumindest Erahntes bestätigen konnten. Trotzdem hält sie die vorliegenden Erkenntnisse für wertvoll und v.a. für alle jene nützlich, welche sich mit der aktuellen Situation der Frauen in der schweizerischen Politik nicht zufrieden geben, sondern sie verändern wollen. Die Kommission gibt in ihrem Fazit deshalb Denkanstösse und Hinweise darauf, wie eine Schweiz von morgen aussehen könnte, in der Frauen und Männer gleichermassen an der politischen Arbeit und Macht partizipieren, und sie skizziert mögliche Schritte, die auf den Weg in eine solche Zukunft führen könnten.

IV

Die eidgenössischen Wahlen 1991 stehen vor der Tür. Bei Erscheinen dieses Berichtes sind die Vorbereitungen für den Wahlkampf in vollem Gang. Dass es mit den Klagen über die Untervertretung der Frauen und mit dem Hoffen auf Veränderung allein nicht getan ist, haben die Erfahrungen von 1987 schmerzhaft gezeigt. Konkretes Handeln von PolitikerInnen, Parteien und WählerInnen ist gefragt, wenn

sich 20 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts und 10 Jahren nach der Verankerung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Bundesverfassung auch an der politischen Machtverteilung zwischen den Geschlechtern etwas verändern soll. Zu solchem Handeln möchte die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen mit ihrem neuesten Bericht anregen.

Die in diesem Bericht festgehaltenen Erkenntnisse und Ueberlegungen wurden nicht mit dem Bundesrat abgesprochen und verpflichten ihn in keiner Art und Weise.

Zum Schluss möchten wir allen am Zustandekommen dieses Berichtes beteiligten Personen für ihre Arbeit und ihr Engagement ganz herzlich danken. In erster Linie geht dieser Dank an die Autorinnen und Autoren der Forschungsberichte, an die Forschungsstelle für Politische Wissenschaft der Universität Zürich, an das Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern sowie an die Mitglieder der Arbeitsgruppe, Frau Alma Bacciarini, Herrn Dr. Alberto Godenzi und Frau Dr. Ruth Hungerbühler, welche die Untersuchungen begleitet haben. Den Mitglieder des Kommissionssekretariates, Frau Katharina Belser, Frau Rosie Bitterli, Frau Dr. Claudia Kaufmann und Frau Verena Laedrach-Feller danken wir für die Mitarbeit an der Konzeption und Koordination des Berichtes sowie für die Schlussarbeiten. Zu danken bleibt schliesslich den beiden Uebersetzerinnen, Mme Francine Matthey und Frau Dr. Elisabeth Veya für ihre sorgfältige Uebertragung der Originalmanuskripte ins Französische bzw. ins Deutsche.

Eidg. Kommission für Frauenfragen
Die Präsidentin

Dr. Judith Stamm

Inhaltsverzeichnis Seite

Vorwort I

Kapitel 1
Ausländische Modelle zur Frauenförderung im Bereich der Politik
von Rosie Bitterli und Véronique Ducret

	Einleitung	1
1.	Ausgangslage	3
1.1.	Statistik	3
1.2.	Wahlsysteme	4
2.	Frauenförderung im internationalen Vergleich	5
2.1.	Uebersicht	5
2.2.	Staatliche Frauenförderungsmassnahmen im politischen Bereich	7
2.2.1.	Quoten für Parlamente	7
2.2.2.	Staatlich verordente Listenquotierung	8
2.2.3.	Quoten für ausserparlamentarische Gremien	9
2.3.	Private Frauenförderungsmassnahmen im politischen Bereich	18
2.3.1.	Parteimassnahmen	18
2.3.1.1.	Quoten	18
2.3.1.2.	Listengestaltung	23
2.3.1.3.	Frauenlisten/Frauenparteien	24
2.3.1.4.	Andere Massnahmen der Partein	26
2.3.2.	Weitere private Frauenförderungsmassnahmen im politischen Bereich	27
3.	Schlussbetrachtung	30
	Anmerkungen	33

Kapitel 2
Die Frauenvertretung im Nationalrat
von Thanh-Huyen Ballmer-Cao, unter Mitarbeit von Luzia Kopp

1.	Die Vertretung der Frauen in schweizerischen Legislativen	39
2.	Veränderung des Frauenanteils im Nationalrat zwischen 1971 und 1988	41
2.1.	Der Frauenanteil im Nationalrat	41
2.2.	Der Wahlkreis oder Die politische Kultur im kantonalen Umfeld	41
2.3.	Die Vertretung der Geschlechter und die Vertretung der Parteien	43
	Anmerkungen	47
	Anhang	49

Kapitel 3
Die Frauen im Wahlkampf
von Thanh-Huyen Ballmer-Cao, unter Mitarbeit von Luzia Kopp

1.	Die Rekrutierung der Nationalratskandidatinnen	53
1.1.	Wer kandidiert für den Nationalrat?	54
1.1.1.	Der Anteil der Frauen im Renmnen um einen Nationalratssitz	54
1.1.2.	Die Feminisierung der neuen Politik	55
1.1.3.	Die Uebervertretung der KandidatInnen mittleren Alters	57
1.2.	Wie wird man (frau) KandidatIn?	59
1.2.1.	Vom Kandidatenmangel zur Kandidatinnenknappheit	60
2.	Der Wahlkampf	65
2.1.	Der Listenplatz	66
2.1.1.	"Stars" und "Lockvögel": Die Hierarchisierung der Kandidaturen	66
2.1.2.	Die Frauen und die 'hoffnungslosen' Listenplätze	68
2.2.	Die Wahlkampagne	70
2.2.1.	Die Arbeit an der Basis: Sprungbrett der Kandidatinnen	70
2.2.2.	Die Jagd nach Wählerstimmern oder der "Albtraum" der Kandidatinnen	72
2.2.3.	Ressourcen mobilisieren	74
2.2.4.	Die Schwierigkeiten mit den Medien	77
2.2.5.	Frauen als Lobby der Kandidatinnen?	78
	Anmerkungen	81
	Anhang	83

Kapitel 4
Frauen und ihre Wahlresultate
von Thanh-Huyen Ballmer-Cao, unter Mitarbeit von Luzia Kopp

1.	Die Kandidatinnen und die Wahlresultate	89
1.1.	Die Chance, in den Nationalrat gewählt zu werden	89
1.2.	Der Wahlerfolg	92
1.2.1.	Die 'Ersatzplätze' oder der Trostpreis für die Frauen	92
1.2.2.	Die Kandidatinnen und ihre Popularität	96
2.	Die soziodemographische Vertretung im Nationalrat	98
2.1.	Von der Verjüngung der Kandidatinnen zur Verjüngung der Nationalrätinnen	99
2.2.	Der Familienstand der Gewählten: Spiegelbild der traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern	101
2.3.	Der Beruf der Nationalrätinnen: Spiegelbild der Stellung der Frauen in der Arbeitswelt	103
2.	Nach der Wahl	105
3.1.	Die Wahlniederlage und ihre Gründe	105
3.1.1.	Die äusseren Umstände	105
3.1.2.	Die individuellen Faktoren	107
3.2.	Frauenfördernde Massnahmen und Strategien	109
	Anmerkungen	115
	Anhang	117
	Literatur	119

Kapitel 5
Das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich (1971-1988)
von Claude Longchamp

	Einleitung	125
1.	Politische Beteiligung von Frauen und Männern	128
1.1.	Angleichungen bei der Wahlbeteiligung und dem Kampagnenverhalten	128
1.2.	Flexible Teilnahme von Frauen und Männern bei künftigen Wahlen?	131
1.3.	Fazit zum abnehmenden Mobilisierungsproblems	134
2.	Politische Orientierungen von Frauen und Männern	136
2.1	Angleichungen beim Parteientscheid	136
2.2.	Punktuelle Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Zukunft?	137
2.3.	Fazit zum wachsenden Selektionsproblem	141
3.	Zur Differenz zwischen gesellschaftlichem Bewusstseins und individuellem Verhaltens: Zwei wahlrelevante Beispiele eines Paradoxons	143
3.1.	Unterschiedliches Parteiimage und -engagement in Frauenfragen und Bedeutungslosigkeit für den Wahlentscheid	143
3.2.	Weitgehende Bedeutungslosigkeit des Geschlechts beim Personenentscheid	145
3.3.	Fazit zum besonderen Wahlproblem der Frauen	146
	Anmerkungen	149
	Anhang	151
	Literatur	169

Kapitel 6
Einstellungen zu Frauenförderungsmassnahmen bei Nationalratswahlen.
von Regula Stämpfli

	Einleitung	173
1.	Die Unterstützungsbereitschaft gegenüber Gleichstellungs- und Förderungsmassnahmen	176
1.1.	Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen	177
1.2.	Förderung durch Mandatsquoten	179
2.	Die Einstellung gegenüber Gleichstellungs- und Förderungsmassnahmen nach einzelnen Merkmalsgruppen	182
2.1.	Allgemeine politische Dispositionen	182
2.1.1.	Politisches Interesse	182
2.1.2.	Regierungsvertrauen	182
2.1.3.	Regelmässige Teilnahme an Urnengängen	183
2.2.	Parteipräferenzen	183
2.2.1.	Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen	184
2.2.2.	Förderung durch Mandatsquoten	185
2.3.	Geschlechtsspezifische Unterschiede	186
2.3.1.	Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen	186
2.3.2.	Förderung durch Mandatsquoten	187
2.4.	Altersunterschiede	191
2.5.	Schichtzugehörigkeit	192

3. Allgemeine Einstellung zu Fragen der Gleichstellung 193
3.1. Gleichberechtigung 193
3.2. Gezielte Frauenpolitik für Frauen 194
3.3. Notwendigkeit der gleichen Beteiligung von Mann und Frau 195
3.4. Diskriminierung der Frauen 196
3.5. Erhöhung der Quantität - nur ein erster Schritt 197
4. Anteil der Frauen in der Politik: Kenntnisstand und Einstellung 200
5. Erwartungen an Frauen in der Politik 203
6. Wahrgenommene Ursachen der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik 206
6.1. "Frauen stehen dem politischen Geschehen ferner als Männer " 206
6.2. "Aufgrund ihrer Erziehung sind Frauen weniger als Männer dazu bereit, sich in der Politik zu betätigen" 207
6.3. "Frauen, die Politik betreiben, vernachlässigen häufig ihre Pflichten in der eigenen Familie" 208
6.4. "Männern ist im Vergleich zu Frauen mehr zuzutrauen" 208
6.5. "Frauen entscheiden in der Politik gefühlsmässig und zu wenig sachlich" 209
Anmerkungen 211
Anhang 212

Kapitel 7
Frauenförderungsmassnahmen der Parteien bei den Nationalratswahlen
von Katharina Belser und Véronique Ducret

1. Einleitung 221
2. Zum Vorgehen 221
3. Ueberblick über die Antwortenden 222
4. Wahlkampagne bei den Wahlen 1987 225
4.1. Allgemeine Werbung 225
4.2. Teilnahme an Wahlsendungen in Radio und Fernsehen 225
4.3. Frauenförderungsmassnahmen 226
4.3.1. Werbung 226
4.3.2. Listengestaltung 227
4.3.3. Weitere Massnahmen zur Frauenförderung 227
4.4. Gründe, weshalb keine Massnahmen getroffen wurden 228
5. Die Wahlkampagne 1991 228
5.1. Allgemeine Werbung 228
5.2. Frauenförderungsmassnahmen 229
5.2.1. Werbung 229
5.2.2. Listengestaltung 229
5.3. Gründe, weshalb keine Frauenförderungsmassnahmen für 1991 geplant sind 230
6. Gründe für die Einführung von Frauenförderungsmassnahmen 230
6.1. Was war der Auslöser? 230
6.2. Wer brachte die Idee in die Partei ein? 230
6.3. Frauenförderungsbeschlüsse 231
7. Bemerkungen 231
8. Frauenförderungskonzepte - zwei Beispiele 232
9. Zusammenfassung und Schluss 233
Anhang 237

Kapitel 8
Fazit
der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen

1.	Ausflug in die Zukunft	245
2.	Vom Zustand zum Missstand	247
3.	Platz machen, bitte	250
4.	Safran macht den Kuchen gelb	252
5.	Berührungsängste mit Proporz?	254
6.	Wettstreit um Gleichberechtigung	255
7.	Ungeduld und Beharrlichkeit als politische Tugend	256
8.	Wahlerfolge - Bedingungen und Organisation	257
9.	Keine Angst vor Machtpolitik: Mit einer Lobby in die Lobbies	259
10.	Quintessenz - Was tun bis 1991 und danach?	261

Adressen der Autorinnen und Autoren 267

Kapitel 1:

Ausländische Modelle zur Frauenförderung im Bereich der Politik

von Rosie Bitterli und Véronique Ducret

Gleichbehandlung von Personen, die nicht gleichgestellt sind, führt zu Ungleichheit."[1]

Einleitung

Die nachfolgende Studie präsentiert und kommentiert ausländische Modelle für die Verbesserung beziehungsweise Sicherstellung der Vertretung von Frauen in politischen Gremien, insbesondere auf nationaler Ebene. Es zeigte sich im Verlauf der Materialbeschaffung, dass es schwieriger war, als ursprünglich angenommen, an entsprechende Informationen heranzukommen.[2] Einerseits liegen zu diesem Thema kaum Publikationen vor, und anderseits erwies sich die Materialbeschaffung bei den verschiedenen Staaten direkt als recht aufwendig. Vieles von dem, was an Informationen und Unterlagen erhältlich ist, befasst sich im übrigen mit Frauenförderung im beruflichen Bereich beziehungsweise im öffentlichen Dienst.[3] Frauenförderung im politischen Bereich aber hat zum Ziel, den Anteil von Frauen in Parlamenten, Regierungen und anderen politischen Ämtern zu vergrössern und damit die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an politischen Entscheiden zu erreichen. Selbstverständlich besteht zwischen beiden Bereichen eine Wechselwirkung, deshalb sollen am gegebenen Ort auch Frauenförderungsmodelle im öffentlichen Dienst zur Sprache kommen.

Die Studie ist massnahmenorientiert aufgebaut. Dieses Vorgehen erlaubt es, auch auf Länder (und einzelne Modelle) einzugehen, über welche die Daten und Angaben nicht vollständig sind. So ist denn die nachstehende Untersuchung nicht als umfassende, lückenlos auflistende Zusammenstellung aller in Europa oder Uebersee praktizierten Frauenförderungsmodelle im politischen Bereich zu verstehen, sondern als beispielsorientierter Katalog von in verschiedenen Ländern verfolgten Strategien. Das verfügbare Material wurde näher geprüft, und insbesondere auch versucht, im für die Studie gewählten Rahmen möglichst viele verschiedene Modelle vorzustellen. Originalität, Wirksamkeit oder Illustrationscharakter eines bestimmten Modells waren Kriterien, welche neben der Frage, wie ausführlich die Darstellung in der Quellenliteratur war, bei der Auswahl eine Rolle spielten. Dabei finden einige Staaten mehrfach, andere nur im Zusammenhang mit einer oder zwei Massnahmen Erwähnung, und wieder andere Staaten fehlen ganz. Dies ist eine Folge der unterschiedlichen Datenlage und nicht in wertendem Sinne zu verstehen.

Vor dem Blick auf das Ausland sei an dieser Stelle auf die Frauenförderungsmodelle hingewiesen, die eine Verstärkung der Repräsentation der Frauen im politischen Leben der Schweiz zum Ziel hatten oder haben. In zwei Fällen wurde dabei bisher versucht, politische Gleichstellung gesetzlich zu verankern. Beide Male haben die jeweiligen Räte diesen Vorschlägen nicht zugestimmt: Auf Bundesebene ist die parlamentarische Inititative von Anita Fetz vom 6. März 1986 zu nennen, welche im Rahmen eines Gesetzes gegen die Diskriminierung der Frauen für den politischen Bereich eine Quotenregelung vorsah. Im Kanton Tessin reichte Cristiana Storelli am 24. Oktober 1988 eine parlamentarische Initiative zur Einführung einer Minimalpräsenz der Frau in den politischen Institutionen ein, welche unter anderem eine Mindestquote von 30 % für die weibliche Vertretung im Tessiner Grossen Rat beinhaltete. Im Bereich der Parteien sind zunächst die anlässlich der Nationalratswahlen von 1987 zustandegekommenen Frauenlisten zu nennen. Die sozialdemokratische Partei des Kantons Bern und die freisinnige Partei des Kantons Solothurn präsentierten ihren Wählerinnen und Wählern je eine solche Liste. Ferner sind in einigen Städten und Kantonen Frauenparteien entstanden, welche - wie beispielsweise in Luzern - schon vermehrt aktiv an Wahlkämpfen teilgenommen und auch Sitze errungen haben. Verschiedene Parteisektionen in der Schweiz praktizieren Frauenförderung bei der Listengestaltung, beispielsweise indem kandidierende Frauen kumuliert aufgeführt oder auf aussichtsreiche Listenplätze gesetzt werden (vgl. dazu auch Belser/Ducret, Kapitel 7). Soviel zu den Versuchen der politischen Organisationen, im Bereich der Mandatsverteilung aktive Frauenförderung zu betreiben. Auch Kampagnen für die Wahl von Frauen sind in der Schweiz nicht unbekannt. Das "Bureau de la condition féminine" des Kantons Jura etwa hat schon mehrfach bei Gemeindewahlen unter dem Titel "Confiance aux femmes" Aktionen unternommen. Ebenso haben verschiedene Frauenorganisationen anlässlich von Wahlen spezielle Kampagnen für die Kandidatinnen durchgeführt. Schliesslich seien auch noch die beiden gesamtschweizerischen Parteien genannt, welche in bezug auf ihre interne Struktur Quotierungsbeschlüsse gefällt haben. In den Progressiven Organisationen der Schweiz gilt seit dem 15. Juni 1986 für alle Parteiämter eine Quote von 60 % für die Frauen. Die SP Schweiz hat im Herbst 1986 beschlossen, dass in Parteivorstand, Geschäftsleitung und Kommissionen ein Minimalanteil von einem Drittel Frauen Einsitz haben soll.

Die Möglichkeit, Frauenförderungsmassnahmen zu ergreifen, und deren Wirksamkeit hängen von zahlreichen Faktoren ab. Beispielsweise wird je nach politischem, wirtschaftlichem oder fiskalem System, welches in einem Staat praktiziert wird, die Ausgangslage eine andere sein. Die nachfolgende Studie geht auf diese Fragen allerdings nicht näher ein, sondern präsentiert die Modelle weitgehend ohne Berücksichtigung dieser strukturellen Gegebenheiten.

Dem Massnahmenkatalog vorangestellt wird ein kurzer Einblick in die weltweite Situation der Frauenvertretung in den Parlamenten sowie ein Hinweis auf die Problematik des Einflusses von Wahlsystemen auf die Chancen von Frauen, gewählt zu werden. Die vergleichende Darstellung der Frauenförderungsmassnahmen im Ausland

wird - jeweils am Ende eines Kapitels über eine bestimmte Massnahme - durch Übersichtstabellen ergänzt. Eine Schlussbetrachtung fasst die wichtigsten Erkenntnisse nochmals kurz zusammen.

1. Ausgangslage

1.1. Statistik

Bei Betrachtung der Entwicklung in allen Ländern der Erde zeigt sich, dass der weltweite Durchschnitt des Anteils der Frauen, welche in einem nationalen Parlament Einsitz haben, sich seit 1975 auf einem Niveau von rund 13 % bewegt (30. Juni 1989: 12,7 %, 1. Januar 1988: 14,6 %, 1975: 12,5 %). Die Parlamente mit dem stärksten Frauenanteil waren am 30. Juni 1989 diejenigen von Schweden (38,1 %, 1. Januar 1988 noch bloss 30,9 %), Norwegen und Rumänien (je 34,4 %), Kuba (33,6 %), der Deutschen Demokratischen Republik (32,2 %), Finnland (31,5 %) und Dänemark (30,7 %). Der Anteil von Frauen im Parlament der Vereinigten Staaten betrug 5,7 %. (1. Januar 1988: 5,3 %).[4]

In Europa liegt der durchschnittliche Frauenanteil in den Parlamenten leicht über dem weltweiten Niveau bei 16,6 %. In der Zeit zwischen dem 1. Januar 1988 und dem 30. Juni 1989 hat sich keine grosse Veränderung eingestellt; es ist eher ein leichter Rückgang der weiblichen Repräsentation festzustellen: Am 1. Januar 1988 waren noch 17,5 % der Parlamentssitze von Frauen besetzt. Dieser Rückgang ist wenig aussagekräftig. Jedenfalls aber muss konstatiert werden, dass die Zahl der von Frauen besetzten Parlamentssitze nicht zugenommen hat. Die 22 Europarat-Länder[5], in denen innert eineinhalb Jahren seit dem 1. Januar 1988 die Frauenvertretung von durchschnittlich 12,4 % auf 12,6 % angestiegen ist, lassen sich in drei Gruppen einteilen:[6]

1. An der Spitze stehen die vier skandinavischen Länder Schweden, Norwegen, Dänemark und Island sowie die Niederlande. Hier betragen die Anteile zwischen 20 und 38 %.

2. An zweiter Stelle folgt eine Gruppe von vier Ländern, bestehend aus der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz, Luxemburg und Italien. Hier haben die Frauen zwischen 12 und 15 % der Sitze inne.

3. Die letzte Gruppe umfasst am meisten Staaten und präsentiert sich am uneinheitlichsten. Sie umfasst die 13 übrigen Europarat-Staaten, in denen die Frauenanteile zwischen 1 und 10 % betragen.

In den Staaten Osteuropas sind die Frauen in den Parlamenten relativ stark vertreten, die Anteile betragen hier zwischen 13 und 34 %.

1.2. Wahlsysteme

Von entscheidender Bedeutung für die Stärke der Frauenvertretung in Legislativen ist das Wahlsystem, mit welchem die entsprechenden Sitze vergeben werden. Weltweit finden die verschiedensten Systeme Anwendung, welche wiederum auch in einem Land selber je nachdem, ob es sich um ein kommunales, regionales oder nationales Parlament handelt, unterschiedlich ausgestaltet sind. Zur Illustration dieser Frage seien die folgenden zwei Beispiele aufgeführt.

Zunächst einmal hat die Frage, ob für die grosse Kammer Proporz- oder Majorzwahlen durchgeführt werden, einen Einfluss darauf, wie stark Frauen in den Parlamenten vertreten sind. Auf der einen Seite steht das Majorzsystem, wie es in Frankreich und im Vereinigten Königreich angewendet wird, und auf der andern Seite das Proporzsystem, welches in vielen andern Ländern Europas zur Anwendung gelangt. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das Verhältniswahlrecht eher sachbezogene Entscheidungen ermöglicht, während das Majorzsystem personenbezogen ist. Das Verhältniswahlrecht beruht nicht auf einer Konfrontation von Individuen und begünstigt die Auseinandersetzung in bezug auf ein Programm. Dies erleichtert es den Frauen, sich als Kandidatin aufstellen zu lassen, da sie es sich nicht gewohnt sind, Wahlkämpfe zu führen, in denen es für eine Wahl unumgänglich ist, seine Gegenspieler und Gegenspielerinnen anzugreifen.[7] In vielen Parlamenten besteht ein Zwei-Kammern-System (grosse und kleine Kammer). Je nach Wahlprozedere, welches auf die kleine Kammer anwendbar ist, kommt dies kandidierenden Frauen mehr oder weniger entgegen. Wenn die kleinen Kammern auf dem Nominationsweg bestellt werden, wie beispielsweise im Vereinigten Königreich und in Irland, haben die Frauen eher die Chance, dort vertreten zu sein, und die Anzahl der weiblichen Mitglieder in dieser Kammer ist höher als in der grossen Kammer. Anderseits erweist es sich oft als Handicap für die Frauenvertretung, wenn die kleine Kammer auf dem Weg einer indirekten allgemeinen Wahl, also einer Wahl zweiten Grades, bestellt wird. Das Beispiel Frankreich belegt dies sehr deutlich. Der französische Senat umfasst sehr wenig Frauen. Ein hauptsächliches Kriterium für eine Wahl ist die solide Verwurzelung auf lokaler/departementaler Ebene durch ein politisches Mandat. Diese Tatsache stellt logischerweise ein Hindernis dar für den Zugang der Frauen zu den kleinen Kammern.[8]

2. Frauenförderung im internationalen Vergleich

2.1. Übersicht

Nach Durchsicht der Literatur zu Frauenförderungsmassnahmen im politischen Bereich lassen sich **zwei Hauptgruppen** von Massnahmen unterscheiden: Solche, die **auf staatlicher Ebene** praktiziert werden, und solche, welche **von privaten Institutionen** oder Personen ergriffen werden. Diese Unterscheidung beruht auf folgenden Ueberlegungen:

Staatliche Massnahmen werden mehrheitlich in der Form von Quoten für verschiedene auf dem Nominierungsweg bestellte Gremien oder für Parlamente eingeführt beziehungsweise vorgeschlagen. Vereinzelte andere Modelle lassen sich ausmachen und gelangen in der Folge ebenfalls zur Darstellung. Staatliche Frauenförderungsmassnahmen haben den Vorteil, dass sie auf einem gesellschaftlichen beziehungsweise politischen Konsens (Legislativ- oder Exekutiverlass) beruhen und somit grösstmögliche Verbindlichkeit für alle rechtsanwendenden Instanzen und sämtliche Bürgerinnen und Bürger besitzen. Sie bieten Gewähr für ein schnelles und sicheres Erreichen des angestrebten Zieles. Der Nachteil der staatlichen Massnahmen liegt allerdings darin, dass ein entsprechender Konsens schwierig zu finden ist. Aber auch nach Erlass einer staatlichen Massnahme bleiben Fragen offen: die generelle nach der Zulässigkeit von positiver Diskriminierung durch den Staat[9] und die praktische Frage, ob Quoten erfüllt werden können und ob damit wirkliche Frauenförderung betrieben wird.

Die privaten Massnahmen sind naturgemäss vielfältigerer Art. Im Vordergrund stehen hier Beschlüsse, welche politische Parteien zugunsten einer besseren Vertretung von Frauen in ihren Gremien, auf Listen usw. fassen. Zu den effektvollsten Massnahmen gehören wohl auch hier die Quoten. Dabei fallen die bei den staatlichen Quoten erwähnten Nachteile weniger ins Gewicht, da Parteiquoten nicht mittels Erlass durch den Staat angeordnet werden, sondern auf privater Entscheidung beruhen.

Übersicht über die im folgenden vorgestellten, in den verschiedenen Ländern in Kraft stehenden oder diskutierten Frauenförderungsmassnahmen im politischen Bereich

	Staatliche Frauenförderungsmassnahmen				Private Frauenförderungsmassnahmen				
	Quoten für Parlamente	Staatlich verordnete Listenquotierung	Quoten für ausserparlamentarische Gremien	Andere staatliche Massnahmen	Parteimassnahmen				Weitere private Frauenförderungsmassnahmen
					Quoten	Listengestaltung	Frauenlisten / Frauenparteien	Andere Massnahmen der Parteien	
Belgien			S. 12	S. 15					
BRD			S. 13		S. 19	S. 23		S. 26	
Dänemark			S. 11		S. 19		S. 25		
Finnland			S. 11						
France		S. 8		S. 15		S. 23			
Island							S. 25		
Italien				S. 16				S. 26	
Holland			S. 12	S. 17					
Norwegen	S. 7	S. 8	S. 10		S. 19	S. 23	S. 24		S. 28
Schweden	S. 7	S. 8	S. 11	S. 16	S. 18	S. 23	S. 24		S. 29
USA			S. 13	S. 16	S. 21				S. 27

2.2. Staatliche Frauenförderungsmassnahmen im politischen Bereich

2.2.1. Quoten für Parlamente

In den Ländern, über welche Informationen zugänglich waren, sind auf nationaler Ebene keine Parlamentsquoten in Kraft. Über die Situation in bezug auf lokale oder regionale Legislativorgane sind leider keine detaillierte Informationen verfügbar, weshalb auf diese Frage hier nicht näher eingegangen werden kann. [10]

In **Schweden** ist eine entsprechende Diskussion zwar im Gange, hier scheint sich aber einzig die kommunistische Partei zugunsten der staatlichen Quotierung als generellem Prinzip ausgesprochen zu haben. Ob allerdings auch eine Quote für das Parlament im einzelnen diskutiert wurde, ist unklar.[11]

In **Norwegen**, wo "*kaum 'Berührungsängste' gegenüber dem Mittel der Quotierung*"[12] bestehen, sind ebenfalls keine Parlamentsquoten in Kraft, obwohl die weiblichen links-sozialen Parlamentsabgeordneten eine Verfassungsänderung zur Sicherstellung der gleichen Vertretung von Frauen und Männern angeregt haben.[13]

Die viel zitierten Antidiskriminierungsgesetze, welche in Australien, Grossbritannien, Italien, Irland, Schweden, Dänemark, Norwegen und den Vereinigten Staaten[14] in Kraft sind[15], beziehen sich allesamt nicht auf Frauenförderung im politischen Bereich, sondern haben den beruflichen Sektor und den öffentlichen Dienst zum Gegenstand. Auch der Vorschlag der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland für ein Quotierungsgesetz[16] betrifft mit Ausnahme des Paragraphen 14, von welchem noch die Rede sein wird, den beruflichen Bereich. Eine Parlamentsquote wird auch hier nicht vorgeschlagen.

Übersicht
Quoten für Parlamente

	Staatliche Frauenförderungsmassnahmen
	Quoten für Parlamente
Norwegen	Vorschlag der links-sozialistischen Parlamentsabgeordneten
Schweden	Diskussion, v.a. in der kommunistischen Partei

2.2.2. Staatlich verordnete Listenquotierung

Ein Vorschlag der weiblichen links-sozialen Parlamentsabgeordneten in Norwegen von 1980 lautete dahin, bei Wahlen ein Quotensystem (40 %, ev. 50 %) für die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten zu verwenden.[17] Dieser Gesetzesvorschlag wurde im Parlament abgelehnt.[18]

Eine ähnliche Vorlage stand 1980 auch in Schweden zur Diskussion. Hier wurde verlangt, dass auf Wahllisten abwechslungsweise ein Mann und eine Frau aufgeführt sein müsse, um zu erreichen, dass die Frauen die Hälfte der aussichtsreichen Plätze erhalten. Auch dieser Vorstoss wurde nicht gutgeheissen.[19]

In **Frankreich** hat die Nationalversammlung einen Gesetzesvorschlag angenommen, welcher für Städte mit einer gewissen Einwohnendenzahl eine Listenquotierung bei Gemeindewahlen vorsah. 1980 präsentierte die Regierung einen ersten Entwurf, welcher für Listen bei Gemeindewahlen eine minimale Vertretung beider Geschlechter von 20 % vorsah. Dieser Vorschlag blieb bis 1982 in der Schublade. Die neue Regierung war dann der Ansicht, dass es Sache der politischen Parteien sei, auf die Durchmischung ihrer Listen zu achten. Etwas später schlug die sozialistische Partei einen Zusatz zum Regierungsentwurf vor, welcher den Frauen und den Männern eine Minimalvertretung von 25 % der Sitze in den Entscheidungsgremien zusichern sollte.

Das Gesetz wurde 1982 von der Nationalversammlung angenommen. Allerdings klang wiederholt an, das Gesetz sei verfassungswidrig. Es stehe im Widerspruch zum Prinzip der Gleichheit der Geschlechter, während doch das Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern von der Verfassung respektiert werde und der entsprechende Verfassungsartikel Frauen und Männer gleichermassen umfasse.[20] Der schliesslich angerufene Verfassungsrat stellte die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes fest und verhinderte dessen Inkrafttreten.[21] Er bezog sich in seiner Argumentation auf die französische Staatsverfassung sowie Art. 6 der Menschenrechtserklärung, um zu zeigen, dass "*es sich aus dem Vergleich der beiden Texte ergibt, dass der Status als Staatsbürger allen, welche davon nicht ausgeschlossen sind, das Recht verleiht, zu wählen und gewählt zu werden,*" und dass "*diese verfassungsrechtlichen Prinzipien jeglicher Kategorisierung der Wähler oder zu Wählenden entgegenstehen*".[22] Allerdings hat sich der Verfassungsrat dem Gesetz "Roudy" nicht entgegengesetzt. Dieses Gesetz regelt die "*berufliche Gleichbehandlung zwischen Frau und Mann*" und verbietet nicht nur alle Geschlechterdiskriminierungen in bezug auf Ausbildung, Zugang zu den Berufen, Qualifikation, Beförderung und Arbeitsbedingungen, sondern statuiert auch, dass "*soziale Massnahmen und temporäre Vorkehren, welche die Chancengleichheit zwischen Arbeitnehmenden beider Geschlechter sichern sollen, dem Prinzip der Geschlechtergleichheit nicht entgegenstehen*". Positive Massnahmen im Bereich von Ausbildung und Beruf wurden also gutgeheissen, während ein Gesetz, welches solche Vorkehren zu-

gunsten der Frauen im politischen Bereich vorsah, verfassungswidrig erklärt wurde.[23]

Übersicht
Staatlich verordnete Listenquotierung

	Staatliche Frauenförderungsmassnahmen
	Staatlich verordnete Listenquotierung
France	Gesetz 1982: Minimalvertretung für Frauen von 20 % auf Listen bei Gemeindewahlen und 25 % der Sitze für Frauen reserviert; wurde verfassungswidrig erklärt.
Norwegen	1980: Vorschlag der links-sozialistischen Parlamentsabgeordneten: Quote von 40 ev. 50 %.
Schweden	1980: Vorstoss für die abwechslungsweise Aufführung einer Frau und eines Mannes auf Listen.

2.2.3. Quoten für ausserparlamentarische Gremien

Das System der politischen Fachgremien, wie wir es in der Schweiz in Form der ausserparlamentarischen Expertinnen- und Expertenkommissionen kennen, wird in den untersuchten Staaten in durchaus vergleichbarer Art und Weise praktiziert.[24] Die geschlechtsorientierte - starre oder flexible, freiwillige oder zwingende - Quotierung der Zusammensetzung von solchen durch die Regierung beziehungsweise die Verwaltung eingesetzten staatlichen und ausserparlamentarischen Expertinnen- und Expertengremien, Ausschüssen oder Kommissionen ist eine Massnahme, welche in den meisten der untersuchten Staaten diskutiert und teilweise auch mittels gesetzlichem Erlass eingeführt wurde. Vor allem in den nordischen Ländern wird diese Massnahme zur Verbesserung des Frauenanteils im politischen Bereich viel diskutiert, weshalb auf sie im folgenden etwas ausführlicher eingegangen wird.

In den nordischen politischen Systemen ist der sogenannte "corporate sector" - am besten wohl übersetzt mit "körperschaftlicher Bereich" - besonders gut entwickelt.[25] Die mit dieser Sammelbezeichnung angesprochenen politischen Gremien, welche mit den in der Schweiz üblichen ausserparlamentarischen Kommissionen zu vergleichen sind, stellen "*die Schnittstelle zwischen Staat, organisierten Interessen und technischem Fachwissen*"[26] dar. In den letzten Jahren ist dieses System in den nordischen Staaten zu einem bedeutenden Teil der Demokratie gewor-

den, ja es hat eine gewisse Machtverschiebung auf Kosten der Legislativen und zugunsten des ausserparlamentarischen Bereiches stattgefunden.[27] Allerdings ist die Frage umstritten, ob die Gremien selber als "demokratisch" zu bezeichnen sind. Wohl haben grosse Schlüsselorganisationen jeweils Anspruch auf eine bestimmte Zahl von Sitzen, aber diese Organisationen selber sind nicht immer demokratisch strukturiert: Viele Bürgerinnen und Bürger sind ihnen nicht angeschlossen. Zum andern ist es oft die Verwaltung, welche die Nominationen für diese Gremien vornimmt. In diesem Sinne ist der Zugang zum ausserparlamentarischen, körperschaftlichen Bereich selektiver als zu den rein politischen Gremien. Helga Maria Hernes: "*Komitee-Mitglieder 'repräsentieren' kollektive Interessen und Verbände viel expliziter als gewählte Volksvertreter und -vertreterinnen.*"[28]

Das Gesagte macht deutlich, dass der Nomination von weiblichen Fachpersonen für den Einsitz in solche Gremien eine grosse Bedeutung beizumessen ist. Die Gründe für die Untervertretung der Frauen in diesem Bereich liegen beim überall feststellbaren schwachen Organisationsgrad der Frauen in den traditionellen Organisationen und bei der ungenügenden Anzahl von Frauen in höheren, leitenden Positionen in Wirtschaft und Verwaltung.[29] In den vergangen Jahren haben denn auch die Frauen in den nordischen Ländern in vom Volk gewählten Gremien grösseren Zuwachs zu verzeichnen gehabt als im ausserparlamentarischen politischen Entscheidungsbereich.[30] Aus vier nordischen Ländern - Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark - sind uns Bemühungen bekannt, die Zahl der Frauen in ausserparlamentarischen Gremien zu erhöhen.[31]

Norwegen war das erste Land, das entsprechende Anstrengungen unternommen hat. Per königliches Dekret erging 1973 eine Anordnung an alle nominierenden Instanzen. Demnach waren für jeden Sitz zwei Personen, eine Frau und ein Mann, zu nominieren, die endgültige Entscheidung oblag dem zuständigen Ministerium. Dabei sollten Anstrengungen unternommen werden, in jeder Kommission eine gleich starke Vertretung von Frauen und Männern zu erreichen. Als Kontrollstelle amtete ein Ministerium, das über die Bestellung jeder neuen Kommission zu informieren war. Diese Bestimmung wurde 1976 insofern verschärft, als das kontrollierende Ministerium über die geplante Zusammensetzung einer Kommission zu informieren war, bevor die offiziellen Ernennungen getätigt wurden. Zugleich erhielt die Kontrollstelle das Recht, Aenderungen an der Zusammensetzung zu verlangen.[32] In der Folge stieg zwischen 1972 und 1979 die Zahl der weiblichen Vertreterinnen in solchen Gremien um 10 % auf 20 %.[33] Ferner resultierte auch eine zunehmende Einsitznahme von Frauen in Fachbereichen, in denen sie bisher gar nicht vertreten waren.[34] Allerdings zeigte noch 1986 eine Untersuchung, dass die Frauen in Kommissionen, welche sich mit Fragen der Gesundheit und der sozialen Sicherheit befassen, fast gleich stark vertreten waren wie die Männer, während im technischen Bereich eine klare Untervertretung festgestellt wurde.[35] Im Jahre 1983 wurde als Zusatz zum Equal Status Act von 1979[36] eine entsprechende gesetzliche Regelung erlassen (Paragraph 21), welche für Nominationen auf nationaler, regio-

naler und lokaler Ebene Geltung hat.[37] Nunmehr war auch festgelegt, dass in allen öffentlich besetzten Gremien beide Geschlechter mit mindestens einem Mitglied vertreten sein mussten. Gremien mit vier oder mehr Mitgliedern hatten mindestens zwei Mitglieder jedes Geschlechtes aufzuweisen.[38] Am 1. Mai 1988 schliesslich wurde eine Quotenregelung erlassen. Laut dem revidierten Paragraphen 21 des Equal Status Act muss seither in allen öffentlichen Kommissionen jedes Geschlecht mit mindestens 40 % Anteil vertreten sein.[39] Gleichzeitig hat das für die Kontrolle zuständige Ministerium für Konsumfragen und Regierungsadministration erklärt, das Anforderungsprofil für Mitglieder von öffentlichen Kommissionen sei zu hoch und dies müsse geändert werden.[40] Informationen über die Erfahrungen mit dieser Quotenregelung liegen leider keine vor. Mit Bestimmtheit lässt sich aber sagen, dass eine Regelung, welche auf Freiwilligkeit beruhte, offenbar nur ungenügende - wenn auch schon beachtliche[41] - Erfolge zeitigte, so dass schliesslich eine Quoten-Lösung beschlossen wurde. Ein Lehrstück für andere Staaten!

In **Finnland** wurde mit einem Appell des Gleichheitsrates 1978 erreicht, dass der Frauenanteil in ausserparlamentarischen Kommissionen zwischen 1974 und 1982 von 6,9 auf 9,5 % stieg.

Ein Aufruf in **Dänemark**, welcher 1981 vom Premierminister erlassen wurde, brachte eine Steigerung von 8 % (1979) auf 15 % (1985).[42] Laut dem 1985 in Dänemark erlassenen Gesetz über Gleichstellung in Regierungskommissionen sollen alle Gremien, welche politische Auswirkungen auf die Gesellschaft haben, numerisch ausgewogen besetzt werden, und die Organisationen, welche Mitglieder in eine Kommission entsenden können, haben eine Frau und einen Mann vorzuschlagen.[43] In neu geschaffenen Kommissionen wurde damit eine Quote von 33 % für die Frauen erreicht, im Durchschnitt aller in Dänemark tätigen Kommissionen beträgt der Frauenanteil aber auch 1987 noch bloss 15 %.[44] 1987 beschloss das Parlament, dass die Vertretung der Frauen in gewissen Exekutivkommitees und Stiftungen verbessert werden sollte. Hinfort müssen Frauen und Männer in gleicher Anzahl nominiert werden. Als Kontrollorgan für die Durchführung dieser Bestimmung amten der Premierminister und der Gleichstellungsrat.[45]

In **Schweden** betrug der Frauenanteil in öffentlichen Kommissionen 1986 16 %.[46] Damit stagniert er seit 1979 (16 %), während er 1972 noch bloss 7 % betrug.[47] Laut einer 1987 veröffentlichten Studie zu diesem Thema mit dem Titel "Varannan Damernas" sollte bis 1998 eine gleiche Verteilung der Geschlechter in Direktorien, Kommmissionen, Räten und staatlichen Komitees erreicht sein. Eine erste Etappe setzt für 1992 das Ziel von 30 % Frauenanteil. Sollte dieses aufgrund freiwilliger Bemühungen nicht erreicht werden, "*wird die Frage einer möglichen Regelung auf legislativer Basis ins Auge gefasst*".[48] So jedenfalls äusserte sich die sozialdemokratische Regierung in ihrem Projekt für eine Gleichstellungspolitik. Dabei spielt das in Schweden praktizierte Laiensystem für Planungs- und Kommissionsarbeit wohl eine wesentliche Rolle.[49] Die Studie

selber hat grosses Interesse geweckt. Angeregt vom Ministerium für die Geschlechtergleichstellung, wurde sie von den weiblichen Parlamentsabgeordneten und den Frauengruppen in den Parteien mitgetragen. Nach der Veröffentlichung der Studie und der darin enthaltenen Empfehlungen haben sich die Parteien und Berufsorganisationen - mit Ausnahme der kommunistischen Partei - allerdings gegenüber Quoten generell äusserst negativ geäussert.[50]

In den **Niederlanden** ist in den 'Richtlinien betreffend Konsultativorgane und interministerielle Kommissionen' das Ziel einer Frauenquote von 50 % formuliert worden. Es handelt sich allerdings bloss um eine Zielvorgabe und Absichtserklärung.[51]

In **Belgien** hat die Staatssekretärin für soziale Emanzipation, Miet Smet, im April 1989 ein politisches Programm zur Frauenemanzipation auf lokaler Ebene lanciert, welches im Bereich der Gleichstellung zehn Ziele verfolgt.[52] Die darin enthaltenen konkreten Vorschläge sind sehr vielfältig und betreffen die meisten Aspekte des Gemeindealltags: Präsenz der Frauen in den verschiedenen Organen und Dienstleistungsstellen auf allen Ebenen, Kampf gegen alle Formen der Gewalt gegen Frauen, Aufbau eines Gesundheitsvorsorgenetzes, Integration der älteren und weniger gutsituierten Frauen, Schaffung von verschiedenen Modellen für die Kinderbetreuung. Was den Punkt betrifft, welcher hier von besonderem Interesse ist, nämlich die Förderung der gleichen Vertretung von Frauen und Männern in kommunalen Beratungsorganen, sind mehrere Aktionspläne vorgesehen. Zunächst soll die Zusammensetzung dieser Gremien untersucht werden; oft stellt sich heraus, dass die Frauen in den Kommissionen in Bereichen der Erziehung oder der Gesundheit stark vertreten sind, während sie beispielsweise in Wohnbau-Kommissionen kaum Einsitz haben. Diese erste Bestandesaufnahme soll es erlauben, ein Gleichgewicht bei der Vertretung von Frauen und Männern in solchen Kommissionen herzustellen. Unter den vorgeschlagenen Massnahmen sind eine Regelung, wonach maximal 2/3 der Mitglieder in solchen Organen dem gleichen Geschlecht angehören dürfen, ferner der Zwang zur Unterbreitung einer Doppelvorschlages (Mann und Frau) bei Neubesetzung eines Sitzes sowie die Nominierung von je einem Mann und einer Frau, wenn zwei Sitze neu zu besetzen sind. Diese Vorschläge bringen Änderungen am Statut von Konsultativorganen mit sich, die erforderlich sind, wenn echte Frauenförderung in der Politik wirklich durchgesetzt werden soll.

Der belgische Premierminister Martens hat zusammen mit Staatssekretärin Smet einen Gesetzesvorschlag über die gleiche Vertretung von Männern und Frauen in den Konsultativorganen ausgearbeitet, welcher vom Ministerkabinett im Juli 1989 angenommen wurde.[53] Solche Konsultativorgane stehen dem Parlament, dem Kabinett oder einzelnen Ministerien oder Departementen beratend zur Seite, sind also durchaus mit ausserparlamentarischen Kommissionen im oben verwendeten Sinne zu vergleichen. Die Regelung sieht vor, dass für jeden Sitz in einem Konsultativorgan ein Doppelvorschlag, bestehend aus einer Frau und einem Mann, vorgeschrieben ist und dass die endgültige Nomination der zuständigen Behörde überlassen

bleibt. Ferner ist eine Kontrolle in Form eines Berichtes vorgesehen, um die Wirkung dieser Massnahme zu überprüfen.

Auch in den **Vereinigten Staaten** wird das Geschlechtergleichgewicht in staatlichen Kommissionen als Mittel angesehen, den Frauen in der Politik einen besseren Stand zu verschaffen. So erwähnen zum Beispiel Kathy A. Stanwick und Katherine E. Kleeman in einer Studie des Zentrums für amerikanische Frau und Politik (CAWP) diese Strategie und appellieren an die Frauen, sich auch auf lokaler und regionaler Ebene um eine Nomination in solche Gremien zu bemühen.[54] Mehr als die Hälfte aller weiblichen Abgeordneten in den Vereinigten Staaten waren einmal oder mehrfach Mitglied in einer staatlichen Kommission. Untersuchungen in den Vereinigten Staaten haben gezeigt, dass in diesen Positionen wichtige Erfahrungen und Kenntnisse erworben werden und Beziehungen geknüpft werden, die Frauen und Männern später im Wahlkampf und als Abgeordnete von Nutzen sind.[55] Seit 1987 gibt es im Staate Iowa ein Gesetz, welches den Gouverneur anweist, dafür zu sorgen, dass in allen staatlichen Komitees, Räten und Kommissionen etc., welche auf dem Ernennungsweg besetzt werden, ein Geschlechtergleichgewicht besteht. Ausnahmen sind dort erlaubt, wo nicht genügend qualifizierte Personen eines bestimmten Geschlechts zur Verfügung stehen.[56] Ein ähnlicher Erlass für das Geschlechtergleichgewicht in öffentlichen Gremien trat 1989 in Florida in Kraft; Kansas bereitet eine Regelung vor, und in Montana, Kalifornien, Nord Dakota sowie Minnesota sind ähnliche Bestrebungen im Gange. In zahlreichen andern Staaten formieren sich zurzeit Frauennetzwerke mit dem gleichen Ziel. Auch die nationalen Frauenorganisationen haben das Thema aufgegriffen und fordern eine entsprechende Gesetzgebung in jedem Staat.[57]

In der **Bundesrepublik** wurde das Thema in einer Grossen Anfrage verschiedener weiblicher Bundestagsabgeordneter aus der CDU/CSU- und FDP-Fraktion angesprochen. Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat am 5. November 1986 darauf geantwortet, die Regierung sei "bemüht, bei ihren Vorschlägen und Entscheidungen jeweils auch den Anteil von Frauen zu erhöhen, sofern ihr hinreichend qualifizierte Vorschläge unterbreitet werden".[58] Von konkreten Massnahmen war da also noch nicht die Rede. Anders der bereits angesprochene Entwurf für ein Quotierungsgesetz der Bundes-AG Frauen der Grünen in der BRD vom September 1985. Sein Paragraph 14 lautet:

-"*Die Besetzung von Kommissionen, Fachkonferenzen und Deputationen, in denen die Frauen unterrepräsentiert sind, erfolgt zu mindestens 50 v. Hundert mit Frauen.*"[59]

Übersicht
Quoten für ausserparlamentarische Gremien

	Staatliche Frauenförderungsmassnahmen
	Quoten für ausserparlamentarische Gremien
Belgien	Gesetzesvorschlag für gleiche Vertretung der Geschlechter hat Ministerkabinett passiert. Lokale Ebene: Maximal 2/3 der Mitglieder dürfen dem gleichen Geschlecht angehören sowie obligatorischer Doppelvorschlag bei Nominationen.
BRD	1986: Bemühung der Regierung, den Frauenanteil zu erhöhen, sofern hinreichend qualifizierte Vorschläge. Vorschlag der Grünen: Quote von 50 %.
Dänemark	Parlamentsbeschluss von 1987: Nomination von Frauen und Männern in gleicher Anzahl.
Finnland	1978: Appell des Gleichstellungsrates
Holland	Richtlinien; Ziel: Quote von 50 %
Norwegen	1. Mai 1988: Paragraph 21 Equal Status Act: Quote von 40 % für beide Geschlechter.
Schweden	Studie "Varannan Damernas": Stufenlösung bis 1998: Ziel für 1992: 30 % Frauenanteil.
USA	1987: Iowa: Gesetz für ein Geschlechtergleichgewicht. Ähnlich 1987 Florida, Vorbereitungen in andern Staaten.

2.2.4. Andere staatliche Massnahmen zur Frauenförderung im politischen Bereich

Der zur Verfügung stehenden Literatur ist eine Anzahl weiterer staatlicher Massnahmen zu entnehmen, welche geeignet sind, die Gleichstellung der Geschlechter in der Politik zu fördern.

In **Belgien** wird die Teilhabe der Frauen an den Entscheidungen, namentlich im politischen Bereich, als eine der Prioritäten für die Emanzipation der Frauen angesehen. Aus diesem Grunde hat das Büro des Staatssekretariates für Umwelt und soziale Emanzipation verschiedene Arbeitsstrategieen (Kampagnen, Chartén, Programme) lanciert, um die Oeffentlichkeit für die Frauenförderung in den politischen Instanzen zu sensibilisieren. Die Staatssekretärin für soziale Emanzipation, Miet Smet, sowie die Präsidentinnen und Vertreterinnen der Frauengruppen in den politischen Parteien haben gemeinsam eine "Charta der Frauen in der Politik" [60] unterzeichnet. Diese Charta bezieht sich auf die Gleichheit, die Solidarität und die Demokratie und appelliert an Frauen, Männer, Eltern, Medien, Frauenorganisationen, sozio-kulturelle und wirtschaftliche Organisationen, politische Parteien sowie die politischen Institutionen auf allen Ebenen und fordert all diese Gruppen zu Massnahmen für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf. Namentlich die politischen Parteien sind aufgerufen, die Frage der gleichen Vertretung von Männern und Frauen in allen Organen und auf allen Ebenen der Partei prioritär zu behandeln, eine Strategie von ansteigenden Quoten auf Wahllisten zu entwickeln, Frauen auf sichere Listenplätze zu setzen, die Präsenz der Frauen in politischen Mandaten zu fördern und die Frauengruppen innerhalb ihrer Organisation zu unterstützen. Diese Charta wurde im März 1988, nur wenige Monate vor den Gemeindewahlen unterzeichnet. Das Büro des Staatssekretariates für Umwelt und soziale Emanzipation hat anlässlich der Gemeindewahlen von Oktober 1988 ferner eine Sensibilisierungskampagne[61] lanciert, welche die Vertretung der Frauen in den Gemeinderäten stärken sollte. Grund dafür war die schwache Vertretung der Frauen in diesen Gremien, betrug doch dort der Anteil der Frauen, welche eine politische Funktion innehaben, weniger als 10 %. Nach Ansicht von Madame Smet sind Gemeindewahlen ein gutes Mittel für eine Senibilisierungskampagne rund um das Thema der Teilhabe der Frauen am politischen Leben, da der Gemeindealltag allen Bürgerinnen und Bürgern besonders eng vertraut ist. Ziel der Kampagne, welche sich an alle Stimmberechtigten richtete, war es, die Wählenden zu ermutigen, Frauen zu wählen, und das Image der Frauen in der Politik zu verbessern sowie auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, dass Frauen und Männer im politischen Leben gleich stark vertreten sind. Während eines Monats vor den Wahlen wurden Zeitungen und das Fernsehen eingesetzt, um diese Botschaft zu verbreiten. Schliesslich resultierte ein Anstieg des Frauenanteils in Gemeinderäten um 3 %.

In **Frankreich** hat die mit den Frauenrechten befasste Staatssekretärin Michèle André verschiedene Aktionen im politischen Milieu und in der Öffentlichkeit in Gang gebracht.[62] Eine Aktion wurde unter den gewählten Personen auf lokaler Ebene durchgeführt. Denjenigen Bürgermeistern, welche auf ihrer Liste von Mitarbeitenden eine gewisse Anzahl Frauen aufweisen oder welche die Funktion einer Vizebürgermeisterin einer Frau zugewiesen haben, werden ausgezeichnet und eine Liste dieser Bürgermeister wird veröffentlicht. Im Anschluss an die Kommunalwahlen von März 1989 ist es allerdings infolge der langen Bearbeitungszeit noch zu keiner Auszeichnung gekommen.

Eine weitere Aktion, welche diesmal die politischen Parteien anvisiert, war Gegenstand einer Erklärung, welche von der Staatssekretärin für Frauenrechte und den Verantwortlichen der vier grossen politischen Parteien (Rassemblement Pour la République, Parti Communiste, Union pour la Démocratie Française, Parti Socialiste) unterzeichnet wurde. Diese Initiative möchte die Funktionsweise der Parteien verändern, welche zu einem grossen Teil für die Absenz der Frauen von der politischen Bühne verantwortlich ist. Die vier beteiligten Parteien wollen sich schwerpunktmässig dafür einsetzen, dass die Ungleichheiten in den Parteien verschwinden. Im übrigen hat Michèle André die politischen Parteien dazu aufgerufen, die Frauen auf den Listen für die nächsten Gemeindewahlen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung von 52 % und an den Stimmberechtigten von 53 % zu berücksichtigen.

Zwei weitere Hauptpfeiler des Aktionsprogrammes betreffen die Stellung der Frauen in der Ausbildung. Frauen, welche ein politisches Mandat innehaben, sollen Anrecht haben auf Subventionen für ihre Weiterbildung. Was die Schule betrifft, so wurde dank den Anstrengungen des Ministeriums für nationale Ausbildung und der Staatssekretärin André ein Teil der staatsbürgerlichen Ausbildung in den Schulen für die Behandlung der Frage nach der Rolle und den Rechten der Frauen in Geschichte und Gegenwart reserviert.

In **Italien** hat die Kommission für die Gleichstellung von Männern und Frauen anlässlich der ersten allgemeinen Wahlen (Erneuerung der lokalen, kommunalen, provinzialen und regionalen Administrationen) nach ihrer Einsetzung im Jahre 1984 eine Kampagne mit dem Titel "Wähle Frauen" lanciert. Die Kampagne wurde vom Präsidium des Ministerrates unterstützt. Sie wurde während 20 Tagen über Radio, Fernsehen und mittels Plakaten und Inseraten geführt. Der ihr beschiedene Erfolg - ein Anstieg der weiblichen Personen in den Administrationen - wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass das offizielle Symbol der Republik verwendet werden konnte und die politischen Parteien sich die offizielle Werbekampagne zunutze machten, indem sie ihrerseits die weiblichen Kandidaturen in den Vordergrund stellten.[63]

In **Schweden** wurde 1985 durch die Regierung eine Kommission ins Leben gerufen, deren Zweck die Erarbeitung von Massnahmen zur Steigerung der Anzahl der Frauen in öffentlichen Gremien, Ausschüssen etc. ist.[64] Es handelt sich dabei um die Auftraggeberin für die Studie "Varannen Damernas", von welcher vorne unter lit. c bereits die Rede war. Über weitere Ergebnisse der Arbeit dieser Kommission sind leider keine Informationen verfügbar.

In den **Vereinigten Staaten** spielt in einem Wahlkampf das Geld eine ganz entscheidende Rolle. Für einen Sitz im Kongress oder im höchsten Legislativorgan eines Staates müssen Beträge von einer Million Dollar und mehr investiert werden. So erstaunt es nicht, dass Ideen zur polititschen Frauenförderung in den Vereinigten Staaten sich verstärkt auch mit der Frage der Finanzierung von Wahl-

kampagnen befassen.[65] Kandidierenden, welche solche Summen nicht aufzubringen vermögen - die Frauen gehören oft zu dieser Kategorie -, könnte der Staat mit der öffentlichen Finanzierung von Wahlkampagnen, mit Kostenlimiten für Wahlkämpfe oder mit Limiten für private Spendengelder zu Hilfe kommen, so jedenfalls die Vorschläge von Kathy A. Stanwick und Katherine E. Kleeman.[66] Allerdings sind dies vorderhand noch nicht realisierte Projekte, und auch in den Vereinigten Staaten sind die Frauen noch auf eigene Mittel oder private Spenden und Unterstützung angewiesen. Dieses System der privaten Finanzierung und Unterstützung der Aktivitäten von Frauen in der Politik wird in den Vereinigten Staaten bereits seit einiger Zeit mit Erfolg angewendet.[67]

Auch in den **Niederlanden** erfolgt ein wesentlicher Teil der Frauenförderung im politischen Bereich mittels Subventionierung von entsprechenden Bemühungen. So wird in Holland regelmässig ein staatlich subventionierter Weiterbildungskurs angeboten, welcher sich an politisch aktive Frauen richtet. Auch an die Frauenorganisationen werden Subventionen ausgerichtet, um damit indirekt Frauenförderung im politischen Bereich zu betreiben.[68] Anders als in der Schweiz wird in Holland ein Teil der Exekutivorgane auf niederer Stufe nicht im Wahlverfahren, sondern im Bewerbungs- und Ernennungsverfahren bestellt. Hier bemühen sich die Behörden um eine gerechte Aufteilung der politischen Aufgaben zwischen den Geschlechtern. Frauen werden bevorzugt, wenn gleich qualifizierte Kandidierende beiderlei Geschlechts sich um eine Funktion wie Bürgermeister(in), Mitglied eines Exekutivorgans etc. bewerben. Ferner bestehen Pläne, diese Ämter auch auf Teilzeitbasis zu besetzen.[69]

Bereits dieses Beispiel zeigt, dass echte Frauenförderung im politischen Bereich auch Verbesserung der Rahmenbedingungen bedeutet. Es geht nicht nur darum, die Frauen an die Politik heran- und in politische Ämter hineinzuführen, sondern es sollen umgekehrt auch die Ämter so gestaltet werden, damit sie den Frauen, welche oft auch mit familiären Pflichten belastet sind, angepasst sind. Schon kurz gestreift wurde der positive Effekt von Antidiskriminierungsgesetzen.[70] Insbesondere diejenigen Gesetze, welche dafür sorgen, dass Frauen, welche in die Politik einsteigen oder ein politisches Amt übernehmen oder sich zur Wahl stellen möchten, optimale Rahmenbedingungen gewährt werden, dürften eine grosse indirekte Wirkung besitzen. Drude Dahlerup und Elina Haavio-Mannila: "*Geschlechterquoten oder Quoten zugunsten der Frauen dürfen nicht isoliert dastehen. Andere Massnahmen, wie z.B. Erziehungsprogramme, müssen ihnen folgen.*"[71] In Schweden hat es sich gezeigt, dass diejenigen lokalen Parlamente mit einem Frauenanteil von 40 % in Städten zu finden sind, wo neben einem hohen Lohnniveau, junger Bevölkerung und hohem Beschäftigungsgrad auch ein gut ausgebauter Dienstleistungssektor besteht.[72] Ein Staat, der es ernst meint mit Gleichstellung der Frauen in den Parlamenten und Regierungen sowie der politischen Frauenförderung, sollte die entsprechende Infrastruktur ausbauen. Tagesschulen, Kinderhorte, Teilzeitstellen etc. sind Stichworte dazu. In den nordischen Ländern steht ein

solches System zur Verfügung. Daher wohl der Vorsprung dieser Frauen, der anderswo immer wieder wie ein Wunder bestaunt wird.

Übersicht
Andere staatliche Massnahmen

	Staatliche Frauenförderungsmassnahmen
	Andere staatliche Massnahmen
Belgien	Arbeitsstrategien des Büros der Staatssekretärin für Umwelt und soziale Emanzipation, u.a. "Charta der Frau in der Politik", gemeinsam mit Frauengruppen der Parteien.
France	Diverse Aktionen der mit Frauenrechten befassten Staatssekretärin.
Italien	Kampagne "Wahle Frauen" der Kommission für die Gleichstellung von Männern und Frauen.
Holland	Subventionierung der privaten Frauenförderung im politischen Bereich.
Schweden	Kommission zur Erarbeitung von Massnahmen. Rahmenbedingungen.
USA	Vorschläge für Massnahmen finanzieller Art im Bereich der Wahlkampagnen.

2.3. Private Frauenförderungsmassnahmen im politischen Bereich

2.3.1. Parteimassnahmen

2.3.1.1. Quoten

Der etwas ausführlicheren Darstellung der auch in unserem Land mit Interesse verfolgten Diskussion dieser Frage in der Bundesrepublik Deutschland sei eine kurze Skizzierung der Situation in den nordischen Staaten vorangestellt. Es dominieren dort im wesentlichen fünf verschiedene Parteien das politische Geschehen: Konservative, liberale und Zentrumspartei sowie sozialdemokratische und kommunistische Partei.[73] Vor allem die linken und die liberalen Parteien haben in den letzten Jahr(zehnt)en Massnahmen ergriffen, um die Position der Frauen zu stärken.

In **Schweden** beschloss die liberale Partei 1972, die weibliche Vertretung in Parteiorganen auf mindestens 40 % zu erhöhen, und die kommunistische Partei entschloss sich gleichzeitig dafür, den Anteil der Frauen unter den Delegierten

demjenigen der Frauen unter den Mitgliedern anzupassen.[74] Die sozialdemokratische Partei hat eine 40-%-Minimalquote für das Entscheidungsgremium der Partei 1987 diskutiert.[75]

Die **norwegischen** Parteien zogen etwas später nach: Die liberale Partei führte 1974 eine Geschlechterquote ein, und die links-soziale Partei folgte 1975. Es handelt sich in beiden Fällen um eine 40-%-Quote für das schwächer vertretene Geschlecht. Sie gilt für die Delegierten auf allen Stufen der Partei.[76] Später zogen auch die Arbeiterpartei und die Wahlallianz der Roten mit der gleichen Regelung nach. Heute gilt in allen politischen Parteien Norwegens eine 40-%-Minimalquote für beide Geschlechter in allen Organen und auf allen Ebenen der Partei.[77]

1977 führte die sozialistische Volkspartei in **Dänemark** eine Regelung ein, welche den Modellen in den schwedischen und norwegischen Parteien entspricht.[78]

Die Quotendiskussion hat in den nordischen Ländern bereits in den siebziger Jahren auf einer breiteren Basis eingesetzt. Dort, wo Massnahmen ergriffen wurden, zeigen diese bereits Anfang der achtziger Jahre erste Erfolge. In der **Bundesrepublik Deutschland** wurde in der Folge und wird noch - wohl unter dem Eindruck des Beispiels der nordischen Länder - die Quotenfrage in den Parteien heftig diskutiert.

Auch die CDU beschäftigt sich seit einiger Zeit mit der Frauenproblematik. Ihr 33. Bundesparteitag vom März 1985 stand unter dem Motto "Die neue Partnerschaft - Frauen in Beruf, Familie und Politik". Die dort verabschiedeten Leitsätze statuieren hinsichtlich der innerparteilichen Beteiligung der weiblichen Mitglieder: "... Die Vorstände aller Parteigliederungen müssen dafür sorgen, dass die Zahl der weiblichen Kandidaten für Mandate und Funktionen kontinuierlich steigt."[79] Die CDU-Frauenvereinigung hat unter dem Stichwort "Partnerschaft 2000" an ihrem 14. Bundesdelegiertentag vom 27./28. September 1985 in Bonn eine Erklärung mit dem Titel "Institutionelle und organisatorische Voraussetzungen für eine neue Partnerschaft zwischen Männern und Frauen in der CDU" verabschiedet. Dieses Aktionsprogramm sieht eine Vertretung von Frauen in Gremien, Fachausschüssen und Kommissionen der Partei sowie auch in der Regierungsverantwortung vor, welche dem "Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft in etwa entspricht". Im Juni 1988 ergingen anlässlich des 36. Bundesparteitages der CDU in Wiesbaden Richtlinien zur politischen Gleichstellung der Frauen in der CDU. Dieser Beschluss hält an der mitgliedschaftsorientierten Quotierung fest, allerdings noch mit der Abschwächung, dass diese nur für Nominationen Geltung hat.[80] Die Quotendiskussion spielt also in der CDU/CSU - wie im übrigen auch in der FDP, über welche uns keine weiteren Informationen vorliegen - eine weniger grosse Rolle.[81] Dies zeigt sich schon daran, dass ein Modell propagiert und schliesslich auch angenommen wurde, welches sich am Verhältnis zur Mitglieder-

zahl orientiert. Damit wird wohl kaum echte Frauenförderung betrieben, besteht doch hier eine Wechselwirkung: Nur eine Partei mit starker Frauenbasis wird die Einführung von Quoten oder andern griffigen Frauenförderungsmassnahmen beschliessen, und eine Partei ohne wirkungsvolles Gleichstellungskonzept wird wohl kaum eine starke Frauenbasis aufweisen können.

Anders die Entwicklung in der deutschen SPD. Bereits 1977 setzten die Sozialdemokratinnen die Einberufung einer Arbeitsgruppe zur "Gleichstellung der Frauen in der Partei" durch. Im September 1985 dann fassten Parteivorstand und Parteirat auf Betreiben dieser Arbeitsgruppe einen Quotierungsbeschluss, wonach Frauen bei der Bundestagswahl 1987 einen Viertel aller Kandidierenden stellen sollten. Als Ziel der SPD wurde sodann genannt, "*den Anteil der Frauen an Mandaten, Ämtern und Funktionen in der Partei so zu steigern, dass noch in den neunziger Jahren der Anteil der Frauen an allen Funktionen und Mandaten der SPD grundsätzlich dem Bevölkerungsanteil entspricht*".[82] Die Beschlüsse der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen vom 4. - 6. Oktober 1985 in Hannover fordern den generellen Grundsatz der Quotierung in Form eines 40-%-Minimalanteils jedes Geschlechts für alle Entscheidungsgremien sowie für die Besetzung aller Funktionen und Mandate in der SPD. Die Gleichstellung der Frauen in der SPD soll nach diesen Beschlüssen in einem Stufenplan erfolgen. Dieser Plan unterscheidet zwischen öffentlichen Ämtern und parlamentarischen Mandaten, letztere werden wiederum unterschieden, je nach Stufe in der föderalistischen Ordnung: Europaparlament, Bundestag, Landtage und Kommunalparlamente. Für jeden dieser Bereiche sind Zielvorgaben angegeben. Bei den Bundestagswahlen beispielsweise waren für die Wahl 1987 30 % Mandatsanteil für die Frauen gefordert, für die folgende Wahl 40 % und für 1995 ein Anteil von 50 %. Die Verwirklichung der Mandatsanteile hat zu erfolgen via Nominationen und Aufstellung von Reservelisten mit Frauen und Männern im Wechsel. Das Massnahmenpaket für die Gleichstellung der Frauen in der SPD umfasst neben diesen Zielvorgaben aber auch Massnahmen zur innerparteilichen Gleichstellung - auch hier wiederum in Form eines Stufenplans bis zur Erreichung einer 50-%-Quote - sowie Rahmenbedingungen und politische Aktionen, einen Absatz über Sanktionen, welche vom Parteivorstand in Richtlinien vorzusehen sind (beispielsweise Kürzung der Wahlkampfkostenerstattung, anteilige Aberkennung des Stimmrechts, Aberkennung von Funktionen, zwingende Offenhaltung von Funktionsanteilen, die nicht durch Frauen besetzt wurden, Kürzung von Zuschüssen an Untergliederungen), und über eine Gleichstellungskommission.[83] Auf dem SPD-Bundesparteitag 1986 wurde einer Aenderung des Organisationsstatuts aufgrund dieser Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen allerdings nicht zugestimmt.[84] So weit war es erst am Bundesparteitag von 1988 in Münster. Im Anschluss an die dort geführte Quotendebatte beschlossen die Delegierten eine Aenderung des Organisationsstatuts und der Wahlordnung der SPD für alle Funktionen und Mandate der Partei im Sinne einer "*Mindestabsicherung von Frauen und Männern bei Wahlen*":

"Die Mindestabsicherung verpflichtet alle Gliederungen und Sonderorganisationen der Partei, bei der Besetzung von Mehrpersonengremien wie Vorständen und Delegationen, jedes Geschlecht zu mindestes 40 Prozent zu berücksichtigen. Die 40-Prozent-Quote tritt allerdings nur stufenweise in Kraft:

- *Für Funktionen wie Vorstands- oder Delegiertenämter gilt bis Ende 1993 die Quote von 33 1/3 Prozent und ab 1994 die 40-Prozent-Quote.*
- *Für Mandate bei Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen beginnt die Pflicht zur Mindestabsicherung ab 1990, und zwar in folgenden Stufen: ab 1990 25 Prozent, ab 1994 33 1/3 Prozent und ab 1998 40 Prozent. (...)".*[85]

Die jüngste Parteibewegung in der BRD, welche im Bundestag vertreten ist, die GRÜNEN, beschlossen an ihrem Parteitag von 1986 eine 50-%-Mindestquote für Frauen. Dieses "Reissverschlussprinzip", wie es genannt wird, soll sicherstellen, dass alle Organe der Partei sowie alle Wahllisten für Parlamentswahlen zu mindestens 50 % mit Frauen besetzt sind.[86] Die GRÜNEN stehen aber schon seit ihrer Gründung auf gleichberechtigten Füssen, indem die innerparteiliche Parität schon von Anfang an programmatisch festgeschrieben war.[87] Bereits erwähnt wurde der Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes der Bundes-AG Frauen der GRÜNEN vom September 1985, welcher auch ein "Quotierungsgesetz" umfasst. Es handelt sich dabei aber nicht um eine parteiinterne Satzung für politische Gleichstellung, sondern um einen Gesetzesvorschlag, mithin einen Vorschlag für eine staatliche Massnahme im beruflichen Sektor beziehungsweise öffentlichen Dienst.

Auch in den **Vereinigten Staaten** wird in den Parteien die Quotenfrage diskutiert. Bei der Betrachtung der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten ist zunächst festzuhalten, dass deren politisches System, insbesondere Parteisystem, nicht mit demjenigen in der Schweiz oder in andern europäischen Ländern verglichen werden kann. Nur so ist es zu verstehen, dass Stanwick und Kleeman die Bedeutung der Parteien für die politische Gleichstellung der Frauen so stark hervorheben, ein Gedanke, der für europäische Verhältnisse selbstverständlich ist.[88] Der Grossteil der uns zur Verfügung stehenden Informationen bezieht sich auf Quotenregelungen für die grossen, vierjährlich stattfindenden Parteikonvente, welche für die Nomination der Präsidentschaftskandidat(inn)en von entscheidender Bedeutung sind.

Für den nationalen Konvent der Demokraten von 1972 statuierte die McGovern-Fraser-Kommission Richtlinien über die Entsendung von Delegierten durch die Staaten. Danach sollte der Anteil der weiblichen Delegierten ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung widerspiegeln. Die Zahl der weiblichen Delegierten am Demokratischen Parteikonvent sprang in der Folge von 13 % auf 40 %.[89] Diese Regelung wurde dann aber wieder aufgegeben und durch Appelle für freiwillige Massnahmen zur gleichmässigen Vertretung der Geschlechter ersetzt. Für den Konvent von 1980 wurden die Quoten erneut eingeführt.[90] Dies hatte zur Folge, dass an diesem Konvent nunmehr 49 % der Delegierten weiblich waren (1976: 34 %). Dieser Wert konnte für 1984 und 1988 gehalten werden.[91] Allerdings wurde auch eine neue Kategorie von Superdelegierten eingeführt, auf welche die Quotenregelung nicht Anwendung findet.[92] Die Nationale Demokratische Plattform für 1988 statuiert aus-

drücklich das Recht für Frauen (und Minoritäten), gleichberechtigt in gewählte Positionen und Parteiämter Einsitz zu nehmen.[93] Auch die Geschäftsordnung für den 88er Konvent sieht verschiedene Verfahrensregelungen vor, die die Gleichstellung der Geschlechter garantieren sollen: Ämterteilung zwischen Frauen und Männern, Quoten für Komitees etc.[94] Schliesslich enthält auch die Charta der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten von 1988 zahlreiche Gleichstellungsregelungen. Es wird eine gleiche Verteilung der Delegierten und Komiteesitze unter den Geschlechtern auf allen Ebenen der Partei gefordert (Art. 10, Section 6), oftmals wird die zweithöchste Charge in einem Gremium dem Geschlecht vorbehalten, welches die höchste Position nicht innehält.[95]

Die Republikanische Partei hat im Hinblick auf den Konvent von 1972 Appelle zur besseren Vertretung von Frauen erlassen.[96] Damals resultierte eine Verbesserung um 13 % auf 30 %.[97] Dieses Verhältnis blieb konstant bis 1984, als es 44 % erreichte.[98] Die Wahlplattform der Republikaner für 1988 spricht sich dann allerdings grundsätzlich gegen "diskriminierende Quoten und vorzugsweise Behandlung" aus.[99]

Übersicht
Parteimassnahmen - Quoten

	Private Frauenförderungsmassnahmen
	Parteimassnahmen
	Quoten
BRD	CDU: 1988: Mitgliedschaftsorientierte Quote bei Nominationen. SPD: 1988: Mindestabsicherung von Frauen und Männern bei Wahlen, gestuft bis 1998. GRÜNE: 1986: 50-%-Quote.
Dänemark	1977: Sozialistische Volkspartei: 40-%-Quote.
Norwegen	Alle Parteien: 40-%-Mindestquote für beide Geschlechter in allen Organen und auf allen Ebenenen der Partei.
Schweden	1972: Liberale Partei: Frauen mindestens 40 %. 1972: Kommunistische Partei: Quote gemäss Mitgliederbestand 1987: Sozialdemokratische Partei: Diskussion über 40-%-Quote.
USA	Parteikonvente: Demokratische Partei: Richtlinien, Appelle und Quote gemäss Anteil an Bevölkerung, allerdings Änderung des Systems. Republikanische Partei: Grundsätzlich gegen Quoten, Appelle.

2.3.1.2. Listengestaltung

Das vorstehende Kapitel über die Parteimassnahmen erwähnt bereits an einigen Orten Parteibeschlüsse, die eine bessere Placierung von Frauen auf den Wahllisten zum Thema haben. In der Folge werden zwei besonders erfolgreiche Modelle in dieser Richtung sowie zwei Vorschläge zu dieser Frage vorgestellt.

In Ländern, die wie die Schweiz ein Listenwahlsystem praktizieren (und nur solche sollen hier berücksichtigt werden), spielen die Anzahl von Frauen, welche auf Wahllisten figurieren, und insbesondere deren Listenplatz, für die politische Partizipation der Frauen eine entscheidende Rolle. In den nordischen Ländern ist der Anteil von Frauen auf Wahllisten seit Beginn dieses Jahrhunderts ständig gestiegen. Der markanteste Sprung erfolgte in den siebziger Jahren. 1980 verlangten - wie bereits erwähnt - Vorstösse in Norwegen und Schweden eine gesetzliche Listenquotierung von 40 beziehungsweise 50 %.[100] Beide Vorschläge wurden niemals Realität, aber die Entwicklung in der Praxis führte in dieselbe Richtung.[101]

In **Norwegen** setzten anlässlich der Parlamentswahlen von 1985 die Sozialistische Linkspartei und die Arbeiterpartei eine freiwillige Wahllistenquotierung durch. Beide Parteien vermochten sowohl ihre Mandatszahl als auch den Frauenanteil in ihrer Fraktion zu erhöhen. Dies brachte den Durchbruch für das Prinzip der Listenquotierung. In der Regel gilt heute in allen norwegischen Parteien eine 40-%-Quote für beide Geschlechter in allen Organen und auf allen Ebenen der Partei. Diese Quote bezieht sich auch auf 40 % der wählbaren Plätze, das bedeutet der sicheren Listenplätze.[102]

In **Schweden** zeigt sich seit den Wahlen von 1976 eine leicht höhere Stimmbeteiligung bei den Frauen als bei den Männern. Anlässlich der letzten Wahlen haben die im Parlament vertretenen Parteien freiwillig eine 40-%-Quote für ihre Listengestaltung beschlossen. Diese Massnahme brachte einen Anteil von 38 % weiblichen Abgeordneten im schwedischen Parlament.[103]

Im Statut der sozialistischen Partei **Frankreichs** ist im Sinne einer Empfehlung eine Wahllisten-Quote von 20 % für die Frauen enthalten. In Tat und Wahrheit wird diese Quote nicht eingehalten. Unter den sozialistischen Parlamentarierinnen wird diese Quote als notwendiges, wenn auch nicht ausreichendes Übel angesehen, welches dazu beitragen kann, dass Frauen gewählt werden. Aus diesem Grunde verlangen sie ausser der Wahrung und der Erhöhung der Quote die Schaffung einer Kommission zur Frauenförderung sowie soziale Einrichtungen, welche die Frauen von ihren Familienpflichten entlasten.[104]

In der **Bundesrepublik** sieht der Entwurf der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen vor, dass Frauen auf nicht abgesicherten Listenplätzen seitens der Partei überproportional finanziell zu unterstützen sind.[105]

Übersicht
Parteimassnahmen - Listengestaltung

	Private Frauenförderungsmassnahmen
	Parteimassnahmen
	Listengestaltung
BRD	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Vorschlag: überproportionale finanzielle Unterstützung von Frauen auf nicht abgesicherten Listenplätzen.
France	Sozialistische Partei: Empfehlung: 20-%-Quote. Forderung der weiblichen sozialistischen Abgeordneten: Wahrung und Erhöhung der Quoten.
Norwegen	Alle Parteien: 40-%-Mindestquote.
Schweden	Wahlen 89: Alle Parteien: 40-%-Mindestquote.

2.3.1.3. Frauenlisten / Frauenparteien

Frauenlisten und Frauenparteien haben einen gemeinsamen Ursprung. Im Kampf gegen männerdominierte Listen schlossen sich Frauen zusammen und formierten reine Frauenlisten, sei dies innerhalb einer bestimmten Partei oder als überparteiliche Gruppierung beziehungsweise neue 'Frauenpartei'. Auch zu diesem Themenkreis liegen Informationen hauptsächlich aus den nordischen Ländern vor.

In der Vergangenheit gab es in den nordischen Ländern zunächst gar Versuche, eigene Frauenparteien zu formieren, welche jedoch von Männern gegründet und geleitet wurden. Frauen leisteten in diesen Gruppierungen nur einen sehr begrenzten und peripheren Beitrag.[106] Echte Frauenparteien, welche als Herausforderung an das patriarchalische System gedacht waren, stiessen immer auf starke Opposition - sowohl seitens der Parteien als auch seitens der Gesellschaft.[107]

Frauenlisten finden sich in allen fünf nordischen Ländern. Vor allem in der ersten Zeit nach Einführung des Frauenstimmrechts wurde diese Massnahmen vermehrt angewandt, und zwar mehrheitlich bei Wahlen auf lokaler Ebene, wohl weil dort die politischen Parteien eine weniger starke Rolle für den Wahlentscheid spielen.[108]
Die ensprechenden Versuche in **Norwegen** und **Schweden** waren zwar nicht sehr erfolgreich, führten aber zu einer Verstärkung der Aktivitäten in bezug auf Frauenthemen in den traditionellen Parteien und politischen Organisationen.[109]

Dänemark erlebte 1909, 1913 und 1946 einen eigentlichen Frauenlisten-Boom. Besondere Erfolge wurden dabei in ländlichen Gemeinden erzielt, wo den Frauen besondere Widerstände begegneten, sich aufstellen und wählen zu lassen.[110]

In **Island** dürfte der Erfolg der Frauenlisten in den Jahren 1908 bis 1921 vor allem auf die unstabile politische Situation vor und kurz nach der Unabhängigkeit zurückzuführen sein. 1922 wurde via eine Frauenliste die erste Frau ins isländische Parlament gewählt. Frauenlisten erlebten in Island 1982 bei lokalen Wahlen eine erfolgreiche Wiedergeburt. Bei den nationalen Wahlen von 1983 erreichte die kandidierende Frauenliste 3 von 60 Sitzen, und bei den Wahlen von 1987 konnte diese Zahl auf 6 Sitze verdoppelt werden.[111]

Übersicht
Parteimassnahmen - Frauenlisten / Frauenparteien

	Private Frauenforderungsmassnahmen
	Parteimassnahmen
	Frauenlisten / Frauenparteien
Dänemark	1. Hälfte des 20. Jahrhunderts: Erfolge in ländlichen Gemeinden.
Island	1922: Via Frauenliste wird erste Frau ins Parlament gewählt 1982: Erfolge bei lokalen Wahlen. 1983 und 1987: Erfolge bei nationalen Wahlen.
Norwegen	Versuche mit Frauenlisten.
Schweden	Versuche mit Frauenlisten.

2.3.1.4 Andere Massnahmen der Parteien

Erwähnenswert ist unter diesem Titel namentlich die beispielsweise in der **Bundesrepublik Deutschland** praktizierte Einsetzung einer hauptamtlichen Frauenbeauftragteqn in der Bundespartei (z.B. CDU) oder von parteiinternen Gleichstellungskommissionen (Vorschlag SPD-Frauen). Die bereits mehrfach erwähnten Beschlüsse der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen von 1985[112] formulieren aber auch "Rahmenbedingungen", welche es vor allem Frauen mit Familienpflichten ermöglichen sollen, in einer Partei politisch tätig zu sein. Unter den vorgeschlagenen Massnahmen figurieren finanzielle Beihilfen für Fahrkosten, die Rücksichtnahme auf Erwebstätige und Kinderbetreuende bei der Ansetzung von Terminen und der Bestimmung von Tagungsorten, die Einrichtung von Kinderhorten während einer Tagesveranstaltung etc.

Eine anlässlich einer Europarat-Konferenz zur Situation der Frauen im lokalen und regionalen Leben vorgestellte Studie aus **Italien** macht deutlich, dass den Parteien eine Verantwortung zukommt, welche über die Gleichstellung in der Partei selber oder auf Listen hinausgeht. 1980 kandidierten bei den Regionalwahlen im Piemont 12,9 % Frauen. Unter den Gewählten war ihr Anteil höher, er betrug 15,3 %. Unter den Mitgliedern in ausserparlamentarischen Organen des Piemonts jedoch betrug der Frauenanteil lediglich 7,22 %. Nach Parteien aufgeschlüsselt, ergab sich dabei folgendes Bild:

	Kandidierende Frauen	Nominierungen von Frauen für ausser-ausserparlamentarische Organe
PCI	21,67 %	4,39 %
DC	11,67 %	3,7 %
PSI	8,33 %	1,08 %
PRI	11,67 %	10,81 %

Es zeigt sich also, dass Frauenförderung in den Parteien auch heissen muss, dass Frauen von den Parteien für öffentliche Ämter vorgeschlagen werden, oder andersherum formuliert, dass es nicht ausreicht, Frauen auf den Listen zu haben und es somit den Wählenden zu überlassen, die Frauen zu fördern, wenn die Partei selber damit nicht ernst macht, sobald sie Gelegenheit dazu hat.[113]

Übersicht
Parteimassnahmen - Andere Massnahmen der Parteien

	Private Frauenförderungsmassnahmen
	Parteimassnahmen
	Andere Massnahmen der Parteien
BRD	CDU: Frauenbeauftragte der Partei. SPD: Vorschlag Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen: Gleichstellungskommission, Rahmenbedingungen etc.
Italien	Erfahrungen in Piemont zeigen: Gleichstellung auch bei Nominationen der Parteien für öffentliche Ämter nötig.

2.3.2. Weitere private Frauenförderungsmassnahmen im politischen Bereich

Die Massnahmen, welche in diesem allgemein überschriebenen Kapitel zusammengefasst werden, sind naturgemäss sehr vielfältig. Es werden im folgenden nur die Beispiele von Privatinitiativen im Sinne von Unterstützungsaktionen bzw. Aufklärungskampagnen vorgestellt, welche in mehreren Staaten praktiziert wurden und werden. Damit soll aufgezeigt werden, dass auch aufgrund solcher Bemühungen Fortschritte möglich sind, welche wiederum einen positiven Einfluss auf die Einstellung einzelner Wählerinnen und Wähler, der Parteien oder gar des Staates gegenüber Frauenförderungsmassnahmen im allgemeinen haben.

In den **Vereinigten Staaten** bildet die Unterstützung, welche Kandidierende von Freunden und Freundinnen oder Bekannten erfahren, einen bedeutenden Faktor bei der Motivation dieser Personen, überhaupt für ein Amt zu kandidieren.[114] Die Bedeutung des politischen Netzwerks wird besonders stark hervorgehoben. Stanwick/Kleeman: "*In der Politik vorwärtszukommen, bedeutet oft, die Agierenden auf der politischen Bühne zu kennen.*"[115] Ein sicherer Weg dazu ist selbstverständlich die Mitarbeit in einer politischen Organisation oder einem Wahlkampf. In den Vereinigten Staaten hat sich in diesem Bereich in den letzten Jahren ein Mentorinnen-System entwickelt. Frauen, welche politische Aemter innehaben, betreuen andere Frauen, welche diesen Sprung wagen wollen. Sie führen sie in ihr Netzwerk ein und lassen sie teilhaben an ihren Erfahrungen. Daraus entstanden sind zahlreiche formelle und informelle Organisationen, welche - häufig in Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen - zum Ziel haben, die Zahl der Frauen in öffentlichen Positionen zu erhöhen: Women Support Women - Frauen unterstützen Frauen.[116] Die Finanzierung dieser Aktivitäten beruht auf privater Basis, häu-

fig schliessen sich die Frauen eben gerade mit dem Zweck zusammen, gemeinsam Geldmittel für Kampagnen weiblicher Kandidierender zu beschaffen. Diese Organisationen haben sich zu eigentlichen Frauenlobbies entwickelt, die sich nebst der moralischen Unterstützung für kandidierende Frauen - je nach Schwerpunkt - auch um Wahlkampagnen oder die Nominierung von Frauen für Schlüsselpositionen in der Verwaltung bemühen.[117] Neuerdings scheint sich in diesen sogenannten PACs (Political Action Committees) auch die Einsicht durchzusetzen, dass das Geschlecht als Wahlkriterium einen eigenen Wert darstellen kann und nicht erst in zweiter Linie nach der politischen Ideologie zu berücksichtigen ist.[118] Damit wäre der Weg offen für Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg.

In **Norwegen** haben die Frauen auf privater Basis schon in den sechziger Jahren anlässlich von Gemeindewahlen Aufklärungskampagnen durchgeführt. Die erste Kampagne im Jahre 1967 wurde in Zusammenarbeit mit männlichen Politikern lanciert, welche wichtige lokale Posten innehatten. Über die Medien und die Schulen wurde versucht, die Bedeutung des Beitrages der Frauen an das politische Leben bewusst zu machen. An die politischen Parteien wurde appelliert, Frauen aufzustellen, und die Wählerschaft wurde aufgerufen, Frauen zu wählen. Diese Kampagne brachte eine Steigerung des Frauenanteils in öffentlichen Funktionen von 6,3 auf 9,5 %. Für die Wahlen von 1971 führte die wichtigste Frauenorganisation eine ähnliche Informationskampagne durch, diesmal aber ohne die Hilfe der Männer. Gleichzeitig wirkten die Frauen in den Parteien daraufhin, dass eine möglichst grosse Zahl von Kandidatinnen portiert wurde. Verschiedene Frauengruppierungen befassten sich mit Wahlarithmetik und suchten nach der optimalen Möglichkeit zur Begünstigung der Frauen mit Hilfe des Stimmzettels. Diese Kampagne hatte einen eigentlichen "Staatsstreich der Frauen" - wie er von den Männern bezeichnet wurde - zur Folge. Die durchschnittliche Zahl der Frauen in den Munizipalräten stieg nochmals auf 14,8 % an, und in drei Städten (einschliesslich der Hauptstadt Oslo) wurde gar eine Mehrheit für die Frauen erzielt. Im Anschluss an diese Wahl wurde den Frauen von gewissen Seiten undemokratisches Verhalten vorgeworfen, obwohl die angewandten Strategien durchaus legal waren und in der Vergangenheit von den Männern regelmässig angewendet worden waren. Kurze Zeit nach den Wahlen von 1971 wurde das norwegische Wahlgesetz in den Sinne geändert, dass die Möglichkeit zur Einflussnahme durch die einzelnen Wählenden beschränkt wurde. Die Munizipalwahlen von 1975 bestätigten dann den bisherigen Status Quo im nationalen Durchschnitt (15,4 %), allerdings wurde damals keine Aufklärungskampagne durchgeführt. Der "Staatsstreich der Frauen" hatte aber längerfristige Auswirkungen auf das Bewusstsein der Frauen selber; sie begannen sich vermehrt für die Politik zu interessieren. Diese Entwicklung wiederum hat auch die Männer ihre Einstellung ändern lassen, und zwar einerseits durch die Tatsache, dass damit deutlich wurde, dass die Frauen, wenn sie es nur wollen, gemeinsam für ihre Ziele kämpfen können, und anderseits dadurch, dass die gewählten Frauen bewiesen, dass sie durchaus fähig waren, ein politisches Mandat gemäss den Erwartungen ihrer Wählerschaft auszuüben. 1979 folgte eine neue Kampagne, diesmal mit

dem Erfolg eines Anstieges der durchschnittlichen Frauenvertretung in lokalen Parlamenten oder Räten auf 22,8 %.[119]

Seit 1979 sind in **Schweden** Frauen aus allen im Parlament vertretenen Parteien organisiert, um die Frauenvertretung in der Politik zu stärken. Diese Vereinigung hat sich auch zu einer gemeinsamen Aktion mit den Sozialpartnern zusammengetan, welche die Frauenvertretung in lokalen Verwaltungsgremien stärken will.[120] Zu einer solchen Zusammenarbeit zwischen Frauen aus verschiedenen Parteien und politischen Lagern ist es im übrigen bereits früher in bestimmten Sachfragen - Gewalt an Frauen, Rolle der Frau in der Gesellschaft im allgemeinen - gekommen.[121]

Übersicht
Weitere private Frauenförderungsmassnahmen

	Private Frauenförderungsmassnahmen
	Weitere private Frauenförderungsmassnahmen
Norwegen	Aufklärungskampagnen der Frauenorganisationen bei lokalen Wahlen seit 1967: 1971: "Staatsstreich der Frauen".
Schweden	Organisation der im Parlament vertretenen Frauen, Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern: Aktionen
USA	Mentorinnen-System, Pressure-Groups für die Frauen.

3. Schlussbetrachtung

Eine Rückschau auf die in dieser Arbeit vorgestellten zahlreichen Frauenförderungsmodelle, welche in den nordischen Ländern, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Belgien und andern europäischen Staaten sowie in den Vereinigten Staaten praktiziert und diskutiert werden, bringt kurz zusammengefasst folgende Erkenntnisse:

1. Staatliche Frauenförderungsmassnahmen stecken noch in den Kinderschuhen. Einzig für die ausserparlamentarischen Kommissionen werden Quoten in einigen Ländern allmählich zu einem Thema, welches auf einen breiteren Konsens stösst. In der Regel sind 40-%-Quoten für das schwächer vertretene Geschlecht in Kraft oder vorgeschlagen. Quoten für diese politischen Entscheidungsgremien sind insofern gut durchsetzbar, als die Besetzung hier meistens auf dem Ernennungsweg erfolgt, es sich also nicht um Volkswahlen handelt. Die Erfahrungen in Norwegen zeigen allerdings, dass mit Empfehlungen und Aufrufen zu angemessener Berücksichtigung beider Geschlechter zwar etwas zu erreichen ist, eine gesetzliche Quotierung allein aber die gewünschte Wirkung hat.

2. Staatliche Frauenförderungsmassnahmen im Sinne von Sensibilisierungskampagnen vis-à-vis der Oeffentlichkeit und der Parteien erweisen sich als nützliches Instrument. Derartige Kampagnen sollten auf lokaler Ebene ansetzen und möglichst breitgefächert sein. Als jüngstes Beispiel für eine solche Kampagne sei die Aktion von Staatssekretärin Smet in Belgien genannt, welche sehr breit angelegt war und mit vielen kleineren Aktionen ein Bewusstsein für die Probleme der Frauenförderung im politischen Bereich unter die Bevölkerung zu bringen versuchte.

3. Private Frauenförderungsmassnahmen haben ihren Schwerpunkt bei den politischen Parteien. Auch hier sind es Quotenentscheide, welche klare Fortschritte bringen. Im Vordergrund steht dabei ebenfalls die 40-%-Quote für das schwächer vertretene Geschlecht. Von der Tatsache, dass eine einzelne Partei eine Quotierung praktiziert, darf eine gewisse Sogwirkung in bezug auf die anderen Parteien erwartet werden, da damit nicht nur Sitzgewinne für die Frauen, sondern für die Partei als solche verbunden sein können. Die freiwillige Quotierung in den Parteien Schwedens und Norwegens und die damit verbundene Steigerung der Frauenvertretung in den Parlamenten belegt letzteren Effekt und die Effizienz der Massnahme als solche eindrücklich.

4. Ein wesentlicher Bereich der privaten Frauenförderung ist und bleibt die gegenseitige Unterstützung von Frauen durch Frauen. Die Entwicklung der Frauen-Aktionskomitees und des Mentorinnen-Systems in den Vereinigten Staaten zeigt, dass auch vor einem politischen Hintergrund, in welchem die politische Gleichstellung der Frau aus strukturellen und inhaltlichen Gründen keinen besonders grossen Raum einnimmt, politische Frauenarbeit in gemeinsamer Solidarität möglich ist.

5. Ein besonders probates Mittel zur Frauenförderung im politischen Bereich sind von Frauenorganisationen und -verbänden lancierte breite Aufklärungskampagnen. Auch hier erweist sich die kommunale Ebene als idealer Ansatzpunkt. Die einzelne Gemeinde ist für die Wählenden überschaubar, die Wahlen sind weniger stark von den Parteien dominiert und die Kandidierenden als Personen stehen hier stärker im Vordergrund. Als ganz besonders geeignet erweisen sich die Verhältnisse dann, wenn - wie in Norwegen - kommunale Wahlen gleichzeitig im ganzen Lande durchgeführt werden, so dass eine entsprechende Kampagne landesweit auf die Notwendigkeit der Frauenförderung im politischen Bereich aufmerksam machen kann. Die Erfolge solcher in Norwegen über mehrere Wahljahre durchgeführter Kampagnen belegen die Tauglichkeit dieser auf privater Initiative beruhenden Massnahme in eindrücklicher Art und Weise.

6. Politische Frauenförderung ohne gleichzeitige Verbesserung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen ist nicht sinnvoll. Um eine wirklich paritätische Vertretung der Geschlechter in den politischen Entscheidungsgremien zu erreichen, ist es unerlässlich, dass die Frauen einen Teil der ihnen durch die Uebernahme eines politischen Amtes entstehenden Mehrbelastung kompensieren können. Die sozialdemokratischen Frauen in der BRD zeigen in ihrem Gleichstellungsmodell auf, wie dies - auf privater Ebene, aber auch durch den Staat - realisiert werden kann: Kinderhorte, Tagessschulen und Teilzeitarbeit etc. sind Einrichtungen, welche es berufstätigen Frauen oder solchen mit Familienpflichten erlauben, politisch tätig zu sein.

Anmerkungen

1 Ida Blom, Women's Politics and Women in Politics in Norway since the End of the Nineteenth Century, in: Retrieving Women's History, Changing Perceptions of the Role of Women in Politics and Society, herausgegeben von S. Jay Kleinberg, Paris 1988, S. 270; (*Blom*)
Dieses und alle weiteren im Original fremdsprachigen Zitate wurden von den Autorinnen frei ins Deutsche übersetzt.

2 Dies teilweise auch wegen sprachlicher Schwierigkeiten, ist doch ein grosser Teil der erschienenen Publikationen in einer der skandinavischen Sprachen verfasst.

3 Auch die Antidiskriminierungs- und Quotierungsgesetze und Vorschläge für solche in verschiedenen Staaten betreffen weitgehend diesen Bereich.

4 Participation des femmes à la vie politique et au processus de prise de décision, Etude mondiale sur la situation à la date du 1er avril 1988, Union interparlementaire, Genf 1988; (*Etude*)
und: Carte de l'Union interparlementaire, Juni 1989; (*Carte*). Die Berechnung eines weltweiten Durchschnittes sowie der Vergleich der Zahlen für die einzelnen Länder ist insofern problematisch, als die Zahlen von den Terminen für Parlamentswahlen abhängig sind und diese nicht überall zur gleichen Zeit stattfinden.

5 Oesterreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Norwegen, Niederlande, Portugal, Vereinigtes Königreich, Bundesrepublik Deutschland, San Marino, Schweden, Schweiz, Türkei.

6 Mariette Sineau, Voies et moyens pour améliorer la situation des femmes dans la vie politique, Conseil de l'Europe, Strasbourg 1989; (*Sineau*)

7 Janine Mossuz-Lavau / Mariette Sineau, La situation des femmes dans la vie politique, Les femmes dans le personnel politique en Europe, Conseil de l'Europe, Strassbourg 1984; (*Mossuz-Lavau/Sineau*)

8 *Mossuz-Lavau/Sineau*. Vgl. zur Frage des Einflusses des Wahlsystems auch: Torild Skard, Les femmes dans la vie politique des pays nordiques, in: Revue internationale des sciences sociales, 25 (1983), S. 693 ff.; (*Skard*)

9 Vgl. zu dieser Frage: Eliane Vogel-Polsky, Positive Aktionen und die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Einschränkungen, die deren Durchsetzung in den Mitgliedstaaten des Europarates entgegenstehen, Deutschsprachige Ausgabe der Europarat-Studie, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1989; (*Vogel-Polsky*) und: Birgit Meyer, Frauen an die Macht!?, Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 9-10/87, 28. Februar 1987, Bonn 1987, S. 24; (*Meyer*) sowie: Unfinished Democracy, Women in Nordic Politics, herausgegeben von Elina Haavio-Mannila, Drude Dahlerup, Maud Edwards et al., Oxford, New York, Toronto, Sydney, Paris, Frankfurt 1985, S. 162 f.; (*Unfinished Democracy*)

10 Gewisse Hinweise auf die Situation in den nordischen Ländern finden sich in: *Unfinished Democracy*, S. 104 f.; allerdings wird auch dort die schlechte Datenlage bedauert.

11 Maud Landby Eduards, La participation des femmes et la politique d'égalité des chances, in: Actualités suédoises, Publié par l'Institut Suédois, No. 369, August 1989, Stockholm 1989, S. 6; (*Eduards*)

12 Frauenförderpläne, Durchsetzung der Chancengleichheit auf dem Erwerbsarbeitsmarkt und in der Gesellschaft, Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Materialien Nr. 100, Oktober 1987, Bonn 1987, S. 330; (*Frauenförderpläne*)

13 *Unfinished Democracy*, S. 162 f.

14 Die Vereinigten Staaten gelten hier als Vorbild, vgl. *Meyer*, S. 23

15 *Meyer*, S. 24

16 Vorläufiger Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes der GRÜNEN, herausgegeben von der Bundes-AG Frauen der GRÜNEN, Bonn 1985; (*Entwurf*) und: *Meyer*, S. 23 f.

17 *Unfinished Democracy*, S. 163

18 *Unfinished Democracy*, S. 56

19 *Unfinished Democracy*, S. 56

20 *Vogel-Polsky*

21 Danièle Loschak, Les hommes politiques, les "sages" (?) ... et les femmes (à propos du Conseil constitutionnel du 18 novembre 1982), in: Droit social, Nr. 2, Februar 1983, S. 131 - 137; (*Loschak*)

22 Jean Savatier, Les discriminations dans l'emploi à raison du sexe, in: Droit social, Nr. 6, Juni 1984, S. 339 - 342; (*Savatier*)

58 Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/6340, 5.11.1986, Antwort der Bundesregierung auf die Grosse Anfrage der Abgeordneten ..... - Drucksache 10/5817 -, Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 39 f.; (*Antwort*)

59 *Entwurf*

60 Erhältlich beim Cabinet du Secrétaire d'Etat à l'environnement et à l'émancipation sociale, 56 rue de la Loi, 1040 Bruxelles.

61 "Campagne de sensibilisation visant à appuyer la participation des femmes à l'occasion des élections communales d'octobre 88", le Secrétaire d'Etat à l'Emancipation Sociale, M. Smet, Brüssel, 12. September 1988

62 "La place des femmes dans la vie politique française", Secrétariat d'Etat chargé des droits des femmes, Paris.

63 *Actes 1986*, S. 83 f.

64 *Michel*, S. 61 f.

65 *Stanwick/Kleeman*, S. 36

66 *Stanwick/Kleeman*, S. 36

67 Vgl. hiezu die Ausführungen hinten unter Ziff. 3.2

68 *Swiebel*

69 *Michel*, S. 58 f.

70 Vgl. Einleitung sowie oben Ziff. 2.1

71 *Unfinished Democracy*, S. 163

72 *Actes 1986*, S. 46, vgl. auch: *Unfinished Democracy*, S. 104 f.

73 *Unfinished Democracy*, S. 41

74 *Unfinished Democracy*, S. 42

75 *Frauenförderpläne*, S. 350

76 *Unfinished Democracy*, S. 42

77 *Actes 1986*, S. 153, und *Frauenförderpläne*, S. 328 f.

78 *Unfinished Democracy*, S. 42

79 Beate Hoecker, Politik: Noch immer kein Beruf für Frauen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 9-10/87, 28. Februar 1987, Bonn 1987, S. 3; (*Hoecker*)

80 Frauenunion, Faltprospekt zum Thema "Frauen in der Union", Parteitags-Beschlüsse zur politischen Gleichstellung, Essener Leitsätze, Mainzer C3-Beschluss, Wiesbadener Richtlinien; (*Frauenunion*)

81 *Hoecker*, S. 3

82 *Hoecker*, S. 3

83 Davon wird hinten unter Ziff. 3.1.4 noch die Rede sein.

84 *Frauenförderpläne*, S. 171 ff.

85 Sozialdemokratischer Informationsdienst, Frauen in der SPD, Dokumentation der Quotendebatte vom 30. August 1988 auf dem Bundesparteitag in Münster, Dokumente Nr. 28, herausgegeben vom Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Bonn 1988, S. 59; (*Quotendebatte*)

86 *Frauenförderpläne*, S. 181 ff.

87 *Hoecker*, S. 3

88 *Stanwick/Kleeman*, S. 31 f.

89 Percentage of Women to the National Conventions, 1900 - 1988, in: *News & Notes*, 6, 2, S. 21

90 Debra L. Dodson, Women at the Conventions: A Growing Presence, in: *News & Notes*, 6, 2, S. 14 f.

91 *News & Notes*, 6, 2, S. 21

92 Jo Freeman, Feminist Activities at the National Conventions, in: *News & Notes*, 6, 3, S. 14

93 Paul G. Krik, Jr., Chairman, Democratic National Committee, The 1988 Democratic National Platform, S. 5; (*Democratic Platform*)

94 Final Call for the 1988 Democratic National Convention, herausgegeben vom Democratic National Committee, Washington 1987; (*Final Call*) und: Delegate Selection Rules for the 1988 Democratic National Convention, herausgegeben vom Democratic National Committee, Washington 1988; (*Selection Rules*)

95 The Charter and the Bylaws of the Democratic Party of the United States, as Amended by the 1988 Democratic National Convention, Washington 1988; (*Charta*)

96 *News & Notes*, 6, 2, S. 15

97 *News & Notes*, 6, 2, S. 21

98 *News & Notes*, 6, 2, S. 21

23 Andrée Michel, Positive Aktionen zugunsten der Frau, Deutschsprachige Ausgabe der Europarat-Pilotstudie, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1987; (*Michel*)

24 Helga Maria Hernes, Welfare State and Woman Power, Essays in State Feminism, Oslo 1987, S. 73; (*Hernes*)

25 Zu den Gründen dafür, vgl. *Hernes*, S. 73 ff.: "Corporate Women in Five Nordic Countries"

26 *Hernes*, S. 73

27 *Hernes*, S. 74, und: (nicht ganz gleicher Meinung): *Unfinished Democracy*, S. 164

28 *Hernes*, S. 75. Der hier formulierte Gedankengang ist Helga Maria Hernes entliehen: vgl. *Hernes*, S. 78

29 *Unfinished Democracy*, S. 163

30 Einen Ueberblick über die Entwicklung im Bereich der ausserparlamentarischen Kommissionen etc. in den fünf nordischen Ländern bietet *Hernes*, S. 78.

31 *Unfinished Democracy*, S. 129 f.

32 *Hernes*, S. 95

33 *Hernes*, S. 78, Tabelle 1

34 *Hernes*, S. 95

35 Actes de la Conférence sur les femmes dans la vie locale et régionale, Participation égalitaire des femmes à la détermination des politiques au niveau des collectivités territoriales, Strasbourg 1987, Rapport présenté par Mme Anne-Marie Tannaes (Norwegen), S. 155; (*Actes 1987*)

36 Bereits dieser Erlass hatte die Repräsentation beider Geschlechter in öffentlichen Kommissionen gefordert; vgl. hiezu: *Frauenförderpläne*, S. 328

37 *Hernes*, S. 95, sowie: Milestones in 150 Years' History of Norwegian Women, Prospekt des Likestillingsradet (Gleichstellungsrat), Oslo 1988; (*Milestones*)

38 *Michel*, S. 59, sowie: Norway Information, Published by the Royal Norwegian Ministry of Foreign Affairs, Equal Status Between Men and Women, February 1984, Oslo 1984, S. 17; (*Norway Information*)

39 Sex Equalitiy in Norwegian Public Life, Abridged Version of the Ministeries' Programmes of Action, The Ministry of Consumer Affairs and Governmental Administration, Norway 1988, S. 7; (*Programmes of Action*) und: *Milestones*

40 *Programmes of Action*, S. 7

41 Vor allem wohl wegen des Interventionsrechtes des Kontrollorganes.

42 *Hernes*, S. 78 und S. 96

43 *Frauenförderpläne*, S. 318

44 Informationsschrift "Equality between Women and Men in Denmark" des Dänischen LIGESTILLINGSRADET (Gleichstellungsrat), Kopenhagen, Ausgabe 1987; (*Ligestillingsradet* 1987). 1988 betrug die Zahl offenbar bereits 38 %. Aus der Quelle geht nicht klar hervor, ob es sich um eine neu eingesetzte Kommission handelt oder um den Durchschnitt aller tätigen Gremien. Vgl. dazu: *Ligestillingsradet*, Ausgabe 1988

45 *Ligestillingsradet* 1987

46 *Eduards*, S. 5

47 *Hernes*, S. 78, vgl. auch: Actes de la Conférence ministérielle européenne sur l'égalité pour les femmes et les hommes, Strasbourg 1986, Rapport présenté par la délégation de la Suède, (ohne Autorin), S. 45 f. (*Actes 1986*), für die Entwicklung seit den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

48 *Eduards*, S. 5

49 *Unfinished Democracy*, S. 164

50 *Eduards*, S. 6

51 Briefliche Auskunft von *Joke Swiebel*, Direktion für die Koordination der Emanzipationspolitik im holländischen Sozial- und Arbeitsministerium vom 5. 9. 1989; *(Swiebel)*

52 Programme en dix objectifs, Pour une politique d'émancipation, Cabinet du Secrétaire d'Etat à l'Emancipation Sociale, Bruxelles, März 1989; (*Dix objectifs*)

53 "Projet de loi sur la présence équilibrée des hommes et des femmes dans les organes consultatifs", Conseil des ministres, 15. Juli 1989

54 Kathy A. Stanwick / Katherine E. Kleeman, Women Make a Difference, CAWP-Serie "Bringing More Women Into Public Office", New Brunswick 1983, S. 34; *(Stanwick/Kleeman)*

55 Kappie Spencer, Attaining a Gender Balance on State Boards and Commissions as a Route into Elective Office for Women, in: News & Notes, Issued by the Center for the American Woman and Politics, Vol. 7, No. 1, Spring 1989, New Brunswick 1989, S. 11; (*News & Notes*, 7, 1)

56 *News & Notes*, 7, 1, S. 11

57 *News & Notes*, 7, 1, S. 10 ff. In diesem Artikel sind die Bestebungen in den Vereinigten Staaten ausführlich referiert.

99 *News & Notes*, 6, 3, S. 12
100 Vgl. dazu Ziff. 2.2
101 *Unfinished Democracy*, S. 56 ff.
102 *Frauenförderpläne*, S. 328 f.
103 *Eduards*, S. 3
104 Régine Saint-Criq, Une autre place pour les femmes, Fédération Nationale des Elues Socialistes et Républicains, Paris 1989; (*Saint-Criq*)
105 *Frauenförderpläne*, S. 173
106 *Unfinished Democracy*, S. 42
107 *Unfinished Democracy*, S. 43 ff.
108 *Unfinished Democracy*, S. 46
109 *Unfinished Democracy*, S. 46
110 *Unfinished Democracy*, S. 47
111 *Unfinished Democracy*, S. 47 f.
112 *Frauenförderpläne*, S. 171 ff.
113 *Actes 1987*, S. 204 f.
114 *Stanwick/Kleeman*, S. 29
115 *Stanwick/Kleeman*, S. 37
116 *Stanwick/Kleeman*, S. 37
117 *Stanwick/Kleeman*, S. 45 ff., und: *News & Notes*, 7, 1, S. 9
118 Ruth B. Mandel, The Political Woman, in: The American Woman 1988-89, A Status Report, herausgegeben von Sara E. Rix für das Women's Research & Eduction Institute, New York/London 1989, S. 100; (*Political Woman*). In diesem Artikel findet sich eine gute Uebersicht über die Entwicklung der PACs in den Vereinigten Staaten.
119 *Skard*, S. 693 ff.
120 *Eduards*, S. 6
121 *Actes 1986*, S. 50

Kapitel 2:

Die Frauenvertretung im Nationalrat

von Thanh-Huyen Ballmer-Cao
unter Mitarbeit von Luzia Kopp

Uebersetzung: Elisabeth Veya

Die Untervertretung der Frauen im öffentlichen Bereich erstaunt durch ihre fast ungebrochene Universalität. Praktisch in allen Gesellschaften und zu allen Zeiten stand der ausserhäusliche Bereich mehr oder weniger vollständig unter dem Zeichen des Salischen Gesetzes (= Ausschluss der Frauen von der Erbfolge). Das Fehlen politisch aktiver Frauen kommt einem zwar als Konstante vor, ist aber keineswegs 'unausweichlich'. In der Tat: Zwar sind Frauen im öffentlichen Leben nach wie vor ungenügend vertreten. Dennoch zeichnen sich gewisse Veränderungen ab, indem sich in einer Reihe von Staaten die Teilnahme der Frauen sichtbar verbessert hat.

Im nachfolgenden Kapitel wird die Entwicklung der (Unter-)Vertretung der Frauen in der schweizerischen Politik analysiert. Die Analyse beschränkt sich auf eine der Kammern der Bundesversammlung - auf den Nationalrat. Im ersten Teil machen wir eine vergleichende Bestandesaufnahme der Frauen in den Legislativen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Im zweiten Teil wird die Entwicklung der Frauenvertretung im Nationalrat von 1971 bis heute aufgezeichnet.

1. Die Vertretung der Frauen in schweizerischen Legislativen

Auch nach den Nationalratswahlen 1987 ist die weibliche Präsenz in den Parlamenten schwach.
Tabelle 1 zeigt, dass auf keiner Ebene der Frauenanteil mehr als 15% ausmacht. Die Untervertretung ist allgemein und pyramidenförmig. Das heisst, dass die Vertretung der Frauen noch schwächer wird, je mehr man sich dem Gipfel nähert. In Gemeindeparlamenten beträgt der Frauenanteil 15%, in kantonalen Legislativen sind es nur noch 12% Frauen und in der Bundesversammlung 10%. In der Schweiz - wie in anderen westlichen Ländern - verdeutlicht sich das Fehlen von Politikerinnen auf den höheren Stufen, die am Ende eines sowohl längeren als auch schwierigeren Weges liegen.[1]

Tabelle 1:
Frauenanteil in schweizerischen Parlamenten nach den Nationalratswahlen 1987

Bundesversammlung[3]	9.8%	(1988: 13.0%)
Kantonsparlamente[4]	11.9%	(1988: 12.4%)
Gemeindeparlamente[5]	15.0%	

Die grundlegenden politischen und kulturellen Wandlungen in den 80er-Jahren haben zu einer gewissen Verbesserung der Vertretung der Frauen bei politischen Entscheidungsfunktionen geführt. In diesem Jahrzehnt hat in mehreren europäischen Ländern ein richtiger 'Aufschwung' stattgefunden (Mossuz-Lavau, 1988, S. 47ff.). Auch die Schweiz hat in dieser Zeit ihren Rückstand wettgemacht: Zwischen 1980 und 1988 hat sich der Anteil der Frauen in der Bundesversammlung um 3,7% erhöht, in den Kantonsparlamenten um 3,9% und in den städtischen Parlamenten um 4,8%.[2]

Nichtsdestotrotz muss dieser 'Durchbruch' in doppelter Hinsicht relativiert werden. Zum ersten ist das Ziel einer paritätischen Vertretung noch lange nicht erreicht. Zum andern gilt das 'Gesetz der Pyramide' weiterhin: Die Progression hat nicht zu einer Angleichung der eidgenössischen und kantonalen Ebene einerseits und der kommunalen andererseits geführt.

Die Analyse der Parteizugehörigkeit der schweizerischen Parlamentarierinnen zeigt, dass die Untervertretung der Frauen auch nach Parteien variiert.

Tabelle 2:
Politische Zugehörigkeit der Parlamentarierinnen (1987, in %)[7]

Politische Partei	Parlament Bund[3]	Kanton[4]	Gemeinde[5]
Freisinnige-Demokratische Partei(FDP)	13	20	21
Schweiz. Volkspartei (SVP)	0	4	3
Liberale Partei (LPS)	4	5	14
Christlichdemokrat. Volkspartei (CVP)	17	18	18
Evang. Volkspartei (EVP)	0	4	2
Landesring der Unabhängigen (LdU)	8	4	1
Sozialdemokratische Partei (SP)	46	27	32
Partei der Arbeit (PdA)	0	1	1
Progressive Organisationen (POCH)	8	4	-
Umweltparteien (Grüne)	0	2	2
Andere	4	10	5
Total	100	99	99
(n)	(24)	(357)	(304)[6]

Aus Tabelle 2 wird ersichtlich, dass ganz allgemein die Frauen der Linksparteien (SP, POCH) und des Landesrings auf Bundesebene besser vertreten sind. Der Anteil der Parlamentarierinnen bürgerlicher Parteien (FDP, SVP, LPS) und auch der EVP hingegen nimmt eher ab, je mehr man sich der Spitze der Pyramide nähert. Bei der CVP sind keine wesentlichen Unterschiede zwischen den drei verglichenen Stufen zu verzeichnen. Dieses Ergebnis gibt Grund zur Annahme, dass - in der Schweiz

wie anderswo - die Untervertretung der Frauen nicht 'unvermeidlich' ist. Aus welchen Gründen Parteien versuchen, ihre Delegation 'weiblicher' zu machen, wird hier offen gelassen. Immerhin kann man sagen, dass dort, wo Sinn und Wille für eine Oeffnung bestehen, das Manko an Frauen kleiner wird. Wir werden im Rahmen der Analyse der Kandidaturen für die Nationalratswahlen auf diesen Punkt zurückkommen.

Trotz positiver Veränderungen im Bereich des Zuganges der Frauen in die politische Arena bleibt die Vertretung der Frauen im Bereich der gesetzgebenden Gewalt ungenügend. Ausserdem ist die Untervertretung der Frauen in den höheren Aemtern und insbesondere bei den Mitgliedern bürgerlicher Parteien stärker.

2. Veränderung des Frauenanteils im Nationalrat zwischen 1971 und 1988

In der Langzeitbetrachtung des Frauenanteils im Nationalrat seit 1971 werden gewisse Veränderungen in Bezug auf Quantität, politische Kultur und parteipolitische Ideologie sichtbar. Wir gehen in der Folge auf diese drei Aspekte ein.

2.1. Der Frauenanteil im Nationalrat

Während der fünf letzten Legislaturen ist der Frauenanteil im Nationalrat grösser geworden. Machte der Anteil der gewählten Frauen 1971 noch 5% aus, stieg er 1975 auf 7%, dann auf 10,5% in der Legislatur von 1979 bis 1983 und schliesslich auf 13,5% bei den Wahlen 1987 (Anhang zu diesem Kapitel). Schaut man diese Entwicklung näher an, stellt man fest, dass die Zunahme deutlicher wird, wenn man in 8-Jahresperioden unterteilt. Zwischen zwei Wahlen änderte sich die Zahl der Nationalrätinnen wenig.

2.2. Der Wahlkreis oder Die politische Kultur im kantonalen Umfeld

Ein zweiter Aspekt der Veränderung in der politischen Beteiligung der Frauen auf eidgenössischer Ebene ist das Wahlumfeld der Kandidatinnen.

Tabelle 3 zeigt die zwischen 1971 und 1987 in den Nationalrat gewählten Frauen nach Wahlkreisen. In erster Linie wird deutlich, dass die Zahl der Kantone, in welchen Frauen in den Nationalrat gewählt wurden, seit 1971 zugenommen hat. Zuerst waren es acht, 1975 zehn, 1979 vierzehn und 1983 und 1987 dreizehn. Nach und nach haben im Verlauf der ersten fünf eidgenössischen Wahlen nach Einführung des Frauenstimmrechtes zwei Drittel der Kantone, d.h. insgesamt 18, 'ihr Vertrauen in Frauen' gesetzt. Das heisst, dass die Entwicklung nicht nur auf der

Ebene der Mentalität stattgefunden hat, sondern auch die politische Kultur umfasst hat. Zum einen gehört jetzt in den Augen der Wählerschaft 'Frau Nationalrätin' mit zum Bild, das man sich gesamthaft von Frauen macht; zum andern hat die Tatsache, (auch) durch (eine) Frau(en) vertreten zu werden, in vielen Kantonen ihre Exklusivität verloren und ist selbstverständlicher geworden. Das heisst in anderen Worten, dass die Zunahme von Frauen im Nationalrat nicht in erster Linie daran liegt, dass in den Kantonen mehr Frauen, sondern dass in mehr Kantonen Frauen gewählt wurden. Dann sind es vor allem jene Wahlkreise, die mehrere Sitze im Nationalrat haben, welche Kandidatinnen gewählt haben. Auf der einen Seite haben die 'grossen' Kantone wie Zürich, St. Gallen, Waadt, Bern und Aargau bereits seit den Siebziger Jahren Frauen nach Bern geschickt. Auf der anderen Seite haben - mit Ausnahme von Graubünden - die anderen 'Inseln des Widerstandes' (Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Appenzell-Ausserrhoden, Appenzell-Innerrhoden) bloss einen oder zwei Nationalratssitze[10] zu vergeben. Das heisst, dass ausser von den Unterschieden Stadt/Land und Deutschschweiz/Welschschweiz der Frauenanteil auch von der Grösse des Wahlkreises abhängig ist. Dies ist übrigens nicht eine schweizerische Spezialität, sondern findet sich auch anderswo, wie zum Beispiel in Uebersee (Clark et al., in Flammang 1984, S. 153ff.)

Tabelle 3:
Aufteilung der gewählten Frauen nach Wahlkreis, 1971 - 87[8]

Wahlkreis	1971	1975	1979	1983	1987[9]	Total (1)	Total (2)
Zürich	3	5	5	5	7	12	25
St.Gallen	1	1	2	2	2	4	8
Genf	1	1	1	1	-	3	4
Luzern	1	1	1	1	2	3	6
Schwyz	1	1	1	1	-	1	4
Wallis	1	1	1	1	1	3	5
Neuenburg	1	-	1	1	-	2	3
Freiburg	1	1	1	-	1	2	4
Waadt	-	1	2	2	2	4	7
Basel-Stadt	-	1	2	1	1	3	5
Solothurn	-	1	1	-	1	2	3
Bern	-	-	1	3	5	7	9
Tessin	-	-	1	-	-	1	1
Aargau	-	-	1	1	1	1	3
Basel-Land	-	-	-	1	2	2	3
Jura	-	-	-	1	-	1	1
Schaffhausen	-	-	-	-	1	1	1
Thurgau	-	-	-	-	1	1	1
Total	10	14	21	21	27[9]	53	94

(1) Zahl der während der ersten fünf Wahlen in jedem Kanton gewählten Kandidatinnen
(2) Total der Mandate, die in jedem Kanton während der ersten fünf Nationalratswahlen den Frauen vergeben wurden.

Für diesen Zusammenhang zwischen gewählten Frauen und Anzahl zu vergebender Sitze gibt es im wesentlichen zwei Erklärungen. Erstens das Gesetz der Zahl. Je grösser eine politische Instanz ist, desto grösser sind die Chancen für Frauen, darin Einsitz zu nehmen. Dies wurde in der Schweiz z.B. bereits bei der Zusammensetzung der Kommissionen von Gemeindeverwaltungen (Geser, 1987), sowie in den parlamentarischen Kommissionen auf Bundesebene (Ballmer-Cao, in: Eidg. Kommission für Frauenfragen, 1984, S. 128f.) festgestellt. Zweitens der Wahlmodus. Der Proporz, der sich in der Regel für Frauen günstiger auswirkt als andere Wahlsysteme (Mossuz-Lavau, 1984, S. 59ff.) kommt bei Nationalratswahlen nicht überall zum Zug. Wo nur ein oder zwei Sitze zu vergeben sind, werden die Wahlen in Tat und Wahrheit nach Majorz durchgeführt.

Da auch Wiederwahlen immer möglich sind, wird in der Tabelle schliesslich auch zwischen der Zahl Frauen übertragener Mandate und der Zahl der Nationalrätinnen in der Zeit von 1971 bis 1987 (Kolonne 2 und 1) unterschieden. Zwischen diesen beiden Variablen ergibt sich ein positives Verhältnis. Das heisst, dass dort, wo wenig Frauen gewählt werden, die Tendenz besteht, immer wieder die selbe(n) zu wählen. In diesen Wahlkreisen hängt die Erhöhung des Frauenanteils sowohl mit dem Gesetz der Zahl zusammen, von dem oben die Rede war, als auch mit der Tatsache, dass Bisherige kandidieren.

2.3. Die Vertretung der Geschlechter und die Vertretung der Parteien

Die Analyse der Parteizugehörigkeit der Nationalrätinnen zwischen 1971 und 1987 zeigt, dass die geschlechtsspezifische Spaltung der Vertretung in der Grossen Kammer mit einer anderen, der parteipolitischen, einherläuft.

Aus Tabelle 4 wird die Veränderung der politischen Landschaft im Nationalrat während der letzten fünf Legislaturperioden deutlich. Sie erlaubt einen Vergleich zwischen der Stärke der politischen Gruppierungen auf der einen Seite und der Zahl an Frauen innerhalb dieser Gruppierungen auf der anderen Seite. 1971 machte beispielsweise der 'Bürgerblock' (FDP, LPS, SVP) 39% (n=78) des Nationalrates aus. Anderseits betrug der Anteil der 'bürgerlichen' Frauen 4% (n=3).

Tabelle 4A zeigt auch, dass die Frauen in der Grossen Kammer in allen Fraktionen und während aller fünf Legislaturperioden untervertreten waren. Mit anderen Worten heisst das, dass in den beiden ersten Jahrzehnten des Frauenstimmrechts die Frauen nie, in keiner Fraktion eine Mehrheit bildeten. Sogar innerhalb der Linken (der traditionellen und der neuen) bewegte sich der Anteil der Frauen nur zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Abgeordneten. Dazu kommt, dass diese 'Feminisierung', die - um präzise zu sein - als sehr relativ bezeichnet werden muss, ein eher jüngeres Phänomen ist.

Wenn man aber den Frauenanteil mit der Stärke der Gruppierung vergleicht, kann man dennoch durchaus erkennen, dass an verschiedenen Orten besondere Anstrengungen unternommen worden sind. Gesamthaft gesehen sind es die Parteien der Linken und zum Teil auch der politischen Mitte, die sich Frauen gegenüber offener zeigen. Während die Nationalrätinnen der Neuen Linken seit Ende der 70er Jahre 'übervertreten' sind, nimmt der Frauenanteil der traditionellen Linken konstant zu, obschon die Fraktion gesamthaft während der letzten drei Legislaturen kleiner geworden ist. Auf der andern Seite muss innerhalb der bürgerlichen und sogar auch der konfessionellen Parteien eine eindeutige Stagnation festgestellt werden.

Tabelle 4A:
Politische Orientierung im Nationalrat. Veränderungen seit 1971, in absoluten Zahlen[11]

Pol. Orientierung[12]	1971-75		1975-79		1979-83		1983-87		1987-91	
	Tot	F	Tot	F	Tot	F	Tot	F	Tot	F
1. Bürgerliche	78	3	76	5	82	8	85	3	85	6
2. Konfessionelle	47	3	49	5	47	4	45	3	45	5
3. Zentrum	13	0	11	0	8	0	9	2	9	1
4. Trad. Linke	51	5	59	4	57	8	48	10	42	11
5. Neue Linke	-	-	-	-	3	1	8	3	14	4
6. Nat. Rechte	11	0	5	0	3	0	5	0	5	0
Gesamt	200	11	200	14	200	21	200	21	200	27

Tabelle 4B:
Politische Orientierung der Nationalrätinnen. Veränderungen seit 1971[11]

Pol. Orientierung[12]	1971-75		1975-79		1979-83		1983-87		1987-91	
	%	(n)	%	(n)	%	(n)	%	(n)	%	(n)
1. Bürgerliche	30	(3)	36	(5)	38	(8)	14	(3)	22	(6)
2. Konfessionelle	20	(3)	36	(5)	19	(4)	14	(3)	19	(5)
3. Zentrum	--	-	--	(-)	--	(-)	10	(2)	4	(1)
4. Trad. Linke	50	(5)	29	(4)	38	(8)	48	(10)	41	(11)
5. Neue Linke	--	(-)	--	(-)	5	(1)	14	(3)	15	(4)
Gesamt (n)	100%	(11)	101%	(14)	100%	(21)	100%	(21)	101%	(27)

1. Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), Liberale Partei (LPS), Schweizerische Volkspartei (SVP)
2. Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Evangelische Volkspartei (EVP)
3. Landesring der Unabhängigen (LdU)
4. Sozialdemokratische Partei (SP), Partei der Arbeit (PdA)
5. Progressive Organisationen Schweiz (POCH), Umweltparteien (Grüne)
6. Republikaner (Rep), Nationale Aktion (NA), Vigilants (Vig)

Deshalb sind in der Schweiz wie in anderen europäischen, nicht-skandinavischen Ländern die Gewählten im allgemeinen Mitglieder von Linksparteien oder alternativer Parteien (Mossuz-Lavau, 1984, S. 80ff.).

In Tabelle 4B wird die Parteizugehörigkeit der Nationalrätinnen untereinander verglichen. Grosso modo kann man zwei zeitliche Phasen auseinanderhalten. Die erste dauert bis 1983 und zeichnet sich durch eine gewisse Dominanz der bürgerlichen und konfessionellen Parlamentarierinnen aus. In der nächsten Phase ändert sich dies. Frauen der Neuen Linken verstärken die Gruppe der Vertreterinnen der Traditionellen Linken, die sich ihrerseits ebenfalls konsolidiert hat. Das heisst, dass - wenn es eine Frauenpolitik im Nationalrat gäbe - sie je länger desto weniger von den Frauen der bürgerlichen und konfessionellen Parteien gemacht würde.

Aus politischer Sicht kann man von einer gewissen "Feminisierung der neuen Politik" in der Grossen Kammer der Bundesversammlung sprechen. Diese Feminisierung besteht aus einer besseren Vertretung der Frauen unter den fortschrittlichen Kräften im Nationalrat. In der Tat machen an der Schwelle zu den 90er-Jahren - auch wenn man die CVP-Frauen nicht berücksichtigt - die Frauen von Landesring, SP und der alternativen Gruppierungen allein je einen Viertel ihrer Fraktionen aus.

Die Veränderungen der Frauenvertretung im Nationalrat, von der zu Beginn dieses Kapitels die Rede war, vollzog sich also in drei Richtungen. Erstens in vertikaler Richtung, d.h. durch eine allgemeine Zunahme des Frauenanteils. Zweitens, in horizontaler Richtung, durch eine Zunahme der Wahlkreise, die Frauen wählten. Drittens, in die Tiefe, indem die neu Zugezogenen zur Erneuerung der Politik beigetragen haben.

Trotzdem heisst Entwicklung nicht unbedingt auch Veränderung. Das weibliche Potential wird im Moment zweifach begrenzt. Auf der einen Seite durch die allgemein schwache Vertretung der Frauen in der Politik. Auf der anderen Seite durch die Schwäche jener Parteien, in welchen die Frauen am besten vertreten sind. Mit anderen Worten heisst das, dass der Minderheitenstatus der Nationalrätinnen gleichzeitig gegen innen und gegen aussen wirkt .

In diesem Kapitel haben wir die Vertretung der Frauen im Nationalrat analysiert, indem wir einerseits eine Bestandesaufnahme gemacht haben, anderseits die Veränderungen während der letzten fünf Legislaturperioden aufgelistet haben. Die Analyse führt zu mindestens zwei Bemerkungen.

Erstens: Die Präsenz der Frauen in der Grossen Kammer bleibt trotz einiger Veränderungen mager.

Zweitens: Die Vertretung der Frauen unterscheidet sich sehr stark nach politischer Orientierung; auch unter den Fraktionen sind Mass und Rhythmus der Zunahme wiederum sehr unterschiedlich.

Anmerkungen

1) Siehe dazu Mossuz-Lavau, Sineau (1984, S. 15ff.)

2) Veränderung des Frauenanteil in den Parlamenten zwischen 1980 und 1988:

	1980	1985	1988
Bundesversammlung	9,3%	9,8%	13.0%
Kantonsparlamente	8,5%	10.9%	12.4%
Städteparlamente*	14,3%	17.0%	19,1%

* Quellen: 1980: Eidg. Kommission für Frauenfragen, 1979, S. 109f.
1985 und 1988: Schweiz. Städteverband, 1984 und 1988

3) Quelle: Schweizer Jahrbuch des öffentlichen Lebens 1983/84

4) Quelle: Schweiz. Verband für Frauenrechte

5) Quelle: Ballmer-Cao (1989b)

6) Quelle: Repräsentativ-Umfrage von Th.H. Ballmer-Cao und R. Wenger (1989a), S. 29

7) Um den Vergleich von Tabelle 1.2 mit anderen Tabellen dieser Untersuchung zu erleichtern, teilen wir hier den Anteil der eidgenössischen Parlamentarierinnen von 1987 nach politischer Orientierung auf:

Politische Orientierung	Parlament Bund	Kanton	Gemeinde
1. Bürgerliche	17	29	38
2. Konfessionelle	17	22	20
3. Zentrum	8	3	1
4. Trad. Linke	46	29	33
5. Neue Linke	13	7	2
6. Andere	-	9	5
Total	101%	99%	99%

1. Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), Liberale Partei (LPS), Schweizerische Volkspartei (SVP)
2. Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Evangelische Volkspartei (EVP)
3. Landesring der Unabhängigen (LdU)
4. Sozialdemokratische Partei (SP), Partei der Arbeit (PdA)
5. Progressive Organisationen Schweiz (POCH), Umweltparteien (Grüne)

8) Quelle: Ballmer-Cao (1988), mit Ergänzungen, siehe dazu auch Anhang zu diesem Kapitel

9) In diesen Zahlen sind jene Frauen nicht berücksichtigt, die gleichzeitg in den Ständerat und den Nationalrat gewählt wurden und dann im Ständerat Einsitz genommen haben. Siehe dazu auch Anhang zu diesem Kapitel

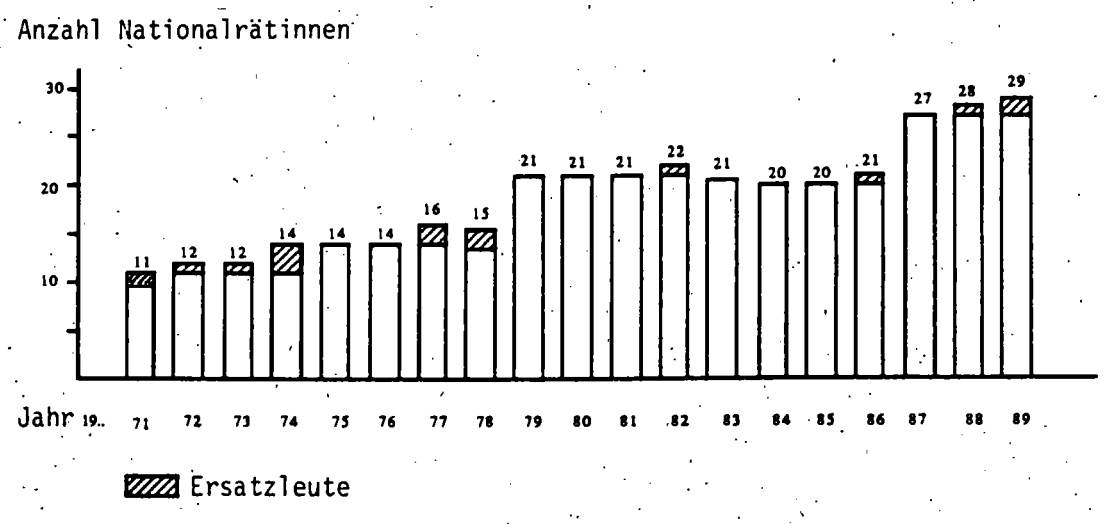
10) Hier muss auch auf die Ausnahme des Kantons Schwyz hingewiesen werden, der zwar nur drei Sitze im Nationalrat hat , aber seit 1971 immer eine Frau in die Volkskammer entsandt hat.

11) Quelle: Bericht an den Nationalrat über die Nationalratswahlen (verschiedene Jahre)

12) Diese Typologie stammt von Hanspeter Kriesi (1986)

Anhang

Frauen im Nationalrat zwischen 1971 und 1989



Kapitel 3:

Die Frauen im Wahlkampf

von Thanh-Huyen Ballmer-Cao
unter Mitarbeit von Luzia Kopp

Uebersetzung: Elisabeth Veya

Wahlen sind auf dem Weg zu einem politischen Mandat eine wichtige Etappe. Wieweit wird nun durch diesen Selektionsprozess die Untervertretung der Frauen als Mandatsträgerinnen beeinflusst? - Um dies zu beantworten, werden wir in diesem Kapitel zwei verschiedene Aspekte des Wahlkampfes betrachten: Die Rekrutierung der Kandidaten und Kandidatinnen einerseits und den Wahlkampf andererseits.

1. Die Rekrutierung der NationalratskandidatInnen

Die Selektion der KandidatInnen ist unbestrittenermassen ein unabdingbarer, wenn nicht sogar zentraler Aspekt des politischen Prozesses. Dennoch wird diese Phase nicht immer in politische Analysen einbezogen. In der Tat ist es so, dass sich die Rekrutierung der KandidatInnen (ob sie zu Recht oder zu Unrecht als 'Vorwahl'-Phase bezeichnet wird, sei hier dahingestellt) meist unter Ausschluss der Oeffentlichkeit abspielt. Sogar für Politologen ist die Frage der Rekrutierung ein "geheimer Garten" der Politik (Gallagher, Marsh, 1988).

Immerhin hat sich die junge politische Soziologie der Frauen verhältnismässig früh mit dieser Frage befasst. Der "geheime Garten" ist nämlich gleichzeitig das weite Feld, auf welchem die Schlacht um die Macht stattfindet. Wie anders liesse sich sonst die nach wie vor feststellbare Absenz der Frauen in der politischen Elite erklären - angesichts der Verfassungsartikel zur Gleichberechtigung von Frau und Mann, der Frauenbüros und Frauenkommissionen sowie der Absichtserklärungen der Parteien? - Durch Ausdehnung der Analysen auf das, was sich in und hinter den Kulissen abspielt, haben Politologinnen neue Erklärungsfaktoren für die offiziell in Abrede gestellten Ausschlussmechanismen aufgedeckt. In verschiedenen Ländern durchgeführte Untersuchungen zeigen, dass die Selektionsvorgänge für die Nicht-Nomination weiblicher Kandidatinnen eine wesentliche Rolle spielen (Sainsbury in Gallagher, Marsh, 1988; Mossuz-Lavau, 1984, S. 89ff.)

Wir werden im Rahmen dieses Abschnitts dem Problem der Selektion der Kandidaturen für die Nationalratswahlen nachgehen. Dazu werden wir vorerst das sozio-politische Profil der weiblichen und männlichen Kandidaten skizzieren und dann die Rekrutierungsmechanismen einiger politischer Parteien analysieren.

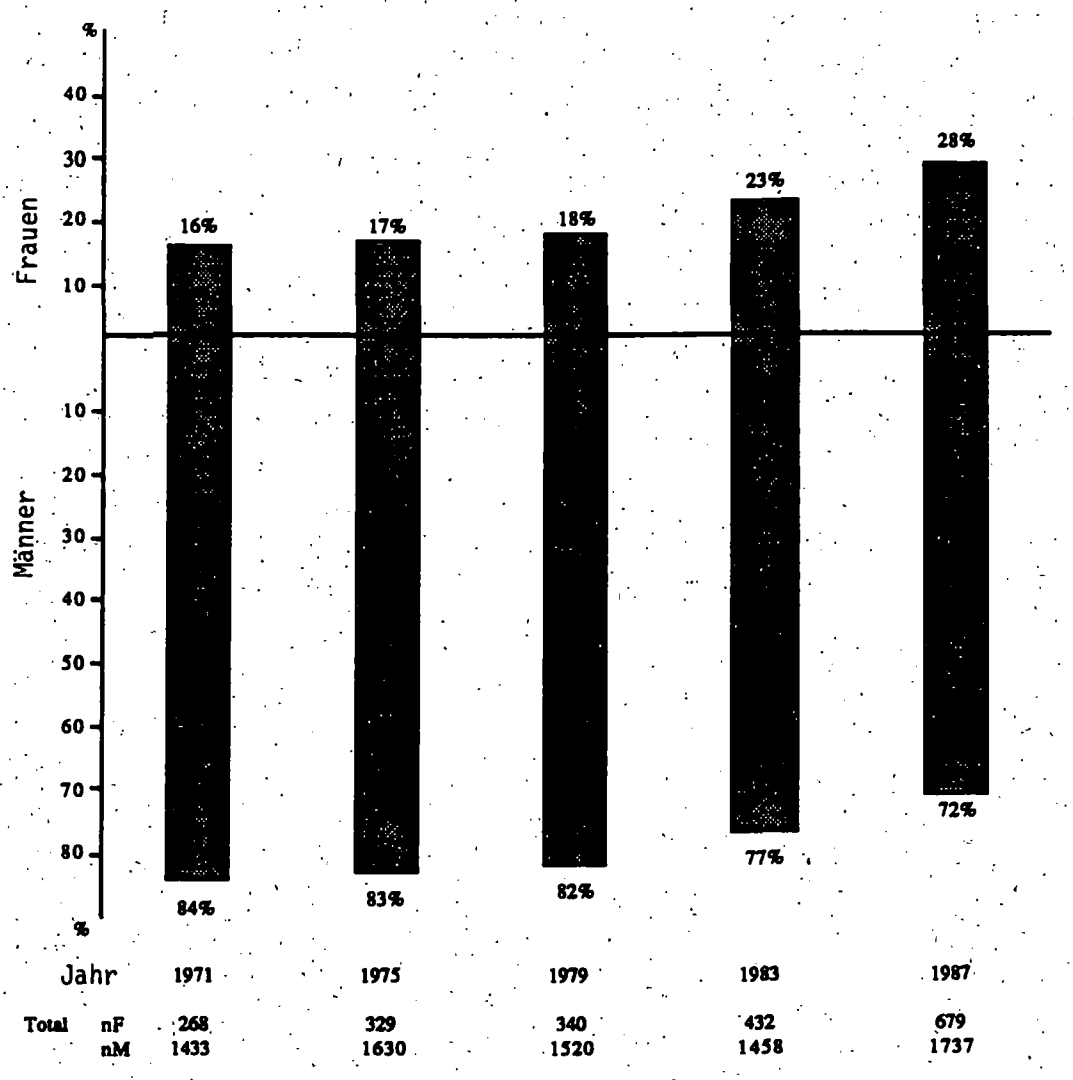
1.1. Wer kandidiert für den Nationalrat?

Wir betrachten im folgenden die Kandidaturen seit 1971 nach drei Kriterien: Geschlecht, Parteizugehörigkeit, Alter.

1.1.1. Der Anteil der Frauen im Rennen um einen Nationalratssitz

Während der ersten zwanzig Jahre des Frauenstimmrechtes in der Schweiz haben sich weniger Schweizerinnen als Schweizer an Nationalratswahlen beteiligt. Diese Untervertretung hat sich bis zu den letzten Wahlen von 1987 gehalten, bei welchen der Anteil der Frauen die "Rekordhöhe" von 28% erreicht hat.
Wir werden dieses Phänomen aus der Nähe betrachten und seine Entwicklung seit Einführung des Frauenstimmrechts untersuchen.

Grafik 1:
Nationalratskandidaturen, nach Geschlecht. Veränderungen seit 1971, in %[1]



Zuerst kann festgestellt werden, dass im Verlauf der letzten fünf Nationalratswahlen die Zahl der Kandidaturen gesamthaft gestiegen ist. 1971 kandidierten gegen 1'700 Personen, 1975 und 1983 um die 2'000, 1987 schliesslich etwa 2'400 Männer und Frauen.
Das heisst, dass das Interesse an einem Sitz im Nationalrat bei beiden Geschlechtern gestiegen ist. Aber abgesehen davon, dass von 1971 und 1987 die gesamte Zahl der kandidierenden Männer und Frauen zugenommen hat, ist auch der Anteil der weiblichen Kandidaturen immer grösser geworden. In Grafik 1 werden die NationalratskandidatInnen nach Geschlecht aufgelistet. Sie zeigt, dass proportional immer mehr Frauen an den Wahlen teilnahmen. Im Jahr der Einführung des Frauenstimmrechts war es eine Kandidatin auf 5 Kandidaten (1971: 16% Frauen und 84% Männer). Bei den letzten Wahlen betrug dieses Verhältnis etwas mehr als eins zu drei (1987: 28% Frauen und 72% Männer).

Die Verstärkung des Frauenanteils im Rennen um einen Nationalratssitz wird noch deutlicher, wenn man die Zuwachsrate der Kandidaturen seit 1971 anschaut. Allgemein betrachtet war die Zunahme bei den Wahlen 1975 und 1987 am eindeutigsten. In der Zwischenzeit stagnierten die Kandidaturen. Diese Entwicklung verläuft jedoch für Frauen und Männer nicht gleich. Die weiblichen Kandidaturen haben von Wahl zu Wahl stetig und spürbar zugenommen, während bei den Männern nur 1975 und 1987 je ein Zuwachs, 1979 und 1983 hingegen sogar leichte Abnahmen zu verzeichnen waren.

Die Untervertretung der Frauen bei den Entscheidungsträgern beginnt also bereits beim Zugang zum Selektionsprozess der Wahl. Dies ist im Verlauf der ersten zwei Jahrzehnte nach Einführung des Frauenstimmrechts trotz einer Tendenz in Richtung einer besseren Vertretung der Frauen nicht grundsätzlich anders geworden.

1.1.2. Die Feminisierung der neuen Politik

Die Ueberprüfung der politischen Orientierung der NationalratskandidatInnen liefert Erklärungshinweise zur allgemeinen Untervertretung der Kandidatinnen und zur schrittweisen Verbesserung ihrer Beteiligung an den Wahlen.

Tabelle 2 zeigt die Verteilung der Kandidaturen nach Parteien seit 1971. Sie zeigt einerseits den Anteil der von jeder Gruppierung vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten im Vergleich zum Total der Kandidaturen und andererseits den prozentualen Anteil der Kandidatinnen innerhalb jeder Gruppierung. So haben z.B. 1971 die bürgerlichen Parteien 37% aller Kandidaten für den Nationalrat gestellt; doch hatte es unter den bürgerlichen Kandidaturen nur gerade 15% Frauen. Aus Tabelle 2 lässt sich verschiedenes ablesen.

Tabelle 2:
Politische Orientierung der NationalratskandidatInnen - Veränderungen seit 1971, in %[1]

Pol. Orient.	1971 Tot	1971 F	1975 Tot	1975 F	1979 Tot	1979 F	1983 Tot	1983 F	1987 Tot	1987 F
1.Bürgerliche	37	15	26	14	26	15	26	13	21	18
2.Konfess.	18	17	18	15	17	13	15	17	14	22
3.Zentrum	9	18	7	17	8	21	6	25	7	36
4.Trad. Link	19	15	23	20	25	22	23	27	17	37
5.Neue Linke	-	37	5	26	6	40	12	42	17	49
6.Nat. Recht	11	12	11	10	8	13	7	20	12	16
7.Andere	6	18	9	4	10	17	10	23	13	26
Gesamt %	100	16	99	17	100	18	99	23	100	29
n	1701	268	1959	329	1860	340	1890	432	2416	679

1. Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), Liberale Partei (LPS), Schweiz. Volkspartei (SVP)
2. Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Evangelische Volkspartei (EVP)
3. Landesring der Unabhängigen (LdU)
4. Sozialdemokratische Partei (SP), Partei der Arbeit (PdA)
5. Progressive Organisationen Schweiz (POCH), Umweltparteien (Grüne)
6. Republikaner (Rep), Nationale Aktion (NA), Vigilants (Vig)

Erstens: Bei der Beteiligung der Parteien an den Wahlen zeigt sich eine Fluktuation. Ganz allgemein stellen die bürgerlichen Parteien immer weniger KandidatInnen auf: 1971 machten ihre KandidatInnen noch mehr als einen Drittel aus, bei den folgenden Wahlen war es nur noch ein Viertel und 1987 schliesslich sogar nur noch ein Fünftel. Auf der andern Seite hat sich die Linke im allgemeinen - und besonders die Neue Linke - immer mehr an Wahlen beteiligt. POCH und Grüne, die 1971 praktisch nicht vorhanden waren, stellten 1981 17% aller KandidatInnen, das heisst etwa gleichviel wie die konfessionellen Parteien. Auch die kleineren Gruppierungen haben ihre Beteiligung innert 20 Jahren praktisch verdoppelt (1971: 6%, 1987: 13%).

Zweitens: Die Präsenz der Kandidatinnen hängt stark von der politischen Orientierung ab. Einerseits kann man von einer allgemeinen Untervertretung der Frauen unabhängig von Partei und unabhängig vom Wahljahr sprechen. Das heisst, dass Frauen noch nie, zu keiner Zeit, in keiner politischen Gruppierung in der Mehrzahl waren. Andererseits kann man aber dennoch - was den Frauenanteil betrifft - grosso modo drei Gruppen von Parteien unterscheiden. In der ersten Gruppe finden sich die bürgerlichen Parteien, die im allgemeinen wenig Frauen nominieren. FDP, SVP und Liberale stellten 1983 beispielsweise etwa einen Viertel aller Kandidaten und Kandidatinnen. Davon waren nur gerade 13% Frauen.

Die zweite Gruppe setzt sich aus den konfessionellen Parteien, der traditionellen Linken sowie der nationalen Rechten zusammen. Bei ihnen entspricht der Frauenanteil ungefähr ihrem KandidatInnenanteil. Bei diesen Parteien gibt es fast keinen Unterschied zwischen dem Anteil der Kandidatinnen und ihrem Anteil an Kandidaturen überhaupt.
Die Neue Linke, LdU und die kleineren Gruppierungen sind in der dritten Gruppe: Bei ihnen ist der Frauenanteil viel grösser als ihr Anteil an den Kandidaturen insgesamt.

Aufgrund von Tabelle 2 kann man von einer doppelten Bewegung sprechen. Auf der einen Seite steht eine wachsende Wahlbeteiligung der nicht-etablierten politischen Kräfte, d.h. der Neuen Linken sowie verschiedener kleiner Gruppierungen. Auf der andern Seite steht deren Feminisierung, d.h. dass bei diesen Parteien der Anteil weiblicher Kandidaturen zunimmt. Diese doppelte Bewegung hat direkt und indirekt zu einer allgemeinen Verbesserung der Beteiligung von Frauen an den Wahlen geführt. Direkt, weil die Erhöhung der Zahl der weiblichen Kandidaturen mit einer allgemeinen Zunahme der Kandidaturen der nicht-etablierten politischen Kräfte einherging. Indirekt durch einen Schneeballeffekt, der auch die Oeffnung der anderen Parteien für die Frauen in Gang setzte.

1.1.3. Die Uebervertretung der KandidatInnen mittleren Alters

Die Gruppe der NationalratskandidatInnen ist nicht nur überwiegend männlich, sondern sie besteht auch vorwiegend aus Personen über 40.

Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der Altersstruktur der Kandidierenden der letzten fünf Wahlen nach Geschlecht. Die Quartile bilden hier das Mass der Streuung. Nehmen wir an, 1971 hätten 100 Frauen für den Nationalrat kandidiert. Wenn man sie nun nach Alter in aufsteigender Ordnung einreiht, stellt man fest, dass die 25. Kandidatin 35 Jahre alt war (Wert des ersten Quartils), die 50. 45 Jahre (Medianwert) und die 75. 52 Jahre alt war (Wert des dritten Quartils). Drei Tatsachen lassen sich aus Tabelle 3 ablesen.

Erstens: Das Durchschnittsalter der Kandidierenden beträgt 43 - 44 Jahre (Median). Dies gilt für beide Geschlechter und für alle Wahlen.

Zweitens: Die kandidierenden Frauen waren im allgemeinen jünger als die Männer. Diese Feststellung gilt wiederum für alle Wahlen und für alle Gruppen von Kandidadierenden (des ersten, zweiten und dritten Quartils). Bei den Wahlen 1987 betrug der Altersmedian der Kandidatinnen 40 Jahre, jener der Kandidaten 44 Jahre (2. Quartil).

Tabelle 3:
Altersstruktur der NationalratskandidatInnen - Veränderungen seit 1981 (Quartile als Streumass)

Jahr	1. Quartil		Median		3. Quartil	
	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann
1971	35	39	45	46	52	54
1975	32	35	42	46	51	53
1979	31	35	40	45	51	54
1983	32	37	40	45	49	54
1987	32	36	40	44	48	53

Drittens: Im Verlaufe der letzten 20 Jahre kann man eine Verjüngung der Kandidaturen beider Geschlechter feststellen. Zwischen 1971 und 1987 hat der Altersmedian aller KandidatInnen um 2 bis 3 Jahre abgenommen. Die Verjüngung gilt für alle drei Quartile und beide Geschlechter, doch ist sie bei den Frauen deutlicher als bei den Männern. So sind zum Beispiel im Laufe der letzten 16 Jahre die Mehrzahl der Kandidatinnen 4 Jahre jünger 'geworden', die Mehrzahl der Kandidaten hingegen ist nur ein Jahr jünger geworden (dritter Quartil).

Während dieser ganzen 20 Jahre waren also die über 40-Jährigen bei den Kandidierenden insgesamt übervertreten. Dennoch lässt sich bei dieser Altersstruktur eine leichte Veränderung feststellen: Kandidaten und Kandidatinnen werden jünger. Daran sind die Frauen ganz wesentlich beteiligt: Im Vergleich zu den Männern kandidieren sie nicht nur in jüngerem Alter, sondern ihr Durchschnittsalter nimmt auch stärker ab als das der Männer.

Das allgemeine Absinken des Alters der Kandidatinnen und Kandidaten hängt zu einem grossen Teil mit den sozio-politischen Wandlungen zusammen, die praktisch die ganze westliche Welt umfasst haben. Neue Bewegungen sind entstanden, die neue Themen aufs Tapet gebracht haben. Anderseits kann man sich über die geschlechtsspezifischen Altersunterschiede aber auch wundern, weil sie einerseits Daten widersprechen, die in andern Ländern erhoben worden sind (z.B. inbezug auf erstmals kandidierende KandidatInnen in Grossbritannien, in Lovenduski, 1988) und anderseits auch dem, was man als logische Folgerungen aus der späten Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz erwarten würde. Die Untersuchung der Kandidierenden nach Geschlecht und nach Parteizugehörigkeit zeigt, dass die Kandidatinnen aller politischer Orientierungen verhältnismässig jünger sind (Anhang 1). Das führt uns zur Hypothese, dass das Frauenstimmrecht vor allem für die jungen Schweizerinnen als Stimulus gewirkt haben muss. Anders ausgedrückt kann man sich fragen, ob dieser Start, welcher eine maximale Mobilisierung verschiedener Ressourcen wie z.B. der Bildung, der Sozialisation, der Bewusstseins-

bildung voraussetzte, nicht in erster Linie der jungen Generation zu verdanken ist, die ja über diese Ressourcen verfügte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Untervertretung der Frauen bei den Nationalratswahlen auf die nach Geschlecht, Alter und Parteizugehörigkeit spezifische Rekrutierung zurückführen lässt. Die Frage, wer sich für Nationalratswahlen zur Verfügung stellt, kann mit einen Robot-Bild beantwortet werden. Es zeigt eine Person, die in der Regel ein Mann, Mitte Vierzig und Mitglied einer bürgerlichen Partei ist. Allerdings verliert dieses Bild zunehmend an Gültigkeit. Der durchschnittliche Kandidat ist immer öfters eine Frau, Linke, an der Schwelle zum 40. Altersjahr.

Die Entwicklung, wie wir sie jetzt skizziert haben, ist noch nicht soweit, dass sie die herrschende Tendenz umzukehren vermöchte. Doch sie ist von jetzt an wahrnehmbar geworden. Sie stellt einen ersten Schritt in Richtung Gleichstellung der Geschlechter in der Phase vor den Wahlen dar und enthält zwei unterschiedliche Aspekte. Einerseits wird der Selektionsprozess verschärft. Die Erhöhung des Frauenanteils ist mit einer allgemeinen 'Inflation' der Kandidaturen beider Geschlechter verbunden. Andererseits verstärkt sich die Tendenz einer doppelten Polarisierung bzw. der Kumulation von Unterschieden in Bezug auf das Geschlecht und inbezug auf die politische Orientierung. Sehr vereinfacht gesagt: In diesem Konflikt stehen nicht die Männer den Frauen gegenüber, sondern vielmehr die etablierten politischen Kräfte mit männlicher Vorherrschaft den nicht konventionellen, zunehmend feminisierten Gruppierungen.

1.2. Wie wird man (frau) KandidatIn?

Bei Nationalratswahlen spielen die Parteien eine wesentliche Rolle. Einerseits hängt die Bedeutung der Parteien, die sich ja als Vermittler zwischen KandidatInnen und WählerInnen verstehen, von der Grösse der Wahlkreise ab. Anderseits können die Parteien durch die Art und Weise, wie die Wahllisten zusammengestellt werden, die Auswahl der KandidatInnen massgeblich beeinflussen. Im übrigen zeigt unsere Untersuchung, dass die Parteien für die KandidatInnen der wichtigste Antriebsmotor sind (Ballmer-Cao, Wenger, 1989, S. 58ff). Wir werden uns daher in diesem Abschnitt auf die Analyse jener Methoden der Rekrutierung und der Nominierung von NationalratskandidatInnen beschränken, wie sie von den Parteien angewendet werden.
Die Selektion der Kandidaturen für den Nationalrat ist ein Gemisch sehr unterschiedlicher Praktiken. Wir werden nicht alle aufzählen, sondern uns auf einige der häufigsten Rekrutierungsarten beschränken, die der qualitativen Auswertung von etwa zwanzig Tiefeninterviews entnommen werden konnten, welche im Rahmen dieser Untersuchung durchgeführt wurden. Bei den Befragten handelt es sich um

Kandidatinnen der Wahlen von 1987 sowie um ParteipräsidentInnen kantonaler Parteien (für weitere Einzelheiten siehe Anhang 2).

1.2.1. Vom Kandidatenmangel zur Kandidatinnenknappheit

Grosso modo kann man sagen, dass die Auswahl der Kandidaturen für die Nationalratswahlen zwei hauptsächlichen Kriterien folgt. Das erste ist die Repräsentativität. In der Regel sollte die Selektion eine 'gute Vertretung' der Basis sicherstellen. Das kann geographisch gemeint sein (Kantonsgebiete), soziodemographisch (Geschlecht, Alter), wirtschaftlich (sozio-professionelle Kategorien) oder politisch (Tendenzen innerhalb der Partei). Das zweite ist der Bekanntheitsgrad der Kandidatin oder des Kandidaten. Dieses Kriterium definiert sich sowohl 'intern' (geleistete Arbeit und Bekanntheitsgrad innerhalb der eigenen Partei) als auch 'extern' (Möglichkeit, eine grosse Zahl von WählerInnen anzusprechen). Diese zwei Selektionskriterien sind umso wichtiger, wenn es um Wahlen auf eidgenössischer Ebene geht.
Bei so vielen Bedingungen, die gleichzeitig erfüllt werden müssen, gestaltet sich die Suche nach KandidatInnen nicht einfach. Im Prinzip müsste die richtige Person, die vorgeschlagen werden soll, aus der richtigen Gegend kommen, dem richtigen Geschlecht angehören, im richtigen Alter sein, den richtigen Beruf ausüben, dem richtigen Flügel der Partei zuneigen, kompetent sein, auf Sympathien zählen können usw. usw. In der Realität ist die Selektion ein kunstvolles Ausbalancieren der Kriterien und der Versuch, diese richtig zu gewichten.

Dazu kommt, dass das auf Gemeindeebene (Burger, 1979) oft beklagte Phänomen des Mangels an Kandidaten und Kandidatinnen gemäss unserer Untersuchung auch für eidgenössische Wahlen gilt. Der Präsident einer Linkspartei in der Welschschweiz beschreibt die Situation in seinem Kanton folgendermassen:

"Unser Kanton ist in dieser Beziehung sehr eigenartig. Man muss die Kandidaten eher suchen als dass man sie aussuchen kann. Es ist selten, dass sich die Leute von selbst anbieten."

Unter diesen Bedingungen sind mögliche KandidatInnen eine "Kostbarkeit", zu der man Sorge tragen muss. Der selbe Präsident weiter:

"Zuerst macht man eine Liste jener, derer man habhaft werden kann und die möglicherweise angefragt werden könnten. Dann nimmt man Kontakt auf: 'Was meinst Du dazu? Interessiert Dich das?'".

Wen wundert es, dass man das Selbe von allen Teilen des politischen Spektrums hört? Der Präsident einer konfessionellen Partei in der Ostschweiz erklärt lakonisch:

"Die persönlichen Kriterien und die Bedürfnisse der regionalen Vertretung miteinander zu kombinieren ist geradezu eine akrobatische Uebung."

Es ist tatsächlich ein Teufelskreis. Je mehr Selektionskriterien angewendet werden, desto kleiner wird die Zahl der möglichen Kandidaten. Das heisst, je be-

schränkter die Auswahl der möglichen Kandidaturen ist, desto schwieriger ist es, den Selektionskriterien zu genügen.

Ist dann die Untervertretung der Frauen bei den Nationalratswahlen eine logische Folge des allgemeinen Mangels an Kandidaturen? - Dazu lässt sich sagen, dass - was die Rekrutierung angeht - angesichts der von den Parteien angewendeten Methoden der Mangel an Kandidatinnen vorprogrammiert ist. Dies aus verschiedenen Gründen, die nachfolgend kommentiert werden.

Erstens: Das Geschlecht ist in der Regel ein Selektionsfaktor unter anderen und hat selten Priorität. Das hat zur Folge, dass unter verschiedenen Quoten eine Konkurrenz besteht. In gewissem Sinn hat das Kriterium 'Geschlecht' zwar das Gleichgewicht der übrigen bisherigen Kriterien (geographische, politische usw.) durcheinander gebracht, hat sich aber selbst nicht als wesentliches Selektionskriterium etablieren können. Mossuz-Lavau hat auf diese Situation im Fall von Norwegen hingewiesen (Mossuz-Lavau, 1984, S. 68):
"*..Es ist deshalb schwieriger, unter Frauen 'gute' Kandidaturen zu finden als unter Männern, weil sich diese 'Distriktsüberlegungen' (ausgewogene Vertretung der Landesgegenden) mehr zum Nachteil der Frauen als zum Nachteil der Männer auswirken. Jedenfalls sind sich in Norwegen Politiker beider Geschlechter einig: Das grösste Hindernis für eine Erhöhung der Zahl der weiblichen Abgeordneten liegt in der Pflicht aller Parteien, die geographische Vertretung und die lokalen Gegebenheiten zu berücksichtigen".(Uebersetzung durch die Herausgeberin)*

Diese Feststellung trifft aufgrund des Foederalismus ganz besonders auch auf die Schweiz zu. In der Tat wird hier der Schutz von Minderheiten so ernst genommen, dass ihnen eine Teilnahme implizit garantiert ist. Bei der Selektion der politischen Elite zum Beispiel sind Sprachregion und Herkunftskanton wichtige Kriterien. Nicht ohne Grund hat einmal eine Kandidatin im Zusammenhang mit dem Bundesrat und seiner 'Zauberformel' von der Schweiz als einem 'Land der Quoten' gesprochen.

Der zweite Grund für den Mangel an weiblichen Kandidaturen liegt auch darin, dass die Parteien 'Repräsentativität' und 'Bekanntheitsgrad' sehr einschränkend interpretieren. Was das erste Selektionskriterium angeht, wird es in erster Linie auf die 'sichtbaren' Segmente der Parteibasis angewendet. Das heisst, dass die Ueberlegungen zur Vertretung der Altersgruppen, Berufsgruppen usw. tendenziell jene Mehrheit begünstigen , die sich bereits in Gruppen zusammengeschlossen hat und höchstwahrscheinlich parteiintern bereits ihre Stimme hat. Die Minderheiten, das heisst Frauen, Junge, Pensionierte werden daher bei der Selektion weniger berücksichtigt. Burger bedauert diese Situation bei den Gemeindewahlen, wenn er schreibt:
"*Die Repräsentativität einer Kandidatenliste oder eines Parlamentes sollte vielmehr daran gemessen werden, wie gut Gruppen vertreten sind, die gemäss einer*

neueren Terminologie als 'konfliktschwach' oder 'konfliktunfähig' bezeichnet werden." (Burger, 1979, S. 186).

Eine Parteipräsidentin ist bei der Analyse ihres Kantonsparlamentes zum selben Schluss gekommen:

"Die Konsequenzen, die wir für die nächsten Wahlen ziehen müssen, sind die folgenden: Man muss versuchen, Leute zu gewinnen...die für die sozialen Bewegungen und die sozialen Kategorien, die wir vertreten, repräsentativ sind...Die Partei muss jene Kandidaturen ermuntern, von denen sie denkt, dass sie den Bedürfnissen der Partei entsprechen. Hier haben wir nun festgestellt, dass es noch grosse Lücken hat. Ja, da bleibt noch viel zu tun, damit alle diese Bewegungen eine Verbindung zum Rat haben."

Der Bekanntheitsgrad eines Kandidaten oder einer Kandidatin, das zweite Selektionskriterium, wird ähnlich einschränkend interpretiert. Massgebliche Faktoren sind in der Regel die Unterstützung durch eine Lobby, Erfahrung in leitenden Organen der Partei, früher innegehabte politische Aemter usw. kurz: alles Ressourcen, über welche Frauen selten verfügen. Der Präsident einer konfessionellen Partei eines grossen Kantons rechtfertigt dies:

"Das Problem bei Frauen ist nicht so sehr, dass man sie nicht will, sondern dass es keine starken Kandidatinnen gibt. Stärke heisst dabei: Erfahrung, Ausstrahlung, politische Tätigkeit. Man kann nicht eine Hausfrau aus W. (kleine Landgemeinde) nehmen, die zwei Nachmittage pro Woche eine Stellvertretung im Kindergarten macht und sie auf der Liste an die dritte Stelle setzen. Dann fragen die Leute im Kanton: 'Wer ist diese Frau?'"

Wie im Bericht "Frau und Politik im Wallis" ausgeführt wird, beeinträchtigt der Umstand, dass man für die Frauen die selben Selektionskriterien anwendet wie für die Männer, ihre Chancen, an einer Wahl teilzunehmen, ganz wesentlich (Kantonale Kommission zum Studium der rechtlichen und politischen Lage der Frau im Wallis, 1988, S. 101).

Zu den zwei Gründen für den Mangel an Kandidatinnen, die wir jetzt aufgezeigt haben, kommen noch andere dazu, die mehr oder weniger mit ihnen zusammenhängen. Vor allem scheint es, dass die Veränderung der Mentalitäten in Bezug auf die Frauenfrage erst jetzt wirksam wird. In anderen Worten: Die Oeffnung der Politik für die Frauen setzt sich heute noch aus einer Mischung von Universalismus und Minimalismus zusammen. Universalismus im Sinne eines Konsenses, was die Legitimität der Vertretung der Frauen angeht. Minimalismus, was die Einschränkungen angeht, die dieser Vertretung auferlegt werden.

"Wenn wir gar keine Frau auf der Liste haben, verlieren wir Stimmen. Die Wählerinnen wären nicht mehr motiviert, unsere Partei zu unterstützen."

erklärt ein Parteipräsident. Die Kandidatin einer anderen Partei stellt das selbe fest:

"Als die Zeit kam, in welcher man Kandidaten suchen musste, sagten alle, man müsse eine Frau auf die Liste nehmen. Heutzutage sei das unumgänglich!"

Ganz anders sieht das eine andere Politikerin:

"Immer hören zu müssen:'Eine Frau muss her!' davon habe ich jetzt genug. Wieso nur eine, frage ich Euch? Wieso nicht mehrere?"

Schliesslich muss man bei der Suche nach KandidatInnen auch von einer gewissen Tendenz zur 'Inzucht' sprechen. Etwas diplomatischer formuliert es Burger, wenn er den Parteien 'Mangel an Phantasie' vorwirft. Er meint, die Rekrutierung von KandidatInnen überschreite selten den Kreis der altbekannten SympathisantInnen, also jener Personen, die bereits gut im Gruppenleben integriert sind. Das heisst, dass bei dieser Praxis andere Personen gar nicht in Betracht gezogen werden, obschon diese eigentlich zu einer Teilnahme bereit wären, (Burger, 1979, S. 186).

Wichtig ist auch der Zeitpunkt der Rekrutierung. Die Parteien gehen oft erst in letzter Minute daran, die Listen zusammenzustellen. Zudem scheint es, als käme diese überstürzte Rekrutierung vor allem dann zum Zuge, wenn es um die Frauen geht.
"Oft kommt es vor, dass auf gut ausgerüsteter Männerkandidatenlisten doch noch nach dem fraulichen Element gerufen wird, und es findet sich dann eine Kandidatin, welche wohl Stimmen einfängt, die Vorherschaft der Männer aber mitnichten in Gefahr bringt. Also keine Kampfkandidatur, eher Alibi." (Kantonale Kommission, 1988. S. 99)

Eine unserer Interviewpartnerinnen hat die selbe Erfahrung gemacht:
"Es ging sehr schnell. In meinem Wahlkreis gab es nicht einmal eine Parteiversammlung. Die Zeit war knapp. Ich war die letzte Person, die vorgeschlagen wurde. Sie waren richtig erleichtert, doch noch eine Frau gefunden zu haben."

Die gleiche kritische Feststellung für diese Praxis in seiner eigenen Partei macht der Präsident einer bürgerlichen Partei:
"Bei den Nationalratswahlen hatten wir keine Frau, weil alle sieben Männer sehr starke Kandidaturen waren und daher bereits nominiert waren. Erst nachher stellte man fest, dass gar keine Frau dabei war. Nun brauchte man ein Opfer als Ausgleich zu dieser Uebermacht, oder? - Es war schon von Anfang an klar gewesen, dass sich dieser und jener für eine Kandidatur interessierte. Also hat man in verschiedenen Sektionen schlicht und einfach gar niemanden mehr gesucht. Dieses Vorgehen ist aber falsch."

Diese mangelhafte Rekrutierung von Kandidatinnen liegt jedoch nicht nur an der Organisation oder an der abwartenden Haltung, sondern auch an der Pfuscherei beim Vorgehen. Eine Kandidatin schildert uns ihre Analyse:
"Offenbar hat man sich nicht genug Mühe gegeben, Frauen zu finden. Es war nämlich nicht so, dass sich keine Frauen zur Verfügung gestellt hätten. Man hat nur kurz gefragt: 'Wollen Sie oder wollen Sie nicht?' Und wenn dann die Frau vielleicht ein wenig gezögert hat, hat man schon nicht mehr insistiert und am Schluss gesagt, man habe keine Frauen gefunden. Dies geschah wahrscheinlich nicht einmal aus Böswilligkeit, sondern mehr aus Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit."

Die Kandidatinnen oder vielmehr die mögliche Kandidatin, die den Filtrierprozess hinter sich gebracht hat, muss aber dann auch noch kandidieren wollen. Wie reagieren Frauen angesichts dieses Entscheides, sich auf eine Liste setzen zu lassen?

1.2.2. Der Verzicht der Frauen, oder weshalb sie trotzdem nicht Kandidatinnen geworden sind.

Die zweite Phase der Rekrutierung besteht darin, dass mögliche KandidatInnen angefragt werden. Während die Selektion als Balanceakt bezeichnet wurde, wird der Vorgang, bei welchem die Kandidaten angefragt werden, oft als langwieriger Prozess des sich Herantastens und des Ueberzeugens beschrieben. Oder ist dieser zweite Schritt möglicherweise nur dann länger und mühsamer, wenn es sich um Frauen handelt? Wieso zögern sie?

Die bereits bekannten Faktoren - die psychologischen, historischen und kulturellen - sind im Rahmen dieser Untersuchung schon mehrere Male erwähnt worden. Auf der linken wie auf der rechten Seite hat man darauf hingewiesen und es auch reichlich beklagt, dass Frauen kein 'Engagement', keinen 'Mut', keine entsprechende 'Sozialisation' hätten, nicht 'verfügbar' seien, dass ihnen die 'Erfahrung' und das 'Bewusstsein' fehlten. Wir beschränken uns hier auf einige dieser Erklärungen, welche in den Interviews betont wurden und die uns besonders interessant scheinen.

Die politische Karriere der Frauen zeichnet sich durch einen engen Bezug zur Privatsphäre aus (Ballmer-Cao, Wenger, 1989). Dieser Bezug zeigt sich nicht nur im psychologischen Bereich, sondern auch im materiellen.

"Wenn man in die Oeffentlichkeit tritt, zieht das einen ganzen Rattenschwanz von Konsequenzen nach sich. Die Zerreissprobe beginnt dann, wenn nur eine Person im Rampenlicht steht und die anderen völlig im Hintergrund sind. Welche Umgebung erträgt schon eine solche Situation?"

Diese Analyse einer Kandidatin der Neuen Linken wird von einer bürgerlichen Politikerin bestätigt:

"Frauen haben ein Umfeld nötig, das sie nicht allein im Regen stehen lässt. Mein Mann hat viel in mich investiert, indem er mir ermöglichte, an die Versammlungen zu gehen und indem er allein für die Familie aufkam."

Diese Opferbereitschaft kann selbstverständlich nicht von jedermann verlangt werden. Kollisionen zwischen Politik und Privatleben kommen vor. Eine unserer Interviewpartnerinnen berichtet von der Erfahrunge einer Mitkandidatin:

"Nach den Wahlen ist die Beziehung einer jungen Lehrerin auf der Liste mit ihrem Partner in Brüche gegangen. Er hat es nicht ertragen, dass sie sich dermassen exponiert hatte."

Diese Verbindung zwischen Oeffentlichem und Privatem liegt nicht nur an der persönlichen Haltung der betroffenen Frauen, sondern ist auch ein Symptom der traditionellen Rollennormen von Frau und Mann. Die selbe Befragte fährt weiter:

"Die Leute sagen zwar 'Wir brauchen mehr Frauen in Bern, richtig. Aber weshalb grad diese da? Die sollte sich gescheiter zuhause um ihren Haushalt kümmern! Seht doch, ihr Mann muss sogar die Wäsche selber aufhängen!'"

Die Anpassung an die Geschlechterrollen ist schon so stark, dass sie sich recht perfide manifestiert: Durch Verzicht oder durch Selbstzensur. Das heisst, dass die Verinnerlichung der Normen bezüglich der Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern so weit geht, dass gewisse Kategorien von Frauen (z.B. Familienmütter

mit kleinen Kindern) a priori von der Liste der möglichen Kandidatinnen gestrichen werden:

"Die Rekrutierung ist ein Problem. Ich begreife, dass Frauen in gewissen Lebenslagen nicht bereit sind, öffentliche Aufgaben zu übernehmen. Sehen Sie, für mich ist das etwas ganz Natürliches".

erklärt uns ein Parteipräsident. Also werden Familienmütter im Namen der Natur von vornherein ausgeschlossen. Da wird sogar das Gewissen ins Spiel gebracht: Ein anderer Zensurgrund von Seiten der Parteien:

"Ich habe viele Frauen in der Partei, die jedoch kleine Kinder haben und die ich deshalb nicht fragen darf. Ich kann nicht. Oder dann fühle ich mich schuldig. Ich sage mir dann: 'Mein Gott, sie wird Schwierigkeiten mit ihren Kindern und auch mit ihrem Mann bekommen. Wenn man sie anfragt, führt man sie auch in Versuchung. Lust hätten sie nämlich manchmal."

Aber was sagen die raren Frauen dann, die man anfragt? Wenn der Konflikt Familie/Politik fürs erste beigelegt ist, ist noch lange nicht sicher, ob die Bereitschaft für einen politischen Einsatz besteht. Die Ueberbelastung der Frauen hat verschiedene Gesichter. Sie äussert sich einerseits in der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, anderseits aber auch - paradoxerweise - in der Oeffnung der ausserhäuslichen Sphäre für die Frauen. In der Tat hat die zunehmende Legitimität der Vertretung von Frauen - selbst wenn diese minimal ist - dazu geführt, dass die Nachfrage nach Frauen enorm zugenommen hat. Gerade weil selten eine weitsichtige Personalpolitik betrieben wird, fehlen plötzlich überall Leute.

"In der Geschäftsleitung unserer Partei gibt es einige junge Frauen mit kleinen Kindern, die gleichzeitig auf Gemeinedeebene eine Funktion oder ein Mandat innehaben. Sie sind daher schon sehr belastet. Wenn man diese Frauen nun noch fragen wollte, ob sie zu einer Kandidatur für den National- oder Ständerat bereit wären, müsste man schon viel aufwenden, um sie zu überzeugen. Diese Ueberzeugungsarbeit gibt bei Frauen mehr zu tun als bei Männern."

Wundert man sich da noch, dass Parteien wenig tun, um Kandidatinnen zu suchen? Eine unserer Befragten schildert ihre eigenen Erfahrungen:

"Ich fühle mich dadurch, dass ich bevorteilt wurde, auch diskriminiert. Wenn ich nicht eine Frau wäre, hätte ich nie so schnell Karriere gemacht. Allein dadurch, dass es Mode wurde, eine Frau zu haben und es damals keine hatte. In der Tat wird man überall hingesetzt ... weil man Frau ist, weil man welsch ist, weil man kompetent ist...und das ist nicht immer gut!"

Die Gründe für den Verzicht auf eine Kandidatur sind vielfältig. Ihre Wirkungen hängen von einander ab und verstärken sich gegenseitig. Trotzdem muss gesagt werden, dass die Parteien selbst auch schuld sind am Mangel an Kandidatinnen. Es ist Tatsache, dass sie nicht nur wenige Frauen anheuern, sondern auch noch Heuermethoden anwenden, die indirekt die Frauen benachteiligen.

2. Der Wahlkampf

Wir werden im folgenden auf zwei weitere Aspekte des Weges zum Mandat hinweisen, auf den Listenplatz und den Wahlkampf.

2.1. Der Listenplatz

Bei Listenwahlen spielt die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste eine wichtige Rolle. Von einer Partei aufgestellt worden zu sein, ist ein Ding, aber etwas ganz anderes kann sein, wie man nachher präsentiert wird.

2.1.1. "Stars" und "Lockvögel": Die Hierarchisierung der Kandidaturen

Es gibt in der Schweiz verschiedene Methoden, um KandidatInnen zu klassieren. Eigentlich geschieht dies in jeder Partei anders. Grosso modo kann man zwei Arten auseinanderhalten. Die erste, die geopolitische, unterscheidet sich nach Wahlkreisen. Die andere, die soziopolitische, hängt von den innerparteilichen Traditionen ab. Das heisst, dass die Methoden nicht nur von Kanton zu Kanton verschieden sind, sondern auch von Partei zu Partei. Manchmal vermischen sich die beiden Methoden auch. So kann zum Beispiel die SP eines Kantons ihre Listen sehr ähnlich zusammenstellen wie die CVP des selben Kantons - die SP des benachbarten Kantons jedoch nominiert ihre Kandidaturen nach ganz anderen Kriterien.

Einfach ausgedrückt kann man zwei Klassierungsarten unterscheiden. Die eine ist ausgesprochen egalitaristisch, d.h. die Partei bevorzugt niemanden. In der Regel sind es die linken und alternativen Parteien, die ihre Listen so zusammenstellen. Bei der selben Grundidee unterscheiden sich jedoch sowohl Form als auch Begründung von einer Partei zur andern. Zwei der üblichsten seien hier erwähnt: Die alphabetische Reihenfolge und die ausgeloste Reihenfolge.

"Die Kandidatinnen und Kandidaten unserer Partei werden alphabetisch nach Familiennamen aufgeführt. Früher waren die Bisherigen am Anfang. Das hat man jetzt abgeschafft. Die Jüngeren waren der Meinung, dass jene, die schon seit 20 Jahren in Bern sitzen, nicht noch privilegiert werden müssten".

sagt uns eine sozialdemokratische Kandidatin. Die Präsidentin einer anderen SP begründet dagegen die Auslosung folgendermassen:

"Die alphabetische Ordnung ist ungerecht. Die, deren Namen mit Z beginnt, stehen immer am Ende der Liste. Wir wollen jedoch allen die selbe Chance geben."

Ist aber dieser Egalitarismus inbezug auf die Listenbildung ideal? Parteien, die die zweite Art praktizieren, also eine bevorzugende Klassierung, verneinen dies. Ihrer Meinung nach ist es für die Partei besser, wenn sie klar ihre Präferenzen zeigen kann. Die Gründe sind vielfältig. Dazu eine Kandidatin der Neuen Linken:

"Die Bisherigen müssen am Kopf der Liste stehen, sonst könnte man das als ein Misstrauensvotum oder eine Zurücksetzung verstehen."

Die ParteipräsidentInnen sehen dabei noch andere Probleme. Einer stellt fest:

"Die Leute begreifen das (die alphabetische Einordnung) nicht. Sie meinen, die am Anfang der Liste seien die, welche von der Partei bevorzugt würden, oder man habe eine andere Klassierung, welche sie nicht verstehen."

Ein anderer kritisiert die Liste seiner Partei, die - seiner Ansicht nach - die Empfehlungen der Partei zu wenig klar zum Ausdruck bringt:

"Unsere Wähler haben sich gesagt: Sie (die Partei) will drei Personen nach Bern schicken. Also soll sie uns sagen, welche drei. Diese Liste hat die Leute verwirrt, und sie haben sich dann gefragt: 'Welche von denen wollen sie nun eigentlich?'"

Illoyalität gegenüber den Bisherigen, fehlende Transparenz für die Wählerschaft: Heisst das, dass das egalitaristische Modell paradoxerweise Ungleichheiten erzeugt? Eine Präsidentin beschreibt die Vorteile des bevorzugenden Modells:

"Von jetzt an machen wir Primärwahlen innerhalb der Partei. Die Kandidaten werden so auf die Liste gesetzt, wie sie in der Parteiversammlung Stimmen bekommen. Damit will man jene in den Vordergrund bringen, die innerhalb der Partei am meisten tun, die sich am besten mit der Partei identifizieren können, die aber nicht gezwungenermassen am bekanntesten sind."

Dennoch: Die konsequente Anwendung des einen oder des anderen Modells ist in der Praxis eher selten. Aufgrund unserer Untersuchung und auch unserer direkten Beobachtungen praktizieren die meisten Parteien eine Mischung zwischen egalitaristischer und bevorzugender Methode. In der Regel begünstigt man die Bisherigen, indem man sie auf die sicheren Listenplätze setzt, und gibt allen anderen die selben Chancen, indem man deren Namen alphabetisch ordnet. Diese Methode kommt fast überall zum Zug, bei den Linken wie bei den Rechten, in mehr oder weniger raffinierten Varianten. Eine Variante ist, dass die Neuen in zwei Kategorien unterteilt werden. Jene, die schon einmal kandidiert haben, werden nach damals erhaltener Stimmenzahl gesetzt, und nur die erstmals Kandidierenden werden nach Alphabet aufgeführt. Eine andere Variante ist, dass das Alphabet umgedreht wird, so dass man einmal mit A und das andere Mal mit Z beginnt., usw.

Der Listenplatz ist insofern wichtig, als er das Wahlresultat beeinflusst. Die Meinungen, wie stark dieser Einfluss ist, gehen auseinander. Dass ein guter Platz aber positive Wirkungen zeitigt, d.h. dass die Chancen eines Kandidaten oder einer Kandidatin steigen, je besser er bzw. sie klassiert ist, darüber hingegen scheint Konsens zu herrschen. Allerdings: Was heisst 'gut klassiert'?

Ganz allgemein kann man sagen, dass die guten Plätze jene am Kopf der Liste sind. Die Zahl dieser 'guten' Plätze hängt jedoch direkt mit der Zahl der Mandate zusammen, die die Partei bei den vorhergehenden Wahlen erhalten hat. Anders gesagt: Es gibt, je nach Wahrscheinlichkeit, nach welcher eine Partei ein Mandat verlieren oder zulegen wird, unterschiedliche Kategorien von Listenplätzen (Hellevik, 1979, S. 285ff.). Wir unterscheiden im folgenden drei[2]:

- die 'sicheren' Plätze am Kopf der Liste. Sie entsprechen der Zahl der Mandate, welche die Partei bei den letzten Wahlen erhalten hat, minus einem.

- die 'Hoffnungsplätze', oder deutlicher gesagt, die weniger sicheren, direkt dahinter. Sie entsprechen dem/den Sitz/en, welche die Partei gewinnen bzw. verlieren könnte.

- die übrigen Plätze am Schluss der Liste haben im Prinzip nur Lockvogelfunktion.

Die Folge dieser Klassierung ist einerseits eine Art Hierarchie der Kandidaturen entsprechend den unterschiedlichen Wahlchancen und anderseits die Notwendigkeit eines Vor-Wahlkampfes im Hinblick auf einen guten Listenplatz.

Wir werden sehen, dass diese beiden Faktoren bei der Untervertretung weiblicher Kandidaturen eine wichtige Rolle spielen.

2.1.2. Die Frauen und die 'hoffnungslosen' Listenplätze

Bei ihrer Analyse über den Beitrag der Parteien zum Kandidatinnnenmangel hat Mossuz-Lavau ein Phänomen aufgedeckt, das in ganz Europa vorkommt: Die Parteien stellen nicht nur wenige Frauen auf, sondern diese Frauen werden auch noch schlecht präsentiert (Mossuz-Lavau, 1984, S. 94ff.).

Wie ist das in der Schweiz? Zumindest was die Nationalratswahlen angeht, schert unser Land aus dieser Regel nicht aus.

Dadurch, dass gewisse Parteien das egalitaristische Modell anwenden (alphabetisch, Auslosung usw.), ist es schwierig, inbezug auf die Listenplätze für Männer und Frauen Folgerungen zu ziehen. Dennoch ist interessant zu sehen, dass - auch wenn alles ganz gerecht zugeht - die Kandidatinnen auf den Listen die schlechteren Plätze haben als die Kandidaten. Und das bei allen fünf letzten Nationalratswahlen.[3]

Wieso präsentieren die Parteien ihre Frauen so schlecht? Die Gründe, die schon beim allgemeinen Mangel an Kandidatinnen angeführt wurden, gelten auch hier. Die Selektionskriterien, welche die Frauen schon bei der Rekrutierung benachteiligten, kommen auch bei der Nominierung wieder zum Zuge. Da nur wenige Frauen 'Bisherige' sind und damit die Erfordernisse für eine 'Star'-Kandidatur erfüllen könnten, figurieren Frauen selten auf den ersten Listenplätzen.

Im übrigen wird um die sicheren Listenplätze oft auch parteiintern gehandelt und gestritten. Die Frauen sind jedoch in der Geschäftsleitung und unter den Delegierten, d.h. den Organen, die für die Nominierung wichtig sind, untervertreten und bleiben marginalisiert.

So ist die Untervertretung der Frauen in der Politik die Folge einer langen Kette von Ursachen. Sie reicht von den Wahlen über die Rekrutierung und die Listenplätze bis zur Einteilung der Wahlkreise. Und wenn man einmal von den verschiedenen Gründen absieht, die wir bis jetzt angeführt haben, weist unsere Untersuchung noch auf einen weiteren Punkt hin, der häufig als Grund für die ungenügende Beteiligung der Frauen an den Wahlen bezeichnet wird. Links wie rechts wurde auf eine geschlechtsspezifische Art und Weise hingewiesen, wie die Wahlchancen eingeschätzt werden. Das heisst, dass Frauen offenbar häufiger als Män-

ner auf eine 'Lockvogel'-Kandidatur verzichten, wenn die Wahlchancen minimal sind. Unsere Befragten haben unter verschiedenen Aspekten auf dieses sichtlich weit verbreitete Phänomen hingewiesen.

Die Präsidentin einer SP:

"Ich kann die Frauen ja nicht zwingen, sich auf eine Liste setzen zu lassen. Diesmal ist das Problem, dass, wer jetzt kandidiert, weiss, dass wenn die Partei drei Sitze kriegt, das die drei anderen sein werden. Es gibt Frauen, die haben einen Namen, die sind fähig, die wären sehr gut im Nationalrat, aber die haben überhaupt keine Lust, Wahlen zu verlieren, eine Kampagne durchzuhalten, bei der sie wissen, dass sie auf keinen Fall einen Sitz erzielen werden. Frauen hätte man schon, aber..."

Die hoffnungslosen Listenplätze sind wenig attraktiv. Das Zögern der Frauen hat verschiedene Gründe. Dazu eine Kandidatin:

"Das Problem bei den Frauen ist, dass sie nicht am Schluss der Liste sein wollen...Man hat den Frauen lange eingetrichtert: 'Lasst Euch nicht als Lückenbüsserinnen für die Partei missbrauchen!' Aber, Lückenbüsser braucht es halt - Männer und Frauen...!"

Ein Parteipräsident:

"Ich habe Mühe, gute Kandidatinnen für die letzten Listenplätze zu finden. Eindeutig. Die Frauen sind sehr heikel. Erklären Sie ihnen das mal: 'Du bist gut, aber dennoch nicht gut genug, um auf einen Spitzenplatz zu kommen'. Die Männer kennen das Spiel halt schon länger. Die Frauen haben immer das Gefühl, sie würden missbraucht. Das wird sich vielleicht noch ändern...(lacht)...es wird ein Entwöhnungsprozess".

Ein anderer Präsident macht eine ähnliche Erfahrung:

Die Frauen sagen uns: 'Ich kandidiere nur, wenn ich eine Chance habe'. Sie sagen das, weil sie keine Erfahrungen haben und auch ein wenig verwöhnt sind. Früher wurde eine Frau, die unbedingt wollte, oft tatsächlich gewählt - weil es eben noch nicht so viele hatte. Jetzt glauben alle anderen, dass sie die selben Chancen haben müssten."

Und weiter:

"Bei den Männern ist das anders. Sie sagen sich: 'Ich kandidiere. Ich bin Gemeindepräsident, ich werde die Leute der Gemeinde mobilisieren. Ich helfe meiner Partei'. Die Frauen sind weniger bereit, der Partei zu helfen. Sie wollen zuerst wissen, welches ihre eigenen Risiken und Chancen sind."

Realitätsbewusstsein, Unerfahrenheit, Mangel an Solidarität...so lauten die Vorwürfe an die Adresse der Frauen. Aber sind diese Kritiken denn auch gerechtfertigt, wenn man sieht, dass im Vergleich zu den Männern Frauen aus einer Kandidatur viel seltener einen Vorteil ziehen können - zum Beispiel in der beruflichen Karriere? Aus diesem Grund muss man ausser der unterschiedlichen Bewertung der Wahlchancen auch noch die unterschiedlichen Lebensauffassungen betrachten.

Der Präsident einer konfessionellen Partei sagt uns:

"Die Frauen sind konsequent. Sie sagen eher: 'Nein, im Moment habe ich keine Zeit.' Aber wenn sie sich dann engagieren, tun sie dies stärker und besser als die Männer. In der selben Situation sind Frauen in der Regel besser vorbereitet als Männer. Ein Mann erklärt sich bereit und probiert es, auch wenn er nicht viel Zeit investieren kann. Meiner Meinung nach erliegen Frauen dieser Versuchung weniger. Ein Mann ja. Aber am Schluss merkt man dann trotzdem, dass er weniger gearbeitet hat."

Immer alles gut machen wollen - ist das weiblicher Arbeitsethos oder ein Zeichen weiblicher Unsicherheit? Hat die Alibi-Frau nicht ständig dermassen Lampenfie-

ber, das sie versucht, dies mit einem doppelten Einsatz zu kompensieren (Kanter, 1977, S. 973; Sineau, 1988, S. 102ff.)? Sicher gibt es da eine Mischung aus Ethos und Unsicherheit. Und sicher ist, dass dieser Hang zum Perfektionismus viele Frauen daran hindert, sich in das öffentliche Leben vorzuwagen.

Eine Kandidatin der Neuen Linken hat diesen Geisteszustand folgendermassen beschrieben:

"Hat es einen Sinn, zu kandidieren, wenn man sich immer sagt 'Meine Güte, wenn ich gewählt würde, wäre das eine Katastrophe!".

2.2. Die Wahlkampagne

Bei der Untersuchung der Listengestaltung haben wir auf zwei unterschiedliche Methoden in der Praxis der Parteien hingewiesen: Die geopolitische auf der einen, die soziokulturelle auf der andern. Die selben Unterschiede können in Bezug auf die Wahlkampagne gemacht werden. Einerseits unterscheidet sich die Art, wie man Stimmen fängt, nach Wahlkreis d.h. nach der Grösse des Kantons. Je grösser ein Kanton ist, desto wichtiger wird die Kampagne, desto ausgefeilter und desto teurer. Auf der anderen Seite gibt es Unterschiede nach Parteiideologie. Während man in der Linken 'kollektivistischen' Kampagnen den Vorzug gibt, bei welchen alle KandidatInnen gleichermassen beteiligt sind, ermöglicht man bei den Bürgerlichen personifizierte Kampagnen, bei welchen jeder Kandidat und jede Kandidatin einen individuellen Wahlkampf führt. Auch da gibt es natürlich viele Ueberschneidungen. Manchmal kann man mehr Analogien zwischen SP, CVP und FDP des selben Kantons feststellen als zwischen drei Schwesterparteien benachbarter Kantone.

Im folgenden werden wir zwei Aspekte der Wahlkampagne betrachten: Die Vorbereitung und die Durchführung.

2.2.1. Die Arbeit an der Basis: Sprungbrett der Kandidatinnen

Der Bekanntheitsgrad ist eines der zentralen Selektionskriterien. Wie werden Kandidatinnen bekannt? In unserer Untersuchung war oft die Rede von der Arbeit an der Basis, welche die Grundlage fürs Bekanntwerden ist. Eine Kandidatin beschreibt diesen langen Aufbauprozess so:

"Ich habe immer zusätzliche Arbeit geleistet. Das ist sehr wichtig. Wenn mich Frauengruppen, Müttervereinigungen, was-weiss-ich-wer zu einem Referat einladen, versuche ich mich einzurichten und zu gehen. Frauen sind dankbar, wenn man zu ihnen kommt, wenn man ihnen die politische Sachlage erklärt und Zusammenhänge aufdeckt. Aber dies alles ist äusserst zeitraubend und arbeitsaufwendig.

Eine andere Befragte berichtet von der selben Erfahrung:

"Ich habe oft bei Frauengruppen Vorträge gehalten. Jetzt spüre ich ihre Unterstützung für meine Kandidatur. Sogar wenn ich mit dem Hund spazieren gehe, werde ich angesprochen. Die Frauen, die selbst vielleicht nicht

die Möglichkeit haben (sich politisch zu betätigen), sind froh, wenn das eine andere für sie macht und das recht macht. Das ist für die der Beweis, dass Frauen dazu ebenfalls imstande sind."

Eine Politikerin, frühere Kandidatin kommentiert:

"Frauen können alle möglichen beruflichen oder individuellen Qualifikationen haben und es ist immer noch nicht genug. Um gewählt zu werden, muss man sich einen Hintergrund schaffen. Diese Basisarbeit ist nicht leicht...Natürlich braucht es Begeisterungsfähigkeit, Zeit, Kraft, Energie, Geld...Diese Basisarbeit ist die Vorbereitung für die Wahl".

Diese lange Basisarbeit könnte, so scheint es, für Frauen ein Mittel sein, einige ihrer Lücken zu füllen:

"Die Frauen haben keine Ahnung. Die Männer, die haben ihre Gewerkschaften, ihren Berufsverband, die Rotarier, was weiss ich? Männer knüpfen ihre Kontakte in der Rekrutenschule, im Militärdienst.... all das haben wir nicht!"

bemerkt eine Kandidatin. Eine andere sagt es in fast den selben Worten:

"Eine gewisse Popularität muss jeder Kandidat, Mann und Frau, haben. Der Kandidat muss bekannt sein. Männer wissen das. Deshalb sind sie in Vereinen, wie z.B. im Fussball-Club, im Militär, im TCS, im Turnverein, im Berufsverband. Sie übernehmen Aufgaben, haben ihre Pöstchen im Rahmen dieser Vereine."

Diese Basisarbeit ist nur nützlich, wenn die Frauen es schaffen, sie in eine Wählerbasis umzuwandeln. Dazu zeigt die Untersuchung, dass dies nur wenige Frauen wollen. Viele ziehen es vor, im Hintergrund zu bleiben.

Dazu eine junge Kandidatin:

"Für die Oeffentlichkeit bin ich ein unbeschriebenes Blatt. Ich bin zwar 10 Jahre jünger als Frau X. (die Konkurrentin), aber ich bin doch schon sehr lange auf der Piste. Diese Arbeit haben viele Leute gar nicht wahrgenommen, weil es eben eine Arbeit ist, wie sie von Frauen seit jeher geleistet wurde: Mitdenken, mitschreiben, immer 'mit'. Das gibt einem schliesslich eine Kompetenz, ich finde, die sollte man auch einmal öffentlich machen. Frauen sollten sich auch einmal sagen: 'Jetzt kann ich das auch!'"

Dennoch genügt es nicht, sich etwas zuzutrauen. Es braucht auch noch eine gute Portion Mut. Eine andere Kandidatin erzählt:

"Es ist nicht leicht, meine Popularität zu erklären. Das war ein langer Prozess. Ich habe mich immer als Frauenvertreterin engagiert. Durch Aktionen durch Zeitungsartikel ich weiss gar nicht mehr, was alles...Als Frau muss ich nicht mehr machen, aber ich muss es anders machen. Ich muss mich sehr exponieren, sicher mehr als Männer."

Sich exponieren - das ist ebenfalls etwas, vor dem Frauen zögern. Die selbe Kandidatin:

"Wenn man sich exponiert, bekommt man auch Feinde. Vielleicht hat das auch etwas mit meiner Person zu tun."

Anderseits lohnt es sich in der Politik nicht, sich zurückzuhalten. Ein Parteipräsident vergleicht eine Kandidatin und einen Kandidaten auf der Liste:

"Sicher, Herr M.X. ist ein Mann, der sich seit langem häufig und ganz geschickt präsentiert... der ist ein Profi... dagegen ist Frau Y. eine sehr bescheidene Person. Sie spielt sich eigentlich nicht so gern in den Vordergrund. Was sie macht, macht sie sehr gut, seriös und kompetent. Aber im Rahmen des politischen Systems, in dem wir leben, zahlt sich das nicht aus, diese zurückhaltende Art."

Dazu kommt, dass auf eidgenössischer Ebene die Basisarbeit eine Frage der Investition und des Marketing ist. Durch diese marktspezifischen Aspekte, welche den Wahlkampf kennzeichnen, werden viele Kandidatinnen einmal mehr benachteiligt.

2.2.2. Die Jagd nach Wählerstimmern oder der "Albtraum" der Kandidatinnen

Bei unserer Untersuchung haben die Kandidatinnen in der Regel von positiven Erfahrungen bei ihrer Kandidatur berichtet.

"Mir haben die Wahlveranstaltungen Spass gemacht. Man hat viele Leute kennengelernt, viele neue Kontakte geknüpft. Man musste sich auch mit vielen verschiedenen Fragen auseinandersetzen."

schilderte eine junge Kandidatin. Eine andere ist der gleichen Meinung:

"Ich bin froh, dies (die Wahlkampagne) mitgemacht zu haben. Erstens einmal habe ich viel gelernt. Zum Beispiel: Angst abzubauen, Selbstvertrauen zu gewinnen, zu den eigenen Vorstellungen zu stehen, Leute zu überzeugen..- Und zweitens habe ich viele interessante Kontakte im ganzen Kanton knüpfen können - auch zu Leuten ausserhalb der Partei."

Dieser Lehraspekt wurde auch von routinierteren Kandidatinnen geschätzt:

"Für mich war es kein Stress. Von mir aus hätte der Wahlkampf noch zwei Monate länger dauern können. Ich habe ihn wirklich interessant gefunden."

Die Wahlkampagne als Vergnügungsfahrt für die Frauen? Sicher nicht. Der Aspekt 'Kontakte' ist nur einer unter vielen auf der Jagd nach Stimmen. Denn darum geht es letztlich.

Das erste Problem ist jenes des 'Images', das man pflegen oder sich schaffen muss. Diese Aufgabe ist vor allem dann nicht einfach, wenn das wahre 'image' den geläufigen kulturellen Werten zuwider läuft.

Eine Kandidatin bemerkte dazu:

"Ich bin mir bewusst, dass ich den Leuten Angst mache, auch jenen, die nicht traditionell denken. Ich kann mich durchsetzen...das ist eine Stärke. Aber das ärgert die Männer, und das ist ein Nachteil. Wer Angst erzeugt, stösst auf Ablehnung".

Eine andere Kandidatin:

"Man sagt mir häufig: 'Sag' doch nicht, dass Du Feministin bist. Da solltest Du ein wenig Dampf ablassen, weil das politisch nicht unbedingt etwas einbringt'. Aber dies sind Kompromisse, die ich nicht eingehen will. Vielleicht werde ich nie Nationalrätin, damit kann ich leben, aber ich werde immer Feministin bleiben!"

Nicht nur Feminismus oder Durchsetzungsfähigkeit schaden dem Image. Andere 'Bagatellen' haben die selbe Wirkung. Dazu eine Kandidatin:

"Die Leute sagen: Soso, Sie fahren einen Alfa Romeo! Mein Kollege fährt einen BMW - daran findet man aber nichts Besonderes".

Ein Parteipräsident:

"Einer unserer Kandidatinnen, Frau Y., hat man vorgeworfen, dass sie sich für den Umweltschutz einsetzt und einen Sportwagen fährt. Dieser Widerspruch hat zu einigen Problemen geführt."

Definitionen dessen, was 'weiblich' ist und was nicht, sind ebenfalls Teil dieser ungeschriebenen Normen.

Eine Kandidatin berichtet von ihren eigenen Befürchtungen:

"Zu Beginn habe ich mich gefragt: 'Was tust Du denn eigentlich? Du bist ledig. Du hast keine Kinder. Und dann hast Du noch einen 'bösen' Beruf (die Befragte ist Untersuchungsrichterin) und überhaupt. Die Leute werden bestimmt nicht für Dich stimmen.' Dazu ist zu sagen, dass die Frau, die mit mir auf der Liste ist, Aerztin ist und vier Kinder hat."

Grundlose Befürchtungen? Leider nicht. Es ist kein Zufall, dass der grösste Teil der Politikerinnen verheiratet ist (Cohen, 1985; Ballmer-Cao/Wenger, 1989). Muss man sich wundern, dass in diesem 'traditionell männlichen' Bereich diese 'Beweise der Weiblichkeit' in den Augen des Publikums besser honoriert werden? Auch in der Politik werden die Frauen nicht von ihren Mutterpflichten entbunden.

Ein Parteipräsident der Linken analysiert dies so:

"Verheiratet sein oder ledig sein, das ist nicht das Problem. Aber es sind mehr mütterliche Typen wie Hedi Lang und Emilie Lieberherr, von denen man annimmt, dass sie die Interessen von Familien besser vertreten werden als radikal feministische Kandidatinnen."

Populär sein, das richtige Image haben, das ist gut. Aber man muss all dies auch noch 'verkaufen'können. Und das ist der Punkt, der vielen Kandidatinnen Mühe macht.

Der Bericht einer Kandidatin über die Kampagne eines Listenkollegen:

"Er (der Listenkollege) ist ein sehr spezieller Mensch. Ein grosser Kommunikator. Er zieht Aufmerksamkeit auf sich, indem er irgendetwas erzählt. Ich bin ganz und gar anders - in diesem Bereich bin ich völlig uninteressant. Es ist schwierig, interessant und seriös zugleich zu sein."

Schwierig? Offensichtlich sogar 'hart'!

"Ich finde, es ist hart, sich selber zu verkaufen, hart, sich bei Genossen anzubieten. Das macht mich ganz krank... Sicher, wir (die Frauen) haben die Tendenz, bescheiden zu sein. Gut, ich kann das analysieren und mir sagen, dass ich kompetent genug bin. Soweit so gut. Aber von da bis zum sich zu-jedem-Preis-verkaufen, immer dies vorspielen, sich in den Vordergrund schieben, liegt doch noch eine weite Strecke. Und das ist hart, sehr hart. Für mich ist das enorm schwierig".

Für die Kandidatinnen sind jene Aktivitäten besonders schwierig, die für eine Wahlkampagne unabdingbar sind. Die Pflege der Beziehungen zur Presse und zu den Unterstützungsgruppen oder z.B. die Entlarvung anderer KandidatInnen bei Diskussionsrunden sind eigentlich die Grundprinzipen jeder Wahlkampfberatung; trotzdem stellen sie gewisse Kandidatinnen vor Probleme. Zum Beispiel:

"Der Reporter soll sich für mich interessieren und er muss zu mir kommen. Ich gehe nicht zu ihm und bitte ihn auf Knien, etwas über mich zu schreiben. So käme ich mir 'verkauft' vor!"

"Die männlichen Kandidaten haben da mehr Erfahrung... Sie sprechen bei Vereinen vor - das habe ich nicht gemacht. Das ist wahr, ich habe mich nicht genug umgetan. Zum Teil fehlte mir die Erfahrung. Aber anderseits finde ich es auch nicht richtig, gerade so vor den Wahlen um die Unterstützung dieser Gruppierungen zu bitten. Das stört mich. Ich kann nur bis zu einem bestimmten Punkt gehen. Ich kann nicht weiter gehen und ich will auch nicht."

"Wo es bei mir anstellt, ist dort, wo man das Wort an sich reissen muss, um etwas sagen zu können. Das sieht so streitsüchtig aus, so egoistisch und unelegant....In einer politischen Diskussion ist es leicht, jemanden zu unterbrechen, damit man sich für eine Idee schlagen kann. Aber es ist viel schwieriger, sich für sich selber zu schlagen und dabei den anderen auf den Füssen herumzutrampeln."

Der 'Albtraum' der Kandidatinnen ist daher sowohl äusserlich wie innerlich. Einerseits rühren die Schwierigkeiten aus einer gewissen Ethik, die die von Männern und für Männer aufgestellten Regeln in Frage stellt. Anderseits engen auch die kulturellen Normen den Handlungsspielraum ein. Auf vielen Kandidatinnen lastet deshalb ein doppeltes Gewicht. In ihrer Untersuchung über französische Politikerinnen hat auch Sineau diese Binomie festgestellt (Sineau, 1988, S. 99ff.). Die Autorin sieht im innovativen Verhalten der Frauen in der Politik eine Möglichkeit, sich zu bestätigen und aus der entfremdeten Darstellung auszubrechen, in welcher sie die 'männliche' Gesellschaft gerne weiterhin sehen würde.

2.2.3. Ressourcen mobilisieren

Man weiss, dass die Finanzierung von Wahlkampagnen in der Politik ein Tabu ist. Im Verlauf unserer Befragungen wurde selten von Geld gesprochen - und wenn, dann meistens unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Wir werden in diesem Abschnitt noch zwei allgemeinere Probleme streifen, die mit der Mobilisierung dieser Mittel verbunden sind, nämlich die persönlichen Wahlkämpfe einerseits und das Wahlkampfmanagment andererseits.

Die allgemeine Tendenz in Richtung Personifizierung der Politik wurde besonders bei den letzten Nationalratswahlen sichtbar. Trotz Listenwahl, die ja eigentlich die Wichtigkeit einzelner Köpfe relativieren sollte, hat die Vielfalt der Listen und der KandidatInnen die Konkurrenz verschärft. Die Parteien haben auf dieses Phänomen reagiert, indem sie sich an (gegen?) ihre KandidatInnen gewendet haben.

Die Kandidatin einer konfessionellen Partei:

"Die Kantonalpartei hat nur beschränkte Mittel. Sie erwartet und wünscht, dass die KandidatInnen das persönliche Umfeld mobilisieren und noch zusätzliche Anstrengungen unternehmen. Manchmal spielt die Partei zwei Kandidaten gegeneinander aus, um Stimmen zu kumulieren."

In diesem Punkt gehen sogar die linken Parteien mit der Zeit:

"Dieses Jahr war persönliche Werbung zum ersten Mal gestattet. Man hat sich gefragt, wieso nicht, wenn das doch Stimmen bringt! Je mehr Stimmen ein/e Kandidat/in macht, desto mehr hat auch die Partei davon. Solange das alles noch im Rahmen bleibt, ist das eine gute Sache."

Wie weit ist dieser Rahmen ? Aus unserer Untersuchung geht hervor, dass dieser mehr oder weniger offen definiert ist. Mit gewissen Regeln soll lediglich vermieden werden, dass die interne Konkurrenz zu stark wird.

"Solange ein persönlicher Wahlkampf sich nicht gegen einen Mit-Kandidaten richtet, ist das gestattet."

präzisiert ein Parteipräsident. Ein anderer erklärt etwas lakonischer:
"Jeder ist frei, aber niemand hat das Recht, andere Kandidaten auf seiner Liste anzugreifen."

Solche Regeln sind zwar logisch und tönen schön - sind aber in Tat und Wahrheit tote Buchstaben.
Eine Parteipräsidentin beurteilt die letzte Wahlkampagne folgendermassen:
"Bei uns hat es Probleme gegeben. Sämtliche Kandidaten haben enorme persönliche Kampagnen durchgezogen. Wilde Plakate... Unter den Kandidaten unserer Partei herrschte ganz fürchterliche Konkurrenz. Das ist eine ernste Situation."

Eine frühere Präsidentin räumt ein:
"Wir haben zwar ein Reglement, in welchem steht, wieviel ausgegeben werden darf - aber das ist Theorie. Wer Geld hat, gibt Geld aus. Wer keins hat, der muss halt schauen..."

Der Präsident einer anderer Partei betrachtet das alles viel nachsichtiger:
"Es ist klar. Wenn Sie auf eine Liste gehen, dann wollen Sie auch gewählt werden. Ohne Ambitionen macht man so etwas nicht, oder? Also ist nur normal, wenn man gewisse Sachen ausprobiert."

Persönliche Wahlkämpfe kosten viel. Es ist bekannt, dass Frauen in dieser Hinsicht weniger begünstigt sind als Männer. Dennoch ist es interessant, den Idealismus und auch die Erwartungshaltung der befragten Kandidatinnen zu sehen:

Eine Kandidatin, Routinière in der Politik, sagt dazu:
"Die Kandidaten der Partei müssen nichts aus ihrem eigenen Sack bezahlen. Und ich, ich werde auch nichts für den Wahlkampf zahlen. Ich bezahle doch nicht, damit ich etwas werden darf! Es genügt, dass ich meine Kräfte zur Verfügung stelle."

Eine andere Kandidatin, die sich der Wackligkeit ihres Sitzes bewusst war:
"Ich habe eigentlich keine persönliche Initiative ergriffen. Ich habe das auch vorher nie gemacht. Wir führen einen Parteiwahlkampf. Es ist auch nicht üblich, dass wir Inserate oder sonst was machen. Ich würde sagen, wir tun nicht viel".

Eine Kandidatin fasst diese Probleme so zusammen:
"Die Art und Weise, wie ein Wahlkampf geführt wird, ist auch eine Frage der Mentalität und ein Lernprozess. Die Frauen sind im allgemeinen Neulinge, das ist wahr."

Das Bewusstsein, Neuling zu sein, ist ein Ding. Dieses Bewusstsein bekämpfen, ist ein anderes. Welches sind die Hindernisse für eine Professionalisierung der Wahlkämpfe von Frauen?

Zuerst besteht die Schwierigkeit der anderen Praxis. Wir haben oben darauf hingewiesen, dass die Arbeit an der Basis das übliche Mittel für Kandidatinnen ist, sich bekannt zu machen. In einer Wahlkampagne hat dieser direkte Kanal den Vorteil, finanziell weniger aufwendig zu sein. Ein Parteipräsident beschreibt die Kampagne einer bisherigen Kandidatin auf seiner Liste:
"Frau X. hat ihren Wahlkampf eher an der Basis geführt: Mit persönlichen Briefen und Gesprächen mit Wählern. Es stimmt, dass sie weniger Inserate und weniger Flugblätter als ihre Mitkandidaten gehabt hat."

Eine beinahe alternative Wahlkampagne. Das Problem ist nur, dass eine solche Praxis aus der Sicht der Parteien nicht immer willkommen ist. Der selbe Präsident:

"Als Parteipräsident habe ich nichts gegen persönliche Werbung (in der Presse). Im Gegenteil. Die Partei kann Geld sparen, wenn ihr Name in jedem Inserat erscheint, das der Kandidat aufgegeben (und bezahlt) hat. Was für mich wichtig ist, ist dass der Name des Kandidaten immer zusammen mit dem Namen der Partei erscheint. So kommt das der ganzen Partei zugute."

Die Doppelt- und Dreifach-Belastung, welche schon die Rekrutierung der Frauen prägt, setzt sich beim Wahlkampf fort und schränkt die Frauen ein. Hier einige Erfahrungsberichte:

"Ich war während eines ganzen Monats ununterbrochen unterwegs, Samstage und Sonntage eingeschlossen. Für meinen Man wäre das ein Scheidungsgrund gewesen (lacht)."

"Ich habe immer ein schlechtes Gewissen, wie übrigens viele andere Frauen auch. Verheiratet sein, Kinder haben, einen Beruf ausüben und dann noch politisieren!"

Trotzdem sind auch die ledigen Kandidatinnen nicht zu beneiden.

"Wenn man voll berufstätig ist und eine gewisse Verantwortung trägt, dann ist eine Wahlkampagne ein Stress."

Obschon die Ausübung eines Berufes im Grossen und Ganzen von den aktiven Frauen als ein sehr gutes Mittel betrachtet wird, bekannt und anerkannt zu werden, kommt doch die Tatsache, während Wochen jeden Abend an Wahlveranstaltungen teilnehmen zu müssen, einer physischen und psychischen Prüfung gleich. Eine ledige Kandidatin:

"Manchmal bin ich nach der Arbeit so müde, dass ich mir einen versteckten Parkplatz suche und eine halbe Stunde im Auto schlafe. Dann bin ich wieder fit für die nächste Wahlveranstaltung."

Und weiter:

"Manchmal habe ich nicht einmal Zeit, während der Arbeit die Zeitungen zu lesen. Das trägt auch zum Stress bei, das schlechte Gewissen, nicht informiert zu sein. Die Kandidatinnen, die verheiratet sind, kommen frisch geduscht und haben die Zeitungen gelesen. Sie haben für jeden Abend ein kleines Referat vorbereitet. Manchmal kann ich mir das auch leisten, aber an anderen Tagen muss ich improvisieren."

Heisst dann 'Professionalismus' auch, es so zu machen wie die Männer? Da fängt das Dilemma zwischen dem (männlichen) Anderen und dem (weiblichen) Ich an. Was heisst das, einen Kampf wie die Männer und gegen die Männer zu führen? - Eine sozialdemokratische Kandidatin macht diese Analyse:

"Um eine Kampagne wie ein Mann machen zu können, muss ich mich besser organisieren. Ich muss über meine Kampagne nachdenken, ich muss Leute um mich herum haben, die arbeiten, die mir Dinge abnehmen, die ich nicht gerne tue - das habe ich begriffen. Zum Beispiel mit diesen Leuten und jenen Gruppierungen sprechen, dies und das. Weil ich darin eher ungeschickt bin, muss ich Leute finden, die dies an meiner Stelle tun."

Sich mit den selben Waffen schlagen wie die Gegner heisst nicht unbedingt, den eigenen Grundsätzen untreu werden. Die selbe Kandidatin fährt fort:

"Aber ich bleibe mir treu. Gewissen Antworten und Problemen ausweichen und fad und uninteressant werden, das passt mir nicht. Dann würde ich es vorziehen, nicht gewählt zu werden".

2.2.4. Die Schwierigkeiten mit den Medien

Die in diesem Kapitel erwähnten geschlechtsspezifischen Unterschiede werden undeutlich, was die Beziehungen zu den Medien angeht. Da unsere Schlüsse auf Befragung von Frauen basieren, die eher starke Kandidaturen waren, dürfen sie nicht verallgemeinert werden und gelten nicht für alle weiblichen Kandidaturen.

Welches waren nach Ansicht unserer Befragten die Probleme, die weibliche Kandidierende mit den Medien hatten? Zuerst muss erwähnt werden, dass wiederum die Bedeutung der Medien für den Wahlkampf von der Grösse des Kantons abhängt. In kleineren Wahlkreisen hatten die Befragten weniger den Eindruck, der 'Gnade' der Medien ausgeliefert gewesen zu sein. Dagegen ist in den grösseren Wahlkreisen die Medienpräsenz für KandidatInnen beider Geschlechter 'obligatorisch' geworden.

Dazu meint ein Parteipräsident:

"Eigentlich ist das egal, ob es sich um eine Frau oder einen Mann handelt. Was heute wichtig ist, ist die Präsenz in den Medien. Jemand kann sehr aktiv sein in seiner Gemeinde, sich in der Schulpflege einsetzen, jedes Wochenende einen Artikel für das Lokalblatt schreiben und trotzdem im Kanton noch keinen Namen haben."

Mehrere Kandidatinnen haben Medienarbeit geleistet. Auf verschiedene Arten, wie aus den Berichten hervorgeht:

"Um gewählt zu werden, genügt die Medienpräsenz allein nicht, doch sie ist sehr wichtig. Mein Komitee hat sehr viel Geld investiert, so 30 bis 40'000 Franken. Im Vergleich zu den Mitkandidaten und den Männern anderer Listen ist das wenig. Aber ich finde, das ist schon sehr viel Geld."

"Ich habe eine gute Presse. Ich stand häufig in der Zeitung. Dies zum Teil aufgrund meiner politischen Tätigkeit, aber auch, weil ich die Spitzenkandidatin war."

"Das Fernsehen hat sich sehr für mich interessiert. Sie wussten, dass mein Sitz wackelte und dass man gegen mich einen Mitkandidaten, einen Regierungsrat ausspielte. Für die Medien ist so etwas interessant. Es hat sich dann so etwas wie ein Gerechtigkeitsgefühl entwickelt. Die Leute fanden es ungerecht, dass man eine Frau nicht voll unterstützte. Das hat einen Solidaritätseffekt ausgelöst."

Obschon die finanzielle Situation nur wenigen Kandidatinnen erlaubte, in gleichem Masse wie ihre männlichen Konkurrenten in den Medien zu erscheinen, muss doch darauf hingewiesen werden, dass der Minderheitenstatus der Frauen manchmal auch zu ihren Gunsten spielt. Man muss nur wissen, wie die Trümpfe eingesetzt werden!

Ein weiterer Punkt ist das spezifische Problem der kleineren Parteien, die mehr Frauen portieren, aber beschränkte materielle Möglichkeiten haben. Eine Bisherige eines grossen Kantons erklärt:

"Als Frau einer Randpartei ist man doppelt benachteiligt. Klar, wir haben eine Wahlzeitung gemacht und Stände...Aber um mehr zu tun, haben wir einfach kein Geld. In den Medien hat man meinen Sitz auch nie als den Sitz der Partei angeschaut, sondern als meinen persönlichen Sitz. Und weil dieser Sitz von einer Frau belegt war, hat man mir auch nicht das Vertrauen geschenkt. Ich bin überzeugt, das alles wäre einem Mann nicht passiert."

Aus unserer Befragung geht hervor, dass Kandidatinnen tatsächlich Probleme mit den Medien haben. Diese fallen einerseits mit anderen Schwierigkeiten zusammen, wie der Konkurrenz der Medien in den grossen Kantonen oder den Schwierigkeiten der kleinen Parteien usw., andererseits können sie in gewissen Situationen durch andere Faktoren kompensiert werden.

Diese Resultate können mit jenen zweier weiterer empirischer Untersuchungen ergänzt werden, die vor kurzem über die Rolle der geschriebenen Presse bei den Nationalratswahlen gemacht wurden. Wiederkehr bestätigt in seiner Analyse des Verhaltens von 700 NationalratskandidatInnen 1987 inbezug auf deren Benützung von Zeitungsinseraten, dass dabei geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen. Mit Zahlen belegt der Autor unter anderem auch, dass erstens verhältnismässig weniger Kandidatinnen Inserate aufgeben und dass zweitens jene, die inseriert haben, dies in viel bescheidenerem Masse getan haben als ihre männlichen Mitkonkurrenten. Bemerkenswert ist auch, dass diese Unterschiede sowohl für die Bisherigen als auch für die Neuen gelten (Wiederkehr, 1989).

Die Untersuchung Tschopp, die unter anderem die Darstellung der KandidatInnen beider Geschlechter in der geschriebenen Presse von acht Kantonen vor den Wahlen 1983 und 1987 unter die Lupe nimmt, widerlegt die geläufige These, wonach Kandidatinnen von den Medien diskriminiert würden. Grosso modo stellt Tschopp in der empirischen Untersuchung fest, dass Frauen weder weniger dargestellt werden (gemessen an der Zahl der Artikel über die Listen und die Kandidaten und Kandidatinnen) noch schlechter dargestellt werden (gemessen am Grad der Personifizierung der Quellen der Artikel) (Tschopp, 1989).

Aus diesen Gründen sieht es momentan so aus, als lägen die Schwierigkeiten der Kandidatinnen mit den Medien vor allem an der Disparität der politischen und finanziellen Mittel. Eine von den Medien ausgehende Diskriminierung ist nicht offenkundig, weder aus empirischer Sicht durch quantitative Analysen, noch aus subjektiver Sicht durch die Wahrnehmung der Kandidatinnen selbst.

2.2.5. Frauen als Lobby der Kandidatinnen?

Die Beziehung zwischen den Kandidatinnen und ihrem weiblichen Umfeld muss als zwiespältig bezeichnet werden. Einerseits geht aus unserer Untersuchung hervor, dass Frauengruppen tatsächlich jene Kreise sind, die Kandidatinnen unterstützen. Anderseits scheint die weibliche Solidarität nicht von allen Kandidatinnen als Regel betrachtet zu werden.

In gewissen Parteien wird den Frauengruppen gestattet, Aktionen zur Unterstützung der weiblichen Kandidaten durchführen. Diese 'Toleranz' wird in gewissen Fällen als ungleiche Behandlung, als Diskriminierung der Männer empfunden.

"Unter den KandidatInnen unserer Liste gab es ein Abkommen, wonach niemand Sonderaktionen macht. Eine Ausnahme bildete der Frauenstand zur Unterstützung der Kandidatinnen. Abgesehen davon, gilt sonst alles für alle KandidatInnen."

führt eine sozialdemokratische Kandidatin aus. Eine andere, aus einer bürgerlichen Partei, hat die selbe Erfahrung gemacht:

"Die Partei hat für alle KandidatInnen gleichermassen in der Zeitung geworben. Nur bei mir war das ein bisschen anders. Weil ich die einzige Frau auf der Liste war, wurde ich noch von den Frauen unterstützt. In meiner Stadt haben sie zum Beispiel ein Flugblatt nur für mich allein verteilt. Das war eine Ausnahme, weil es in unserem Kanton eigentlich gar nicht geschätzt wird, wenn einer allein mit vielen Aktionen auftritt."

Wie beurteilen die ParteipräsidentInnen diese Unterstützungsaktionen? Offenbar fangen sie erst jetzt an, diesen Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Parteipräsident:

"Die Frauen in der Partei haben jetzt gemerkt, dass es möglich ist, eine Frau in den Nationalrat zu wählen. Die Gruppe war sehr aktiv, und das hat Frau X sehr viele Stimmen eingebracht."

Ein anderer geht noch weiter:

"Ich glaube, dass politisch bewusste Frauen die zwei Kandidatinnen auf unserer Liste kumuliert haben... Ich kenne einige, die sagten: 'Eine dieser beiden muss es schaffen. Ich kumuliere beide'. Dann haben sie bei den Männern ein Streichkonzert veranstaltet. Das wurde schon sichtbar."

Dennoch haben nicht alle Kandidatinnen von diesen 'Fördermassnahmen' (affirmative actions) profitiert. Einige Parteien, linke eingeschlossen, haben sie gerade im Namen der Gleichstellung der Geschlechter abgelehnt.

"Nein, bei uns gab es keine besondere Unterstützung der Frauen. Da wurden Frauen und Männer völlig gleich behandelt."

erklärte ein sozialdemokratischer Präsident. Seine Kandidatin hat uns das bestätigt:

"Es gibt nicht viele Frauen in unserer Partei. Es gab auch keine Mobilisierung der Frauen für die Frauen."

Manchmal ist das nicht einmal eine Frage des Prinzipes. Es kann auch einfach Passivität sein, Mangel an politischem Bewusstsein oder sogar Rivalität. Dazu einige Kandidatinnen:

"Ich habe die Frauen unserer Partei gefragt, ob sie für mich ein Unterstützungskomitee organisieren würden. - Nun, sie haben es ganz einfach nicht gemacht. Wieso, weiss ich nicht. Nach meiner Wahlniederlage habe ich sie dann gefragt, wieso das so war. Erst dann haben auch sie sich gefragt, wieso sie dieses Komitee eigentlich nicht gebildet haben."

"Die grosse Frauenorganisation, deren Präsidentin ich bin, ist parteipolitisch neutral. Deshalb zögern die Mitglieder, sich parteipolitisch zu engagieren und die Kandidatur ihrer Präsidentin zu unterstützen. Da wäre noch eine grosse Informations- und Bewusstseinsarbeit zu leisten."

"Am Anfang lief alles gut. Die Frauen der Partei haben für die Kandidatin gestimmt. In ihrer Begeisterung, dass sie eine Frau ist. Aber nach der Wahl ist die Kandidatin jemand, die besser gestellt ist als die andern. Und dann beginnt das langsam, verstehen Sie? Ich glaube, Männer sehen in den anderen Männern, die ein besseres Wahlresultat haben, ihre Vertreter, ihre Verteidiger. Aber die Frauen sind sich nicht bewusst, dass die Gewählte sich für sie einsetzt. Es sieht so aus, als wäre sie dort, um schöner zu sein, um wichtiger zu sein".

Was heisst also weibliche Solidarität? Sie ist, gemäss Analyse einer sozialdemokratischen Kandidatin, an Bedingungen geknüpft:

"Ich bin mit sehr vielen Personen ganz fest solidarisch. Auf der anderen Seite habe ich mit gewissen Männern und gewissen Frauen sehr viele Differenzen. Sicher hat man in der Partei eine Frauenlobby... manchmal spielt die auch, sofern man nicht unterschiedliche Interessen hat. Die Solidarität funktioniert nur dann."

In diesem Kapitel haben wir die Stellung der Frauen im Wahlkampf betrachtet, haben einerseits die Rekrutierung der KandidatInnen analysiert und dann ihr Verhalten im Laufe der Wahlkampagne verfolgt. Wir können folgern, dass die Untervertretung der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien bereits in den früheren Selektionsphasen entsteht und zum grossen Teil auf die Zahl und die Definition der Filtriermechanismen zurückzuführen ist, mit denen dieser Weg gepflastert ist. Sicher gelten viele Schwierigkeiten für Frauen und für Männer. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass Minderheitengruppen subjektiv viel sensibler auf Schwierigkeiten reagieren und objektiv über weniger Mittel verfügen, diese Schwierigkeiten zu überwinden als sozial integriertere Gruppen. Dazu ist in der Kausalkette der politischen Marginalisierung der Frauen das Geschlecht ein notwendiger, aber nicht ausreichender Erklärungsfaktor. Das heisst, dass aufgrund des Geschlechtes nicht neue Hindernisse entstehen, dass sich aber aufgrund des Geschlechtes bestehende Schwierigkeiten stärker auswirken. Sicher gibt es Böswilligkeiten, Rivalitäten, die Furcht der Männer und der Parteien vor dem Verlust an Bekanntheit. Aber daneben gibt es als weiteres Hindernis eben auch immer noch die Tatsache der Halbierung der Gesellschaft in eine männliche und eine weibliche Welt; die politische Kultur, die sich nur langsam ändert; die Idee einer absoluten Gerechtigkeit, die im Konflikt steht mit der Idee der besonderen Förderung diskriminierter Gruppen; den geschichtlich bedingten Rückstand, der nach Jahrhunderten des Ausschlusses aufgeholt werden muss und dazu - nicht zu vergessen - auch die kritische Haltung der Frauen selber vis-à-vis der Politik, wie sie heute verstanden wird.

Anmerkungen

1) Quelle: Bericht des Bundesrates an den Nationalrat über die Nationalratswahlen (verschiedene Jahrgänge)
2) Diese Typologie folgt jener von Hellevik (1979)
3) **Position der männlichen und weiblichen Kandidaten seit 1971:**

Jahr	1.Quartil		Median		3.Quartil	
	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann
1971	4	3	7	7	14	15
1975	5	3	8	8	16.5	17
1979	4	3	8	7	16.75	16
1983	4	3	7	7	15.75	15
1987	3.5	3	7	7	17	16

Wenn man die mittleren Positionen der Kandidaten betrachtet, werden die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht offenkundig. Andererseits sind im ersten Viertel der KandidatInnen, die die Liste anführen, die Männer in den besseren Positionen als die Frauen (1. Quartil). Eine gewisse Entwicklung wird jedoch sichtbar. Man kann auch einfacher von einer Tendenz zur Polarisation der KandidatInnen sprechen. Einerseits haben die Frauen auf den ersten Listenplätzen nach und nach ihre Position verbessern können: Während der erste Quartil der Männer durchschnittlich den dritten Platz einnahm, hat sich der selbe Quartil der Frauen zwischen 1971 und 1987 um einen halben Punkt vorgeschoben. Anderseits ist die allgemeine Stellung der Kandidatinnen eher schlechter geworden: 1971 und 1975 waren die Positionen der Mehrheit der Frauen leicht besser als jene der Mehrheit der Männer (dritter Quartil). Diese Tendenz hat sich nach 1979 zugunsten der Kandidaten gewendet.

Literatur

siehe Kapitel 4, Seite 119 ff.

Anhang 1

Durchschnittsalter der NationalratskandidatInnen, Veränderungen seit 1971, nach politischer Richtung (Median)

Pol. Richtung	1971		1975		1979		1983		1987	
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
1. Bürgerliche	45	46	45	48	44	47	44	48	42	45
2. Konf.	45	45	47	45	47	46	46	47	47	47
3. Zentrum	44	45	44	44	45	45	44	47	40	40
4. Trad. Linke	44	47	38	42	38	42	39	43	43	45
5. Neue Linke	25	27	29	30	30	33	34	35	36	38
6. Nat. Rechte	49	51	44	50	46	51	50	53	42	48
7. Andere	35	38	41	45	42	42	47	46	40	42
Gesamt	45	46	42	46	40	45	40	45	40	44
(n)	(268)	(1433)	(329)	(1630)	(340)	(1520)	(432)	(1458)	(679)	(1737)

1. Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), Liberale Partei (LPS), Schweiz. Volkspartei (SVP)
2. Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)
3. Landesring der Unabhängigen (LdU)
4. Sozialdemokratische Partei (SP), Partei der Arbeit (PdA)
5. Progressive Organisationen der Schweiz (POCH), Umweltparteien (Grüne)
6. Republikaner (Rep), Nationale Aktion für Volk und Heimat(NA), Vigilants (Vig)

Anhang 2

Die halbstrukturierten Interviews

Ziel

Es handelt sich dabei um eine Forschungsumfrage mit dem Ziel, das grösste Spektrum möglicher Schwierigkeiten und Hindernisse zu erfassen, mit welchen Frauen bei Nationalratswahlen konfrontiert werden.

Analyseinstrument und Methode

Wir haben ungefähr zwanzig halbstrukturierte Interviews geführt, die zwischen einer und drei Stunden dauerten.
Diese Gespräche wurden qualitativ analysiert und einige Passagen herausgenommen.
Die Auswahl der Zitate wurde grosso modo durch drei Kriterien bestimmten :

1) Die Erheblichkeit bezüglich des theoretischen Konzeptes und der Systematik der vorliegenden Untersuchung,
2) die Originalität, und zuweilen auch
3) der Veranschaulichungsgrad.

Die Auszüge aus diesen Gesprächen sind im Text in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt. Die Präzisierungen in Klammern stammen von den Autorinnen.

Auswahl der befragten Personen

Da die Umfrage nicht repräsentativ sondern explorativ ist, wurden die Interviewpartner und -partnerinnen unter den Nationalratskandidatinnen ausgewählt, die 1987 nicht gewählt wurden.

Ausgehend von diesem Grundkriterium wollten wir ein grosses Spektrum politischer Parteien, Kantone und Sprachregionen via befragter Personen vertreten sehen. Die Befragten können in drei Kategorien aufgeteilt werden:

- Bisherige, die nicht wiedergewählt wurden (n=3)
- Starkandidatinnen, die trotz hoher Wahlchancen nicht gewählt wurden (n=3)
- Sogenannt "hoffnungslose" Kandidatinnen (n=4)

Neben diesen drei Gruppen von Befragten wurden parallel zwei weitere Kategorien interviewt:
- Die ParteipräsidentInnen der befragten Kandidatinnen (n=5).
- Politisch aktive Frauen, die jedoch nicht (mehr) bei Wahlen teilnehmen (n=4)

Bei den Tiefeninterviews angesprochene Themen

Ausgangslage

1. Die politische Situation
- Ausgangslage der Partei für die NR-Wahlen 1987
- Organisation der Frauen innerhalb der Partei
- Fördermassnahmen der Partei gegenüber den Frauen

2. Die Rekrutierung, der Listenplatz
- der Kandidatin
- der anderen Kandidaten/Kandidatinnen
- die allgemein übliche Praxis der Partei

3. Subj. Wahrnehmung, Perzeption, Beurteilung
- Beweggründe, Hoffnungen, Erwartungen

4. Biographie
- politisches Beziehungsnetz: Partei und Frauengruppe, Mandate
- sozio-ökonomisches Beziehungsnetz: andere Mandate und Funktionen
- Vereins- und Verbandstätigkeit: Organisationen, Vereinigungen (Frauen, gemischte)
- Privatleben: Berufstätigkeit, Ausbildung, Familienstand

Der Wahlkampf

1. Managment
- Supporter:
  a) Partei, Frauengruppe
  b) Lobbies
  c) Freunde, Bekannte, Familie
- Wahlkampfthemen: "neue" Themen?

2. Propaganda und PR:
   Mithilfe der Supporter/innen a), b) und c), was Plakate, Inserate, Wahlzeitungen, öff. Veranstaltungen, Direktwerbung und Medien betrifft.

3. Finanzierung:
   Beiträge der SupporterInnen a), b) und c)
   Unorganisierte Beiträge
   (grassroot)

Die Nicht(Wieder)wahl

1. Generelle Beurteilung

2. Gründe
- Politische Situation (1.1)
- Wahlhilfe (2.1.)
- Partei
- Wahlkampf, Propaganda und PR (2.2)
- Finanzielle Mittel (2.3)
- Wählerschaft

3. Andere Gründe
- Politischer Stil
- Politisches Programm

4. Politische Zukunft
- Persönliche Ambitionen
- Schlussfolgerungen
- "Mitspielen oder Regeln ändern?" und wie?
- Fördermassnahmen für Frauen?

Kapitel 4:

Frauen und ihre Wahlresultate

von Thanh-Huyen Ballmer-Cao
unter Mitarbeit von Luzia Kopp

Uebersetzung: Elisabeth Veya

In diesem Kapitel untersuchen wir die Wahlresultate der Kandidaten und Kandidatinnen unter drei Aspekten : Wahlerfolg, soziodemographische Vertretung im Nationalrat und was nach den Wahlen passiert.

1. Die Kandidatinnen und die Wahlresultate

Wir haben gezeigt, dass die Untervertretung der Frauen als Mandatsträgerinnen schon sehr viel früher als bei den Wahlen beginnt. Wie in der Geschichte der 10 kleinen Negerlein verschwinden die politisch 'potenten' Frauen sukzessive nach jedem Filter der Macht. Deshalb ist die Wahl eigentlich nur noch die letzte Hürde, denn Wahlresultate, zum Beispiel jene für den Nationalrat, unterscheiden sich auch nach Geschlecht.

1.1. Die Chance, in den Nationalrat gewählt zu werden

Der Erfolg des Mythos, dass Frauen besser, moralischer, arbeitswilliger und vor allem einfach anders sind als Männer, müsste eigentlich darauf deuten, dass die raren weiblichen Kandidatinnen in der Gunst der Wählerschaft stehen. Die Statistiken indessen zeigen, dass zumindest was den Nationalrat angeht, die Wahlchancen für Frauen geringer sind als für Männer.

Tabelle 1A vergleicht die Wahlchancen für den Nationalrat für die Kandidaten und Kandidatinnen beider Geschlechter seit 1971. Man findet darauf den Anteil von Gewählten auf 100 Kandidierende. 1971 sind zum Beispiel von 100 Kandidaten der konfessionellen Parteien 15 gewählt worden. Darunter befand sich eine Frau. Zu Tabelle 1A sind drei Bemerkungen zu machen.

Erstens: Frauen werden nicht nur in geringerer Zahl für Wahlen vorgeschlagen, sie werden auch in geringerer Zahl als die Männer gewählt. Man kann generell sagen, dass in den ersten zwanzig Jahren des Frauenstimmrechtes alle Kandidatinnen, ungeachtet ihrer politischen Herkunft, weniger grosse Chancen gehabt haben, Nationalrätin zu werden als ihre Konkurrenten oder Listenkollegen. Die Unterschiede sind massiv : Bei Männern kommt im Durchschnitt ein Gewählter auf 10 Kandidaten, bei den Frauen eine Gewählte auf 100 Kandidatinnen.

Tabelle 1A :
Wahlchancen* für den Nationalrat im Verhältnis zum Total der KandidatInnen Veränderungen seit 1971 nach Geschlecht und politischer Orientierung[1]

Pol. Orientierung	1971		1975		1979		1983		1987	
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
1. Bürgerliche	0.5	12	1	14	1.5	15	0.5	17	1	16
2. Konfess.	1	14	1.5	12	1.5	13	1	15	1	12
3. Zentrum	0	9	0	8	0	5	1.5	6	1	5
4. Trad. Linke	1.5	14	1	12	1.5	11	2	9	3	8
5. Neue Linke	0	0	0	0	1	2	1	2	1	2
6. Nat. Rechte	0	6	0	2	0	3	0	4	0	2
7. Andere	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0.6	11	0.7	9	1.1	10	1.1	9	1.1	7

* Anteil gewählter Frauen oder Männer auf 100 Kandidaten beider Geschlechter

Tabelle 1B:
Wahlchancen* für den Nationalrat im Verhältnis zur Zahl der Kandidaten und Kandidatinnen des selben Geschlechts - Veränderungen seit 1971 nach Geschlecht und politischer Orientierung[1]

Pol. Orientierung	1971		1975		1979		1983		1987	
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
1. Bürgerliche	3	14	7	16	11	18	5	20	7	19
2. Konfess.	6	17	9	15	12	15	6	18	7	15
3. Zentrum	0	11	0	10	0	7	6	8	2	7
4. Trad. Linke	10	17	4	15	7	14	8	12	7	12
5. Neue Linke	0	0	0	0	2	3	3	4	2	5
6. Nat. Rechte	0	7	0	3	0	3	0	5	0	2
7. Andere	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	4	13	4	11	6	12	5	12	4	10

* Frauen: Anteil gewählte Frauen auf 100 Kandidatinnen
* Männer: Anteil gewählte Männer auf 100 Kandidaten

1. Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), Liberale Partei (LPS), Schweiz. Volkspartei (SVP)
2. Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Evangelische Volkspartei (EVP)
3. Landesring der Unabhängigen (LdU)
4. Sozialdemokratische Partei (SP), Partei der Arbeit (PdA)
5. Progressive Organisationen Schweiz (POCH), Umweltparteien (Grüne)
6. Republikaner (Rep), Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA), Vigilants (Vig)

Die Wahlchancen hängen also auch von der politischen Orientierung ab. Im Grossen und Ganzen kann man sagen, dass die KandidatInnen der etablierten Parteien die grössten Wahlchancen haben und dass die kleinsten Gruppierungen, die nicht in der Regierung vertreten sind, geringere Erfolgsquoten zu verzeichnen haben. Diese Feststellung gilt in deutlicherem Masse für die Männer als für die Frauen. Ein männlicher Kandidat, der sich auf einer Liste der FDP, der SVP, der CVP oder der SP aufstellen lässt, hat mehr Aussichten, nach Bern entsandt zu werden als eine andere Person, Mann oder Frau, die auf der Liste einer Umweltpartei oder des Landesringes steht.

Schliesslich gilt für alle Listen, auf der Linken wie auf der Rechten, dass die Wahlchancen der Frauen geringer sind als jene ihrer männlichen Mitkonkurrenten. Die Unterschiede sind auf den Listen der Nationalen Rechten und vor allem der bürgerlichen und konfessionellen Parteien grösser. Wenn man nun auch noch daran erinnert, dass gerade diese Gruppierungen wenig Kandidatinnen (Tabelle 2 in Kapitel 3) stellen, kann man mit Fug und Recht behaupten, in diesen Parteien bestehe eine grössere Disparität zwischen den Geschlechtern als bei andern.

Wenn man die Veränderung der Wahlchancen für den Nationalrat im Verlaufe der fünf letzten Wahlen betrachtet, zeichnen sich für die beiden Geschlechter unterschiedliche Perspektiven ab. Grob gesprochen haben die Chancen der Kandidaten abgenommen, dieweil jene der Kandidatinnen konstant bzw. gleich schlecht geblieben sind. Das heisst, dass die 'Bedrohung' der männlichen Vorherrschaft nicht eine Folge der weiblichen Konkurrenz ist, sondern eine Folge der Zunahme der KandidatInnen und der Listen allgemein.

Tabelle 1B zeigt die Wahlchancen der Frauen und Männer für den Nationalrat im Verhältnis zu den übrigen Kandidaten des selben Geschlechts seit 1971. 1971 wurden zum Beispiel von 100 bürgerlichen Kandidatinnen 3 gewählt, von 100 bürgerlichen Kandidaten jedoch konnten 14 nach Bern gehen.

Die Ergebnisse aus Tabelle 1B unterscheiden sich nicht spürbar von jenen der Tabelle 1A und unterstreichen sie eher noch.

Erstens: Ungeachtet der politischen Orientierung sind die kollektiven Chancen männlicher Kandidaturen höher als jene weiblicher Kandidaturen. Bei den fünf letzten Wahlen waren sie zwischen zwei- und dreimal höher.

Zweitens: Die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, ist für eine Kandidatin höher, wenn sie auf der Liste einer etablierten Partei kandidiert (traditionelle Linke, konfessionelle und bürgerliche Parteien, zum Teil auch Landesring). Für die Frauen der Neuen Linken besteht eine Kluft zwischen ihren verhältnismässig grossen Chancen, Kandidatin zu werden (Tabelle 3 in Kapitel 2) und der viel geringeren Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden.

Drittens: Seit 1971 ist keine spürbare Verbesserung bezüglich der Wahlchancen von Frauen zu verzeichnen, die alle immer noch sehr gering sind. Der Sprung, der bei der Erhöhung der Kandidatinnenzahl deutlich wurde, hat bei den eigentlichen Wahlen nicht entsprechend stattgefunden.

Der Weg nach Bern ist also lang und mühsam. Noch viel länger und mühsamer ist er jedoch für Frauen.

1.2. Der Wahlerfolg

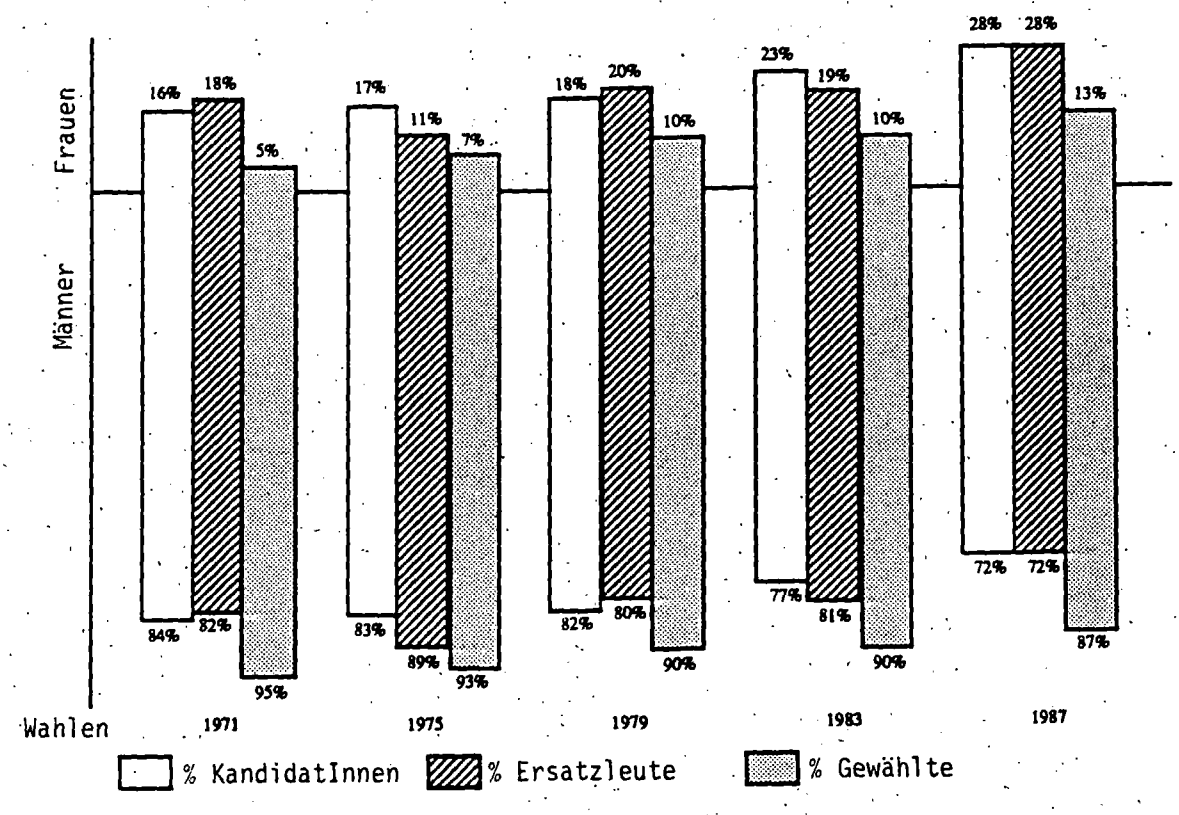
Eigentlich sollte man von den Wahlerfolgen in der Mehrzahl sprechen. Zwar ist und bleibt der entscheidene Punkt die Tatsache, ob man gewählt ist, doch gibt es noch andere Kriterien, um den Erfolg einer Wahl zu messen. Weil es wenig sichere Positionen an der Spitze der Liste gibt, sind in Tat und Wahrheit die meisten Kandidaturen 'hoffnungslos'. In diesem Fall misst sich der Erfolg nicht am Umstand, ob man nun einen Sitz im Nationalrat hat, sondern an anderen Faktoren. Wir unsererseits betrachten die Resultate unter folgenden Gesichtspunkten:
- Wer kommt gerade nach den Gewählten?
- Wer hat die meisten und
- wer hat die wenigsten Stimmen bekommen?

1.2.1. Die 'Ersatzplätze' oder der Trostpreis für die Frauen

Zumindest für die Nationalratswahlen gilt, dass man selten beim ersten Mal gewählt wird. Meistens kommt der Sitz erst nach einigen Versuchen, bei welchen der Kandidat oder die Kandidatin versucht, das Ergebnis zu verbessern. Und wenn man die Resultat anschaut, kann man auch die Positionen unmittelbar nach den Gewählten als 'Hoffnungsplätze' betrachten, nicht nur wegen der realen Möglichkeit des Nachrutschens während der Legislatur, sondern auch in Bezug auf die Wahlchancen bei künftigen Wahlen.

Grafik 1:

Vergleich zwischen dem Anteil Kandidaten, Ersatzleuten und Gewählten bei den letzten fünf Nationalratswahlen, nach Geschlecht



Grafik 1 zeigt den Anteil erster und zweiter Ersatzleute nach Geschlecht bei den letzten fünf Nationalratswahlen. Zum Vergleich werden auch die Anteile Kandidaten und Gewählte für jedes Geschlecht angegeben.

Betrachten wir zuerst die Ersatzleute. Auch hier sind die Frauen untervertreten, d.h. dass auf vier oder fünf Ersatzleute nur eine Frau kommt. Trotzdem scheint es so, dass sich bei den letzten Wahlen da etwas verändert hat: 1987 hat der Anteil weiblicher Ersatzleute zum ersten Mal die Grenze von 25% überschritten, dieweil er sich zwischen 1971 und 1983 immer um die 20% herum bewegt hatte.

Vergleichen wir dann den Anteil der Ersatzleute, der KandidatInnen und der Gewählten nach Geschlecht. Die unterschiedlichen Anteile zwischen diesen Gruppen spielen ganz allgemein eher zugunsten der Männer. Das heisst, dass man bei den Frauen im Verhältnis zu den Kandidatinnen mehr Ersatzfrauen findet als Gewählte. Zwischen dem Anteil Kandidatinnen und dem Anteil Ersatzfrauen gibt es einen nicht so grossen Unterschied, im Vergleich zu den Nationalrätinnen jedoch ist ein eindeutiges Gefälle auszumachen. Die progressive Abnahme des prozentualen Anteiles der Kandidaturen, der Ersatzpositionen und der erhaltenen Sitze ist logisch und verständlich. Bei den Männern hingegen ist sie weniger augenfällig und weist eine gegenläufige Tendenz auf. Ihre Uebervertretung ist überall vorhanden, jedoch bei den Gewählten am stärksten.

Sehr verallgemeinernd lässt sich sagen, dass die Chance, Frau Nationalrätin zu werden, gering sind, dass aber eine leicht höhere Chance besteht, auf den ersten Ersatzplätzen zu landen. Dieser Umstand kann auch als Beweis für ein neues 'Ghetto' für die Frauen genommen werden, für jene Frauen, die wohl 'könnten', die es aber gerade doch nicht geschafft haben. Auf der anderen Seite kann man dieses Resultat aber auch als eine Veränderung in Richtung besserer Vertretung beider Geschlechter in der Politik anschauen: das 'Ghetto' kann gleichzeitig ein 'Wartsaal' für künftig Gewählte sein.

Zwei Anzeichen sprechen für eine optimistische Haltung. Erstens: Wenn man die Ersatzfrauen nach Parteien aufteilt, zeigt sich, dass der Anteil dieser Gruppe in praktisch allen Gruppierungen höher geworden ist (Siehe Anhang). 1987 gab es unter den Ersatzleuten der Parteien des Zentrums und der Linken fast gleichviel Frauen wie Männer. Bei den bürgerlichen und konfessionellen Gruppierungen machen die Ersatzfrauen etwa 20% aus. Zweitens: Wenn man bei den Wahlresultaten einen guten Platz erringt, führt das oft dazu, dass man bei den nächsten Wahlen einen besseren Listenplatz bekommt. Dazu erklärte uns ein Parteipräsident:

"Natürlich weiss der Wähler auch, dass derjenige auf dem 15. Listenplatz keine Chance hat. Hingegen ist es für die Partei wichtig zu wissen, wer vom 30. auf den 15. Platz gerutscht ist. Dann heisst das für uns, dass man diese Person falsch klassiert hat und sie bei den nächsten Wahlen unbedingt fördern müsste."

So können Ranglistenplätze gegenüber der Partei zu einem 'Handelswert' werden. Es ist möglich, dass sie in Zukunft vermehrt von den oder zugunsten der Frauen eingesetzt werden.

Daneben ist interessant zu sehen, dass auch das Verhältnis zwischen Listenplatz und Ranglistenplatz nach Geschlecht verschieden ist.

Tabelle 2
Verhältnis zwischen dem Listenplatz[1] und dem Anteil erhaltener Stimmen[2]

Jahr	Pearson'scher Korrelationskoeffizient: Gesamt	Frauen	Männer
1975	-.27	-.22	-.28
1979	-.29	-.25	-.29
1983	-.27	-.21	-.29
1987	-.28	-.24	-.30

p = .0001

Tabelle 2 zeigt für die letzten vier Nationalratswahlen mittels Pearson'schem Koeffizienten den Zusammenhang zwischen der Klassierung auf der Wahlliste und dem Wahlresultat. Einfach gesagt handelt es sich dabei um ein Verbindungsmass zwischen zwei Variablen, wobei der Höchstwert +/-1 (totaler Zusammenhang) und der Mindestwert 0 (kein Zusammenhang) beträgt. Zuerst zeigt Tabelle 2, dass ein gewisser Zusammenhang zwischen den beiden Faktoren besteht, auch wenn dieser nicht sehr stark ist. In anderen Worten: Eine gute Klassierung auf der Wahlliste erhöht die Wahrscheinlichkeit, zu einem guten Wahlresultat zu kommen, oder, andersherum, ein gutes Wahlresultat bedingt häufig ein gutes Startklassement.

Dann zeigt Tabelle 2, dass der Zusammenhang zwischen der Ausgangslage und Schlussklassement bei den Frauen noch weniger stark ist als bei den Männern. Anders gesagt: Im Vergleich zu den Kandidaten scheint das Resultat der Kandidatinnen weniger von ihrer Klassierung auf der Wahlliste abzuhängen. Man kann versuchen, daraus einige Hypothesen abzuleiten.

Die erste plausible Erklärung gründet auf der Tatsache, dass viele Frauen auf 'alternativen' Listen kandidieren (vgl. Tabelle 2 im Kapitel 3), die sie einerseits gut präsentieren, die aber wenig WählerInnen haben. Das würde bedeuten, dass in diesem Fall nicht notwendigerweise eine enge Beziehung zwischen Startposition und Endresultat besteht.

Die zweite Erklärung hängt mit der Tendenz vieler Parteien zusammen, ihre Kandidatinnen zu unterschätzen und daher schlecht zu präsentieren; diesen

Kandidatinnen gelingt es dann eher als ihren Listenkollegen, ihre Position zu verbessern. Wir werden im nächsten Abschnitt zur Feststellung kommen, dass die Frauen in der Gruppe der KandidatInnen auf den Schlussrängen die besseren Resultate erzielen. Das zeigt auch die Untersuchung Ballmer-Cao und Wenger (1989). In dieser Untersuchung über die 1986 in der Schweiz gewählten Frauen haben die Autorinnen festgestellt, dass die grosse Mehrheit der gewählten Frauen, Nationalrätinnen eingeschlossen, ihre Endklassierung verbessern konnten, die auch schon zu Beginn gut war (Ballmer-Cao, Wenger, 1989)[3].

1.2.2. Die Kandidatinnen und ihre Popularität

Eine andere Art, Wahlresultate zu werten, ist der Vergleich der Zahl der erhaltenen Stimmen. Wir schlagen vor, die Stimmenzahl als Mass für den Bekanntheitsgrad zu nehmen[2]. Aufgrund der Grössenunterschiede zwischen den Wahlkreisen werden in Tabelle 3 die Stimmen für die KandidatInnen von 1983 und 1987 nach Kantonen aufgeteilt. Die drei Kategorien sind: Die durchschnittliche Stimmenzahl, die maximale und die minimale Stimmenzahl, welche Kandidaten und Kandidatinnen eines Wahlkreises erhalten haben[4].

Zuerst zur ersten Kategorie. Allgemein lässt sich ablesen, dass Frauen im Durchschnitt weniger Stimmen bekommen haben als Männer. Ihr durchschnittlicher Stimmenanteil beträgt 10%, jener ihrer männlichen Mitkonkurrenten 13%. Dieser Unterschied wird grösser, wenn man dazu auch die Kantone berücksichtigt, die ausschliesslich Männer auf den Listen hatten: Dann steigt der Stimmenanteil der männlichen Kandidaten auf 17%.

Betrachten wir nun die Rekordstimmen in den Kantonen. Auch da sind es zumeist die Männer, die diese Rekorde halten: Das durchschnittliche Maximum beträgt 40% der Wählerstimmen, Frauen müssen sich mit 30% begnügen. Diese Leistung der Männer ist geradezu 'einschüchternd', wenn man auch noch jene Kantone berücksichtigt, in welchem keine Frauen zur Wahl standen: Dann steigt der Rekord auf 50%.

Tabelle 3:
Anteil der bei den Wahlen 1983 und 19874 erhaltenen Stimmen, nach Geschlecht und Kanton[1]

Kanton	1983 DS F	DS M	Max F	Max M	Min F	Min M	Kanton	1987 DS F	DS M	Max F	Max M	Min F	Min M
ZH	5	5	36	25	0	0	ZH	4	4	34	24	0	0
BE	4	6	30	40	0	0	BE	3	5	25	42	0	0
LU	14	20	46	52	2	1	LU	10	14	54	51	0	0
UR	-	-	-	70	-	-	UR	-	23	-	81	-	1
SZ	-	24	49	46	-	5	SZ	51	6	8	43	3	3
OW	-	-	-	63	-	-	OW	-	19	-	46	-	0
NW	-	-	-	69	-	-	NW	-	39	-	77	-	2
GL	-	-	-	83	-	-	GL	-	44	-	76	-	12
ZG	-	24	-	66	2	1	ZG	10	33	16	67	6	1
FR	13	16	26	42	4	3	FR	12	11	31	45	1	0
SO	10	16	30	41	1	1	SO	8	13	23	34	0	0
BS	6	8	34	50	0	0	BS	5	7	31	44	0	0
BL	11	10	32	43	1	1	BL	8	10	37	36	1	1
SH	2	16	4	3	41	1	SH	-	21	37	42	-	2
AR	-	43	-	62	-	25	AR	-	-	-	-	-	-
AI	-	-	-	91	-	-	AI	-	30	-	75	-	7
SG	14	19	50	50	3	2	SG	11	11	45	43	2	0
GR	17	23	23	43	14	11	GR	10	16	20	46	3	1
AG	9	12	36	36	0	0	AG	7	8	31	32	0	0
TG	10	12	19	37	2	1	TG	11	11	25	35	0	0
TI	8	13	27	47	0	0	TI	3	11	8	69	0	0
VD	7	10	31	48	1	0	VD	7	9	37	35	0	0
VS	19	14	35	38	3	2	VS	18	16	34	41	3	0
NE	10	14	39	38	1	1	NE	9	17	25	34	2	2
GE	16	19	41	39	2	0	GE	14	17	37	43	2	0
JU	4	9	10	28	1	1	JU	14	20	21	43	7	5
DS	10	13	31	41	2	1.4	DS	9	13	29	42	1.6	0.7
		(16)		(49)		(2.7)			(17)		(48)		(1.5)

(Bei den Durchschnittswerten (DS) in Klammern sind jene Kantone berücksichtigt, in welchen gar keine Kandidatinnen aufgestellt wurden)

Am anderen Ende allerdings wendet sich das Blatt. Unter den Letzten haben die Frauen 'ehrenhafter' abgeschnitten als die Männer. Ihre jeweiligen Minimalstimmenanteile waren fast doppelt so hoch als jene der Mitkonkurrenten. Selbst wenn man die Kantone ohne Kandidatinnen einrechnet, gleichen sich die Mindeststimmanteile der beiden Geschlechter eher an. Ist der 'Sumpf' das eigentliche Terrain der Frauen?

Wenn wir nun die Resultate der beiden letzten Wahlen miteinander vergleichen, stellen wir fest, dass die Veränderungen sehr gering sind und dass sie sich sogar zu Ungunsten der Frauen auswirken. Es wäre wenig realistisch, optimistisch zu sein, aber auch Pessimismus ist fehl am Platz. In der Tat lässt die Untersuchung der Situation in den Kantonen für etwas Hoffnung Raum. Einerseits ist die Zahl der Wahlkreise, in welchen die Kandidatinnen gleichviel oder mehr Stimmen als die Kandidaten erhalten haben, 1987 von drei[5] auf fünf[6] gestiegen. Wenn man auf der andern Seite die Kantone zählt, in welchem wenigstens eine Frau unter den zwei Bestgewählten ist, sieht man, dass auch diese Zahl von sechs[7] auf acht[8] angestiegen ist.

Betrachtet man also das Gesamt der Kandidatinnen für den Nationalrat, stellt man fest, dass die Zunahme der Frauen in entscheidungsfindenden Gremien immer noch sehr ungenügend ist. Auch wenn ein gewisser - durch die Medien verstärkter - 'Starkult' zweifelsohne dazu beiträgt, dass Frauen kollektiv besser vertreten sind, trägt er doch auch zu einer Verfälschung der Realität bei, wenn unermüdlich von Erfolgen berichtet wird. Im Moment bleibt die Situation gesamthaft gesehen prekär. Eine gewisse Veränderung zeigt sich in der Mitte und im unteren Teil der Pyramide. Anders gesagt: Die Kandidatinnen fangen an, sich freizuspielen und besetzen zunehmend einerseits die Ersatzplätze und erobern sich anderseits den 'Sumpf' der vom Volk weniger Geliebten. Genügen aber diese Veränderungen in Zukunft, um die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern auszugleichen?

2. Die soziodemographische Vertretung im Nationalrat

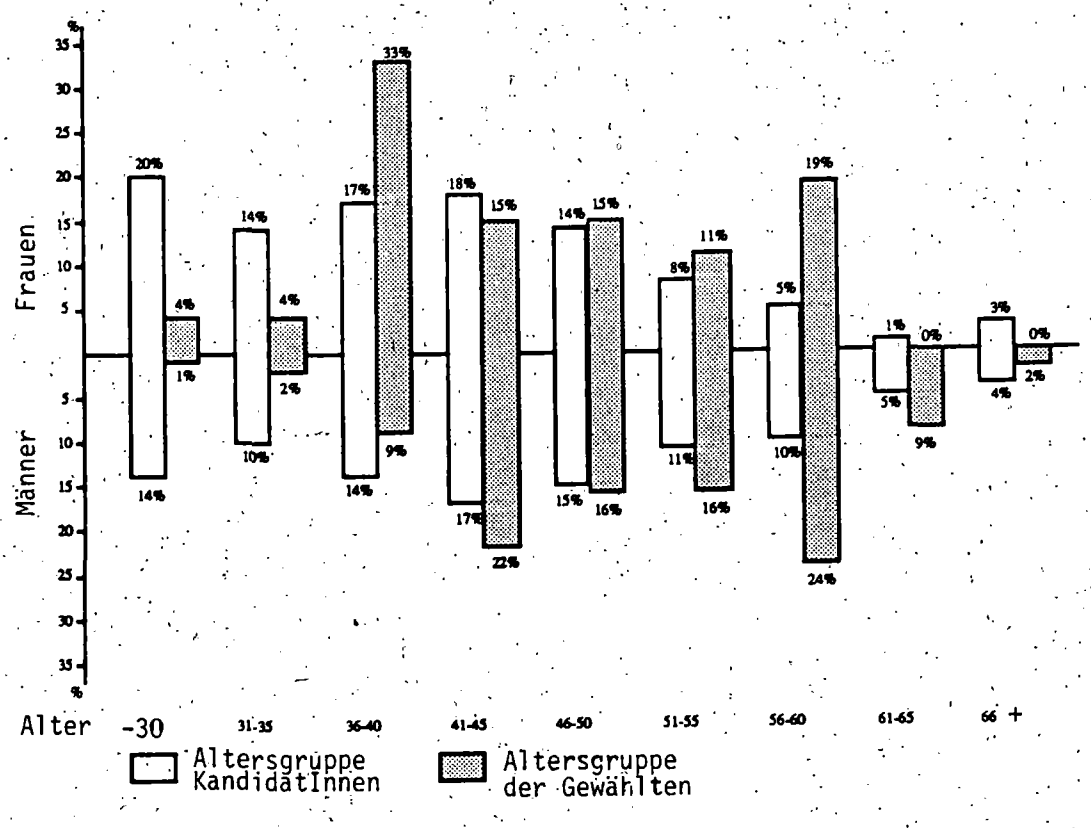
Wer sind unsere Vertreter und Vertreterinnen in der Volkskammer des eidgenössischen Parlamentes? Im ersten Kapitel haben wir auf die Untervertretung der Frauen und den unterschiedlichen Rhythmus bei der Feminisierung im Innern der Deputationen hingewiesen. Im vorliegenden Abschnitt skizzieren wir das soziodemographische Profil der Nationalräte und Nationalrätinnen anhand des Alters, des Familienstandes und des Berufes.

2.1. Von der Verjüngung der Kandidatinnen zur Verjüngung der Nationalrätinnen

Im vorhergehenden Kapitel haben wir dargelegt, dass der durchschnittliche Nationalratskandidat über 40-jährig ist. Bei den letzten Wahlen zum Beispiel lag dieses Alter bei 43. Wenn man jetzt den Altersmedian der Gewählten der laufenden Legislatur ausrechnet, sieht man, dass der durchschnittliche Nationalratskandidat mit seinen 49 Jahren nicht wesentlich darüber liegt.

Der Unterschied des Altersmedians von Kandidaten und Gewählten macht ungefähr 6 Jahre aus. Interessant dabei ist, dass dies für beide Geschlechter unterschiedlich ist. Kandidaten sind durchschnittlich 44, Nationalräte 49. Der Altersmedian für Kandidatinnen bzw. Parlamentarierinnen ist 41 bzw. 43. Frauen sind also sowohl bei den Wahlen wie auch im Parlament etwas jünger als die Männer.

Grafik 2:
Altersgruppe der KandidatInnen[10] und der Gewählten[9] im Nationalrat, nach Geschlecht (1987)



Grafik 2 unterteilt KandidatInnen und Gewählte beider Geschlechter nach Altersklasse und lässt detailliertere Vergleiche zu.

Zuerst kann man feststellen, dass bei beiden Geschlechtern die Alterskurve der KandidatInnen flacher verläuft als jene der Gewählten. Bei ersteren gibt es keine eindeutige Häufung bis zum Alter 50, nach dieser Grenze werden Kandidaten und Kandidatinnen seltener. Anderseits stellt man bei den Gewählten eine Uebervertretung jener zwischen 45 und 60 fest.

Bei diesem zweiten Punkt unterscheiden sich die Geschlechter leicht. Bei den gewählten Frauen beginnt die Uebervertretung ab der Altersgruppe der 36-40-Jährigen, während sie bei den Männern erst ab 41-45 Jahren beginnt.

Diese zwei Ergebnisse lassen drei Bemerkungen zu. Erstens: Zumindest was den Nationalrat angeht, gibt es in der Schweiz nur einen geringen Altersunterschied zwischen Kandidierenden und Gewählten. Zweitens: Dennoch ist es so, dass, wenn man die Extremwerte betrachtet, die Jungen und die Aelteren unter den KandidatInnen und vor allem bei den Gewählten untervertreten sind. Drittens: Die Tatsache, dass kandidierende Frauen jünger sind als die Männer, setzt sich bei den Gewählten fort - dies lässt sich dahin deuten, dass ihr Alter, solange es nicht 'extrem' ist, in den Augen der Wählerschaft kein wesentliches Kriterium darstellt.

Diese Hypothese wird bekräftigt wenn man das Alter der Nationalräte und Nationalrätinnen bei ihrer ersten Wahl in den Nationalrat anschaut.

Tabelle 4:
Durchschnittsalter der Nationalrätinnen und Nationalräte bei ihrer ersten Wahl in den Nationalrat, 1971 - 1987 (Median)[10]

Legislatur	Frauen	(n)	Männer	(n)
1971-75	46	(13)	47	(61)
1975-79	50	(7)	47	(48)
1979-83	44	(10)	46	(60)
1983-87	43	(9)	49	(54)
1987-91	41	(16)	46	(55)

Tabelle 4 zeigt, dass mit Ausnahme der zweiten Legislaturperiode die Nationalrätinnen zum Zeitpunkt ihrer ersten Wahl in die Volkskammer durchschnittlich jünger waren als ihre Kollegen. Dieser Unterschied ist zudem immer grösser geworden. In den 80er Jahren betrug er um die 5-6 Jahre.

Interessant ist auch, dass das geringere Alter der Frauen sowohl für die Neugewählten als auch die Wiedergewählten gilt. In der Legislaturperiode 1987-91 waren beispielsweise die Letzteren durchschnittlich drei Jahre jünger als ihre männlichen Kollegen in der selben Situation[11].

2.2. Der Familienstand der Gewählten: Spiegelbild der traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern

Die Rolle, die die Familie in der politischen Karriere von Frauen spielt, wurde von Ballmer-Cao, Wenger untersucht (1989). Daraus sollen bloss drei Untersuchungsergebnisse zitiert werden:

- Die allermeisten Mandatsträgerinnen in der Schweiz sind verheiratet und Familienmutter.
- Aus psychologischen und strukturellen Gründen sind Ehestand und vor allem Kinder ein Vorteil, um in die Politik einsteigen zu können, aber ein Handicap, um dabei Karriere zu machen.
- Verheiratete Frauen mit Kindern verdanken ihr öffentliches Engagement einem sowohl materiell als auch immateriell extrem günstigen familiären Rahmen.

Tabelle 5:
Familienstand der Nationalräte und Nationalrätinnen, nach Geschlecht, Legislaturperiode 1987-91, in % [9]

Familienstand	Frauen	Männer
Verheiratet & Kind(er)	58%	86%
Verheiratet & kinderlos	11%	6%
Ledig, geschieden, verwitwet, & Kind(er)	11%	2%
Ledig	19%	5%
Total (n)	99% (26)	99% (166)

Fehlende n=8

Wenn man den Familienstand der Nationalräte und Nationalrätinnen der laufenden Legislaturperiode miteinander vergleicht, stellt man fest, dass sich das Unkonventionelle einer politischen Karriere öfters auch im Privatleben widerspiegelt. Tatsächlich zeigt Tabelle 5, dass der Anteil der nicht oder nicht mehr Verheirateten sowie der kinderlos Verheirateten bei Nationalrätinnen höher ist als bei den männlichen Kollegen. Während praktisch neun von zehn Nationalräten verheiratet sind und Kinder haben, trifft dies nur für sechs von zehn Nationalrätinnen zu.

Dieses grössere Spektrum in den Biographien von Politikerinnen widerspiegelt zwei sich widersprechende Aspekte der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann. Einfach gesagt, ist es so, dass zu Beginn die Frauen vor der Wahl stehen 'Familie oder Karriere', während die Männer diese Wahl vorausnehmen, indem sie die 'Familie' von der 'Karriere' abhängig machen. Nachher hingegen hängt die Karriere der Männer eher von der Familie ab als jene der Frauen. Und dazu noch eine Frage: Sässen in der Bundesversammlung wohl ebensoviel Männer, wenn es unter den Politikern mehr Alleinerziehende, Witwer oder Ledige hätte?

In diesem Zusammenhang ist ebenso interessant festzustellen, dass sich in den ersten zwei Jahrzehnten des Frauenstimmrechtes der Familienstand der Nationalrätinnen verändert hat. Er hat im allgemeinen an traditionellem Charakter verloren. Praktisch alle Nationalrätinnen der ersten Stunde waren Ehefrau und Mutter, heute sind es bloss noch etwa die Hälfte. In der gegenwärtigen Generation ist der Anteil der Ledigen, der Verheirateten ohne Kinder und der Unverheirateten oder Nicht-mehr-verheirateten mit Kindern grösser[12].

Trotzdem bleibt das Bild der privaten Sphäre der Mehrheit der weiblichen und männlichen PolitikerInnen traditionell. Trotz der Ansätze für eine gewisse Veränderungen kann man sagen, dass Ehe und Kinder für die politische Karriere von Frauen und von Männern nach wie vor wichtig sind; nur ihre Wirkungen sind je nach Geschlecht unterschiedlich.

2.3. Der Beruf der Nationalrätinnen: Spiegelbild der Stellung der Frauen in der Arbeitswelt

Der Untersuchung Ballmer-Cao, Wenger (1989) kann wiederum entnommen werden, dass die Mehrzahl der schweizerischen Politikerinnen beruflich aktiv ist:

- Sie finden sich vor allem in den traditionell weiblichen Berufsgruppen (Unterricht, Sekretariat..).
- Im Vergleich zu ihrem Ausbildungsstand haben sie verhältnismässig bescheidene berufliche Positionen inne.

Die Spuren der Randständigkeit der Frauen in der Arbeitswelt sieht man auch in der Politik. In der vorliegenden Untersuchung werden wir auf einen weiteren Aspekt der beruflichen Aktivitäten der (eidgenössischen) Parlamentarierinnen stossen: Auf ihre Konzentration im Beamtentum.

Tabelle 6 zeigt die Berufe der Nationalräte und Nationalrätinnen der Legislaturperiode 1987-91 auf. Die Beschäftigungsstruktur unterscheidet sich unter verschiedenen Gesichtspunkten nach Geschlecht.

Ein Erstes: Bei den Frauen gibt es verhältnismässig mehr Angestellte als bei den Männern. Jede zweite Nationalrätin ist im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft angestellt, aber nur jeder dritte Nationalrat. Dafür kommen die liberalen und freien Berufe fast ausschliesslich bei den Männern vor.

Bei den im öffentlichen oder halbstaatlichen Bereich beschäftigten Nationalrätinnen sind die meisten in einem Lehrberuf tätig. Dieser ist übrigens mit einem Anteil von 30% Spitzenreiter bei den Parlamentarierinnen der Grossen Kammer.

Die politischen Berufe schliesslich sind nahezu gleichmässig auf beide Geschlechter verteilt. Dennoch kommt es häufiger vor, dass Männer von Berufs wegen Politik betreiben oder einen Verband vertreten - Frauen arbeiten dafür eher bei Medien.

Tabelle 6
Von den Nationalräten und Nationalrätinnen ausgeübte Berufe, nach Geschlecht, Legislaturperiode 1987-91, in % [9]

Beruf	Frauen13		Männer	
Liberale Berufe	4%		13%	
- JuristInnen		4%		12%
- AerztInnen		--		1%
Freie Berufe	4%		30%	
- UnternehmerInnen		--		15%
- Handwerk, Landwirtschaft		4%		15%
Oeffentlicher und halböffentl. Dienst	49%		25%	
- Höhere BeamtInnen		--		1%
- Niedr. und mittl. BeamtInnen		19%		9%
- LehrerInnen		30%		15%
Privatwirtschaft	11%		8%	
- Oberes Kader		--		5%
- Mittleres Kader und Subalterne		11%		3%
'Politische' Berufe	22%		23%	
- 'BerufspolitikerInnen'14		7%		10%
- VertreterInnen von Interessengruppen		4%		10%
- JournalistInnen (Medien)		11%		3%
Andere	11%		--	
Total	101%	(27)	99%	(173)

Diese Feststellungen sind auch deshalb interessant, weil sie sowohl die Stellung der Frau in Gesellschaft und Wirtschaft als auch die Folgen des Milizsystems widerspiegeln. Die grosse Zahl der Nationalrätinnen, die beruflich im staatlichen und halbstaatlichen Bereich im Allgemeinen und im Unterrichtswesen im Besonderen tätig sind, zeigt, dass für beruflich wenig integrierte Gruppierungen eine politische Karriere dann möglich ist, wenn die beruflichen Rahmenbedingungen sehr günstig sind. Dieser Faktor ist in den letzten Jahren immer wichtiger geworden, weil in dieser Zeit die Anforderungen an ein politisches Mandat gestiegen sind. Wenn man im weiteren die Berufe der Nationalrätinnen der laufenden Legislatur mit jenen der vier ersten Legislaturperioden vergleicht, stellt man fest, dass die Zahl der in der Privatwirtschaft Beschäftigten sowie der Angehörigen der freien Berufe zurückgegangen, jene der im öffentlichen Dienst und in politischen Gremien Beschäftigten angestiegen ist[15]. Zweifellos decken sich auch gewisse

geschlechtsspezifische Unterschiede der Berufswelt mit politischen Unterschieden. So rekrutieren die Parteien der Linken, die viele Nationalrätinnen stellen, ihre Spitzenleute und KandidatInnen häufiger als andere Parteien unter den Beschäftigten im öffentlichen Bereich.

Das soziodemographische Profil der Mitglieder des Nationalrates unterscheidet sich also leicht nach dem Geschlecht. Der Gewählte ist Mitte Vierzig, verheiratet, Familienvater, meist beruflich unabhängig. Die Gewählte ist knapp vierzig, ebenfalls verheiratet, Familienmutter, aber arbeitet im Unterrichts- oder Erziehungswesen. Im Vergleich zu ihrem Ratskollegen allerdings weicht sie vermehrt von der Norm der Ehe ab.

3. Nach der Wahl

In diesem Abschnitt werden wir zwei Themen behandeln: Die Wahlniederlage und Massnahmen zur Unterstützung von Frauen.

3.1. Die Wahlniederlage und ihre Gründe

Wie wir festgestellt haben, bedeutet eine Nichtwahl für viele Kandidatinnen keineswegs eine Niederlage, weil sie zum vornherein wussten, dass sie chancenlos bleiben würden. Für andere hingegen ist es tatsächlich eine Misserfolg, weil sie z.B. als Bisherige kandidiert haben oder weil sie als "sichere" Kandidatinnen mit guten Wahlchancen galten. Welches sind die Gründe für ihren Nicht-Erfolg? Sicher ist, dass eine Wahlniederlage meistens das Resultat mehrerer Faktoren ist, die alle miteinander verbunden sind und nur schwer auseinandergehalten werden können. Dennoch versuchen wir, einige der Gründe zu analysieren, wie sie in den Interviews erwähnt wurden.
Zwischen den Nationalratswahlen im Herbst 87 und dem Zeitpunkt, zu welchem wir unsere Befragungen mit Kandidatinnen und ParteipräsidentInnen durchführten, lag ein Jahr. Auch wenn dabei einige Wunden noch offen waren, hatten sich doch die Gemüter bereits beruhigt. Uns schien, die Befragten hätten ihre Niederlage recht klar analysiert. Wir unterscheiden im Folgenden zwei Arten von Gründen, die von den Befragten angeführt wurden: Die äusseren Umstände einerseits und die individuellen Faktoren andererseits.

3.1.1. Die äusseren Umstände

Die äusseren Umstände, die sich übrigens zugunsten oder zum Nachteil eines Kandidaten oder einer Kandidatin auswirken können, erscheinen als Parameter,

welche mehr oder weniger von Persönlichkeit und Geschlecht der betroffenen Person unabhängige sind.

Da gibt es vor allem das Wahlsystem. Proporzwahlen, Listenverbindung, Aufteilung der Reststimmen usw. beeinflussen offenbar Wahlen so sehr, dass gewisse Mandate als weniger sicher betrachtet werden müssen als andere. Eine Nicht-Wiedergewählte meint dazu freimütig:

"Meine Partei hat zwei Mandate und davon ist eines ein Restmandat - ein "Wandersitz", wenn Sie so wollen. Ich habe diesen Sitz von meinem Vorgänger geerbt, der im Amt verstorben ist. Ich war mir immer bewusst, dass dies ein eher unsicheres Mandat ist."

Auch der Proporz, der eigentlich eine bessere Vertretung der Minderheiten garantieren sollte, hat seine eigenen "Ungleichheiten" geschaffen. Eine der davon Betroffenen sieht das folgendermassen:

"Mein Kanton hat sechs Sitze im Nationalrat. 1987 gab es 52 oder 53 Kandidaten. Wenn man die Stimmen anschaut, dann war ich auf dem vierten Platz. Das heisst, dass jetzt Leute in Bern sitzen, die weniger Stimmen machten als ich. Ich bin eindeutig ein Proporzopfer!"

Das Wahlsystem sollte nicht nur die Ausgewogenheit der Ideen fördern, sondern auch jene der Regionen. Die Wohngemeinde des/der Kandidaten/in kann im Wahlspiel zu einem Machtfaktor werden. Zur Erklärung des Umstandes, dass nicht Favoritin Y, sondern Mitkandidatin X gewählt wurde, betont der Parteipräsident die geographische Herkunft als möglichen Faktor:

"Frau Y kommt aus einer Randregion des Kantons. Sie wohnt auf dem Lande, arbeitet aber in der Stadt. In der Ortssektion ist sie nicht sehr gut integriert. Das spielt eine grosse Rolle. In einer so kleinen Ortschaft kann jemand noch so gut qualifiziert sein, sie oder er wird aber immer Schwierigkeiten wegen des schwachen Wählerpotentials haben. ... Frau X hingegen (die Mitkandidatin) kommt aus einem Distrikt, der sich seit längerem schlecht vertreten fühlte und deshalb besondere Anstrengungen unternommen hat, diese Untervertretung zu beendigen."

Daneben gibt es auch die Wahlstrategien der Parteien. Zum Beispiel fallen in vielen Kantonen die Nationalratswahlen mit den Ständeratswahlen zusammen. Die einen Wahlen beeinflussen also die anderen. Eine befragte Bisherige glaubt, deshalb bürgerliche Stimmen verloren zu haben, weil ihre Partei als Spielverderberin eigene Kandidaten für den Ständerat präsentiert hat:

"Ich habe vermutet, dass dieser Entscheid (an den Ständeratswahlen teilzunehmen) mich meinen Sitz kosten würde. Und so war es dann auch. Die Freisinnigen haben wegen uns ihren Sitz im Ständerat verloren. Deshalb haben sie uns bei den Nationalratswahlen nicht mehr unterstützt."

Es kann gefährlich sein, wenn die eigene Partei Ehrgeiz zeigt - und noch gefährlicher kann es sein, wenn sie an Boden verliert. Eine Bisherige dazu:

"Ich glaube, es ist die Partei, die den Sitz verloren hat. Ich für mich habe doppelt so viel Stimmen gekriegt wie beim letzten Mal vor vier Jahren, als ich zum ersten Mal kandidierte. Was diesmal fehlte, sind die Parteistimmen."

In einer "Krisensituation" werden Wahlen für alle schwierig. Das gilt besonders auch für Neue:

"Meine Partei hat dies Mal den dritten Sitz nicht zurückerobert, den sie vor vier Jahren verloren hatte. Das heisst, es ist weniger schwierig, hineinzukommen, wenn die Partei gewinnt."

Schliesslich kann die Presse ganz unabsichtlich eine üble Rolle spielen. Eine Befragte:

"Ich habe das Gefühl, die Presse habe mir einen schlechten Dienst erwiesen. Sie hat schon zum voraus gesagt, ich könnte meinen Sitz verlieren."

Lassen sich Wähler und Wählerinnen von der Skepsis der Medien anstecken? - Auf jeden Fall wurden die ParteipräsidentInnen beeinflusst:

"Ich habe die Niederlage von Frau X kommen sehen. Eine Woche, zwei drei Tage vorher haben JournalistInnen schon herumerzählt, Herr Y. werde im Kanton Unheil anrichten. Er arbeitet viel. Er ist viel in ....(Name einer Stadt)."

Skepsis ist verhängnisvoll. Optimismus jedoch nicht minder:

"Hier hat man während der ganzen Kampagne gesagt, ich würde gewählt. Das ist ganz schlecht. Um Leute zu mobilisieren, darf man nicht immer wieder sagen, ich würde auf jeden Fall gewählt".

meint eine Nicht-Gewählte. Im übrigen war fehlende Mobilisierung auch ein wenig das Problem der Bisherigen. Die Presse hat zu diesem Effekt noch beigetragen. Ein Parteipräsident muss dazu eingestehen:

"Rund um Frau X (die Bisherige) hat sich wenig getan. Ich weiss auch nicht so recht, wieso. In dieser Region gibt es halt Strukturprobleme, auch das Bedürfnis nach neuen Gesichtern. Oder vielleicht glaubt man auch, die Wiederwahl sei sowieso sicher. Es ist schwierig zu sagen!"

Viele unserer Befragten haben ihre Wahlniederlage in mancherlei Hinsicht sehr objektiv analysiert. Ihre Ueberlegungen zur allgemeinen politischen Situation gehen sogar so weit, den Zufall in die Wahlresultate einzurechnen. Es ist tatsächlich nicht leicht, sich etwas anderes vorzustellen, wenn der Unterschied zum (gewählten) Listenkollegen nur gerade 200 Stimmen ausmacht.

"Der Unterschied war sehr klein. Er hat ungefähr 200 Stimmen ausgemacht. Es war Zufall, dass er (der Listenkollege) den Sitz für die Partei errungen hat."

Dieser unberechenbare Faktor hat auch anderen Kandidatinnen mitgespielt:

"Beim ersten Mal war ich auf der Liste, weil man eine Frau brauchte. Beim zweiten Mal war ich schon bekannt und wurde erster Ersatz. Beim dritten Mal, glaubte ich, gewählt zu werden. Na ja... weil der Unterschied zwischen mir und meiner Konkurrentin so klein ist, glaube ich, dass das Zufall war."

"Der Unterschied von 200 Stimmen zwischen Herrn X und mir hat verschiedene Gründe. Vor allem hat da der Zufall mitgespielt - und der hätte sich auch in der anderen Richtung auswirken können."

3.1.2. Die individuellen Faktoren

Wenn die äusseren Umstände nicht geschlechtsspezifisch sind, sind es die individuellen Faktoren umso mehr: sie hängen sehr oft mit der Persönlichkeit und dem Geschlecht der Kandidierenden zusammen.

Eines der Tabus des Wahlkampfes, oder der Beziehungen zur Oeffentlichkeit im Allgemeinen, ist der Feminismus. Mit all seinen Fehlinterpretationen und Deformationen, denen er unterworfen ist, scheint dieser Begriff eindeutig von

der Allgemeinheit und für die Allgemeinheit verurteilt worden zu sein. Eine der Befragten hat folgende Erfahrung gemacht:

"Ich bin Feministin - dies im Unterschied zu meiner (gewählten) Listenkollegin, die mehr der Mutter-Typ ist. Vor ihr hat man weniger Angst als/vor mir."

Angst vor dem Feminismus? Der betreffende Parteipräsident sieht die Sache etwas anders:

"Der Zwiespalt zwischen den Ideen und Idealen und wie man sie in Praxis umsetzt, ist enorm. Sicher, man darf die Ideale nicht verraten. Dennoch sollte man sich eben auch taktisch klug verhalten. Man muss wissen, wieviel Leute man aufscheuchen will. Frau X schreckt gern viele Leute auf. Sie macht Angst. Es ist gar nicht so sehr ihr Feminismus, sondern eher die Art und Weise, wie sie ihn darstellt."

Die Analyse ist klar und die Begründung einleuchtend. Heisst das, dass neue Ideen geduldet sind, sofern sie nett "verpackt" werden? Eine junge Kandidatin hat das bereits begriffen:

"Wichtig ist, die Männer zu überzeugen. Wenn der gute Wille nicht vorhanden ist, haben die Frauen überhaupt keine Chance. Wenn wir die Männer total angreifen, kommen wir zu gar nichts. Dann stossen wir überall auf eine Mauer, und dann ist fertig."

Also ist die "gute" Art und Weise für Frauen in der Politik wichtig. Das Problem ist nur, dass die Definition von gut und nicht gut stark mit den Normen in Bezug auf "Weiblichkeit" zusammenhängt. Dann fragt sich, ob der Feminismus mit seinen Forderungen nach Gleichstellung und Emanzipation überhaupt auf "weibliche Art", d.h. mit "Charme, Eleganz und Diplomatie" vertreten werden kann. Die Erfahrung zweier feministischer Befragter zeigt, wie normativ dieses Paradox ist.

"Während der Wahlkampagne hat mich eine Gruppe von FreundInnen an alle Veranstaltungen begleitet. Ich musste nie allein hingehen. Das ist frustrierend, irgendwo hin zu gehen, wo man sich ausgeschlossen fühlt. Da fühlt man sich verloren und verlassen. Die Leute können nämlich auch sehr feindselig sein."

"Männer und Frauen werfen mir vor, ehrgeizig zu sein, neurotisch zu sein. Ich werde es nie schaffen, so zu sein, dass es allen gefällt, den anderen und mir selber. Ich habe lange darüber nachgedacht, ob ich wirklich so ehrgeizig und neurotisch bin, wie man mir vorwirft und ob ich wirklich so unmögliche Manieren habe wie man sagt. Dann habe ich beschlossen, mich nicht mehr zu rechtfertigen. Seither fühle ich mich wieder wohl in meiner Haut."

Es gibt also Frauen, die sich an der herrschenden Kultur stossen und/oder Vorstellungen haben, die dieser zuwiderlaufen. Und bezüglich der "guten" Art, wie Frauen politisieren sollten, ist nicht nur "Weiblichkeit" gefragt, auch der Teil "Männlichkeit" spielt mit. Eine Bisherige erklärt sich ihre Wahlniederlage auch mit einer unpopulären Stellungnahme in der Bundesversammlung:

"Die Presse und auch viele meiner Parteigenossen haben mich wegen dieser Stellungnahme kritisiert. Das war auch etwas, das zu meiner Wahlniederlage 1987 beitrug. Ein Mann hätte da vielleicht besser kalkuliert. Entweder hätte er sich der Stimme enthalten oder sogar gegen seine Auffassung gestimmt. Ich will nicht alle Männer in einen Topf werfen, aber es gab doch einige, die mir sagten: 'Mach das lieber nicht, usw.' Ich wusste, dass das gewissen Leuten nicht passen würde, aber schliesslich stellte ich mir vor, die rationalen Gründe würden stärker sein als die emotionalen. Ich mag mich solchen wahlstrategischen Ueberlegungen nicht unterwerfen - ich glaube, wenn man von etwas überzeugt ist, sollte man dazu stehen bis zum Ende. Ich bin sicher, andere hätten das an meiner Stelle nicht so gemacht."

Im Wahlspiel kommen viele Faktoren zusammen. Keiner ist absolut typisch oder allein massgebend. Schliesslich könnte man annehmen, dass der oder die Gewählte einfach die richtige Person ist, die im richtigen Moment da ist und dass es daher illusorisch ist, von einer besonderen Stellung der Frau in der Politik zu sprechen. Dennoch scheint uns, dass gerade in diesem Punkt eine Entwicklung in Gang gekommen ist.

3.2. Frauenfördernde Massnahmen und Strategien

Bei den Wahlen 1987 gab es zwei Primeurs: Die Frauenlisten, auf welchen ausschliesslich Frauen aufgeführt wurden, und die Quotenregelungen, aufgrund derer ein gewisser Anteil an Listenplätzen für die Frauen reserviert war. Allerdings: So neu sind diese beiden Massnahmen gar nicht. Die erste Frauenliste der Schweiz war schon 12 Jahre zuvor, bei den Nationalratswahlen 1975, vorgestellt worden[16]. Bei diesen Wahlen nun waren es sechs Listen, in sechs verschiedenen Kantonen, und sie stammten von verschiedenen Parteien oder Gruppierungen[17]. Quoten waren schon 1985 und 1986 in einigen lokalen Wahlen von linken und alternativen Parteien aufgestellt worden[18]. Das Neue diesmal war zweifellos, dass diese Massnahmen in verschiedenen Parteien einen Schneeballeffekt auslösten und dadurch eine gewisse Wichtigkeit bekamen.

Im Rahmen dieses Abschnittes werden wir die Haltungen der Befragten inbezug auf diese beiden Förderungsmassnahmen untersuchen und einordnen.

Auch unter den direkt Betroffenen herrscht weder über die Legitimität noch über die Wirksamkeit solcher Massnahmen Einigkeit. Was dabei interessant ist, sind daher weniger die Stellungnahmen als vielmehr die Argumente dafür und dagegen .

Für die Befragten, die diese Massnahmen begrüssen, genügt die Tatsache der Existenz geschlechtsspezifischer Ungleichheiten, um diese Massnahmen zu rechtfertigen.

"Quoten? - Quoten sind gut. Es ist schade, dass man sie haben muss. Aber bis die Frauen aufgeholt haben, sind Quoten keine schlechte Idee."

"Ich bin für Quoten. Je mehr ich mich politisch engagiere, desto mehr bin ich dafür... Solange Frauen noch untervertreten sind, müssen sie bevorzugt werden."

Bezüglich der Frauenlisten sind die Argumente nicht viel anders:

"Förderungsmassnahmen sind das einzige Mittel, um etwas zu erreichen. Wenn es sein muss, bin ich auch für geschlossene Listen mit einer gewissen Anzahl Frauen - so dass ihre Wahl sicher ist. Das ist eine Uebergangsmassnahme, bis die Mandate gleichmässig auf Frauen und Männer aufgeteilt sind."

Förderungsmassnahmen (=affirmative actions) sind also in den Augen dieser drei Befragten Massnahmen, durch welche die Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden kann - auch wenn dadurch neue Ungleichheiten oder Ghettos geschaffen werden:

"Eigentlich sollte man gegen Quoten sein, wenn man für die Gleichstellung ist. Gleichstellung sollte von selber kommen. Aber die sozioökonomische Situation ist halt noch so, dass diese Gruppe (die Frauen) gezielte Förderung nötig hat."

"Man muss sie (die Förderung der Frauen) mit allen möglichen Mittel durchzusetzen versuchen. Sicher schafft man dadurch auch wieder Ungleichheiten. Aber solange die Frauen diskriminiert werden, muss man sie unterstützen."

"Ich war gegen Frauenlisten. Man hat schon 1971, bei den ersten Nationalratswahlen, über Frauenlisten gesprochen und deshalb schien mir das im heutigen Zeitpunkt ein Rückschritt zu sein. Aber jetzt habe ich gesehen, was das in Bern bringt. Wie die Quoten sind auch Frauenlisten ein Mittel gegen die aktuelle Situation."

Heiligt der Zweck die Mittel? Ja, denn in den Augen Vieler sind es die einzigen Mittel, um zu einer besseren Vertretung der Frauen in der Politik zu gelangen.

"Ich bin für die Anwendung von Quoten. In den bürgerlichen Parteien ist es genau gleich. Die Männer geben ihre Positionen nicht gern freiwillig auf."

"Ich bin für geschlossene (Frauen-)Listen. Wenn die Listen offen (d.h. gemischt) sind, wie es in meinem Kanton immer noch der Fall ist, sind die Frauen durchschnittlich weniger erfolgreich als die Männer. Der politische Wille fehlt hier halt noch."

"Ich finde, die Berner Frauenliste war ein sehr gutes Experiment. Dennoch muss man natürlich weiterkämpfen. Die Männer haben jetzt gesehen, dass das etwas einbringt. Deshalb beginnen sie schon jetzt, diese Massnahme zu bekämpfen. Das ist es, was ich den Männern vorwerfe. Das ist zwar menschlich, aber es ist trotzdem enorm zu sehen, wieviel Mühe sie haben, Privilegien abzugeben".

Diese Argumente entbehren nicht der Grundlagen. Die Erfahrung einer alternativen Partei an Gemeindewahlen zeigt das deutlich:

"Zuerst wollte man entweder die Frauen kumulieren oder mehr Frauen auf die Liste setzen. Das hat dann die Männer verärgert. Sie haben sich gesagt: 'Einfach nur noch so am Schluss der Liste stehen . nein danke!' Sie fanden es nicht gerecht, die Männer so von Anfang an zu diskriminieren."

Eine andere Linkspartei hat die selbe Erfahrung gemacht. Ihre Präsidentin:

"Bei uns wurden die Männer wütend, weil so viele Frauen auf der Liste waren. Das hat fast den umgekehrten Effekt, das heisst, dass ich während der Nationalratswahlen sehr viel Schwierigkeiten hatte... Man wollte z.B. Frauen einen Brief schreiben mit der Aufforderung, für Frau X und Frau Y zu stimmen. Da haben die Männer sehr heftig reagiert, sie haben sich dagegen gewehrt und gesagt, das genüge nun. Man könne die Frauen nicht dauernd bevorteilen. Wenn dieser Brief schon geschickt werde, dann müssten auch die Namen der Kandidaten drin stehen. Ja, so war das eben...das gab eine enorme Gegen-Reaktion."

Alles deutet darauf hin, dass Leute, die Förderungsmassnahmen für richtig halten, diese als 'notwendiges Uebel' betrachten. Notwendig deshalb, weil es anders nicht geht. Ein Uebel, weil die Durchführung dieser Massnahmen nicht unproblematisch ist. Die Befragten waren sich dessen durchaus bewusst. Eine der ersten Schwierigkeiten ist, die verlangte Quote überhaupt zu erfüllen:

"Wenn man dann die Quotenregel hat, dann heisst das nicht, dass man so mir-nichts-dir-nichts genügend Frauen hat. Das ist ganz und gar nicht so. Fördermassnahmen allein sind nicht alles. Man muss dann auch noch die Frauen finden!"

meint eine Sozialdemokratin. Eine POCH-Frau dazu:

"Zuerst war die Quote von 60% nur für den Vorstand gedacht. Es ist für uns unmöglich, auf allen Stufen 60% Frauen zu haben. Frauen machen ja nur 40% der Mitglieder aus. Aber innerhalb und ausserhalb der Partei sprach man ständig von den 60% für alle Stufen. Das ist unmöglich, wir haben all diese Frauen gar nicht!"

Auch wenn man 'all diese Frauen' findet, ist das Problem noch nicht gelöst. Andere Schwierigkeiten sind damit nicht behoben, zum Beispiel jene der 'Qualität'.

"Dass es so wenig sind, ist nicht gut. Dafür ist die Auswahl sehr gut - die Qualität ist sehr bemerkenswert."

"Sicher bin ich nicht dafür, dass man eine Frau auf irgendeine Position hievt, nur weil sie eine Frau ist. Aber wenn man davon ausgeht, dass überall die Hälfte Frauen sein sollten, dann denke ich, dass Quoten gerechtfertigt sind."

"Ich glaube, das Wichtigste ist, dass es fähige Frauen sind. Denn wenn man Frauen irgendwohin setzt, die nicht kompetent sind und nur weil sie Frauen sind, gibt das nachher Probleme. Man hat Schwierigkeiten, weil sie den Anforderungen nicht genügen, die diese Stellungen verlangen. Und dann heisst es: 'Voilà, das sind nun halt die Frauen. Die können das eben nicht".

Die ungenügende Anzahl zur Verfügung stehender Frauen und die Garantie ihrer 'Kompetenz' werden als mögliche Hindernisse für Förderungsmassnahmen angeschaut. Das Problem liegt unserer Meinung nach darin, dass zwischen der Untervertretung und diesen beiden Schwierigkeiten eine Wechselwirkung besteht. Solange Frauen die Politik als etwas Entfremdendes erleben, solange wird es zuwenig Frauen in der Politik geben. Und solange die Untervertretung anhält, wird dieser hohe Qualitätsanspruch für die Wenigen, die Zugang zu den Entscheidungsprozessen haben, die Norm sein. Heisst das aber nun, dass Massnahmen a priori nur dann getroffen werden dürfen, wenn alle Randbedingungen so ideal sind, dass sich die Massnahme eigentlich erübrigt? Eine Sozialdemokratin erklärte dazu freimütig:

"Ich bin für Förderungsmassnahmen. Es ist klar, dass es möglich ist, dass eine Frau nicht kompetent genug ist. Aber es gibt auch viele Männer, die nicht kompetent sind. Gleichstellung der Geschlechter würde auch heissen, dass sich Frauen erlauben können, ebenso inkompetent wie Männer zu sein!".

Trotzdem scheint die grösste Barriere für Fördermassnahmen tieferliegende Gründe zu haben - den Wunsch nämlich - so paradox es klingt - Gerechtigkeit und Würde zu wahren.

Die Macht neu verteilen bedingt, dass sie jemandem weggenommen werden muss. Frauen jedoch wollen gewisse Grenzen nicht überschreiten. Eine Poch-Frau, die für ihr Engagement für Quoten bekannt ist, sagt uns inbezug auf die Möglichkeit der Kumulierung von Kandidatinnen:

"Auf der Liste hat man als Frau den besseren Platz als ein Mann. Ich bin der Ansicht, wir sollten die Männer nicht noch mehr diskriminieren. Es gibt einige Männer in der Partei, die kompetent sind und die es ebenso verdienen, ein gutes Wahlresultat zu erzielen."

Abgesehen vom Gerechtigkeitssinn gibt es auch noch den persönlichen Stolz:

"Wir haben eine alphabetische Liste. Ja, eigentlich sollte man die Frauen an die Spitze setzen, wenn man sie wirklich fördern wollte. Ich bin durchaus für diese Massnahme, aber ich persönlich brauche sie nicht. Ich habe solche Geschenke nicht nötig."

"Ich bin für Frauenförderung bei den Wahlen. Aber ich würde nie die Kumulation meines Namens verlangen."

Die GegnerInnen dieser Massnahmen sind sich dieser Schwächen auch bewusst. Ihre Argumentation nimmt die Probleme auf, die bei der Diskussion von Pro und Contra solcher Massnahmen aufgezeigt wurden:

"Quoten? - Das ist das Allerletzte! Wenn man sagt, es brauche so und so viele Frauen, dann muss man diese Frauen auch haben. Also, ich.... ich habe sehr, sehr lange Kandidatinnen suchen müssen!"

"Ich hoffe nur, dass uns die Männer ihre Mitarbeit und Unterstützung nicht verweigern, wenn die Quotenregel angenommen wird."

"Ich finde, Quoten sind ein sehr schlechtes Mittel, weil sie zu falschen Resultaten führen. Sie zwingt Frauen in Rollen, die sie gar nicht erfüllen können. Anderseits werden Frauen geradezu in gewisse Positionen hineingedrückt. Ausschlaggebend muss immer noch die Qualität sein. Man sollte nicht eine inkompetente Frau zu Ungunsten eines kompetenten Mannes privilegieren."

"Ich verstehe, wenn eine Frauengruppe verlangt, dass man diese oder jene Kandidatin kumulieren soll oder für sie stimmen soll - denn sie ist schliesslich Interessenvertreterin. Aber als Parteipräsident kann ich gegenüber den Leuten, die ich angefragt habe, ob sie kandidieren würden, nicht verantworten, die einen zu kumulieren und die anderen nicht. Das kann ich nicht."

Interessant ist, dass sich fast keine unbedingten Gegner der Quoten finden lassen. Sehr oft wird die ablehnende Haltung mit vielen Argumenten gerechtfertigt. Ebenso selten stellen die Gegner von Frauenförderungsmassnahmen die Notwendigkeit, dass etwas getan werden muss, in Abrede:

"Eine gewisse Förderung ist heute wohl nicht mehr zu umgehen. Gewisse Lücken müssen gefüllt werden. Das sehe ich schon auch."

"Die Frauen bei den Wahlen begünstigen? Ich lehne diese Methoden ab. Nun gut, vielleicht sind sie nötig, damit die Frauen einen gewissen Rückstand aufholen können."

Also: Man muss den Frauen 'helfen'. Aber wie? Indem man nichts tut? Bei diesem 'laisser-faire' kommt auch die Natur den Gegnern der Quoten wieder zu Hilfe:

"Ich bin dagegen (gegen Quoten). Ich gebe zu, dass ich es nicht gerne sähe, wenn Quoten in die Statuten aufgenommen würden. Ich bin der Ansicht, das sollte ganz natürlich kommen, ganz normal."

"Ich bin nicht dafür, dass man spezielle Frauenförderungsmassnahmen festschreibt. Das sollte langsam kommen, natürlich."

tönt es in bürgerlichen Reihen. Links ist man weniger kategorisch, aber die Reserve, immer im Namen der Natur, bleibt:

"Es ist die am wenigsten schlechte Lösung. Das Prinzip dünkt mich gut, weil es uns zwingt, über das Problem und seine Lösung nachzudenken. Aber trotzdem bleibt es ja an der Oberfläche, nicht? Es sollte irgendwie natürlicher sein. Deshalb zögere ich."

Bezüglich der Unterstützungsmassnahmen wird die Asymmetrie der Stellungnahmen in gewisser Weise durch die Symmetrie der Argumente aufgehoben. In anderen Worten: Man stellt fest, dass es einerseits keinen Konsens zu dieser Frage gibt, dass aber anderseits die Argumente auf den Seiten der BefürworterInnen und der GegnerInnen die selben sind. Diese Polarisierung kann aber dennoch einen gewissen Wandel der Haltungen nicht verdecken. In den Kreisen, die diese Massnahmen begrüssen und anwenden, anerkennt man nach wie vor deren Notwendigkeit, aber wird sich vermehrt der praktischen und psychologischen

Probleme gewahr, die damit verbunden sind. In den Kreisen, die diese Massnahmen ablehnen, ist es das Mittel, das nicht gefällt, wobei man jedoch zugeben muss - zumindest offiziell - dass eine bessere Vertretung der Frauen gerechtfertigt und notwendig ist.

An der Schwelle zu den 90er-Jahren ist die Präsenz der Frauen in den Entscheidungsgremien immer noch gering. Dies trotz eines sichtbaren Wandels auf der Stufe der Strukturen und der Mentalitäten. Die grosse Schwierigkeit bei diesem Manko liegt sowohl an der Vielzahl wie auch an der Vielfalt der Faktoren, die es bedingen. Sicher liegt der Widerstand auch daran, dass man nicht auf Privilegien verzichten will, und das Abwarten kann ein Zeichen für die Angst vor Veränderungen sein. Aber dann gibt es auch noch andere Faktoren, die eine bessere Vertretung der Frauen verhindern, ohne direkt damit verbunden zu sein: Das Prinzip der Gleichstellung durch Wettbewerb oder die Spielregeln für Wahlen zum Beispiel. Neben diesen Erklärungen finden sich zweifellos noch weitere, wovon uns eines sehr wichtig scheint. Man kann feststellen, dass bei vielen Politikerinnen ein gewisser Widerstand davor besteht, unerwünschte "Spielverderberinnen" zu sein, die "den Männern den Platz wegnehmen". Und vor allem geht es vielen Frauen gegen den Strich, sich in einer Sphäre zu integrieren, in welcher ein guter Teil der Spielregeln ohne sie aufgestellt worden ist.

Dieser letzte Punkt führt uns zum Problem der politischen Vertretung der Frauen zurück, das zu Beginn dieser Untersuchung aufgeworfen wurde. Die Frage beschränkt sich nicht nur auf die Idee der Gleichstellung, sondern umfasst auch noch andere gesellschaftliche Leitvorstellungen. Das heisst, dass die Hindernisse für eine gleichmässigeren Beteiligung der Geschlechter, all diese machtpolitischen Filtriermechanismen, indirekt das innovatorische Potential beeinträchtigen und den Konformismus stärken. Sollte aber die Selektion unserer politischen Repräsentanten und Repräsentantinnen nicht gerade anderen Zielsetzungen folgen?

Anmerkungen

1 Quelle: Bericht an den Nationalrat über die Nationalratswahlen (verschiedene Jahrgänge)

2 Der Stimmenanteil ist der prozentuale Anteil der Stimmen, die jeder Kandidat und jede Kandidatin erreicht hat - im Verhältnis zum Total der im Kanton abgegebenen Stimmen.

3 Die 15 Nationalrätinnen, die auf diese Frage geantwortet haben, gehören fast zu gleichen Teilen in die Kategorie 'sehr gut' (8) oder 'ziemlich gut' (7). Unter den letzteren haben vier ihre Klassierung auf der Resultateliste verbessern können, indem sie von der Kategorie 'ziemlich gut' zur Kategorie 'sehr gut' gerutscht sind. Keine von ihnen jedoch ist nach unten gerutscht.

4 An dieser Stelle sei in Erinnerung gerufen, dass sich die Resultate der Wahlen von 1979 nicht wesentlich von jenen von 1987 und 1983 unterscheiden.

5 Es handelt sich dabei um die Kantone Wallis, Basel-Land und Zürich.

6 Wallis, Freiburg, Zürich, St.Gallen, Thurgau

7 Zürich, Schwyz, St.Gallen, Aargau, Neuenburg und Genf

8 Zürich, Luzern, Basel-Stadt, Schaffhausen, St.Gallen, Aargau, Waadt und Wallis

9 Quelle: Generalsekretariat der Bundesversammlung (1988)

10 Quelle: Generalsekretariat der Bundesversammlung (diverse Jahrgänge)

11 1987 betrug der Altersmedian der wiedergewählten Nationalrätinnen 50 Jahre und der Nationalräte 53 Jahre.

12 Familienstand der Nationalrätinnen bei ihrer ersten Wahl, 1971 - 1987, in absoluten Zahlen:

Familienstand	71-75	75-79	79-83	83-87	87-91
Verheiratet, mit Kind	9	4	6	2	9
Verheiratet, ohne Kind	-	-	-	1	3
Nicht oder nicht mehr verheiratet, mit Kind	-	1	-	4	1
Ledig	1	1	2	2	3
Total	10	6	8	9	16

13 Bei Nationalrätinnen, die nicht mehr berufstätig sind, wird der zuletzt ausgeübte Beruf betrachtet.

14 Als BerufspolitikerInnen gelten Nationalräte und Nationalrätinnen, die gleichzeitig ein vollzeitliches Exekutivamt ausüben.

15 Zuletzt ausgeübter Beruf der Nationalrätinnen der ersten vier Legislaturperioden seit Einführung des Frauenstimmrechtes (71-83):

- freie Berufe	14%
- Beschäftigte im öffentlichen Dienst	44%
- Beschäftigte der Privatwirtschaft	25%
- Politische Berufe	17%

16 Es handelt sich dabei um die Zürcher Liste 'Politisch interessierte Frauen' - eine Initiative von Lydia Benz-Burger.

17 1987 gab es in folgenden Kantonen Frauenlisten:

- Zürich: Liste 'Mutter und Kind', mit 9 Kandidatinnen, Unterlistenverbindung mit den Listen der nationalen Rechten
- Bern: Liste 'Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften' mit 27 Kandidatinnen
- Zug: Liste 'Sozialistisch-grüne Alternative' (SGA) mit zwei Kandidatinnen
- Solothurn: Liste 'Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Solothurn und Jungliberale Bewegung-Frauenliste', mit 7 Kandidatinnen
- Basel-Stadt: Liste 'Sozial-liberale Partei europäischer Foederalisten' (SLE), mit zwei Kandidatinnen
- Aargau: Liste 'Frauen für den Aargau', mit 13 Kandidatinnen unterschiedlicher politischer Richtungen

18 Zum Beispiel bei den Wahlen für die Gemeindelegislative der Stadt Zürich (Gemeinderat) 1986

Anhang

Anteil Frauen auf dem ersten und zweiten Ersatzplatz seit 1971, nach politischer Richtung

Pol. Richtung	1971	1975	1979	1983	1987
1. Bürgerliche	13%	12%	18%	8%	17%
2. Konf.	18%	13%	13%	24%	18%
3. Zentrum	25%	8%	40%	0%	44%
4. Trad. Linke	24%	14%	27%	29%	40%
5. Neue Linke	0%	0%	33%	58%	50%
6. Nat. Rechte	14%	0%	0%	0%	0%
Gesamt	18%	11%	20%	19%	28%

1. Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), Liberale Partei(LPS), Schweiz. Volkspartei (SVP)
2. Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)
3. Landesring der Unabhängigen (LdU)
4. Sozialdemokratische Partei (SP), Partei der Arbeit (PdA)
5. Progressive Organisationen der Schweiz (POCH), Umweltparteien (Grüne)
6. Republikaner (Rep), Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA), Vigilants (Vig)

Literatur

Arbeitsgruppe FRAUEN der Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Solothurn (1987)
Frauen in der Politik im Kanton Solothurn. Eine Studie über die Wahlen in die legislativen Behörden 1971-85
Solothurn

Association vaudoise pour les droits de la femme (1986)
La représentation féminine dans les institutions politiques vaudoises
Maracon et Lausanne

Ballmer-Cao Th. Huyen (1988)
Le conservatisme politique féminin: mythe ou réalité?
Genève, Editions Georg

Ballmer-Cao Th. Huyen, Wenger Ruth (1989a)
L'élite politique féminine en Suisse
Zürich, Seismo, Schweiz. Gesellschaft für Soziologie

Ballmer-Cao Th. Huyen (1990)
La représentation féminine dans la politique locale en Suisse
(noch nicht erschienen)

Benz-Burger Lydia (1987)
Die Frauenliste. Rechenschaftsbericht zum Experiment mit Langzeitwirkung
Bonstetten, Interfeminas Verlag

Bundesrat (verschiedene Jahrgänge)
Bericht des Bundesrates an den Nationalrat zu den Nationalratswahlen
Bundeskanzlei, Bern

Burger Ruedi (1979)
"Vom Kandidat zum Einwohnerrat. Untersuchungen zur repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene"
in Jahrbuch Schweizerische Politik, 1979

Cohen Yolande (1985)
"Stratégies féministes. Le pouvoir dérive du contre-pouvoir"
in International Political Science Review, Vol. 6, No. 3

Commission d'étude sur la condition féminine en Valais (1988)
Les femmes et la politique en Valais
Sion

Commission des Communautés Européennes (1975, 1983)
Femmes et hommes d'Europe
Bruxelles

Eidg. Kommission für Frauenfragen (1979-84)
Die Stellung der Frau in der Schweiz
Bericht in mehreren Teilen, Bern

Flammang Janet A. (Ed) (1984)
Political Women. Current Roles in State and Local Government
Beverley Hills, Sage Yearbooks in Women's Policy Studies

Frauenzentrale Basel (1987)
Umfrage und Auswertung zum Thema Frau und Politik
Basel

Fuchs Epstein Cynthia, Coser Laub Rose (Eds) (1981)
Access to Power: Cross-National Studies of Women and Elites
Lonson, George Allen & Unwin

Gafner Christine (1976)
Nationalratswahlen 1975: Wahlanalyse über die als Kandidatinnen beteiligt gewesenen Frauen
Vervielfältigung

Gallagher Michael, Marsh Michael (Eds) (1988)
Candidate Selection in Comparative Perspective, The Secret Garden of Politics
London, Newbury Park, Beverly Hills, New Delhi, Sage

Geser Hans (1987)
Kommunales Regieren und Verwalten, Ein empirisches Handbuch
Grüsch Rüegger Verlag

Hellevik Ottar (1979)
"Do Norvegian Voters discriminate against women candidates for parliament? A rejoinder"
in European Journal of political Research, 7:2

Kanter Rosabeth M. (1977)
"Some effects of proportions on group life: skewed sex ratios and response to token women"
in American Journal of Sociology, March

Kriesi Hanspeter (1986)
"Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen"
in Jahrbuch Schweizerische Politik 1986
Bern, Haupt

Lovenduski Joni (1988)
Obstacles to the feminisation of political elites in Great Britain
Arbeitspapier, vorgelegt am Seminar des Europarates "Frauen, Männer und die politische Macht", Salzburg, 30.6. - 3.7.1988

Means Ingunn Norderial (1972)
"Political Recruitment of Women in Norway"
in Western Political Quarterly, 25

Mossuz-Lavau Janine, Sineau Mariette (1984)
Les femmes dans le personnel politique en Europe
Bericht zuhanden des Europarates, Direktion für Menschenrechte

Mossuz-Lavau Janine (1988)
Femmes d'Europe: 10 ans. Miroir de l'évolution des droits des Européennes (1977-1987)
Brüssel, Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Schweizerischer Städteverband
Statistisches Jahrbuch des Schweizerischen Städteverbandes
Bern

Schweizerisches Jahrbuch des öffentlichen Lebens (versch. Jahrgänge)
Basel, Verlag Schwabe & Co. AG

Sekretariat der Bundesversammlung (Hrsg.)(versch. Jahrgänge)
Angaben und Porträts der Mitglieder des Nationalrates, des Ständerates und des Bundesrates
Bern

Sekretariat der Bundesversammlung (Hrsg.)(versch. Jahrgänge)
Jahrbuch der Bundesbehörden
Bern

Sineau Mariette (1988)
Des femmes en politique
Paris, Economica, Collection La Vie Politique

Tschopp Cosima (1989)
Die Nationalratsberichterstattung in der Deutschschweizer Tagespresse. Eine inhaltsanalytische Betrachtung der Jahre 1979 und 1987 unter besonderer Würdigung der Präsentation von Kandidatinnen
Lizentiatsarbeit am Seminar für Publizistikwissenschaft der Universität Zürich

Wiederkehr Erich (1989)
Der gekaufte Sitz
Lizentiatsarbeit an der Forschungsstelle für politische Wissenschaften der Universität Zürich

Zentralsekretariat der SP Schweiz (1987)
Auf die Dauer hilft nur Frauenpower
Bern, SPS-Dossier. Sektions-Leitfaden zur Quotenregelung

Kapitel 5:

Das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich (1971-1988)

von Claude Longchamp

Einleitung

Unter den Wahlberechtigten sind die Frauen mit 51 Prozent leicht in der Mehrheit; im Nationalrat stellen sie 1988 14,5 Prozent der ParlamentarierInnen. Verschiedene Faktoren führen zu diesem auffallenden Repräsentationsdefizit. Als Hypothesen formulieren wir: Auch 16 Jahre nach der Einführung des Frauenwahl- und -stimmrechts besteht

- ein besonderes Mobilisierungsproblem unter den weiblichen Wahlberechtigten,

- ein spezielles Selektionsproblem für Frauen in den Parteien und

- ein zusätzliches Wahlproblem für die Kandidatinnen.

Der ersten und dritten Vermutung geht der folgende Bericht ausführlich nach; den zweiten vernachlässigt er weitgehend, da dieses Thema im Teil von T.H. Ballmer-Cao und L. Kopp dargestellt wird. Dabei geht es uns um dreierlei:

- Erstens, um eine Zusammenstellung aussagekräftiger Informationen zum Thema "Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich" aufgrund von Repräsentativ-Umfragen, die seit der Einführung des Frauenwahlrechts durchgeführt worden sind;

- zweitens, um eine Beurteilung der Trends seit 1971 und für die Zukunft, soweit dies möglich ist, sowie

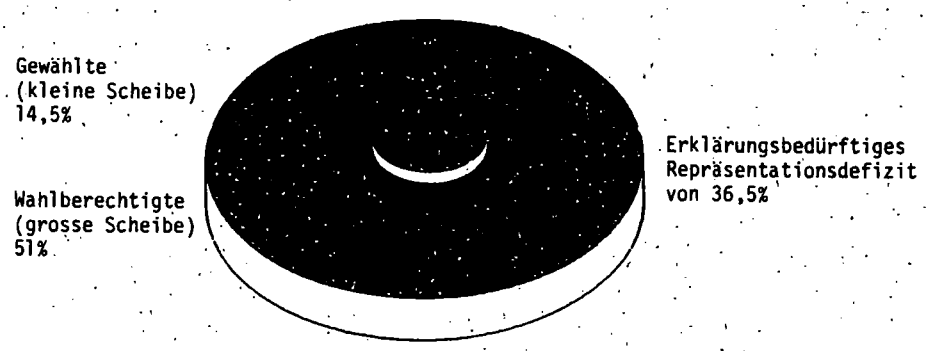
- drittens, um eine Gewichtung der Faktoren zur Erklärung der Kluft zwischen dem Anteil weiblicher Wahlberechtigter und Abgeordneter im Hinblick auf effektive Massnahmen (vgl. Grafik 1).

Insgesamt werden vier Thesen vertreten, die sich auf das Wahlverhalten von Frauen und Männern in der jüngsten Vergangenheit, der Gegenwart und der unmittelbaren Zukunft beziehen:

Gemäss der These der Angleichung waren die in den 70er Jahren teilweise beträchtlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Verhaltens- und Denkweisen vor allem das Ergebnis des im internationalen Vergleich spät eingeführten Frauenwahl- und -stimmrechts. Die dadurch bedingten Besonderheiten bei der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen, beim Verhalten während der Kampagne, bei

der Einordnung ins Links/Rechts-Spektrum und bei der Mobilisierung von Frauen durch die verschiedenen Parteien sind am Ende der 80er Jahre indessen weitgehen verschwunden. Im wesentlichen finden sich heute Verhältnisse, die vom Ausland nur mehr leicht abweichen.

Grafik 1:
Anteil der Frauen in der Gesellschaft und im Nationalrat 1987



Die These der Flexibilisierung betrifft die zukünftige Wahlbeteiligung. Die Ueberlegungen gehen von einer zunehmend punktuelleren politischen Partizipation des Souveräns aus. Ein generalisiertes Interesse oder Pflichtbewusstsein wird abgelöst durch die persönliche Betroffenheit und Interessenlage. Bei Frauen zeigt sich dies namentlich bei Abstimmungen heute schon deutlicher. Wir nehmen an, dass die Unterschiede in der Beteiligung der beiden Geschlechter inskünftig auch bei Wahlen stärker von Fall zu Fall schwanken werden. Ein kontinuierlicher Ausgleich der verbliebenen kleinen Differenz ist daher nicht zwingend. Sie kann bei einem einzelnen Wahlgang gänzlich verschwinden oder aber auch grösser werden als heute.

Auch die These des Geschlechterkonfliktes[1] richtet sich in die Zukunft. Er ist in allen Gesellschaften angelegt; er kommt in der Art und der Stärke politisch jedoch sehr unterschiedlich zum Ausdruck. Wir unterstellen eine Verallgemeinerung der unterschiedlichen Interessenlagen und anderen politischen Gewichtungen von Frauen und Männern, die in Abstimmungen über Sachfragen teilweise heute schon entscheidend sind, und gehen von einer zunehmenden Beeinflussung der Wahlentscheide aus: Setzt sich der gegenwärtige Trend fort, werden Frauen inskünftig verstärkt Parteien unterstützten, welche neue Werte bzw. linke Positionen in der Politik vertreten.

Die These der Legitimation von Wahlen schliesslich setzt beim Wahlsystem an. Die (theoretische) Verdoppelung von Wahlberechtigten, Teilnehmenden und Kandidierenden nach der Einführung des Frauenwahlrechts hat die Konkurrenz um einen Sitz verschärft. Die heute noch gültigen Regeln der Repräsentation sind jedoch weiterhin aus der Zeit vor 1971; sie bewirken eine systembedingte Untervertretung von Frauen im Parlament. Ohne Aenderung des Wahlsystems wird ein Teil der politisch aktiven Frauen die Legitimation von Wahlen und von Beschlüssen der so bestellten Gremien auch in Zukunft in Frage stellen.

Der Bericht gliedert sich in drei Teile:

- Wir beginnen mit einem Kapitel zur politischen Beteiligung und zeigen geschlechtsspezifische Aspekte im Teilnahme- und Kampagnenverhalten bei Wahlen; ferner vergleichen wir das politische Interesse der Geschlechter.

- Das zweite Kapitel behandelt das politische Bewusstsein; es geht vorerst um den Parteientscheid von Frauen und Männern, aber auch um Veränderungen in ausgewählten ideologischen Denkweisen; schliesslich folgt ein Exkurs auf geschlechtsspezifische Unterschiede im Stimmverhalten.

- Das dritte Kapitel setzt sich mit der Bedeutung von Parteiimages für den Listenentscheid und des Geschlechts für den Personenentscheid auseinander und fragt nach den Möglichkeiten, diese beiden Ansatzpunkte der Frauenförderung inskünftig zu verstärken.

Die Ausführungen basieren auf den im Anhang zitierten Unterlagen. Sie schliessen - unter speziellerer Fragestellung - an die Studie "Politik und Staat" an, die 1979 von der Eidg. Kommission für Frauenfragen publiziert worden ist.[2] Sie setzen aber auch die Forschungsberichte fort, die seither für die Schweiz bzw. international vergleichend vorgelegt worden sind.[3] Die Materialsuche wurde Ende 1988 abgeschlossen; das Manuskript wurde im September 1989 beendet.[4]

1. Politische Beteiligung von Frauen und Männern

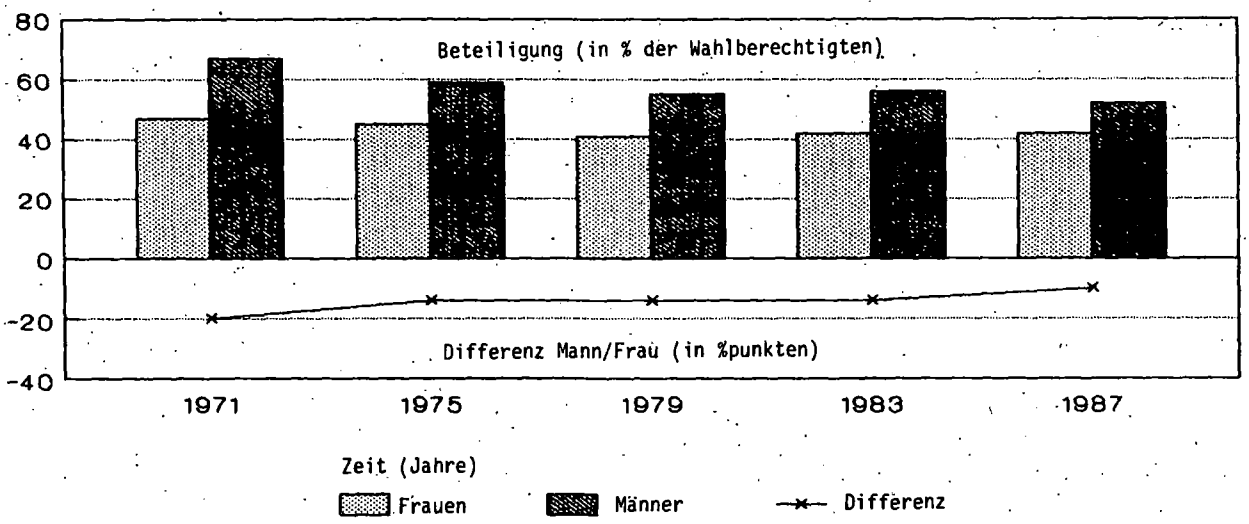
1.1. Angleichungen bei der Wahlbeteiligung und dem Kampagnenverhalten

Bei den letzten Nationalratswahlen beteiligten sich die Frauen zu rund 41 Prozent, die Männer zu ungefähr 52 Prozent; damit betrug der Unterschied zwischen den Geschlechtern 11 Prozentpunkte. Gehen wir von den Mobilisierten aus, setzten sich 1987 100 Wählende aus 55 Männern und 45 Frauen zusammen.

Für die Interpretation dieser Verhältnisse eignet sich die Angleichungsthese. 16 Jahre nach der Einführung des Frauenwahl- und -stimmrechts haben die Unterschiede in der Beteiligung abgenommen, und sind sie vergleichsweise nur noch gering. Letzteres belegt ein Vergleich mit anderen Gesellschaftsgruppen: Bei den letzten Nationalratswahlen nahmen Landwirte um 30 Prozentpunkte mehr teil als FacharbeiterInnen; zwischen AbsolventInnen einer Universität und der obligatorischen Schulen ergab sich eine Differenz von immerhin 17 Prozentpunkten; in Schaffhausen äusserten im Jahre 1987 69,6 Prozent ihre Meinung an der Wahlurne, in Appenzell-Innerrhoden waren es 22,6 Prozent der Wahlberechtigten.[5]

Im zeitlichen Vergleich wurde die geschlechtsspezifische Differenz der Teilnahme an Nationalratswahlen kleiner (vgl. Grafik 2 und Tabelle 1 im Anhang).

Grafik 2:
Wahlbeteiligung nach Geschlecht 1971-1987



Quelle: VOX-Analysen eidg. Urnengänge

1971 ergab eine Nachbefragung einen zwanzigprozentigen Unterschied. 67 von 100 Männern und 47 von 100 Frauen nutzten damals ihre politischen Rechte. In den folgenden Wahlgängen glich sich die Beteiligung zusehends an. 1975 bis 1983 betrug die Differenz jeweils 14 Prozentpunkte.[6] Dabei blieb die weibliche Beteiligung über die Zeit hinweg praktisch konstant, während die männliche Teilnahme an Wahlen rückläufig ist.

Wir erklären diese Entwicklung wie folgt: 1971 war ein besonderer Urnengang. Vor allem gingen die Männer leicht geschlossener an die Urne als 1967; damals waren sie zum letzten Mal unter sich gewesen. Dies verursachte in erster Linie den grossen Unterschied; er verschwand in diesem Ausmass jedoch rasch. Seit 1975 nimmt die Differenz nur noch langsam ab. Eine altersmässige Aufgliederung zeigt den Grund: In der Altersgruppe der Pensionierten bleibt der Unterschied zwischen den Geschlechtern weit über dem Durchschnitt; bei den jüngeren Wahlberechtigten hingegen besteht er praktisch nicht mehr.

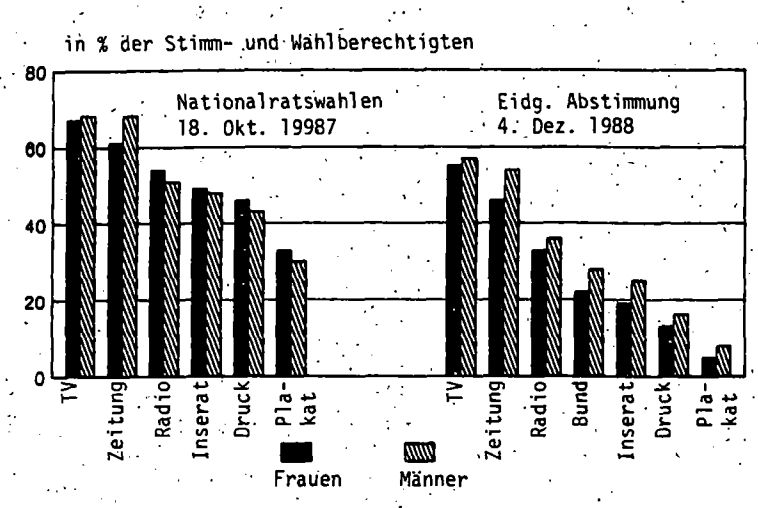
Es gibt sogar Hinweise für eine gegenwärtig leichte Uebervertretung der Frauen unter den ErstwählerInnen.

Eine erste Ansicht über die kommenden Entwicklungen bei der Wahlbeteiligung könnte lauten: Wenn die heute junge Frauengeneration einmal die Mehrheit der weiblichen Wahlberechtigten ausmachen wird, wird der grössere Teil der noch verbliebenen Differenz bei der Beteiligung verschwunden sein. Dies ist jedoch ein Prozess über mehrere Wahlgänge.

Bleiben werden hingegen die strukturellen Bestimmungsgründe der politischen Partizipation. Der Einfluss von Bildung, Beruf und der damit verbundenen sozialen Stellung ist gut bekannt: Je höher die Positionen sind, desto aktiver sind die BürgerInnen.[7] Solange der Zugang zu wirtschaftlich und gesellschaftlich bevorzugten Stellungen geschlechtsspezifisch ist, wird der dadurch bedingte Teil der Unterschiede in der Beteiligung von Männern und Frauen bleiben.

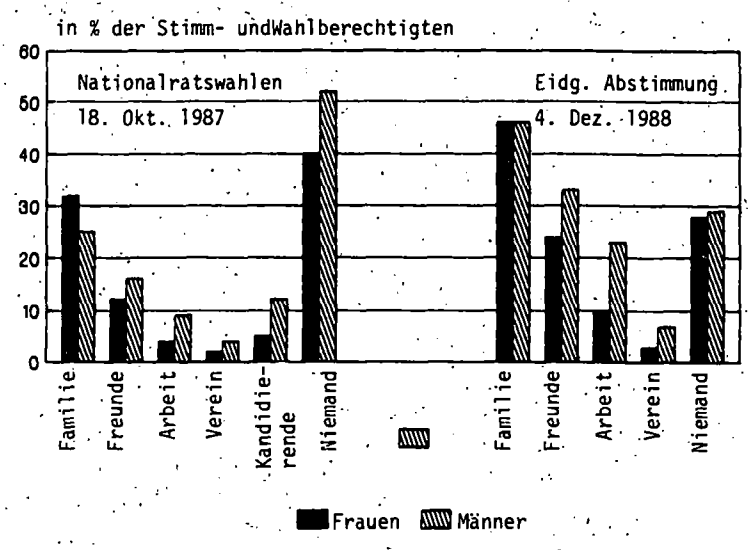
Die Angleichungsthese lässt sich insgesamt auch auf das Verhalten während der Kampagne anwenden. Wichtige Elemente der Meinungsbildung verweisen auf eine Annäherung der Verhaltensweisen. Berichteten frühere Untersuchungen regelmässig von einer geschlechtsspezifischen Mediennutzung,[8] fällt heute das Gemeinsame auf (vgl. Grafik 3a bzw. Tabelle 2 im Anhang): Kampagnenunabhängige Informationsträger wie Fernsehen, Zeitungen und Radio erreichen bei beiden Geschlechtern vergleichbar grosse Reichweiten. Bei Wahlen achten Männer und Frauen ferner auf Inserate, Drucksachen und Plakate. Insgesamt waren 1987 nicht nur die Reihenfolge, sondern auch die Häufigkeit bei Frauen weitgehend identisch. Einzig bei den Printmedien ergab sich eine statistisch noch knapp bedeutsame Differenz. Wie auch ausserhalb des politischen Teils, nutzten die Männer diese Möglichkeit der Information etwas mehr.

Grafik 3a:
Mediennutzung nach Geschlecht und Medium



Quelle: VOX-Analysen eidg. Urnengänge (1987/88)

Grafik 3b:
Politische Diskussion nach Geschlecht und PartnerIn



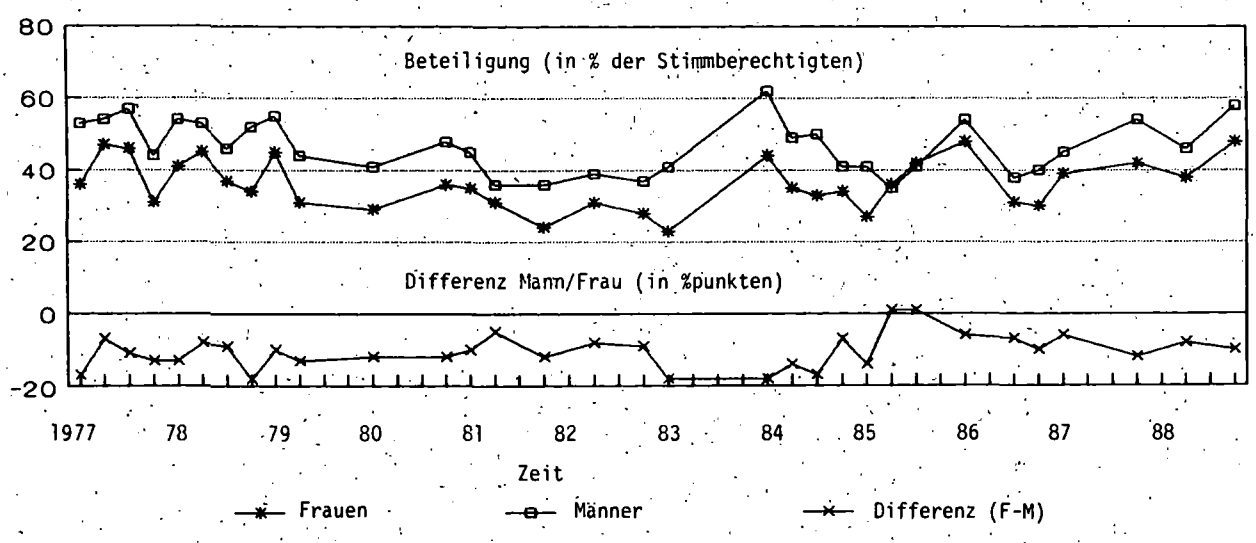
Leicht akzentuierter sind die Unterschiede bei Diskussionen vor dem Urnengang geblieben (vgl. Grafik 3b bzw. Tabelle 2 im Anhang). Gespräche in der Familie, aber auch mit Freunden und Bekannten waren bei Frauen und Männern am häufigsten. Die klassischen Orte der politischen Oeffentlichkeit - der Arbeitsplatz, die Vereine oder das unmittelbare Gespräch mit Kandidierenden bzw. ParlamentarierInnen - haben dagegen an bewusster Bedeutung verloren. Vor der 87er Wahl diskutierten Frauen in der Familie mehr als Männer; diese unterhielten sich hingegen im ausserhäuslichen Bereich häufiger. Darin zeigt sich nicht zwingend eine Fixierung von Frauen auf die Familie. Verglichen mit früher nimmt die Diskussionshäufigkeit - vorerst auf diesen Bereich konzentriert - zu.[9]

1.2. Flexible Teilnahme von Frauen und Männern bei künftigen Wahlen?

Die Angleichungsthese orientiert sich primär an den ausländischen Entwicklungen.[10] Berechtigterweise lässt sich gegen sie einwenden, sie trage vor allem den Effekten der verspäteten Einführung des Frauenwahlrechts Rechnung. Hingegen übersehe sie die wichtigen Einflüsse der direkten Demokratie auf die politische Partizipation von Mann und Frau.

Die Stimmbeteiligung bei Männern und Frauen ist in der Schweiz einmalig tief.[11] Von je 10 Berechtigten gehen gegenwärtig gut 4 Frauen und wenig mehr als 5 Männer wählen. In allen anderen westlichen Demokratien finden sich höhere Beteiligungswerte. Abstimmungen beteiligen sich durchschnittlich noch weniger BürgerInnen (vgl. auch Grafik 4 bzw. Tabelle 3 im Anhang). Bezogen auf den Einzelfall besagen hier Mittelwerte allerdings nicht viel.

Grafik 4:
Stimmbeteiligung nach Geschlecht 1977-1988



Quelle: VOX-Analysen eidg. Urnengänge

Zwar nehmen durchschnittlich 45 Prozent der Männer und 35 Prozent der Frauen an Abstimmungen teil, und die geschlechtsspezifische Differenz ist für die Zeit von 1977 bis 1988 mit 10 Prozentpunkten annäherend gleich wie bei Wahlen. Prognostisch lassen sich diese Ergebnisse jedoch nicht verwenden. Die totale Beteiligung schwankt stark in Abhängigkeit von der/den Vorlage(n) bzw. der Politisierung, und die geschlechtsspezifische Differenz variiert von Mal zu Mal beträchtlich.

Unabhängig vom allgemeinen Niveau ergeben sich Differenzen in der Beteiligung der Frauen und Männer von minus 18 bis plus 1 Prozentpunkt. Der Ausgleich trat im Juni 1985 (vor allem wegen der Initiative 'Recht auf Leben') und im September 1985 (vor allem wegen dem neuen Eherecht) ein. Am grössten war die Differenz im Dezember 1978 (Milchwirtschaft, Tierschutz, Berufsbildung und Busipo), im Februar 1983 (Treibstoffzölle, Energieartikel) und im Februar 1984 (Verkehrsvorlagen, Zivildienst). Ein eindeutiger Trend zur Verkleinerung dieses Unterschiedes findet sich im Gegensatz zu Wahlen nicht.

Folgerungen aufgrund der beiden 85er Abstimmungen, wonach eine neue Aera in der Stimmbeteiligung von Mann und Frau begonnen habe, erwiesen sich als voreilig.

Wir vermuten heute schon bei Abstimmungen eine stärkere Abhängigkeit der Zahl und der Zusammensetzung der Stimmenden von der Betroffenheit. Allgemeine Schlüsse können jedoch erst gezogen werden, wenn spezielle Untersuchungsanlagen die Effekte von 'Abstimmungspaketen' und kantonalen Urnengängen kontrollieren. Immerhin scheinen Vorlagen zu Gleichstellungsthemen wie die Gleichen Rechte, das Neue Ehe- und Erbrecht momentan die stärkste zusätzliche Mobilisierung weiblicher Wahlberechtigter auszuüben.

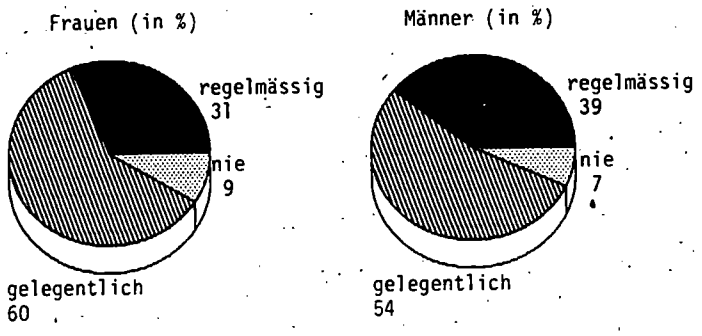
Die These der Flexibilisierung politischen Verhaltens geht nicht von einer linearen Abnahme der Differenz bei der Wahlbeteiligung von Frauen und Männern aus. Sie unterstellt für die Zukunft auch bei Wahlen variable Teilnahmewerte. Wenn hier einmal der Tiefststand der Beteiligung (namentlich bei Männern) erreicht sein wird, kann die Mobilisierung von Fall zu Fall die Bedeutung der strukturell bestimmten Unterschiede in der Beteiligung überlagern. Wenn Frauen stärker als Männer die Bedeutung von Wahlen erkennen, durch die Themenwahl, die politischen Stile oder durch die Leitfiguren vermehrt angesprochen werden, ist auch eine höhere Beteiligung der Frauen nicht auszuschliessen.[12]

Der hier formulierte Gedankengang lässt sich durch einen Rückgriff auf allgemeine Erkenntnisse aus der Forschung zur Stimm- und Wahlabstinenz erläutern: Einmal kennen wir einen Sockel von rund 30 Prozent Stimmberechtigten, die regelmässig an die Urne gehen. Sodann existiert aber auch eine grosse Gruppe UrnengängerInnen, die sich von Fall zu Fall beteiligen. Bei Frauen ist diese Gruppe grösser, die aus Betroffenheit aktiv wird und für uns den kommenden Bür-

gerInnen-Typ widerspiegelt; bei Männern ist dagegen der regelmässige Urnengang noch stärker verankert (vgl. auch Grafik 5a bzw. Tabelle 4 im Anhang).[13]

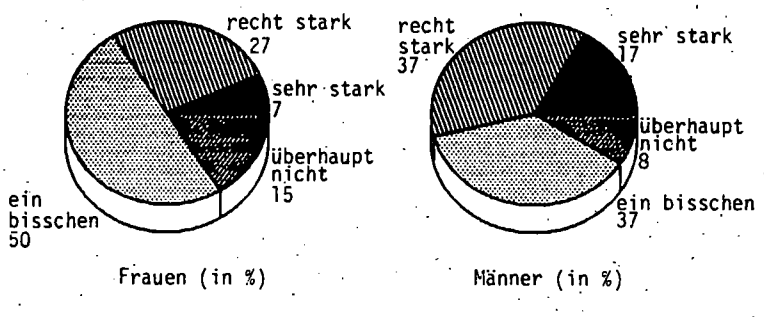
Der geschlechtsspezifische Einbezug in die Politik zeigt sich auch beim politischen Interesse. Männer sehen sich insgesamt interessierter; sie geben häufiger an, sich generell mit politischen Dingen zu beschäftigen. Frauen dagegen neigen zu einem punktuellen Interesse an der Politik (vgl. auch Grafik 5b bzw. Tabelle 5 im Anhang).[14]

Grafik 5a:
Teilnahmebereitschaft Urnengang nach Geschlecht



Quelle: VOX-Analysen eidg. Urnengänge (1987/88)

Grafik 5b:
Politisches Interesse nach Geschlecht

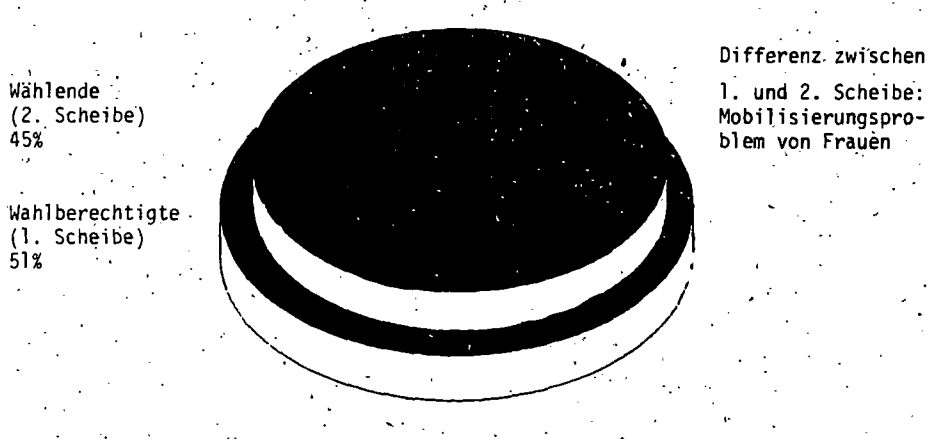


Quelle: VOX-Analysen eidg. Urnengänge (1987/88)

1.3. Fazit zum abnehmenden Mobilisierungsproblems

Wahlen haben den Zweck, repräsentative Vertretungen in staatlichen Organen zu schaffen. Dieser Mechanismus spielt bei verschiedenen Gesellschaftsgruppen nicht, versagt jedoch bei der anteilsmässigen Vertretung von Frauen sehr deutlich. So machen sie 51 Prozent der Wahlberechtigten aus; unter den Wählenden stellen sie gegenwärtig 45 Prozent. Die Differenz zu 14,5 Prozent weiblichen Abgeordneten wird durch das weibliche Mobilisierungsproblem alleine nicht erklärt. Maximal ein Sechstel des Repräsentationsdefizites kann auf diesen Faktor zurückgeführt werden (vgl. Grafik 6). Andere Mechanismen, die in der Folge besprochen werden, müssen Aufschluss geben über die verbleibende Differenz.

Grafik 6:
Anteil der Frauen in der Gesellschaft und unter den Wählenden 1987



Durch das Mobilisierungsproblem erklärte Differenz: 6% von 36,5%
(36,5% = Repräsentationsdefizit, s. Grafik 1)

Selbstverständlich sind alle Anstrengungen im Hinblick auf eine höhere Beteiligung von Frauen an Wahlen und Abstimmungen sinnvoll. Längerfristig wird es darum gehen, das politische Interesse, die Involvierung in die Politik und die politische Kompetenz zu verstärken. Kurzfristig versprechen wir uns indessen von der gezielten Mobilisierung gelegentlicher Urnengängerinnen den grössten Effekt, die noch kleinen Unterschiede in der Beteiligung an Wahlen auszugleichen.

Unseres Erachtens wäre es falsch, von einer stärkeren Beteiligung automatisch eine Lösung des Repräsentationsdefizites zu erwarten. Die anfänglichen Besonderheiten der weiblichen Beteiligung sind weitgehend verschwunden; eine analoge Entwicklung ist bei der Frauenvertretung in Parlamenten nicht eingetreten. Förderungsmassnahmen müssen sich deshalb auf Faktoren konzentrieren, die in der Folge vorgestellt werden. Es erscheint uns nicht (mehr) angebracht, die Untervertretung von Frauen in politischen Aemtern vorwiegend auf die politische Partizipation zu reduzieren.

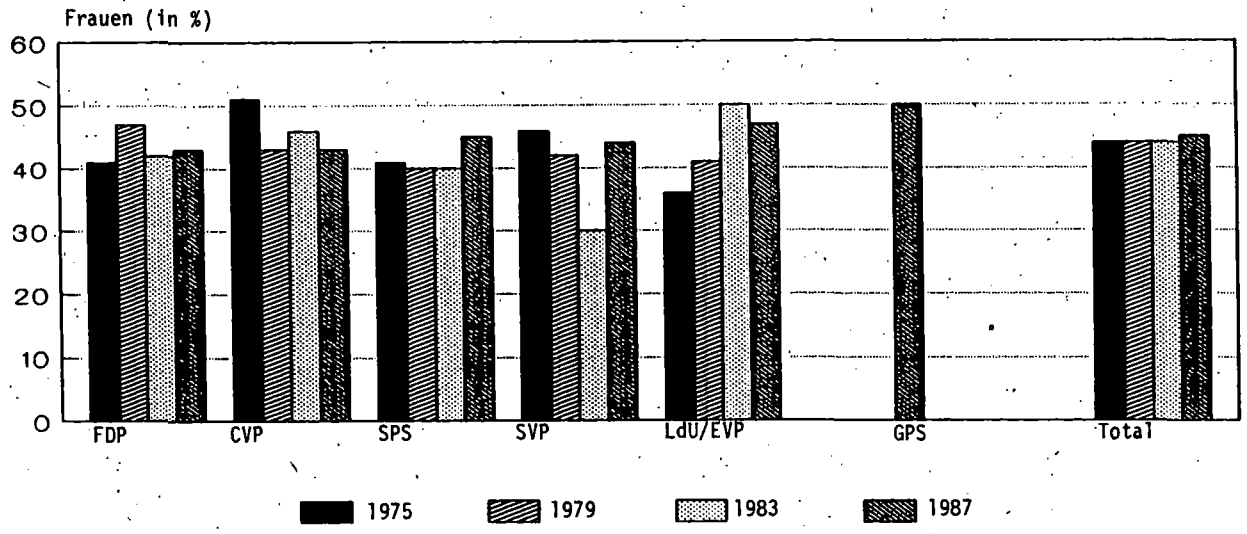
2. Politische Orientierungen von Frauen und Männern

2.1. Angleichungen beim Parteientscheid

An den letzten Nationalratswahlen mobilisierten die meisten Parteien durchschnittlich gleich viele Frauen und Männer wie bei früheren Wahlen. Geschlechterverhältnisse von rund 55 zu 45 (zugunsten der Männer) sind die Regel geworden. Ein eindeutiger Ueberhang des einen oder anderen Geschlechts ist heute nicht nur unter den Teilnehmenden, sondern auch unter den Wählenden der verschiedenen Parteien die Ausnahme. Aehnlich schnell wie die Wahlbeteiligung hat sich der Parteientscheid angeglichen (vgl. Grafik 7 und Tabelle 6 im Anhang).[15]

Die Pfade zu diesem Hauptweg waren allerdings unterschiedlich: Anfänglich konnte die CVP von einer Frauenübervertretung ausgehen. 1975 waren 51 Prozent ihrer Wählenden weiblich. Die Verankerung der Partei im katholischen Milieu, der Volkspartei-Charakter und die Bedeutung der Familie für die CVP mögen zur relativ starken Unterstützung durch Frauen geführt haben. Dieser Effekt hielt jedoch nicht dauerhaft an: Bereits 1979 sank der Frauenanteil; seither pendelt dieser auch bei der CVP in kleinen Ausschlägen um den Durchschnitt.

Grafik 7:
Frauenanteil unter den Parteiwählerschaften 1975-1987



Quellen: VOX-Analysen 1979-1987
Kerr (1987)

Tendenziell umgekehrt verlief die Entwicklung bei der SPS. Bis zur 87er Wahl musste sie von einer Frauenvertretung in ihrer Wählerschaft ausgehen, die unter dem Durchschnitt lag. Bei den letzten Nationalratswahlen vergrösserte sich der Frauenanteil erstmals deutlich. Als Ursache sehen wir die schwindende Verankerung der SPS in der traditionell-gewerkschaftlichen männlichen Arbeiterschaft; gerade in den 80er Jahren hat ihr Gewicht unter den Wählenden merklich nachgelassen. In den neu erschlossenen Mittelschichten ist die geschlechtsspezifische Zusammensetzung geringer. Frauen wie Männer stossen hier gleichmässig zur Sozialdemokratie.

Die rasche und weitgehende Angleichung zeigte sich bei der FDP am deutlichsten. Bei kaum einer Wahl finden sich bedeutende Ungleichgewichte. Die anfänglich grössten Schwierigkeiten, Frauen dauerhaft einzubinden, hatte die SVP. Namentlich 1983 dominierten die Männer eindeutig. Neue oder junge Kleinparteien dagegen sprechen Frauen entweder besonders stark an, oder sie werden von ihnen weitgehend abgelehnt. Jenes gilt für die Grünen. Sie können gegenwärtig als einzige Partei sicher davon ausgehen, gleich viele Frauen wie Männer unter ihren Wählenden zu haben. Aehnliches dürfte noch für die POCH gelten. Umgekehrt gibt es Hinweise für eine Uebervertretung von Männern unter den Autopartei- bzw. unter den NA-Wählern.

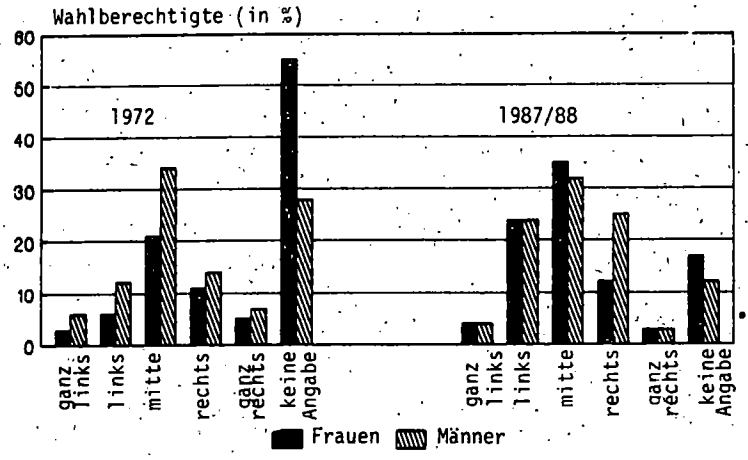
Gerade der Frauenüberhang bei der CVP wurde in den 70er Jahren mehrfach zum Anlass genommen, Frauen konservativere Haltungen zuzuschreiben. Auch die stärkere Verwerfung der Initiative für eine Fristenlösung und der Reichtumssteuer-Initiative (1977) förderte ähnliche Einschätzungen.[16] Am Ende der 80er Jahre halten wir die Konservatismus-These für kaum mehr zutreffend. Einmal sind konformistische Haltungen nicht mehr geschlechtsspezifisch. In einigen Grundhaltungen und Sachfragen verläuft die Entwicklung gar umgekehrt. Frauen haben begonnen, ihre diskriminierte Stellung in der Gesellschaft, in der Politik und in der Wirtschaft wahrzunehmen und ihre Rechte zu verlangen. Sodann haben Frauen auch angefangen, in der Politik eigene Schwerpunkte zu setzen und in Sachfragen von Männern abweichende Entscheide zu fällen. Ueber die Richtung und das Ausmass geben die folgenden Ausführungen Auskunft.

2.2. Punktuelle Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Zukunft?

Die Links/Rechts- bzw. die Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierungen sind geeignet, grundlegende Dimensionen des politischen Bewusstseins zu bestimmen. Im ersten Gegensatzpaar spiegelt sich die Frage nach der gerechten Verteilung materieller Güter.[17] Mit der Nachmaterialismus-Orientierung wird der Wertwandel überprüft. Dabei geht es um die Ablösung von Sicherheitsbedürfnissen physiologischer oder materieller Art durch nicht-materielle Prioritäten wie der Schutz der natürlichen Umwelt oder die individuelle Selbstentfaltung.[18]

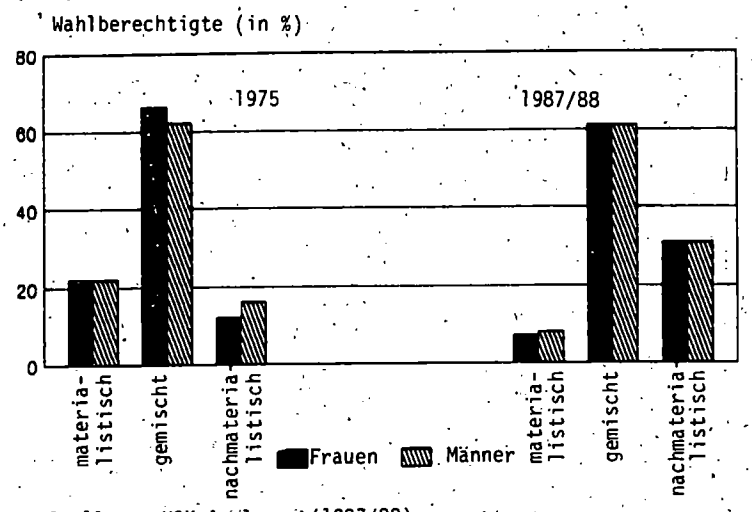
1971 konnten oder wollten sich mehr als die Hälfte der Frauen nicht auf der Links/Rechts-Skala einstufen (vgl. Grafik 8a bzw. Tabelle 7 im Anhang).[19] In den 80er Jahren ist diese Besonderheit weitgehend verschwunden. 1987/88 gaben vier von fünf Frauen auf diese Frage eine Antwort. Extreme Positionen im Links/Rechts-Spektrum waren damals wie heute selten. Zugenommen hat vor allem die Einordnung der Frauen in der Mitte oder links davon. Dagegen ist der Anteil Frauen, der sich selber rechts sieht, praktisch konstant geblieben. 1971 ergab sich bei ihnen eine leichte Rechtsorientierung. 1987/88 hat sie sich in eine leichte Linksorientierung verwandelt.[20] Dies wird auch im Vergleich mit den Männern deutlich: In beiden Untersuchungen resultiert eine fast ideale Normalverteilung. 1971 wie 1987/88 stuften sich die Männer insgesamt zu jeweils gleichen Teilen links oder rechts der Mitte ein. Ein zeitlicher Trend wie bei Frauen lässt sich bei den männlichen Stimm- und Wahlberechtigten nicht nachweisen.

Grafik 8a:
Links/Rechts-Orientierung nach Geschlecht (1972 und 1987/88)



Quellen: VOX-Analysen (1987/88)
Sidjanski (1974)

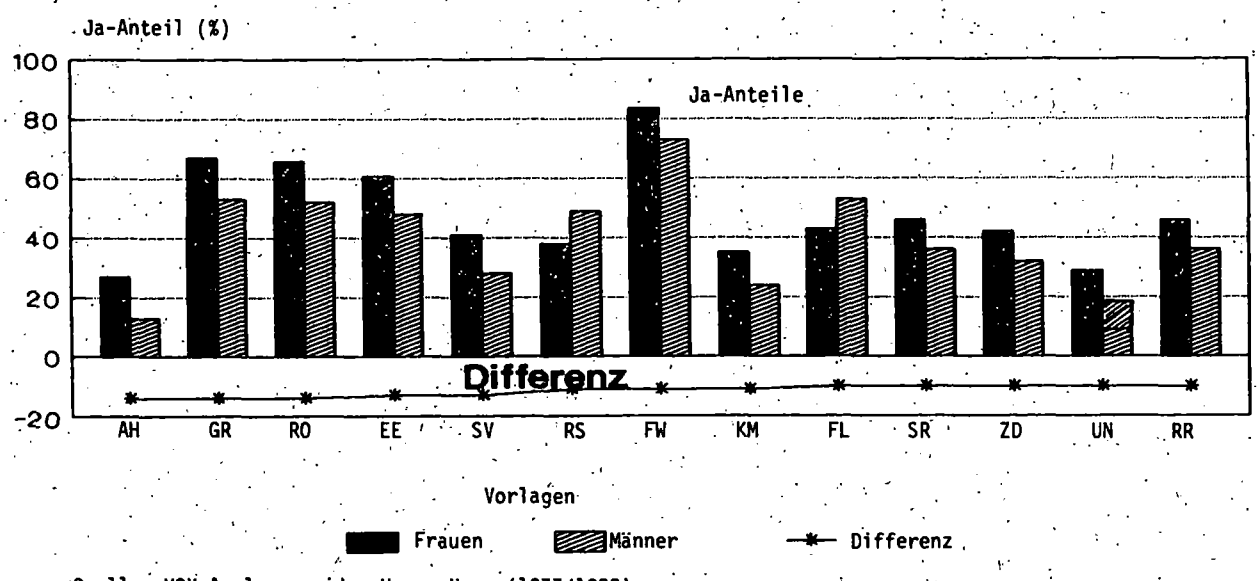
Grafik 8b:
Nachmaterialismus nach Geschlecht (1975 und 1987/88)



Quellen: VOX-Analysen (1987/88)
Ballmer-Cao (1988)

Auch der Wertwandel beinhaltet einen geschlechtsspezifischen Aspekt (vgl. Grafik 8b und Tabelle 8 im Anhang).[21] Nachmaterialistische Vorlieben haben von 1975 bis 1987/88 bei den Frauen um 19 Prozentpunkte zugenommen; bei den Männern beträgt der vergleichbare Anteil 14 Prozentpunkte. Insgesamt führte dies zum vollständigen Ausgleich von Werthaltungen bei beiden Geschlechtern. Heute ist 1 von 10 Personen rein materialistisch orientiert, 3 von 10 sind rein nachmaterialistisch ausgerichtet, und 6 von 10 zeigen gemischte Vorlieben. International gesehen weist dies auf einen beträchtlichen Wandlungsschub hin; in keinem anderen westlichen Land sind nachmaterialistische Werte so stark ausgebildet.[22] Setzt sich der deutlichere Bewusstseinswandel bei den Frauen fort, könnte der geschlechtsspezifische Aspekt in den 90er Jahren gerade bei Sachfragen auf der Nachmaterialismus-Linie zunehmen.

Grafik 9:
Geschlechtsspezifische Unterschiede im Stimmverhalten



Quelle: VOX-Analysen eidg. Urnengänge (1977/1988)

AH Herabsetzung AHV-Alter
GR Gleiche Rechte für Mann und Frau
RO Rothenturm-Initiative
EE Neues Ehe- und Erbrecht
SV Schwerverkehrsabgabe
RS Reichtumssteuer-Initiative
FW Fuss- und Wanderwege
KM Kranken- und Mutterschaftsversicherung
FL Fristenlösungs-Initiative
SR Gegen Suchtmittelreklame
ZD Zivildienst-Initiative II
UN UNO-Beitritt
RR Rüstungsreferendum-Initiative

Teilweise kommt dies bereits heute im Stimmverhalten von Männern und Frauen zum Ausdruck. Die Ja-Anteile bei Volksbefragungen sind weitgehend identisch. Die 90 Abstimmungen in der Zeit zwischen 1977 und 1988 ergeben im Mittel eine geschlechtsspezifische Differenz von zwei Prozentpunkten (vgl. Grafik 9 und Tabelle 9 im Anhang). Auch sind unterschiedliche Ja/Nein-Mehrheiten wie beim neuen Ehe- und Erbrecht weiterhin eine Seltenheit. Bis heute ist das Ueberwiegen des Frauenentscheides einmalig geblieben. Allerdings kristallisieren sich zusehends Themengruppen heraus, bei denen regelmässig geschlechtsspezifische Unterschiede sichtbar werden.[23]

Erstens: Wenig erstaunlich ist das besondere Stimmverhalten der Frauen bei Vorlagen, welche die geschlechtsspezifischen Rechte umverteilen. Andere Betroffenheiten, unterschiedliche Gewinn- und Verlustperspektiven sind hier die Ursache. Von diesem Effekt beeinflusst waren die Abstimmungen über die gleichen Rechte von Mann und Frau (GR), das Ehe- und Erbrecht (EE) und das AHV-Alter 60 (AH). Bei der Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung (MV) wurde er überlagert durch altersmässig unterschiedliche Interessenlagen. Bei der Abstimmung über die Mutterschaftsinitiative (1984) verschwand er fast vollständig.

Zweitens: Bei Militärvorlagen resultiert in der Regel eine Differenz im Stimmverhalten von Männern und Frauen. Diese stimmten bei der Rothenturm-Initiative (RO), dem Rüstungsreferendum (RR) und der Zivildienst-Initiative II (ZD) militärkritischer. Andere Betroffenheiten, abweichende Einbindungen in die männliche Institution Armee und andere Einstellungen zu Krieg und Frieden können als Ursachen angesehen werden.

Drittens: Das Thema Schutz des Lebens scheint geschlechtsspezifisch zu wirken und hat das Stimmverhalten bei der Rothenturm-Abstimmung mitbestimmt. In der Ausrichtung sind diese Themen allerdings sehr heterogen. Als letztes Beispiel einer konservativeren Haltung haben wir die Initiative für eine Fristenlösung erwähnt; bei den folgenden vergleichbaren Abstimmungen war der Unterschied jeweils kleiner. Grüner votierten die Frauen bei der Initiative zugunsten der Fuss- und Wanderwege sowie bei der VCS-Schwerverkehrsabgabe. Die Beispiele mit signifikanten Unterschieden sind hier noch nicht sehr zahlreich; allerdings finden sich gerade im Energie- und Verkehrsbereich eine ganze Reihe weiterer Abstimmungen, wo die Frauen wenigstens bedingt progressiver oder umweltbewusster votierten.

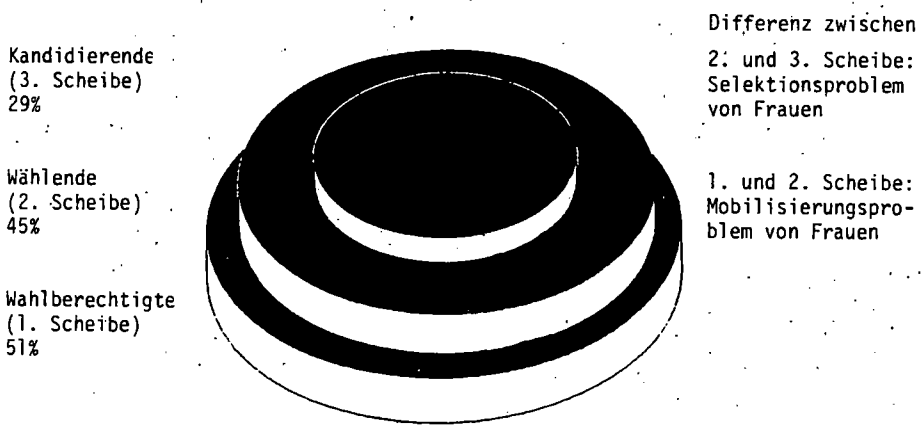
Möglicherweise wird auch das Verhältnis der Schweiz zum Ausland von den Frauen anders gesehen als von den Männern. So liess sich bei Abstimmungen, welche das Ausland oder AusländerInnen betreffen, ein unterschiedliches Stimmverhalten nachweisen. So haben Frauen den UNO-Beitritt weniger stark verworfen. Aber auch bei den Asylabstimmungen und einigen AusländerInnen-Fragen resultierten wenigstens tendenzielle Unterschiede.

Dies liesse sich auch so interpretieren: Seit Mitte der 80er Jahren häufen sich geschlechtsspezifische Unterschiede im Stimmverhalten. Darin zeigt sich entweder nur ein Zeiteffekt, weil Vorlagen zur Diskriminierung von Frauen gehäuft auftreten. Oder es ist ein Hinweis auf eine Verstärkung des Geschlechterkonfliktes an sich. Davon könnten inskünftig auch andere als frauenspezifischen Themen betroffen sein.

2.3. Fazit zum wachsenden Selektionsproblem

Eindeutig geschlechtsspezifische Einbindungen in ein(ig)e Partei(en) sind bis heute ausgeblieben. Im gegenwärtigen Parteiensystem spiegeln sich weiterhin die klassischen historischen Auseinandersetzungen wie die ökonomischen Gegensätze zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden bzw. zwischen Stadt und Land. Aber auch kulturelle Konfliktlinien wie der Antagonismus zwischen Konfessions- und Sprachgruppen sind im schweizerischen Parteiensystem eingefroren.[24]

Grafik 10:
Anteil der Frauen in der Gesellschaft, unter den Wählenden und den Kandidierenden 1987



Durch das Mobilisierungsproblem erklärte Differenz: 6% von 36,5%
Durch das Selektionsproblem erklärte Differenz: 16% von 36,5%

(36,5% = Repräsentationsdefizit, s. Grafik 1)

Der Geschlechterkonflikt ist ein Problem, das in modernen Gesellschaften jedoch an Bedeutung gewinnt. Wenn die Repräsentation in gesellschaftlichen und politischen Gremien weiterhin einseitig männlich dominiert bleibt, wächst der Druck i diesen Organisationen. Ein Aspekt hiervon ist das (in diesem Teil weitgehend ausgeklammerte) Selektionsproblem. Wir halten es momentan für die höchste Hürde auf dem Weg zu einer stärkeren Frauenvertretung im Parlament: Unter den Wählenden sind die Frauen noch zu 45 Prozent vertreten; ihr Anteil beträgt unter den KandidatInnen jedoch nur noch 29 Prozent (vgl. Grafik 10). 16 Prozentpunkte Differenz sind fast die Hälfte des Repräsentationsdefizites von Frauen unter der Wahlberechtigten und unter den Abgeordneten. Förderungsmassnahmen, die hier ansetzen, halten wir deshalb für die gegenwärtig geeignetsten.

3. Zur Differenz zwischen gesellschaftlichem Bewusstseins und individuellem Verhaltens: Zwei wahlrelevante Beispiele eines Paradoxons

Nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung sind einer stärkeren Vertretung der Frauen gegenüber aufgeschlossen. Die Untervertretung ist bekannt; mehr Frauen in den Behörden werden gewünscht. Gezielte Massnahmen stossen - je nach Ausmass - auf unterschiedliche Unterstützung. Dies sind kurz zusammengefasst die Hauptergebnisse der Studie von R. Stämpfli über die Einstellungen zu Frauenförderungsmassnahmen bei Wahlen.[25]

Paradox ist diese Situation, weil sich das gesellschaftliche Bewusstsein noch wenig auf das individuelle Verhalten ausgewirkt hat. Zwischen dem Denken und dem Handeln bestehen erhebliche Brüche: Frauen könnten durch gezieltes Panaschieren und Kumulieren von Frauen selber einen entscheidenden Beitrag zur besseren Vertretung ihres Geschlechts in der Politik leisten. Aber auch die Unterstützung frauenfreundlicherer Parteien wäre ein Ansatzpunkt, die Verhältnisse zu ändern. Wir möchten anhand von zwei Beispielen erläutern, warum dies gegenwärtig so ist.

3.1 Unterschiedliches Parteiimage und -engagement in Frauenfragen und Bedeutungslosigkeit für den Wahlentscheid

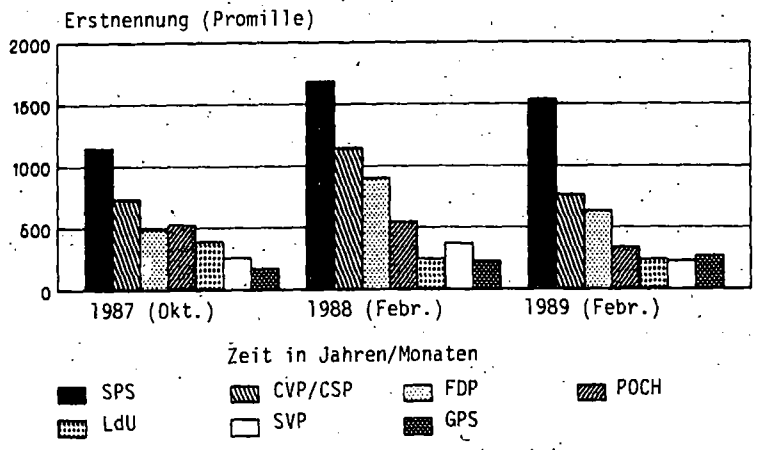
Die Parteien behandeln die Frauenfrage unterschiedlich. Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien und Engagement in der Umsetzung variieren offensichtlich. Aehnliches gilt für den Anteil der KandidatInnen und das Stimmverhalten der ParlamentarierInnen.[26] Eine Studie zur Legislaturperiode 1983-1987 bestätigt dies: Wenn es um die Chancengleichheit der Frauen an sich geht, besteht weitgehende Einigkeit im Parlament. Hingegen ist die Umsetzung in eine alltägliche Praxis konfliktreich. Es entstehen (im Nationalrat) in der Regel Fronten zwischen der bürgerlichen Ratsmehrheit und dem roten und grünen Lager. Abweichungen hiervon finden sich bei der CVP und EVP, wenn es um familien- oder sozialpolitische Belange geht. Eigentliche Frauenallianzen sind selten. Bei klar ersichtlichem Willen in den Fraktionen überwiegt die Parteiloyalität gegenüber der Frauensolidarität.

Wie wird dieses Bild aufgenommen? Erkennen die Wahlberechtigten die Sachverhalte richtig? Oder sind solche Erscheinungen für den Wahlentscheid bedeutungslos?

Die Antwort ist eindeutig: Das Image der Parteien in Frauenfragen generell unterscheidet sich augenfällig (vgl. Grafik 11a und Tabelle 10 im Anhang). Wir überprüften die Vorstellungen, die sich die Wahlberechtigten über die Kompetenz und das Engagement der Parteien machen. Bei der Frauenfrage steht die SPS an der Spitze; im Schnitt der Untersuchungen aus den Jahren 1987 bis 1989 wird sie von 15 Prozent zuerst genannt. Die bürgerlichen Parteien folgen schon mit deutlichem

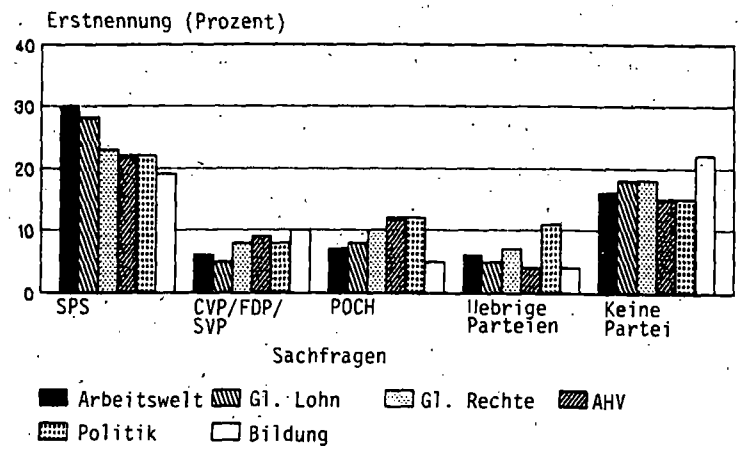
Abstand; dies gilt am wenigsten für die CVP, am meisten für die SVP. Vor ihr rangieren die POCH und der Landesring.

Grafik 11a:
Kompetenz-Image in Frauenfragen generell 1987-89



Quelle: UNIVOX-Analysen 'Direkte Demokratie'

Grafik 11b:
Kompetenz-Image bei Frauenförderung nach Sachfragen



Quelle: Einstellungen zu Frauen in der Politik (1988)

Bei der Frauenförderung, die wir speziell abgeklärt haben, wiederholt sich mit verschobenen Akzenten das bekannte Bild (vgl. Grafik 11b und Tabelle 11 im Anhang); insgesamt steigt die Nennhäufigkeit: Wiederum haben die SozialdemokratInnen das beste Erscheinungsbild. Die POCH steht hier schon an zweiter Stelle; häufiger als alle bürgerlichen Parteien zusammen wurde sie in Fragen der Frauenförderung als engagiert angesehen. Diese Einschätzungen gelten unabhängig davon, ob es sich um Fragen der gleichen Rechte für Mann und Frau, der Chancengleichheit am Arbeitsplatz, des gleichen Lohnes, der Gleichstellung bei der AHV oder im Bildungswesen handelt. Dabei bewerten Frauen und Männer die Parteien auffallend ähnlich. Zahlreich sind Wahlberechtigte, die sich zu diesem Thema noch keine Meinung gebildet haben.

Die Wahlergebnisse zeigen indessen kaum Auswirkungen des mehr oder weniger frauenfreundlichen Erscheinungsbildes der Parteien auf den Listenentscheid von Frauen. Wahlentscheide werden von beiden Geschlechtern in erster Linie durch die generellen Bindungen an eine Partei getroffen. Die Identifikation entsteht entweder über gesellschaftliche Bezüge, über ideologische Grundhaltungen oder herausragende Personen. Sach- oder Stilfragen, die sich in der Frauenthematik am ehesten ausdrücken, sind nur zwei von wenigstens fünf denkbaren Ansatzpunkten. Immerhin richtet sich der nicht unbedeutende Teil der parteipolitisch Ungebundenen stärker danach. Dafür hatte - wiederum in den Augen der Wählenden - die Frauenfrage in der Vergangenheit jedoch eine zu geringe Priorität. 1987 wurde sie nicht unter die zehn wichtigsten Probleme der Schweiz eingeordnet. Umweltschutz, Wirtschaftsfragen und die soziale Sicherheit rangierten zuoberst. Hier sind die Parteiimages viel konturenreicher als in der Frauenfrage; parteipolitisch gesehen ist diese weitgehend noch 'Niemandsland'.[27]

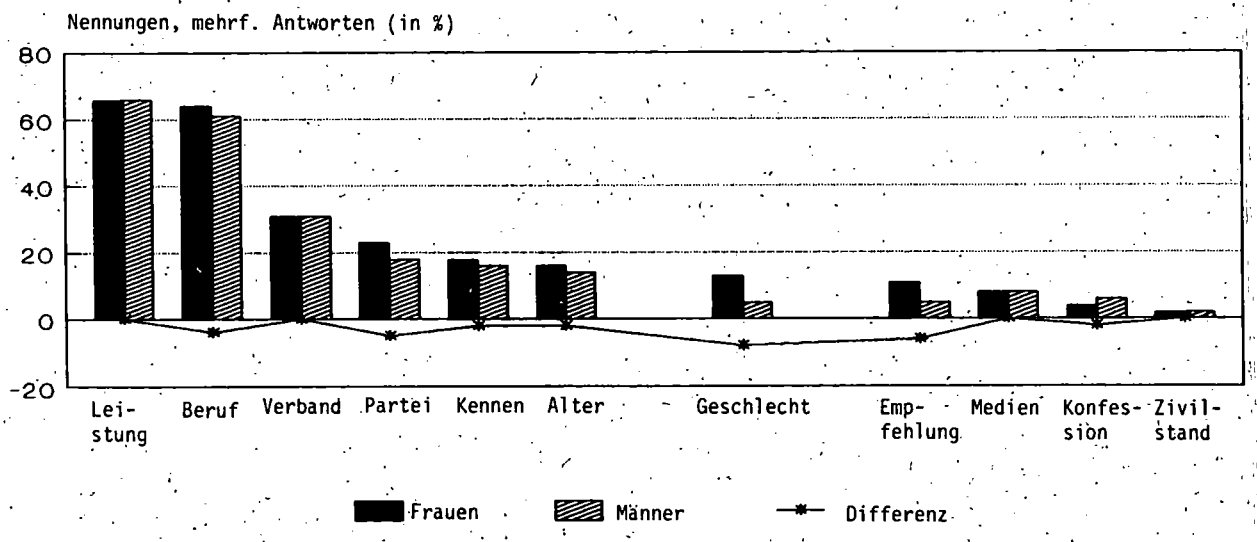
3.2. Weitgehende Bedeutungslosigkeit des Geschlechts beim Personenentscheid

Die Frauen hätten es in der Hand, durch ihre eigene Stimmkraft die Frauenvertretung im Nationalrat zu stärken. Das Wahlrecht lässt mit dem Streichen, Kumulieren und Panaschieren entsprechende Möglichkeiten offen. Jedoch nur eine Minderheit von 10 Prozent derjenigen, welche Listen selber abändern, achtet beim Personenentscheid primär auf das Geschlecht (vgl. Grafik 12 und Tabelle 12 im Anhang). Unter den Wählenden 1987 betrug der Anteil 8 Prozent. 1983 waren es genau gleich viele. Gemäss der jüngsten Umfrage, die ausserhalb von Wahlen durchgeführt worden ist, wollen 9 Prozent besonders darauf zu achten, ob die bevorzugten Personen Frauen (oder Männer) sind.

Falsch ist die Vorstellung, Frauen würden diesbezüglich ganz anders handeln. Eine Mehrheit von 87 Prozent (95 % der Männer) berücksichtigt in erster Linie auf die (generellen) Leistungen der KandidatInnen, auf die berufliche Situation und auf die Mitgliedschaft in Intressenorganisationen; erst weiter hinten folgen

Personenmerkmale wie Geschlecht und Alter. Am ehesten wird die hier überprüfte Einstellung durch die (partei)politischen Orientierungen bestimmt: Die Unterstützung ist bei den Parteianhängerschaften, welche den Diskurs schon länger führen, stärker; 40 Prozent der POCH-WählerInnen, aber auch 24 Prozent der SPS- und 11 Prozent der grünen WählerInnen achten auf das Geschlecht. VorreiterInnen sind ferner alleinerziehende Mütter, Erwachsene ohne Kinder und Teilzeitarbeitende, die in Großstädten leben.

Grafik 12:
Personenauswahlkriterien bei Nationalratswahlen

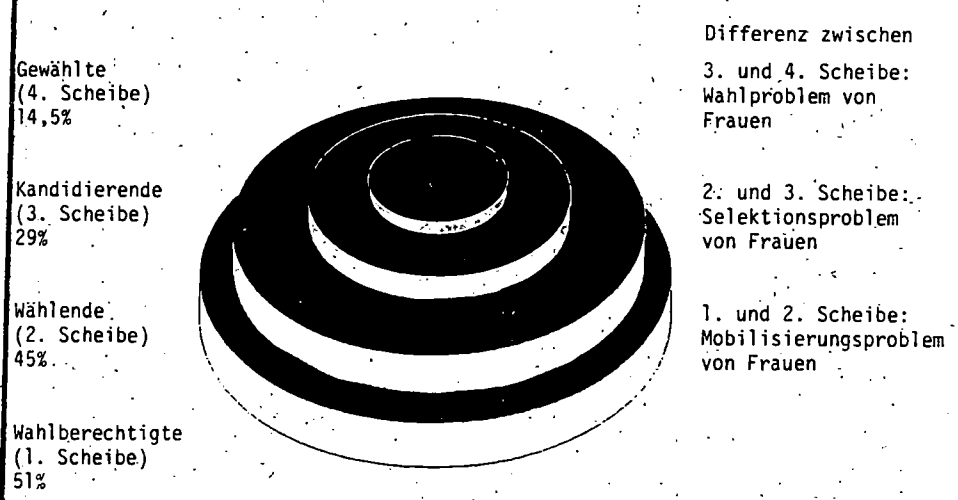


Quelle: Einstellungen zu Frauen in der Politik (1988)

3.3. Fazit zum besonderen Wahlproblem der Frauen

Die schlechtere Vertretung von Frauen ist nicht eine Folge der geringeren Partizipation der Frauen. Massgeblich sind ihre selektive Ausgliederung im Zuge von Listengestaltung in den Parteien und der KandidatInnenwahl durch die Teilnehmenden. Unter den KandidatInnen betrug ihr Anteil 1987 noch 29 Prozent. Unter den Gewählten sind es nurmehr 14,5 Prozent (vgl. Grafik 13). Die Differenz ist vergleichsweise bedeutsam. Wir betrachten deshalb das besondere Wahlproblem von Frauen als gewichtigen Faktor im Hinblick auf eine stärkere Vertretung im Parlament.

Grafik 13:
Anteil der Frauen in der Gesellschaft, unter den Wählenden, den Kandidierenden und im Nationalrat 1987



Durch das Mobilisierungsproblem erklärte Differenz: 6% von 36,5%
Durch das Selektionsproblem erklärte Differenz: 16% von 36,5%
Durch das Wahlproblem erklärte Differenz: 14,5% von 36,5%

(36,5% = Repräsentationsdefizit, s. Grafik 1)

Die Parteien reagieren unterschiedlich auf diese Situation. Einige gehen deutlicher voran; sie propagieren nicht nur eine günstigere Plazierung von Frauen, sondern auch eine Quotierung als Kompensation für die Nachteile, die Kandidatinnen parteiintern und -extern erleben.[28] Die WählerInnen haben diesen Schritt noch weniger nachvollzogen; handlungsrelevante Einstellungen zur Frauenförderung finden sich weiterhin nur bei Minderheiten. Wenn wir für das passive Wahlrecht eine weitgehende Angleichung konstatieren konnten, gilt dies für das aktive Wahlrecht nicht.

Wir halten deshalb jene Massnahmen für besonders wichtig, die vom speziellen Wahlproblem von Frauen ausgehen. Die Auflösung des beschriebenen Paradoxons könnte heissen, das Geschlecht als Entscheidkriterium im Bewusstsein der Wählenden zu verstärken bzw. die vorhandenen Parteiimages in Frauenfragen gegenüber WählerInnen zu valorisieren. Der erste Ansatzpunkt zielt darauf ab, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Partei Frauen im Parlament zu stärken; der zweite versteht die Unterstützung frauenfreundlicher Parteien als Strategie, um primär die Vertretung bestimmter Frauen(anliegen) zu verbessern.

Zuerst gilt es auf jeden Fall darauf hinzuwirken, dass die faktische Benachteiligung von Frauen den Wählenden bewusster wird. Die geltende Reihenfolge bei den Entscheidkriterien wie bisherige politische Leistungen, der Beruf und Mitgliedschaften in Verbänden bevorteilen Männer. Das Streichen vorgeschlagener Frauen bleibt die am häufigsten verwendete Möglichkeit, die Wahlchancen von KandidatInnen zu beeinflussen.

Wie effektvoll Informations- oder Propagandamassnahmen bezüglich des Geschlecht für den Personenentscheid bzw. der frauenspezifischen Images für den Parteientscheid sind, ist ohne kontinuierliche Begleitforschung schwer vorauszusehen. So ist die Relevanz von Sachfragen bei schweizerischen Wahlen nicht besonders hoch Entsprechende Vorlieben werden direkter über Abstimmungen ausgedrückt; thematische Aufladungen einer Wahl sind bis jetzt - gemessen an einem kurzfristig veränderten Ausgang - eher gering geblieben.

Anmerkungen

1 Vgl. Frauenlexikon (1988) sowie Nohlen (1984).
2 Vgl. Eidg. Kommission für Frauenfragen (1979).
3 Für die Schweiz siehe Ballmer-Cao (1988) und Longchamp (1986); für den internationalen Ueberblick verweisen wir in erster Linie auf Lovenduski (1986), Randall (1987), Frauenlexikon (1988) und Norris (1988). Für die hier verfolgte Fragestellung erwies sich auch Lipset/Wattemberg (1982) als nützlich.
4 Ich danke allen Personen, die mich bei der Ausarbeitung dieses Berichtes in einer besonderen Form unterstützt haben; speziell erwähnt seien Wolf Linder, Angela Grosso-Ciponte, Regula Stämpfli und Monika Spinatsch.
5 Alle hier und in der Folge gemachten Angaben zur 87er Nationalratswahl stammen aus Longchamp (1988).
6 Alle hier und in der Folge gemachten Angaben zu den Nationalratswahlen 1971 bis 1983 stammen aus Sidjanksi et al. (1974), Sidjanski et al. (1975), Hertig (1980), Longchamp (1984) und Kerr (1987); vgl. auch die *Grafik 15*.
7 Stellvertretend für die umfangreiche internationale Partizipationsliteratur seien erwähnt Nie/Verba (1975) und Asher (1984).
8 Vgl. Eidg. Kommission für Frauenfragen (1979) oder Schmidtchen (1984).
9 Vgl. Eidg. Kommission für Frauenfragen (1979).
10 Nebst der bereits erwähnten, international vergleichenden Literatur (Anm. 2), siehe für unsere Nachbarstaaten: BRD: Ritter/Niehuss (1987), Hofmann-Göttig (1986 a und b); Oesterreich: Plasser (1987); Frankreich: Mossuz-Lavau (1985) und Italien: Beckwith (1981).
11 Die Partizipationsforschung in der Schweiz hat sich lange Zeit vorrangig mit diesem Phänomen beschäftigt; grundlegend bleibt der Bericht des EJPD, der politisches Desinteresse, sachliche Ueberforderung und politische Resignation als die drei hauptsächlichen Gründe für den Nicht-Urnengang diagnostiziert (vgl. Neidhart/Hoby (1977)). Seither sind verschiedene neue Thesen vertreten worden; in Kurzform zusammengefasst lauten sie: Erstens: Im Vergleich zum Ausland ist die direkte Demokratie in der Schweiz stark ausgebaut und im Verlaufe der Zeit noch intensiviert worden. Die Stimm- und Wahlabstinenz ist eine direkte Folge der Ueberbeanspruchung der Bürgerschaft durch Volksabstimmungen (vgl. Riklin/Kley (1981)). Zweitens: Insgesamt findet nicht eine Depolitisierung der Bevölkerung, sondern eine zyklische Verlagerung von der institutionellen Politik zur ausserinstitutionellen Partizipation statt; unkonventionelle Aktionen, Inhalte und politische Stile sprechen gegenwärtig diverse Protestpotentiale in den neuen Mittelschichten, in den jüngeren Generationen und in Städten mehr an als Abstimmungen und Wahlen (vgl. Kriesi et al. (1981)). Drittens: Die sinkende Wahl- und Stimmbeteiligung ist eine direkte Folge des tiefen Konfliktgrades bei Abstimmungen; geht es um grundsätzliche Fragen oder ist die Auseinandersetzung während dem Abstimmungs- oder Wahlkampf stark, steigt die Beteiligung durch die Mobilisierung gelegentlich Teilnehmender kurzfristig an (vgl. Gruner/Hertig (1983)).
12 Diesen Aspekt berührt ein weiterführendes Forschungsprojekt, das W.Linder, C. Longchamp und R. Stämpfli im Rahmen des NFP 21 unter dem Titel 'Politische Kultur im Wandel' durchführen. Die Ergebnisse werden 1991 veröffentlicht.
13 Unsere Ergebnisse sind nicht direkt vergleichbar mit jenen, welche die Eidg. Kommission für Frauenfragen (1979) publiziert hat; weil die Interview-Vorgabe abweicht, machen wir hier keine Zeitvergleiche.
14 Vgl. hierzu grundsätzlich Inglehart (1981).
15 Der geschlechtsspezifische Parteientscheid ist für die Schweiz bis jetzt nirgends systematisch dargestellt worden; wir geben hier einen ersten Ueberblick aus den Fallstudien zu den Nationalratswahlen (vgl. Grafik 15).
16 Vgl. für die Schweiz Eidg. Kommission für Frauenfragen (1979), Ballmer-Cao (1988); für einen internationalen Ueberblick siehe Randall (1987).
17 Vgl. hierzu grundsätzlich Sidjanski (1975).
18 Vgl. hierzu grundsätzlich Inglehart (1977).
19 Für die empirischen Ergebnisse aus den 70er Jahren siehe Sidjanski (1974).
20 International vergleichende empirische Untersuchungen belegen nur für Australien ähnliche Verhältnisse; in neun überprüften europäischen Staaten und in den USA ordnen sich die Frauen gleich wie die Männer oder stärker rechts von ihnen ein. Insgesamt befindet sich die Schweiz etwa in der Mitte, wenn es um die Einschätzung der Gesamtbevölkerung auf der Links/Rechts-Skala geht (vgl. Vaus/McAllister (1989)).
21 Für die empirischen Ergebnisse aus den 70er Jahren siehe Ballmer-Cao (1988).

22 Einen aktuellen Ueberblick über eine Mehrzahl westlicher Industriestaaten geben Inglehart (1985) und Plasser (1987).

23 Aufgrund der erweiterten Datenbasis weichen sowohl die Durchschnittswerte wie die Verallgemeinerungen vo früheren Publikationen ab (vgl. Longchamp (1986) bzw. Ballmer-Cao (1988)).

24 Vgl. Kerr (1987).

25 Vgl. Stämpfli (1990) in diesem Band.

26 Vgl. für die Kandidatinnen und Parlamentarierinnen Ballmer-Cao/Kopp, Kapitel 2 und 3. Ueber die Legislaturperiode 1983-1987 gibt Holenstein (1988) eine vollständige Zusammenstellung frauenpolitischer Stellungnahmen.

27 Für die neuesten entsprechenden Ergebnisse vgl. Linder/Longchamp (1989).

28 Für den Stand und über Massnahmen in anderen europäischen Ländern siehe Mossuz-Lavau (1984); für die spezielle Situation in den nordischen Ländern siehe Skard (1983). Für die Schweiz siehe Ballmer-Cao/Wenger (1989). Die Erklärungsansätze hierzu hat Hoecker (1986) systematisiert.

Anhang

A1. Methodischer Steckbrief der Untersuchung

Die hier vorgestellten empirischen Ergebnisse beruhen auf den uns zugänglichen Repräsentativ-Befragungen, die zwischen 1971 und 1988 durchgeführt worden sind und die angesprochene Thematik in irgend einer Form berührt haben. Die theoretischen Ueberlegungen berücksichtigen ferner die im Literaturverzeichnis erwähnte Literatur (s. S. 169 ff.).

A1.1. Repräsentativ-Befragungen

An Befragungen haben wir die drei Wahluntersuchungen berücksichtigt, die im Rahmen der VOX-Analysen zu den Nationalratswahlen durchgeführt worden sind. Ferner sind die beiden Untersuchungen verarbeitet worden, welche die Universität Genf 1971 und 1975 nach den eidg. Wahlen durchgeführt hat. Für das Abstimmungsverhalten haben wir auf sämtliche VOX-Analysen eidg. Abstimmungen zurückgegriffen. Die Angaben zu den Partei-Images stammen aus den UniVox-Analysen zum Stichwort "Direkte Demokratie". Speziell erwähnt sei auch die von der Eidg. Kommission für Frauenfragen in Auftrag gegebene neue Untersuchung "Einstellungen zu Frauenförderungsmassnahmen bei Nationalratswahlen", die im folgenden Kapitel 6 vorgestellt wird.

Alle für uns interessanten Umfragen wurden im Forschungszentrum für schweizerische Politik auf eine Datenbank aufgenommen. Die zentralen methodischen Kennzeichen finden sich in der Grafik 15. An Verarbeitungsgraden wählten wir:

- Primäranalyse: Frauenstudie 1988 (s. Grafik 15);

- Sekundäranalysen: Nationalratswahlen 1987, VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 4. Dezember 1988; UniVox-Analysen "Direkte Demokratie" 1988 und 1989;

- Literaturanalysen: Alle übrigen in der Grafik 15 zitierten Befragungen.

Wo hier für uns interessante Ergebnisse fehlten, verzichteten wir auf spezielle Recherchen; dies gilt besonders für die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Parteiwählerschaften 1971.

Grafik 15:
Materialbasis des Berichtes "Das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich, 1971-1988"

Befragung	Stichprobenart	Grundgesamtheit	Stichproben-grösse	Zeitpunkt	Durchführende Institute	Primärver-öffentlichung
NRW71	Random	ganze Schweiz Wahlberechtigte	1911	Frühling 1972	Konso AG (BS) DSP (Univ. GE)	Sidjanski et al. (1974) (1975)
NRW75	Random	ganze Schweiz Wahlberechtigte	1500	Winter 1975	Isopublic (ZH) DSP (Univ. GE)	Kerr (1988)
NRW79	Random/Quota	dt./fr. Schweiz Wahlberechtigte	1100	Okt./Nov. 1983	GfS (ZH) FSP (Univ. BE)	Hertig (1980)
NRW83	Random/Quota	dt./fr. Schweiz Wahlberechtigte	1003	Okt./Nov. 1983	GfS (ZH) FSP (Univ. BE)	Longchamp (1984)
NRW87	Random/Quota	ganze Schweiz Wahlberechtigte	1001	Okt./Nov. 1987	GfS (ZH) FSP (Univ. BE)	Longchamp (1988)
VOX-Analysen 1977-85	Random/Quota	dt./fr. Schweiz Stimmberechtigte	700 im Schnitt	jeweils erste 20 Tage nach Urnengang	GfS (ZH) FSP (Univ. BE)	VOX (1977 ff.)
1986-89	Random/Quota	ganze Schweiz Stimmberechtigte	1000 im Schnitt		GfS (ZH) Univ. BE, ZH, GE	
UniVox IIb 1986-89	Random/Quota	dt./fr. Schweiz BürgerInnen	700 im Schnitt	jeweils Februar Monatswelle	GfS (ZH) FSP (Univ. BE)	Linder/Longchamp (1989)
Frauenstudie	Random/Quota	ganze Schweiz Wahlberechtigte	1066	Juni 1988	GfS (ZH) FSP (Univ. BE)	Stämpfli (1990)

Quellen:
Nachanalysen eidg. Wahlen 1971-1983. Handbuch zur Datenbank mit Fragebögen, Zeigematerial und Codepläne, FSP, Bern 1987
Nachanalyse der Nationalratswahlen 1987. Handbuch zur Datenbank mit Konzept, Fragebogen und Auswertungsunterlagen, FSP, Bern 1987
C. Longchamp: "Die VOX-Analysen als Beispiel politischer Sozialforschung", in: Marktforschung Schweiz, Handbuch 1988/89, hgg. VSMF, Einsiedeln 1987

Abkürzungen:
NRW = Nationalratswahlen; GfS = Schweiz. Gesellschaft für praktische Sozialforschung; FSP = Forschungszentrum für schweizerische Politik, Univ. Bern;

A1.2 Statistische Verfahren

Geschlechtsspezifische Unterschiede haben wir mit Kreuztabellen überprüft. Zur Bestimmung der Aussagekraft haben wir die folgenden statistischen Verfahren eingesetzt:

- Chi-Quadrat-Test: Dieser Test beantwortet die Frage, mit welcher Sicherheit ein in einer Stichprobe (z.B. Befragung) ermittelter Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit (z.B. Stimm- und Wahlberechtigte) gilt. Als minimales Signifikanzniveau wählen wir eine 95prozentige Sicherheit (oder eine maximale Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent bzw. 0.05). In solchen Fällen sind Verallgemeinerungen statistisch zulässig. In anderen Fällen erübrigen sich weitere Abklärungen.

- Gamma-Korrelationskoeffizient: Dies ist ein Mass für den Zusammenhang zwischen einer unabhängigen Variable (z.B. Geschlecht) und einer abhängigen Variable (z.B. Teilnahmeverhalten). Der Koeffizient kann eingesetzt werden, wenn wenigstens ein ordinales Messniveau vorliegt. Er erreicht Werte zwischen +/- 1. Je näher der Wert bei 0 ist, desto schwächer ist der Zusammenhang. Es gelten die folgenden Sprachregeln: 'kein Zusammenhang' bei (positivem oder negativem Gamma) zwischen 0 und 0.19, schwacher Zusammenhang' zwischen 0.2 und 0.29; 'mittlerer Zusammenhang' zwischen 0.3 und 0.39 sowie starker Zusammenhang bei Gamma über 0.4.

Beim Stimmverhalten nach Geschlecht liess sich der Gamma-Korrelationskoeffizient nachträglich nicht errechnen; in den früheren VOX-Analysen wurde nur auf den Chi-Test abgestellt. Um die Stärke des geschlechtsspezifischen Stimmverhaltens einheitlich bestimmen zu können, betrachten wir Ja-Differenzen von 10 Prozentpunkten als Minimum.

Um die Zahl der Befragten und damit die Aussagekraft in Untergruppen zu erhöhen, haben wir die vergleichbaren Untersuchungen aus den Jahren 1987 und 1988 soweit möglich kumuliert. Merkmalsgruppen mit weniger als 25 Nennungen wurden grundsätzlich nicht weiter in die Betrachtungen miteinbezogen. Dies betrifft namentlich die Anhängerschaften kleiner Parteien unter den Wählenden (bzw. Stimmenden). Bewegte sich die Fallzahl gerade im Grenzbereich, stehen die Prozentwerte in runden Klammern; sie verstehen sich als Trends und sollten nicht als Prozentwerte weiter verbreitet werden.

Alle statistischen Auswertungen wurden am Forschungszentrum für schweizerische Politik auf einer Victoria AT mit dem Programmpaket SPSS/PC+ realisiert.

A2. Tabellenteil

Tabelle 1: Beteiligung der Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht be den Nationalratswahlen 1971-1987

Tabelle 2: Mediennutzung und Diskussionsverhalten bei Wahlen und Ab stimmungen der Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Tabelle 3: Beteiligung der Stimmberechtigten Total und nach Geschlech bei den eidg. Abstimmungen 1977-1988

Tabelle 4: Teilnahmebereitschaft an Abstimmungen und Wahlen de Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Tabelle 5: Politisches Interesse der Stimm- und Wahlberechtigten Tota und nach Geschlecht

Tabelle 6: Listenentscheide bei Nationalratswahlen der Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht 1975-1987

Tabelle 7: Links/Rechts-Orientierung der Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Tabelle 8: Nachmaterialismus-Orientierung der Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Tabelle 9: Sachentscheide bei eidg. Abstimmungen der Stimmberechtigten Total und nach Geschlecht 1977-1988

Tabelle 10: Zugeschriebene Kompetenz der Parteien in Frauenfragen generell 1987-1989

Tabelle 11: Zugeschriebene Kompetenz der Parteien bei der Frauenförderung nach Streitfragen 1988

Tabelle 12: Selbstbekundete Personenauswahlkriterien bei Nationalratswahlen

Tabelle 1:
Beteiligung der Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht bei den Nationalratswahlen 1971-1987

Urnengang	Wahlbeteiligung Total	Frauen	Männer	Differenz	Vertretung unter den Wählenden Frauen	Männer
	%	%	%	%pkte.	%	%
1971 Nationalratswahlen	56,9	47	67	-20	41	59
1975 Nationalratswahlen	52,0	45	59	-14	44	56
1979 Nationalratswahlen	48,0	41	55	-14	44	56
1983 Nationalratswahlen	48,9	42	56	-14	44	56
1987 Nationalratswahlen	46,7	41	52	-11	45	55
Durchschnitt 1971-87:	50,5	43,2	57,8	-14,6	43,6	56,4

Tabelle 2:
Mediennutzung und Diskussionverhalten bei Wahlen und Abstimmungen der Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Mediennutzung	Nationalratswahlen 18.10.1987				Eidg. Abstimmung 4.12-1988			
	Total	Frauen	Männer	Chi^2/Gamma	Total	Frauen	Männer	Chi^2/Gamma
	%	%	%		%	%	%	
Mediennutzung:								
Fernsehen	68	67	68	0.11/(0.05)	56	55	57	0.45/(0.05)
Zeitungen	65	61	68	0.05/ 0.14	49	46	54	0.00/ 0.17
Radio	53	54	51	0.05/ 0.03	35	33	36	0.34/(0.06)
Bundesbüechli	--	--	--	---- / ----	25	22	28	0.06/(0.13)
Inserate	49	49	48	0.23/(0.00)	22	19	25	0.02/ 0.18
Drucksachen	45	46	43	0.39/(0.06)	15	13	16	0.19/(0.12)
Plakate	32	33	30	0.18/(0.02)	6	5	8	0.05/ 0.27
Kleinwerbemittel	3	2	4	0.02/ 0.19	--	--	--	---- / ----
Diskussionsverhalten:								
Familie	29	32	25	0.05/ 0.13	46	46	46	0.00/ 0.01
Freunden	14	12	16	0.00/ 0.05	28	24	33	0.00/ 0.22
ArbeitskollegInnen	6	4	9	0.00/ 0.06	17	10	23	0.00/ 0.46
Vereinen	3	2	4	0.00/ 0.10	5	3	7	0.00/ 0.48
KandidatInnen	9	5	12	0.00/ 0.31	--	--	--	---- / ----
Niemandem	46	40	52	0.00/ 0.19	28	28	29	0.55/(0.04)
n =	*1001*	*498*	*503*		*1020*	*511*	*509*	

Tabelle 3:
Beteiligung der Stimmberechtigten Total und nach Geschlecht bei den eidg. Abstimmungen 1977-1988

Urnengang	Stimmbeteiligung- Total	Frauen	Männer	Differenz	Vertretung unter den Stimmenden Frauen	Männer
	%	%	%	%pkte.	%	%
13.3.1977	45	36	53	- 17	42	58
12.6.1977	50	47	54	- 7	47	53
25.9.1977	52	46	57	- 11	45	55
4.12.1977	38	31	44	- 13	44	56
26.2.1978	48	41	54	- 13	44	56
28.5.1978	49	45	53	- 8	47	53
24.8.1978	42	37	46	- 9	46	54
3.12.1978	43	34	52	- 18	42	58
18.2.1979	50	45	55	- 10	46	54
20.5.1979	38	31	44	- 13	44	56
2.3.1980	35	29	41	- 12	45	55
30.11.1980	42	36	48	- 12	45	55
5.4.1981	40	35	45	- 10	46	54
14.6.1981	34	31	36	- 5	48	52
29.11.1981	30	24	36	- 12	45	55
6.6.1982	35	31	39	- 8	47	53
28.11.1982	33	28	37	- 9	46	54
27.2.1983	32	23	41	- 18	42	58
26.2.1984	53	44	62	- 18	42	58
20.5.1984	42	35	49	- 14	44	56
23.9.1984	42	33	50	- 17	42	58
2.12.1984	38	34	41	- 7	47	53
10.3.1985	34	27	41	- 14	44	56
9.6.1985	35	36	35	+ 1	51	49
22.9.1985	42	43	42	+ 1	51	49
16.3.1986	51	48	54	- 6	48	52
28.9.1986	35	31	38	- 7	47	53
7.12.1986	35	30	40	- 10	46	54
5.4.1987	42	39	45	- 6	48	52
6.12.1987	48	42	54	- 12	45	55
6.6.1988	42	38	46	- 8	47	53
4.12.1988	53	48	58	- 10	46	54
Durchschnitt 1977-1988	40,2	35,2	45,1	- 9,9	45,4	54,6

Bemerkung:
Für die Abstimmungsgegenstände nach Urnengang vergleiche die Tabelle 9.

Tabelle 4:
Teilnahmebereitschaft an Abstimmungen und Wahlen der Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Teilnahmebereitschaft	Nationalratswahlen 18.10.1987	Frauenstudie Juni 88	Eidg. Abstimmung 4.12.1988	Durchschnitt der Studien
	%	%	%	%
Stimm- und Wahlberechtigte				
regelmässig	36	32	37	35
von Fall zu Fall	56	60	56	57
nie	7	7	6	7
keine Angabe	1	1	1	1
n=	*1001*	*1067*	*1020*	*3088*
Frauen				
regelmässig	30	29	33	31
von Fall zu Fall	60	62	57	60
nie	9	8	8	8
keine Angabe	1	1	1	1
n=	*498*	*533*	*511*	*1542*
Männer				
regelmässig	42	35	41	39
von Fall zu Fall	51	58	53	54
nie	6	6	4	5
keine Angabe	1	2	2	2
n=	*503*	*534*	*509*	*1546*
Chi-Quadrat	0.00	0.00	0.00	--
Gamma	0.18	0.09	0.21	--

Tabelle 5:
Politisches Interesse der Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Politisches Interesse	Nationalratswahlen 18.10.1987	Frauenstudie Juni 88	Eidg. Abstimmung 4.12.1988	Durchschnitt der Studien
	%	%	%	%
Stimm- und Wahlberechtigte				
sehr stark	12	12	13	12
recht stark	31	30	34	32
ein bisschen	41	47	42	43
überhaupt nicht	15	10	10	12
weiss nicht	0	0	0	0
keine Angabe	1	1	1	1
n=	*1001*	*1067*	*1020*	*3088*
Frauen				
sehr stark	8	6	8	7
recht stark	28	25	28	27
ein bisschen	46	55	49	50
überhaupt nicht	17	13	15	15
weiss nicht	0	0	0	0
keine Angabe	1	1	1	1
n=	*498*	*533*	*511*	*1542*
Männer				
sehr stark	16	17	18	17
recht stark	36	35	40	37
ein bisschen	37	40	35	37
überhaupt nicht	10	7	6	8
weiss nicht	0	0	0	0
keine Angabe	1	1	1	1
n=	*503*	*534*	*509*	*1546*
Chi-Quadrat	0.00	0.00	0.00	–
Gamma	0.28	0.35	0.37	–

Tabelle 6:
Listenentscheide bei Nationalratswahlen der Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht 1975-1987

Wahl	Partei FDP	CVP	SPS	SVP	LdU/ EVP	GPS	Leere Liste
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
1975							
Nationalratswahlen	22,2	20,9	24,9	9,9	8,1	--	--
Frauen	41	51	41	46	36	--	--
Männer	59	49	59	54	64	--	--
1979							
Nationalratswahlen	24,1	21,5	24,6	11,6	7,6	--	--
Frauen	47	43	40	42	41	--	43
Männer	53	57	60	58	59	--	57
1983							
Nationalratswahlen	23,3	20,8	22,8	11,1	6,1	2,8	--
Frauen	42	46	40	28	50	--	43
Männer	58	54	60	72	50	--	57
1987							
Nationalratswahlen	22,9	20,0	18,6	11,0	6,1	5,0	--
Frauen	43	43	45	44	47	50	44
Männer	57	57	55	56	53	50	56

Tabelle 7:
Links/Rechts-Orientierung der Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Links/Rechts-Orientierung	National-ratswahlen 18.10.1987	Eidg. Ab-stimmung 4.12.1988	Durchschnitt der Studien
	%	%	%
Stimm- und Wahlberechtigte			
ganz links	3	4	4
links	25	24	24
mitte	36	31	33
rechts	19	23	21
ganz rechts	4	3	3
weiss nicht	6	13	9
keine Angabe	8	3	5
n=	*1001*	*1020*	*2021*
Frauen			
ganz links	3	4	4
links	26	22	24
mitte	38	32	35
rechts	14	19	12
ganz rechts	4	3	3
weiss nicht	7	17	12
keine Angabe	8	3	5
n=	*498*	*511*	*1542*
Männer			
ganz links	3	4	4
links	23	25	24
mitte	34	29	32
rechts	24	26	25
ganz rechts	3	3	3
weiss nicht	4	10	7
keine Angabe	8	3	5
n=	*503*	*509*	*1546*
Chi-Quadrat	0.02	0.01	–
Gamma	0.05	0.03	–

Tabelle 8:
Nachmaterialismus-Orientierung der Stimm- und Wahlberechtigten Total und nach Geschlecht

Nachmaterialismus-Orientierung	Nationalratswahlen 18.10.1987	Eidg. Abstimmung 4.12.1988	Durchschnitt der Studien
	%	%	%
Stimm- und Wahlberechtigte			
rein materialistische Werte	7	8	8
gemischte Werte	61	62	61
rein nachmaterialistische Werte	32	30	31
n=	*1001*	*1020*	*2021*
Frauen			
rein materialistische Werte	7	8	7
gemischte Werte	65	60	62
rein nachmaterialistische Werte	29	32	31
n=	*498*	*511*	*1009*
Männer			
rein materialistische Werte	8	8	8
gemischte Werte	57	64	61
rein nachmaterialistische Werte	35	28	31
n=	*503*	*509*	*1012*
Chi-Quadrat	0.04	0.00	–
Gamma	0.09	0.08	–

Tabelle 9:
Sachentscheide bei eidg. Abstimmungen der Stimmberechtigten Total und nach Geschlecht 1977-1988

Urnengang	Stimmberechtigte Ja Total	Abweichungen Frauen Ja	Abweichungen Männer	Differenz
13.3.1977				
- 4. Ueberfremdungsinitiative	29	+ 2	- 1	+ 3
- 1. Ueberfremdungsinitiative	34	+ 2	- 1	+ 3
- Erweitertes Staatsvertragsreferendum	23	- 3	+ 2	- 5
- Gegenvorschlag zu Staatsvertragsreferendum	66	+ 4	- 3	+ 7
12.6.1977				
- Finanz- und Steuerpaket	41	- 1	+ 2	- 3
25.9.1977				
- Mieterschutz-Initiative	43	+ 1	- 1	+ 2
- Gegenvorschlag Mieterschutz-Initiative	45	- 1	+ 1	- 2
- Albatros-Initiative	39	+ 1	- 1	+ 2
- Fristenlösungsinitiative	48	- 5	+ 5	- 10
- Erhöhung Unterschriftenzahl	56	+ 0	- 1	+ 1
4.12.1977				
- Reichtumssteuer-Initiative	44	- 6	+ 5	- 11
- Politische Rechte	59	+ 2	- 1	+ 3
- Zivildienst-Initiative I	38	+ 4	- 4	+ 8
- Sparpaket	62	- 3	+ 3	- 6
26.2.1978				
- Demokratie im Nationalstrassenbau	39	+ 4	- 4	- 8
- Herabsetzung AHV-Alter	21	- 6	+ 8	- 14
- Konjunkturartikel	68	+ 2	- 1	+ 3
- 9. AHV-Revision	66	+ 1	- 2	+ 3
28.5.1978				
- 12 motorfahrzeugfreie Sonntage	36	+ 3	- 3	+ 6
- Sommerzeit (Zeit-Gesetz)	48	- 1	+ 2	- 3
- Schutz der Schwangerschaft	31	- 1	+ 1	- 2
- Hochschulförderungsgesetz	43	+ 1	- 1	+ 2
- Zolltarif	55	- 2	+ 2	- 4
24.8.1978				
- Kanton Jura	82	+ 4	- 4	+ 8
3.12.1978				
- Milchwirtschaftsbeschluss	68	- 1	+ 0	- 1
- Tierschutz-Gesetz	82	+ 1	- 1	+ 2
- Berufsbildung	56	+ 4	- 3	+ 7
- Bundessicherheitspolizei	44	+ 1	- 1	+ 2

Urnengang	Stimmberechtigte Ja Total	Abweichungen Frauen Ja	Männer	Differenz
18.2.1979				
- Fuss- und Wanderwege	78	+ 6	- 5	+11
- Stimm- und Wahlrecht 18	49	- 2	+ 2	- 4
- Gegen Suchtmittelreklame	41	+ 5	- 5	+10
- Atom-Initiative I	49	+ 3	- 3	+ 6
20.5.1979				
- Bundesfinanzreform	35	+ 0	- 0	+ 0
- Atomgesetz	69	+ 0	- 0	+ 0
2.3.1980				
- Trennung von Kirche und Staat	21	- 5	+ 4	- 9
- Neuordnung der Landesversorgung	86	+ 0	- 1	- 1
30.11.1980				
- Gurtenobligatorium	52	+ 3	- 2	+ 5
- Kantonsanteil Stempelabgaben	67	+ 0	- 0	+ 0
- Neuverteilung Alkoholeinnahmen	71	+ 1	- 0	+ 1
- Revision Brotgetreideordnung	64	- 0	+ 1	- 1
5.4.1981				
- Mitenand-Initiative	16	+ 1	- 0	+ 1
14.6.1981				
- Gleiche Rechte für Mann und Frau	60	+ 7	- 7	+14
- KonsumentInnenschutz	66	+ 3	- 3	+ 6
29.11.1981				
- Finanzordnung	69	- 0	+ 1	- 1
6.6.1982				
- Aenderung des Strafgesetzbuches	64	+ 0	- 1	+ 1
- Ausländer-Gesetz	50	+ 4	- 3	+ 7
28.11.1982				
- Preisüberwachungsinitiative	56	+ 3	- 2	+ 5
- Gegenvorschlag Preisüberwachung	22	+ 0	- 0	+ 0
27.2.1983				
- Neuregelung der Treibstoffzölle	53	- 4	+ 3	- 7
- Energieartikel	51	+ 1	- 1	+ 1

Urnengang	Stimmberechtigte Ja Total	Abweichungen Frauen Ja	Männer	Differenz
26.2.1984				
- Schwerverkehrsabgabe	59	- 1	+ 1	- 1
- Autobahnvignette	53	+ 1	- 0	+ 1
- Zivildienst-Initiative II	36	+ 6	- 4	+10
20.5.1984				
- Banken-Initiative	27	+ 2	- 1	+ 3
- Ausverkauf der Heimat	49	+ 1	- 0	+ 1
23.9.1984				
- Atom-Initiative II	45	+ 4	- 3	+ 7
- Energie-Initiative	46	+ 5	- 4	+ 9
2.12.1984				
- Radio- und Fernsehartikel	69	+ 2	- 2	+ 2
- Hilfe bei Gewaltverbrechen	82	+ 0	- 0	+ 0
- Mutterschaftsinitiative	16	+ 1	- 1	+ 1
10.3.1985				
- Aufgabenneuverteilung Primarschule	59	- 3	+ 2	- 5
- Aufgabenneuverteilung Gesundheitswesen	53	+ 1	- 0	+ 1
- Aufgabenneuverteilung Stipendienwesen	48	+ 0	- 0	+ 0
- Ferien-Initiative	35	+ 1	- 1	+ 2
9.6.1985				
- Kantonsanteil Stempelabgabe	67	- 2	+ 2	- 4
- Neuverteilung Alokoholeinnahmen	72	+ 0	- 1	+ 1
- Aufhebung Brotegetreideordnung	57	- 2	+ 1	- 3
- Recht auf Leben	31	+ 2	- 2	+ 4
22.9.1985				
- Neues Ehe- und Erbrecht	55	+ 6	- 7	+13
- Einheitlicher Schuljahresbeginn	59	+ 2	- 2	+ 4
- Innovationsrisikogarantie	43	+ 1	- 2	+ 3
16.3.1986				
- UNO-Beitritt	24	+ 5	- 5	+10
28.9.1986				
- Kultur-Initiative	17	+ 2	- 3	+ 5
- Gegenvorschlag Kultur-Initiative	39	+ 0	- 0	+ 0
- Lehrwerkstätten-Initiative	18	+ 3	- 2	+ 5
- Zuckerbeschluss	38	+ 1	- 1	+ 2

Urnengang	Stimmberechtigte Ja Total	Abweichungen Frauen Ja	Männer	Differenz
7.12.1986				
- MieterInnen-Schutz	64	+ 5	- 4	+ 9
- Schwerverkehrsabgabe	34	+ 7	- 6	+13
5.4.1987				
- Aenderung des Asylgesetzes	67	- 3	+ 2	- 5
- Aenderung des Ausländergesetztes	66	- 3	+ 2	- 5
- Doppeltes Ja bei Volksinitiative	63	+ 1	- 1	+ 2
- Rüstungsreferendum-Initiative	41	+ 5	- 5	+10
6.12.1987				
- Bahn 2000	57	+ 2	- 3	+ 5
- Rothenturm-Initiative	58	+ 8	- 6	+14
- Kranken- und Mutterschaftsversicherung	29	+ 6	- 5	+11
6.6.1988				
- Koordinierte Verkehrspolitik	46	- 1	+ 1	- 2
- AHV-Alter 62	35	- 1	+ 0	- 1
4.12.1988				
- 40 Stunden-Woche	34	+ 0	- 0	+ 0
- Stadt/Land-Initiative	33	+ 2	- 2	- 4
- 6. Ueberfremdungsinitiative	31	- 2	+ 2	+ 4
Durchschnitt	49	+ 1,0	- 1,0	+ 2,0

Tabelle 10:
Zugeschriebene Kompetenz der Parteien in Frauenfragen generell 1987-1989

Untersuchung	Parteien SPS	CVP/CSP	FDP	POCH	SVP	LDU	GPS
	%	%	%	%	%	%	%
1987 (Okt.)	12	7	5	5	3	4	2
1988 (Febr.)	17	11	9	5	3	2	2
1989 (Febr.)	15	7	6	3	2	2	2
Durchschnitt	15	8	7	4	3	3	2

Tabelle 11:
Zugeschriebene Kompetenz der Parteien bei der Frauenförderung nach Streitfragen (1988)

Streitfrage	SPS	CVP/FDP/ SVP	POCH	Uebr. Parteien	Keine Partei	Keine Meinung
	%	%	%	%	%	%
AHV-Alter	22	9	12	4	15	48
Gleiche Rechte	23	8	10	7	18	42
Bildung	19	10	5	4	22	40
Gleicher Lohn	28	5	8	5	18	36
Arbeitswelt	30	6	7	6	16	35
Politik generell	22	8	12	11	15	33

Tabelle 12:
Selbstbekundete Personenauswahlkriterien bei Nationalratswahlen

Kriterium	Total	Frauen	Männer	Differenz
	%	%	%	%
Leistungen als Politikerin	66	66	66	0
Beruf	62	63	61	+ 2
Zugehörigkeit zu Verband	31	31	31	0
Zugehörigkeit zu pol. Gruppen	20	22	18	+ 4
Persönlich kennen	17	18	16	+ 2
Alter	16	16	15	+ 1
Geschlecht	9	13	5	+ 8
Ueberpart. Empfehlungen	8	11	5	+ 6
Medienauftritte	7	7	7	0
Konfession	5	4	6	- 1
Zivilstand	2	2	2	0

Literatur

Asher, H.A. et al.: Political Participation. A Workbook in Comparative Analysis, Frankfurt am Main 1984

Ballmer-Cao, T.H.: Le conservatisme politique féminin en Suisse. Mythe ou réalité?, Habil.schrift Zürich, Genève 1988

Ballmer-Cao, T.H.; Wenger, R.: *L'élite politique féminine en Suisse. Die politische Frauenelite in der Schweiz*, Zürich 1989

Beckwith, K.: "Women and Parliamentary Politics in Italy 1946-1979", in: Penniman, H.R. (ed.): Italy at the Polls, 1979. A Study of Parliamentary Elections, Washington and London 1981

Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.): Die Stellung der Frau in der Schweiz, (Teil I: Gesellschaft und Wirtschaft), Bern 1979

Frauenlexikon. Traditionen, Fakten, Perspektiven, hgg. von A. Lissner, R. Süssmuth, K. Walter, Freiburg 1988

Gruner, E.; Hertig, H.P. (unter Mitarbeit von A. Grossen): Der Stimmbürger und die 'neue' Politik (= Publikationen des SNF, Nr. 17), Bern und Stuttgart 1983

Hertig, H.P.: Analyse der Nationalratswahlen 1979, VOX-Sondernummer, GfS und FSP, Zürich 1980

Hoecker, B.: Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie, Diss. Bielefeld, Opladen 1987

Hofmann-Göttig, J.: "Frauenwahlrecht in Deutschland - Emanzipation mit dem Stimmzettel?", in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 6-7 (1986)

Hofmann-Göttig, J.: Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Düsseldorf 1986

Holenstein, K.: "Das Engagement für die Gleichstellung von Mann und Frau im eidgenössischen Parlament. Eine Untersuchung über die Legislaturperiode 1983-1987", in: Schweizerische Politik in Wissenschaft und Praxis. Festschrift Peter Gilg, hgg. von P. Hablützel, H.Hirter und B. Junker, Bern 1987

Inglehart, R.: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Public, Princeton 1977

Inglehart, R: "New Perspectives on Value Change", in: Comparative Political Studies, 4 (1985)

Inglehart, M.L.: "Political Interest in West European Women. A Historical and Empirical Comparative Analysis", in: Comparative Political Studies, 14 (1981)

Kaufmann, C.: "Quoten - besser als ihr Ruf. Das umstrittene Mittel zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann", in: F-Frauenfragen, hgg. von der Eidg. Kommission für Frauenfragen, 11 (1988)

Kerr, H.H.: "The Swiss Party System. Steadfast and Changing", in: Daalder, H. (ed.): Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, the Netherlands and Belgium, London 1987

Kriesi, H.P. et al. (Hg.): Politische Aktivierung in der Schweiz, 1945-1978, Diessenhofen 1981

Linder, W., Longchamp, C.: Parteibindungen, Parteiimages und Konflikte bei Verkehrsabstimmungen. Univox-Jahresbericht 'Direkte Demokratie', GfS und FSP, Zürich 1989

Lipset, S.M., Wattemberg, B.J.: "Men and women. Where they differ, where they don't", in: Public Opinion, 5 (1982)

Longchamp, C.: "Die VOX-Analysen als Beispiel politischer Sozialforschung in der Schweiz", in: Marktforschung Schweiz. Handbuch 1987/88, Einsiedeln 1987

Longchamp, C.: "Männer und Frauen an den Urnen. Material zu einer neuen Konfliktlinie bei eidg. Abstimmungen", in: F-Frauenfragen, hgg. von der Eidg. Kommission für Frauenfragen, 9 (1986)

Longchamp, C.: Analyse der Nationalratswahlen 1983, VOX-Sondernummer, GfS und FSP, Zürich 1984

Longchamp, C.: Analyse der Nationalratswahlen 1987, VOX-Sondernummer, GfS und FSP, Zürich 1988

Lovenduski, J.: Women and European Politics. Contemporary Feminism and Public Policy, Sussex 1986

Mossuz-Lavau, J.: "Le vote des femmes en France, 1944-1984", in: D. Gaxie (ed.): Explication du vote. Un bilan des études électorales en France, Paris 1985

Mossuz-Lavau, J.; Sineau, M.: Les femmes dans le personnel politique en Europe. Rapport établi pour le Conseil de l'Europe, Strasbourg 1984

Nachanalysen eidg. Wahlen 1971-1983. Handbuch zur Datenbank mit Fragebögen, Zeigematerial und Codepläne, FSP, Bern 1987; Nachtrag: Nachanalyse der eidg. Wahl 1987. Handbuch zur Datenbank mit Konzept, Fragebogen und Auswertungsunterlagen, FSP, Bern 1987

Neidhart, L.; Hoby, J.P.: Die Ursachen der Stimmabstinenz in der Schweiz. Bericht an das EJPD, Bern 1977

Nie, L.P.; Verba, S.: 'Political Participation', in: F. Grennstein, L. Polsby (eds.): Handbook Political Science, Vol. 4, Massachusetts 1975

Norris, P.: "The Gender Gap. A Cross-Cultural Trend", in: C. Mueller (ed.): The Politics of the Gender Gap, London 1988

Plasser, F.: Parteien unter Stress. Parteiensystem in Oesterreich, der BRD und den Vereinigten Staaten im Vergleich, Habil.schrift, Innsbruck, Wien 1987

Randall, V.: Women and Politics. An International Perspective, London 1987 (second edition)

Riklin, A.; Kley, R.: Stimmbeteiligung und direkte Demokratie, Bern und Stuttgart 1980

Ritter, G.; Niehuss, M.: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946-1987, München 1987

Schmidtchen, G.: Die Situation der Frau. Trendbeobachtungen über Rollen- und Bewusstseinsänderungen der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1984

Sidjanski, D. et al.: Enquetes sur le comportement politique en Suisse 1972, Genève 1974

Sidjanski, D. et al.: Les Suisses et la politique. Enquetes sur les attitudes d'électeurs suisses (1972), Berne et Francfort/M 1975

Skard, T.: "Les femmes dans la vie politique des pays nordiques", in: Revue internationale des sciences sociales, 25 (1983)

Stämpfli, R.: "Einstellungen zu Förderungsmassnahmen von Frauen bei Nationalratswahlen. Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung" (in diesem Band)

Vaus, D. de, McAllister, I: "The changing politics of women. Gender and political alignment in 11 nations", in: European Journal of Political Research, 17 (1989)

VOX. Analysen eidg. Urnengänge, hgg. von der Schweiz. Gesellschaft für praktische Sozialforschung in Zusammenarbeit mit den Universitäten Bern, Zürich und Genf, Zürich 1977 ff.

Kapitel 6:

Einstellungen zu Frauenförderungsmassnahmen bei Nationalratswahlen. Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung

von Regula Stämpfli

Einleitung

I

Die vorliegende Studie "Frauen in der Politik - Einstellungen zu Förderungsmassnahmen" wurde im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) vom Forschungszentrum für schweizerische Politik (FSP) (Direktor: Prof. Dr. Wolf Linder) ausgeführt. Eine Arbeitsgruppe der Eidg. Kommission für Frauenfragen wurde der Projektleitung (Claude Longchamp und Regula Stämpfli) zur Seite gestellt, um den Forschungsauftrag zu begleiten.

Folgende Fragen standen im Vordergrund:

- Problemwahrnehmung und Einstellungen zur Frauenförderung in der Politik bei den Wahlberechtigten

- Unterstützungsbereitschaft und eingeschätzte Wirkungsweise diverser Massnahmen bei den Wahlberechtigten und relevanten Untergruppen im Hinblick auf kommende Wahlen.

In Zusammenarbeit mit deren Begleitgruppe und der Projektleitung des FSP wurden folgende Fragen formuliert:

II

- Wie steht es mit der Unterstützungsbereitschaft gegenüber gezielten Förderungsmassnahmen in der Bevölkerung? Gibt es besondere gesellschaftliche und politische Merkmalsgruppen, die Förderungsmassnahmen besonders positiv bzw. negativ gegenüberstehen?

- Wie wirken Einstellungen und Werthaltungen gegenüber Frauen in der Politik? Wird Frauenpolitik als eigenständiger Politikbereich wahrgenommen? Welchen Zusammenhang gibt es zwischen der Beurteilung von Frauenpolitik und Förderungsmassnahmen? Gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wahrnehmung der Frauenpolitik als eigenständiger Politikbereich?

- Wie steht es mit der geschlechtsspezifischen Wahrnehmung von Frau und Mann in der Politik? Welche Eigenschaften werden eher einem Mann, welche eher einer Frau zugeordnet?

- Welche Erwartungen werden an Frauen in der Politik gestellt? Unterscheiden sich diese von den Erwartungen an Männer in der Politik?

- Wie wird die Unterrepräsentation der Frauen in der Politik wahrgenommen und beurteilt? Welche Gründe werden angegeben, um die Unterrepräsentation der Frauen zu erklären?

III

Die vorliegende Teilstudie "Einstellung zu Förderungsmassnahmen von Frauen bei Wahlen" basiert nebst der im Anhang erwähnten Literatur auf einer Befragung bei der wahlberechtigten Bevölkerung. In die Untersuchung einbezogen wurden 1067 Personen, die nach einem kombinierten Random-/Quota-Verfahren ausgesucht wurden. In den drei wichtigen Sprachregionen ermittelten wir zufällig insgesamt 110 Befragungszentren (Ortschaften); in jedem dieser Standorte wurden 10 Interviews durchgeführt.[1] Dabei hatten sich die geschulten Interviewer/innen an Vorgaben zu Geschlecht, Alter, Erwerb und Beruf zu halten, die der Vertretung unter den Stimmberechtigung entsprechen. In Anbetracht der regelmässigen und gelegentlichen Stimmabstinenz von 30-50% ist damit eine grössere Gruppe erfasst, als dies beim denkbaren Wählerpotential der Fall wäre. Der denkbare Einfluss des Geschlechts der Befrager/innen wurde kontrolliert. Angesichts der Stichprobengrösse beträgt die Aussagegenauigkeit +/- 3 Prozentpunkte. Wird ein Wert von 50% angegeben, liegt der effektive Anteil zwischen 47 und 53%. Grössere Verzerrungen sind nicht statistischer Art.

Den Fragebogen (vgl. Anhang S.213) haben die Projektleiter/innen des FSP konzipiert; er wurde mit der Begleitgruppe und dem Sekretariat der EKF abgesprochen. Gemäss dem Forschungsauftrag berücksichtigte er im wesentlichen:

- die Unterstützungsbereitschaft gegenüber ausgewählten Frauenförderungsmassnahmen

- das Bewusstsein der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik

- wahlrelevante Dispositionen gegenüber Frauen

Die Kombination der Befragung als Zusatz zur VOX-Analyse vom 6. Juni 1988 ergab ferner die Möglichkeit:

- die Bedeutung allgemein politischer Dispositionen zu überprüfen und

- die Verteilung der Ergebnisse nach Individual-, Haushalts- und Regionenmerkmalen zu kontrollieren. (vgl. Grafik "Forschungskonzept der Untersuchung" im Anhang)

Die Feldarbeit selber führte das GfS-Forschungsinstitut vom 7. bis 28. Juni 1988 durch. Jedes 10. Interview wurde telefonisch stichprobenweise nachkontrolliert. Die Datenanalyse erfolgte mit dem Statistikprogramm SPSS/PC+ im Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern. Grundsätzlich wurden Merkmalsgruppen mit weniger als 30 Nennungen nicht weiter unterteilt. Sie erscheinen weder im Text noch in den aufgeführten Tabellen.

IV

Es ist offensichtlich, dass politische Partizipation nicht unabhängig von der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Realität eines Landes beurteilt werden kann. Es sind dies Realitäten, die eine Ausrichtung auf bestimmte Rollenverständnisse bewirken, die eine geschlechtsspezifische Zuschreibung von Rechten, Möglichkeiten und Eigenschaften ergeben und die das politische Dasein der Frauen, aller Frauen bestimmen. Die politische Benachteiligung kann durch politische Förderungsmassnahmen allein nicht aufgehoben werden, sondern verlangt darüber hinaus grundlegende Veränderungen der Rollenverständnisse in der Gesellschaft und in der Wirtschaft. Diese Einsicht scheint zwar banal, darf aber nicht vergessen werden. Auch nicht vergessen werden darf - historisch gesehen - das relativ späte Auftreten von Gleichheitsforderungen und die langandauernde traditionelle politische Unmündigkeit der Frauen in der Schweiz. Die vergleichsweise junge Geschichte der weiblichen politischen Partizipation stellt einen Hemmfaktor für die Förderung der Frauen in der Politik dar und darf nicht unterschätzt werden.

Nehmen wir beispielsweise das Resultat der letzten Nationalratswahlen im Jahre 1987: Noch nie bewarben sich so viele Kandidaten und Kandidatinnen um einen Sitz im Nationalrat. Von den 2400 Bewerbungen wurden 706 Frauen gezählt, was einem prozentualen Anteil von 29% entspricht. Fast ein Drittel der Bewerbungen stammten also von Frauen. Erfolg beschieden war den Frauen jedoch nur mit einem knapp 15-prozentigen Anteil im Nationalrat (29 Nationalrätinnen) und einem 10-prozentigen Anteil im Ständerat (5 Ständerätinnen).

Von der Verwirklichung einer Parität zwischen Frauen und Männern in der Politik sind wir in der Schweiz noch weit entfernt.

1. Die Unterstützungsbereitschaft gegenüber Gleichstellungs- und Förderungsmassnahmen

Was bedeuten denn eigentlich die Begriffe Gleichstellungs- und Förderungsmassnahmen?

Begrifflich muss Rechtsgleichheit und Chancengleichheit unterschieden werden: Formelle Rechtsgleichheit ist in der Schweiz - trotz dem noch unerfüllten Rechtssetzungsprogramm "Gleiche Rechte für Mann und Frau" vom 26. Februar 1986 - zu einem erheblichen Teil verwirklicht. Die gesellschaftliche Ungleichheit ist jedoch weiterhin Realität: Von einer Chancengleichheit zwischen Mann und Frau kann hierbei nicht die Rede sein.

Bei Förderungsmassnahmen geht es nun darum, bestehende Ungleichheiten zu vermindern; sie beinhalten über formale Rechtsgleichheitspositionen hinaus den Versuch, Diskriminierungstatbestände aus der Welt zu schaffen.

Wir unterscheiden im folgenden zwei Arten von Förderungsmassnahmen:

a) Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen, welche sich folgendermassen präsentiert:

1. Inserate, Plakate, öffentliche Veranstaltungen und überparteiliche Empfehlungen für Frauen
2. Listen mit speziell günstiger Placierung von Frauen
3. Listen, auf denen nur die Frauen doppelt aufgeführt sind
4. Parteilisten mit reservierten Anteilen für Frauen (z.B. Quoten von einem Drittel oder 50%)
5. Parteilisten separat für Frauen (und Männer)
6. Listen reiner Frauenparteien.

b) Förderung durch Mandatsquoten:

1. Nationalrat: Garantierter Anteil von mindestens 40% der 200 Sitze für das schlechter vertretene Geschlecht
2. Ständerat: Auflage an die Kantone, bei 2 Sitzen je eine Frau und einen Mann entsenden zu müssen
3. Bundesrat: Garantierter Anteil von 3 der 7 Sitze für das schlechter vertretene Geschlecht.

Die Quotierung gilt als die intensivste Massnahme zur Frauenförderung.[2] Bei der Quotenregelung geht es darum, die auf der rechtlichen Ebene garantierte Gleichberechtigung in die Realität umzusetzen: Sie ist als Mittel zum Ausgleich statistisch nachweisbarer Untervertretung von Frauen gedacht. Es gibt unterschiedliche Quotierungsformen, die in "strikte" und "starre" Quoten

einerseits und in "flexible" Quoten andererseits eingeteilt werden können. Es handelt sich bei unseren Vorschlägen zum Teil um eine Mischform zwischen starren und flexiblen Quoten: Die Garantie eines Mindestanteils für das schwächer vertretene Geschlecht ist zwar starr (Festsetzung eines Anteils) formuliert, wirkt aber flexibel in dem Sinne, dass eine Erhöhung dieses Minimalanteils durchaus möglich ist.

1.1. Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen

Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die heute schon in den einzelnen Kantonen von bestimmten Parteien freiwillig angewendet werden, um die Präsenz von Frauen in der Politik zu verbessern.[3]

So haben bei den letzten Nationalratswahlen bürgerliche Parteien öffentliche Veranstaltungen und Plakatewerbung dazu benützt, Frauen vermehrt in den Vordergrund zu rücken. Ausserdem konnten sich einzelne Kantonalparteien dazu entschliessen, auf ihrer Parteiliste Frauen speziell günstig zu placieren. Linke Parteien hatten entweder Parteilisten mit speziell reservierten Anteilen für Frauen oder jeweils separate Parteilisten für Frauen und Männer. Es gab in den Nationalratswahlen von 1987 zusätzlich Listen reiner Frauenparteien.

Wir formulierten nun mit diesen parteiintern praktizierten Förderungsmassnahmen unseren Fragekatalog. Die Befragten mussten sich bei jeder Möglichkeit entscheiden, welche Massnahmen sie

a) bei den letzten Nationalratswahlen speziell unterstützt hatten

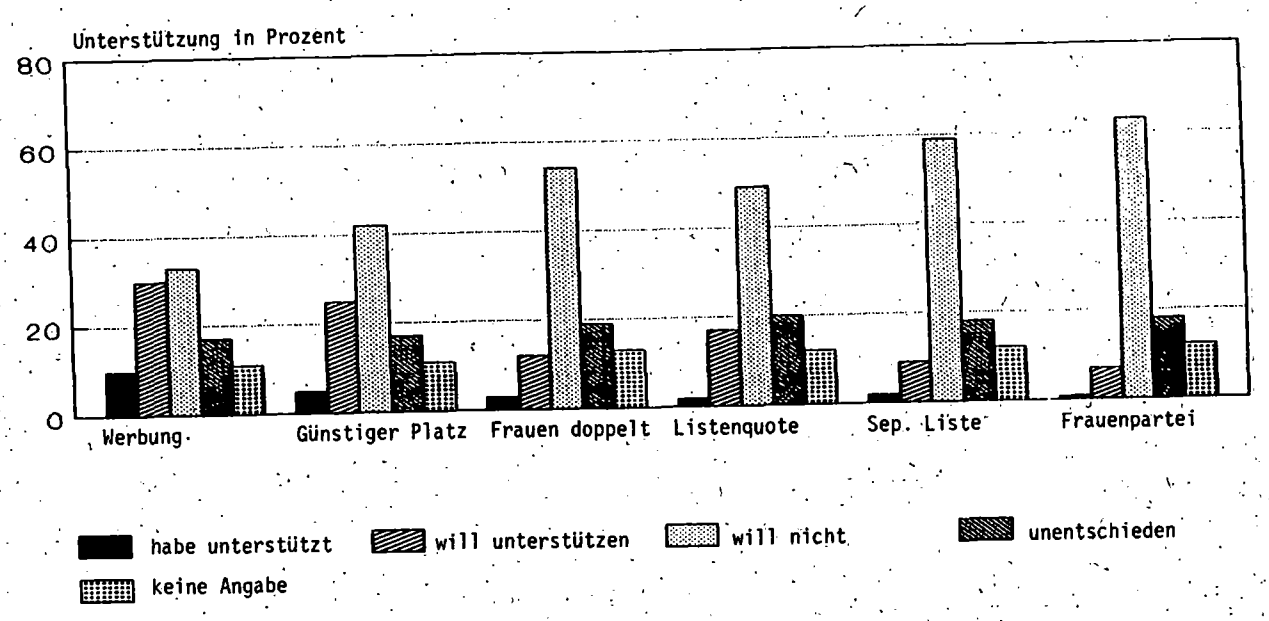
b) welche Massnahmen sie bereit wären, inskünftig vermehrt zu unterstützen und

c) welche Massnahmen sie nicht bereit wären, inskünftig vermehrt zu unterstützen.

Die Befragten hatten sich hier also zu Realvorgaben zu äussern und waren somit auf ihre konkrete (bereits praktizierte oder mögliche) Handlungsbereitschaft angesprochen.

Die Resultate der Befragung präsentieren sich folgendermassen:

Grafik 1:
Unterstützungsbereitschaft gegenüber Frauenförderungsmassnahmen der politischen Organisationen



- 33% der Befragten sind nicht bereit, Inserate, Plakate, öffentliche Veranstaltungen und überparteiliche Empfehlungen zugunsten von Frauen zu unterstützen. Nur 10% geben an, solche Aktivitäten bewusst beachtet zu haben, und 30% sind bereit, vermehrte Werbung zugunsten von Frauen inskünftig zu unterstützen. Schon ein solcher, relativ schwach wirkender Gleichstellungsversuch wird also von gut einem Drittel der Befragten abgelehnt.

- 42% der Befragten sind nicht bereit, Listen mit speziell günstiger Placierung von Frauen zu unterstützen. 25% können sich vorstellen, derartige Listen in Zukunft zu unterstützen. Es bleiben nur 5% der Befragten übrig, die bei den Nationalratswahlen 1987 darauf geachtet haben, dass Frauen auf den Parteilisten speziell günstig placiert wurden.

- Mit noch stärkerer Ablehnung reagieren die Befragten auf den Vorschlag von Listen, bei denen nur die Frauen doppelt aufgeführt sind. Nur 3% der Befragten haben ein solches Anliegen bereits unterstützt; nur 12% können sich vorstellen, solche Listen in Zukunft zu unterstützen und 54% lehnen solche Massnahmen ab.

- Etwas weniger stark werden die Parteilisten mit den speziell reservierten Anteilen für Frauen abgelehnt. Hier sind 49% der Befragten nicht unterstützungswillig, 2% haben diese Parteilisten unterstützt, und 17% können sich vorstellen, inskünftig darauf zu achten.

- Schlecht schneiden die jeweils separaten Parteilisten für Frauen (und Männer) ab. 59% der Befragten wehren sich gegen eine derartige Idee. Nur 9% können sich vorstellen, diese Massnahme inskünftig zu unterstützen.

- 63% der Befragten geben an, eine reine Frauenpartei in Zukunft nicht unterstützen zu wollen. 7% können sich vorstellen, die Liste einer reinen Frauenpartei zu unterstützen. Dies ist ein erheblicher Unterschied zur Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung beispielsweise gegenüber der vermehrten politischen Werbung für Frauen.

FAZIT: Die Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber Förderungsmassnahmen, wie sie von einzelnen Parteien schon praktiziert werden, ist gering. Es ist immer eine Minderheit der Bevölkerung, die Frauenförderungsmassnahmen der politischen Organisationen unterstützt. Nicht vergessen werden darf hierbei, dass es auch immer eine Minderheit ist, die sich in Parteien und für parteipolitische Belange engagiert. Infolgedessen könnte es sich für Parteien sehr wohl lohnen, das "frauenförderliche" Publikum, welches - gemessen an der Gesamtbevölkerung eine Minderheit, gemessen am parteipolitischen Engagement oft eine Mehrheit darstellt, für "Eliteanliegen" zu interessieren und damit auch Erfolg zu verzeichnen.

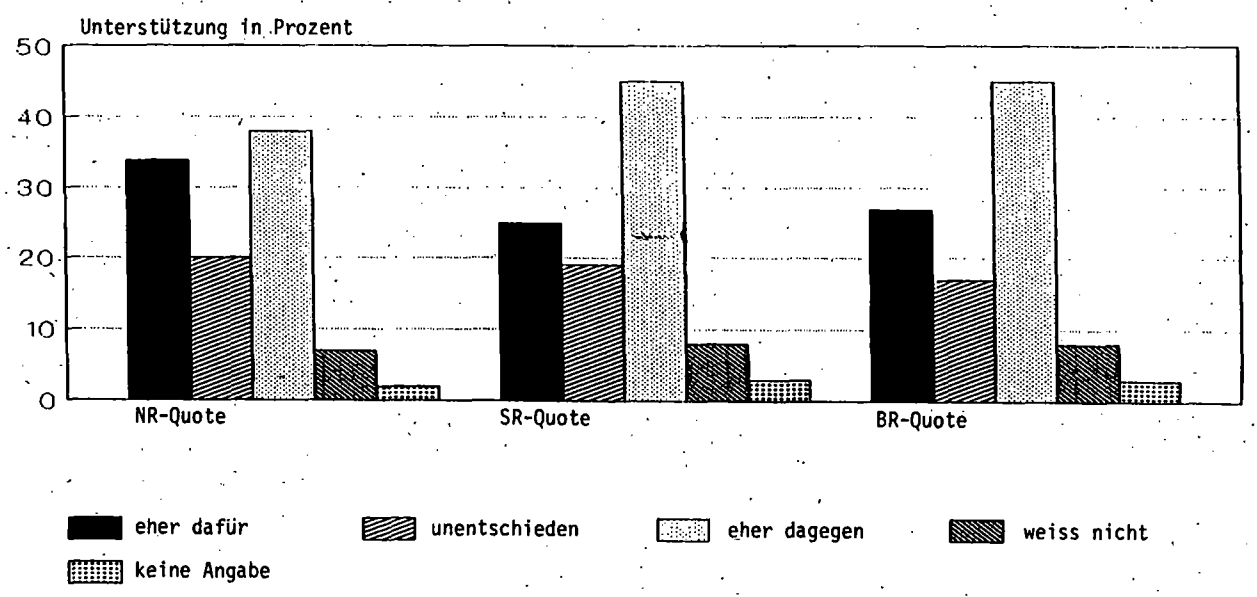
1.2. Förderung durch Mandatsquoten

Die Befragten konnten sich bei jeder Quotenvorgabe dazu äussern, ob sie

a) eher dafür
b) noch unentschieden
c) eher dagegen seien.

Da gesetzliche Quoten nicht existieren, konnte über die Fragevorgabe nur eine indirekte, hypothetische Unterstützungsbereitschaft ermittelt werden.

Grafik 2:
Unterstützungsbereitschft gegenüber Mandatsquoten für NR/SR/BR



Das Ergebnis ist erstaunlich: Die Unterstützung der Förderung durch Quoten schneidet besser ab als die Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen.

- Ein Drittel der Befragten (34%) spricht sich eher für einen gesetzlich garantierten Anteil von mindestens 40% der Sitze im Nationalrat für das schlechter vertretene Geschlecht aus. 38% der Befragten sprechen sich eher dagegen aus. Es ist dies die höchste aller Zustimmungsraten für sämtliche von uns vorgeschlagenen Förderungsmassnahmen.

- 25% der Befragten sind für die Idee, bei den Ständeratswahlen pro Kanton je eine Frau und einen Mann zu entsenden. Hier enthalten sich 19% einer Stellungnahme. Die Ablehnung ist im Vergleich zum Quotierungsvorschlag für den Nationalrat mit 45% aller Befragten etwas höher.

- 27% der Befragten heissen die Idee gut, dass im Bundesrat ein garantierter Anteil von 3 der 7 Sitze für das schlechter vertretene Geschlecht zu gewährleisten sei. Hier liegt der Anteil der Gegenstimmen bei 45%, und 11% der Befragen entziehen sich der Antwort.

FAZIT: Die Quotierungsvorschläge werden von der Bevölkerung positiver eingeschätzt als Massnahmen der politischen Organisationen. Eine rein quantitative Verbesserung des Frauenanteils in der Politik scheint in den Augen der Bevölkerung eher wünschenswert als parteispezifische Frauenförderung.

Es ist es vom methodischen Standpunkt her nicht unbedingt erstaunlich, dass die Förderungsmassnahmen durch Quoten besser abschneiden als die Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen. In sozialwissenschaftlichen Untersuchungen ist schon öfters festgestellt worden, dass unbekannte und neue Vorschläge auf breiteres Echo stossen als schon längst bekannte. Zudem war die Frage nach der Unterstützungsbereitschaft gegenüber Massnahmen der politischen Organisationen viel konkreter als diejenige nach der Unterstützungsbereitschaft gegenüber der Förderung durch Mandatsquoten. Deshalb sind die Zahlen direkt nicht vergleichbar.

2. Die Einstellung gegenüber Gleichstellungs- und Förderungsmassnahmen nach einzelnenen Merkmalsgruppen

In einem zweiten Schritt untersuchen wir die Befragten bezüglich ihrer politischen Prädispositionen, ihres Geschlechts, ihrer Region, ihrer Haushaltsstruktur und ihrer gesellschaftlichen Umgebung. Erst wenn wir diese Merkmale in Relation zur Einstellung der Bevölkerung zu Frauenförderungsmassnahmen setzen, können wir aus der Analyse gewisse Erklärungen für bestimmtes Verhalten gewinnen. Infolgedessen haben wir uns die folgenden Fragen gestellt:

- Welche politischen Gruppen sind für resp. gegen Frauenförderungsmassnahmen?

- Besteht ein Zusammenhang zwischen dem Geschlecht, dem Alter und dem Beruf der befragten Person und ihrer Einstellung gegenüber Gleichstellungsmassnahmen?

2.1. Allgemeine politische Dispositionen

Bei der Untersuchung der Einstellung zu Gleichstellungsmassnahmen bei der Mehrheit der Bevölkerung interessieren wir uns zunächst für die allgemeinen politischen Dispositionen der Betreffenden. Welche politisch definierten Gruppen sind eher für resp. gegen Förderungsmassnahmen:

2.1.1. Politisches Interesse

Politisch Interessierte zeichnen sich durch eine etwas höhere Unterstützungsbereitschaft für die Förderung von Frauen mit dem Mittel der Listengestaltung aus als dies die politisch Desinteressierten tun. Jedoch ist die Ablehnung der Quotierungsvorschläge für den NR, SR und BR in der Gruppe der politisch interessierten Personen höher als in der Gruppe der politisch Desinteressierten.

2.1.2. Regierungsvertrauen

Je geringer das Regierungsvertrauen ist, desto stärker auch die Unterstützung von Förderung durch Quoten. Je integrierter die Leute im politischen System sind, um so stärker auch ihre Meinung, dass Frauen innerhalb der bestehenden Strukturen die genau gleichen Chancen hätten wie die Männer. Je grösser aber das Misstrauen gegenüber der bestehenden Regierung ist, um so stärker auch die Meinung, dass es tatsächlich Unterstützungsmassnahmen braucht, um Frauen zu fördern. Frauenförderungsmassnahmen finden bei denjenigen, die dem System eher kritisch gegenüberstehen, breitere Unterstützung als bei den Systemintegrierten. Dies hängt wohl damit zusammen, dass Förderungsmassnahmen, sei es nun die Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen oder durch Mandatsquoten, in ihrer Wirkung Veränderung bedeuten. Alle diejenigen, die sich im politischen

System gut integriert fühlen, haben wohl auch kein Interesse, dieses zu verändern.

2.1.3. Regelmässige Teilnahme an Urnengängen

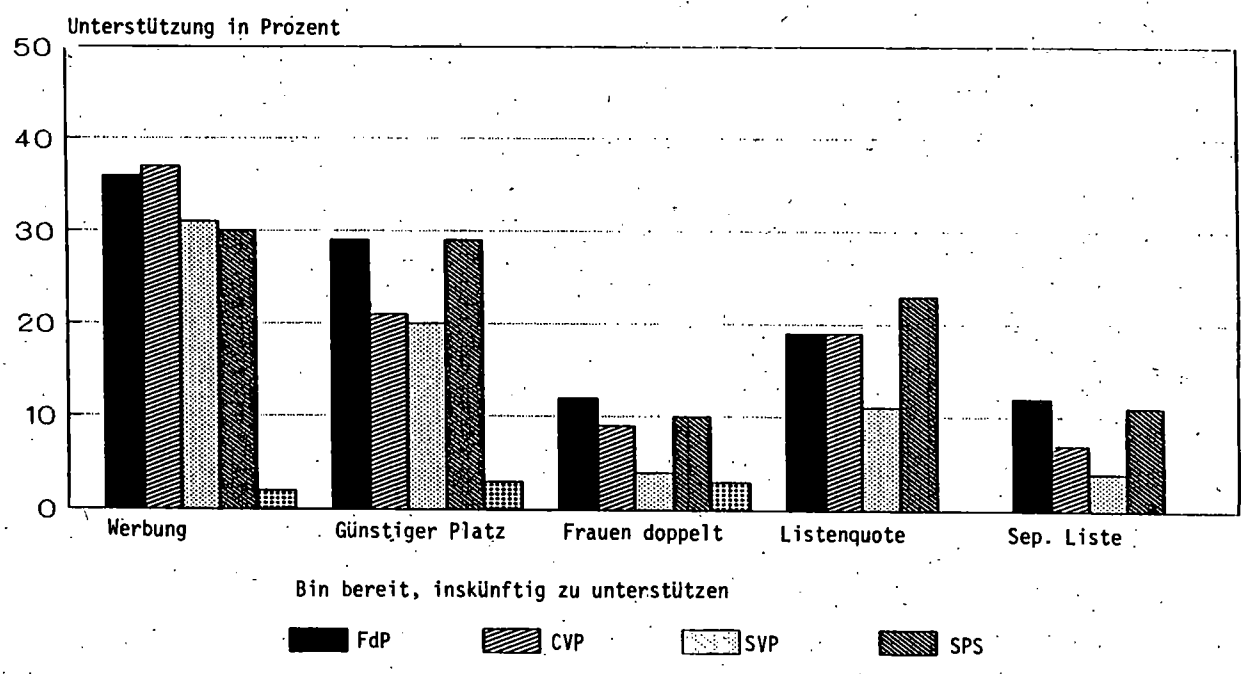
Dasselbe Bild ergibt sich bei den Befragten in der Bereitschaft zur regelmässigen Teilnahme an Urnengängen: Je weniger die Leute zur Urne gehen, um so stärker auch die Akzeptanz von Förderungsmassnahmen für Frauen. Oft sind die gleichen Leute, die der Urne fern bleiben, dann auch diejenigen, die das Gefühl haben, "Bern" politisiere ohne ihren Einfluss weiter wie bisher.

2.2. Parteipräferenzen

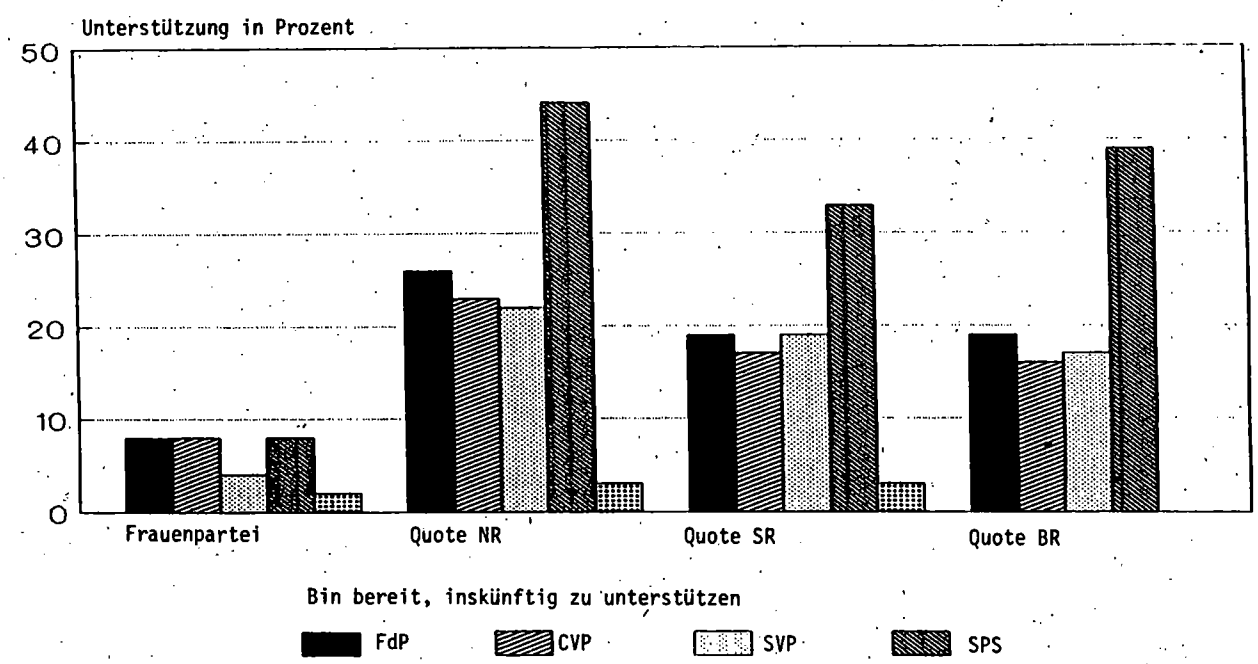
Eine Mehrheit der Befragten gesteht der SPS und der POCH die höchste Sachkompetenz in frauenspezifischen politischen Problemen zu. Diese Beobachtung könnte dazu verleiten, bei denselben Parteien auch die höchste Unterstützungsbereitschaft gegenüber Gleichstellungsmassnahmen zu vermuten. Die Resultate präsentieren sich jedoch differenzierter:

2.2.1. Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen

Grafik 3:
Unterstützungsbereitschaft nach ausgewählten Parteibindungen



Grafik 4:
Unterstützungsbereitschaft nach ausgewählten Parteibindungen



Die Unterstützungsbereitschaft gegenüber Förderungsmassnahmen der politischen Organisationen durch die Art der Listengestaltung unterscheidet sich kaum entlang der Parteipräferenz.[4]
Deutlicher wird der Unterschied entlang des Links/Rechts-Schema in der Höhe der Ablehnung einzelner Massnahmen. Die Anhänger/innen bürgerlicher Parteien wehren sich hier rundweg um einen Drittel stärker als die Anhänger/innen linker Parteien.

Ansonsten lässt sich eine Polarisierung im Links/Rechts-Schema - wie dies bei anderen Fragen durchaus der Fall ist - nicht feststellen. Die Unterschiede sind derart gering, dass man/frau fast daraus schliessen müsste, dass sich das Thema "Frauenförderungsmassnahmen" - im günstigeren Fall - auf einem parteipolitisch kaum prädisponierten Feld bewegt oder aber - dies im ungünstigeren Fall - zu einer Art "Glaubensfrage" geworden ist, die sich über sämtliche Parteigrenzen hinweg niederschlägt.

Am schlechtesten schneiden Gleichstellungsmassnahmen im Sinne einer für Frauen günstigeren Listengestaltung bei den SVP-Parteigänger/innen ab. Die CVP weist der SVP gegenüber eine höhere, gegenüber der FdP und der SPS eine geringere Unterstützungsbereitschaft auf. Während sich also Parteianhänger/innen der CVP und der SVP grundsätzlich durch eine etwas tiefere Unterstützung auszeichnen, präsentiert sich die Anhängerschaft der FdP und SPS nicht einheitlich: Parteianhänger/innen der FdP bewerten vermehrte Werbung und überparteiliche Empfehlungen zugunsten von Frauen 6% besser als diejenigen der SPS. Demgegenüber werden Parteilisten mit speziell reservierten Anteilen für Frauen von der Parteianhängerschaft der SPS um 4% stärker unterstützt als von derjenigen der FdP.

2.2.2. Förderung durch Mandatsquoten

Die Akzeptanz und die Unterstützungsbereitschaft gegenüber Gleichstellungsmassnahmen in Form von Mandatsquoten ist bei der Anhängerschaft der SPS sehr hoch und ausgeprägt. Fast die Hälfte der Leute, die angeben, der SPS nahezustehen, sind eher für den Vorschlag einer 40%- Nationalratsquote. Auch der Vorschlag, drei der sieben Bundesratssitze für das schlechter vertretene Geschlecht zu reservieren, wird von sozialdemokratischer Seite doppelt so positiv gewertet wie von bürgerlicher.

Möglicherweise ist eine Erklärung die, dass die Sympathisant/innen der SPS in einigen Kantonen schon Erfahrungen mit speziell für Frauen günstiger Parteilistengestaltung gemacht haben. Der Gewöhnungseffekt von schon Bekanntem schlägt hier wohl in der geringeren Ablehnung durch die SPS zu Buche.

2.3. Geschlechtsspezifische Unterschiede

Quer zu den Kriterien des Alters, der Schicht etc., die allgemein für den sozialen Status und die politische Integration bestimmend sind, spielt die Geschlechtszugehörigkeit eine Rolle. Es könnte erwartet werden, dass Gleichstellungs- und Förderungsmassnahmen von Frauen anders beurteilt werden als von Männern.

2.3.1. Förderung durch Massnahmen der politischen Organisationen

Signifikante geschlechtsspezifische Abweichungen in der Stärke der Unterstützungsbereitschaft zugunsten von Massnahmen politischer Organisationen liegen nicht vor. Hierbei muss die Betonung auf dem Wort "signifikant" liegen. Denn es werden alle schon praktizierten Förderungsmassnahmen von den Frauen besser bewertet als von den Männern. Nur bewegen sich diese Unterschiede zwischen 2 und 6 Prozentpunkten, welche nicht ausreichen, um einen geschlechtsspezifischen Unterschied festhalten zu können.

Anders verhält es sich mit dem Unterschied in der Stärke der Ablehnung der vorgeschlagenen Parteimassnahmen zugunsten von Frauen. Hier ist die Ablehnung der Frauen gegenüber solchen Massnahmen rund 12% schwächer als diejenige der Männer. Die Abwehr gegen Gleichstellungsmassnahmen ist bei Frauen deutlich schwächer als bei Männern.

Ausgehend von unserer Anfangsbetrachtung ist es für uns nur folgerichtig, dass Frauen Frauenförderungsmassnahmen positiver beurteilen, als dies Männer tun. Männer können sich durch solche Vorschläge eher in ihrer Position bedroht fühlen, als dies bei den Frauen der Fall ist. Frauen sind tatsächlich bei diesen Vorschlägen potentielle Gewinnerinnen, während Männer potentielle Verlierer sind. Dies schlägt sich in der ungleichen Bewertung der Massnahmen politischer Organisationen nieder: Es ist die Stärke der Ablehnung der Massnahmen, die den geschlechtsspezifischen Unterschied ausmacht, und nicht die Stärke der Unterstützung. Wir finden jedoch, dass die Unterschiede auch weit deutlicher hätten ausfallen können, falls Frauen sich mehrheitlich in der Politik tatsächlich stark diskriminiert fühlen. Dass dem nicht so ist, lässt sich aufgrund der Beurteilung von Förderungsmassnahmen allein nicht entscheiden. Wir wollen versuchen, in den nachfolgenden Ausführungen dieser Frage auf den Grund zu gehen.

2.3.2. Förderung durch Mandatsquoten

In der Unterstützungsbereitschaft gegenüber Vorschlägen eines gesetzlich verankerten Anteils für das schlechter vertretene Geschlecht im Parlament und im Bundesrat zeigen sich deutlichere geschlechtsspezifische Unterschiede. Die Zustimmung der Frauen zu Quoten für den NR, SR und BR liegt 8-12 Prozentpunkte höher als diejenige der Männer.

Dieser Unterschied verdoppelt sich in der Stärke der Ablehnung: Die Ablehnung der fiktiven Gleichstellungsmassnahmen liegt bei den Frauen um rund 20% niedriger als bei den Männern. Quoten erfreuen sich, auch wenn sie explizit geschlechtsneutral "für das schwächer vertretene Geschlecht" formuliert sind, bei den Frauen eindeutig einer höheren Beliebtheit als bei den Männern.

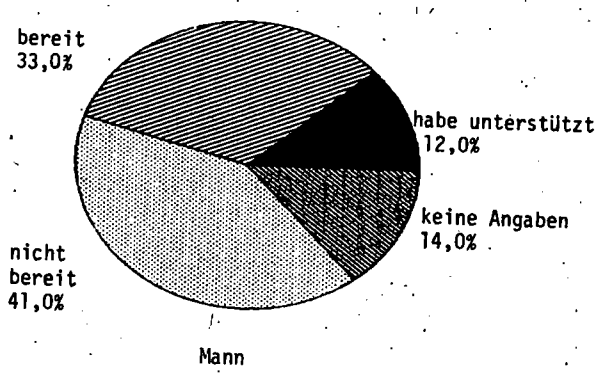
FAZIT: Bisher wurde noch kaum untersucht, inwiefern geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Unterstützungsbereitschaft gegenüber Förderungsmassnahmen für Frauen eine Rolle spielen. Gemäss der wissenschaftlichen Vorkenntnisse zu diesem Thema[5] gehen wir davon aus, dass signifikante Abweichungen dann vorliegen, wenn der prozentuale geschlechtsspezifische Unterschied bei 10% und darüber liegt.

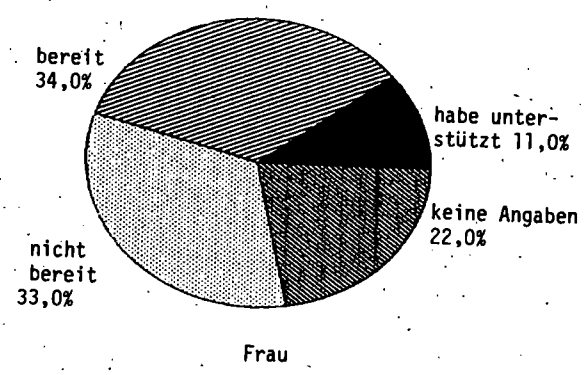
Aus diesen Beobachtungen ergeben sich qualitative Unterschiede in der Beurteilung einzelner Massnahmen entlang des Geschlechts: Die konkrete Garantie der Chancengleichheit für Frauen wird von den Betroffenen selber höher bewertet als von den bis anhin privilegierten Personen, das heisst konkret den Männern. Gut die Hälfte der Männer wehren sich gegen Quoten, währenddem sich nur ein Drittel der Frauen dagegenstellt.

Förderungsmassnahmen erfreuen sich zwar insgesamt nicht allzugrosser Unterstützung, doch wenn es nach den weiblichen Befragten ginge, so würden diese Möglichkeiten weniger heftig abgelehnt als von den männlichen Befragten.

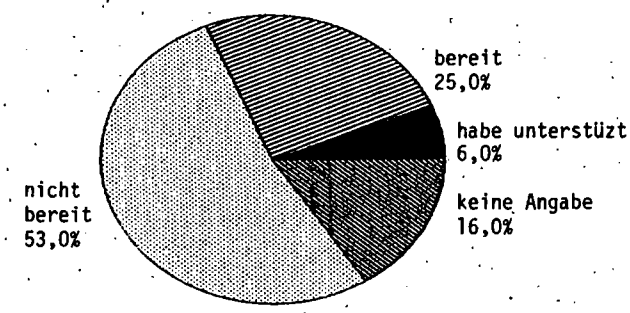
Grafiken 5-13:
Unterstützungsbereitschaft gegenüber Frauenförderungsmassnahmen, nach Geschlecht

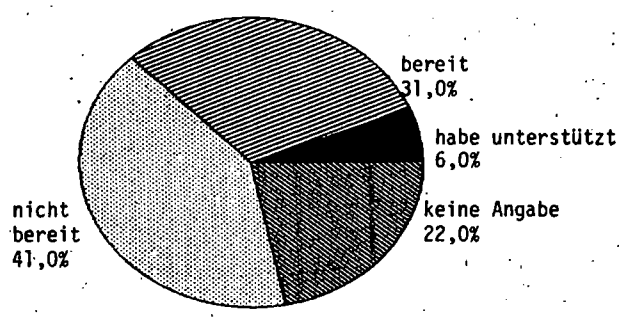
Grafik 5:
Werbung beachten



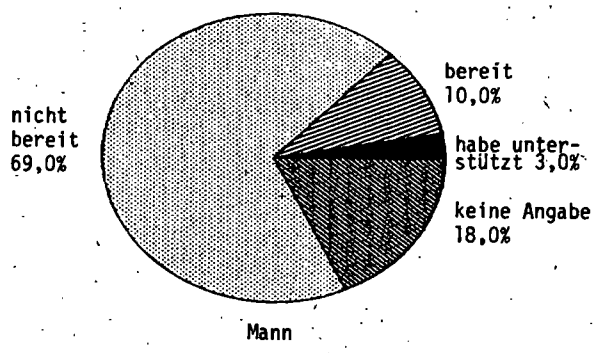


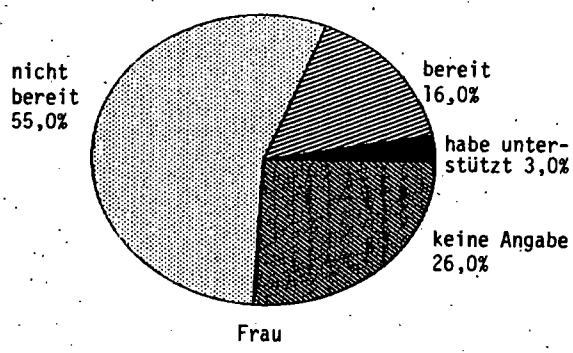
Grafik 6:
Günstige Plazierung für Frauen



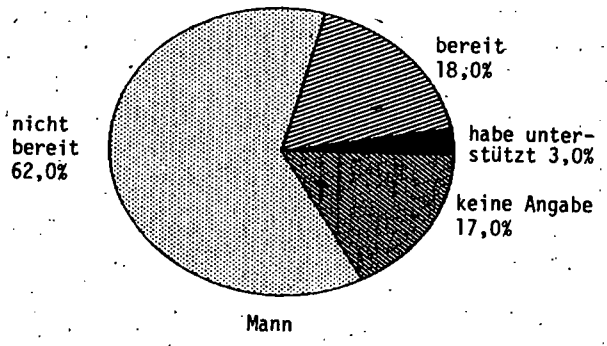


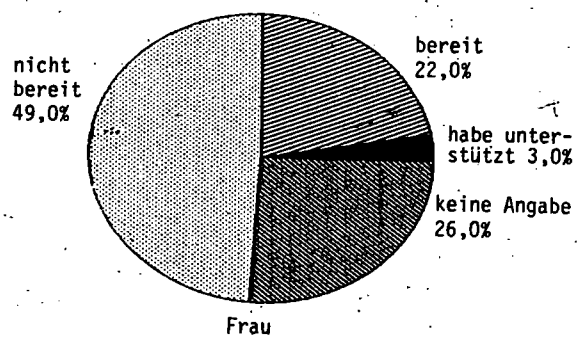
Grafik 7:
Frauen doppelt aufgeführt



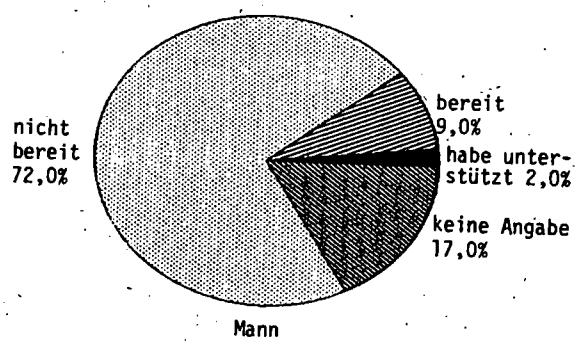


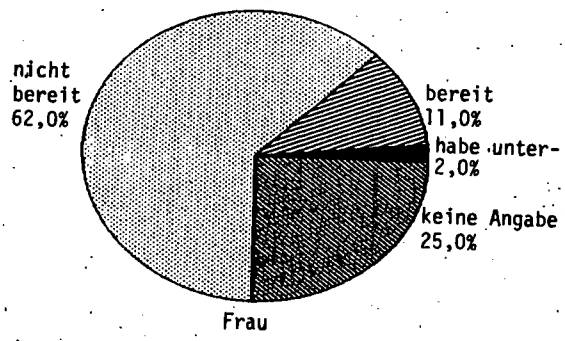
Grafik 8:
Listenquote



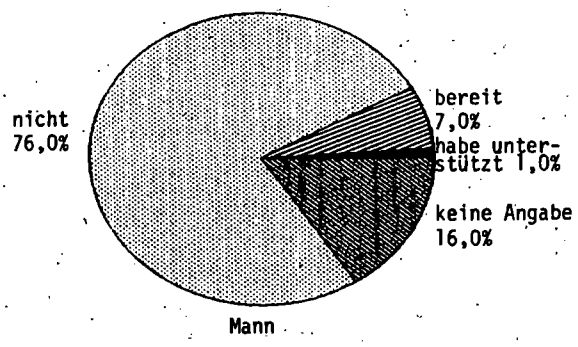


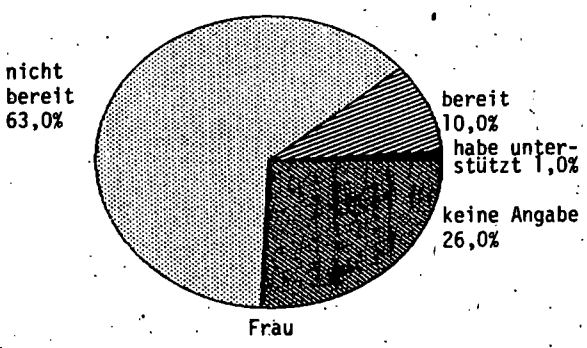
Grafik 9:
Separate Parteiliste



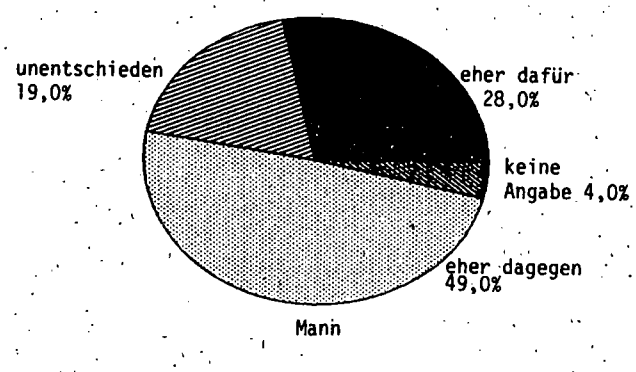


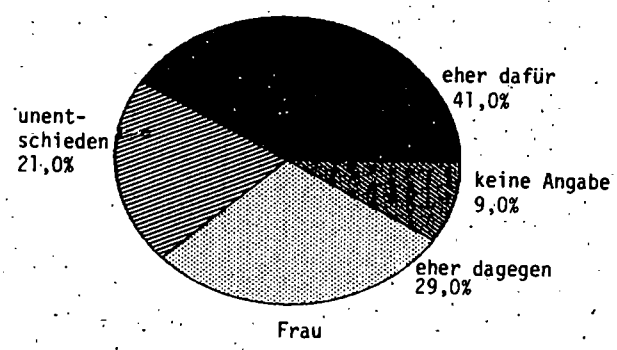
Grafik 10:
Frauenpartei



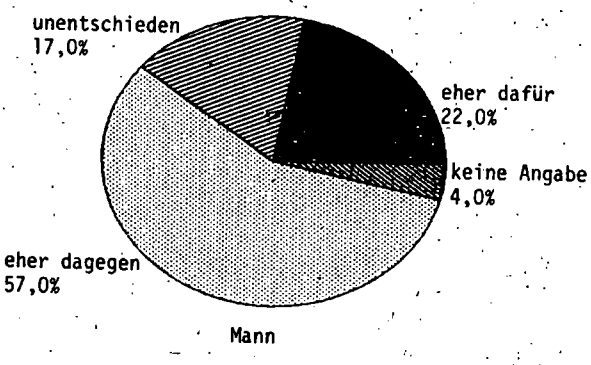


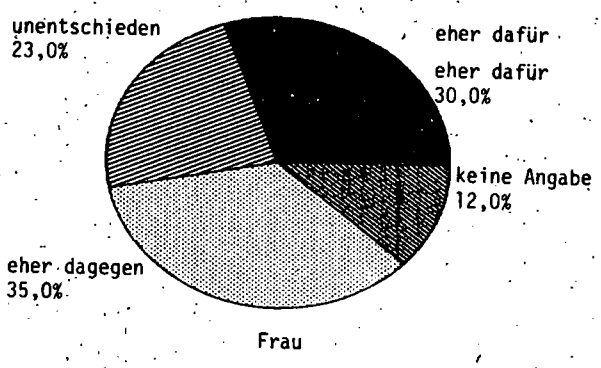
Grafik 11:
Quote für den Nationalrat



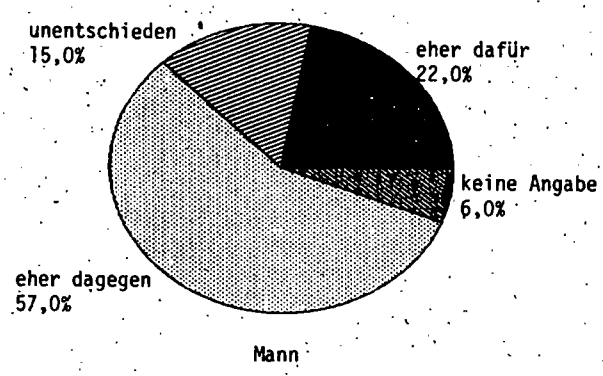


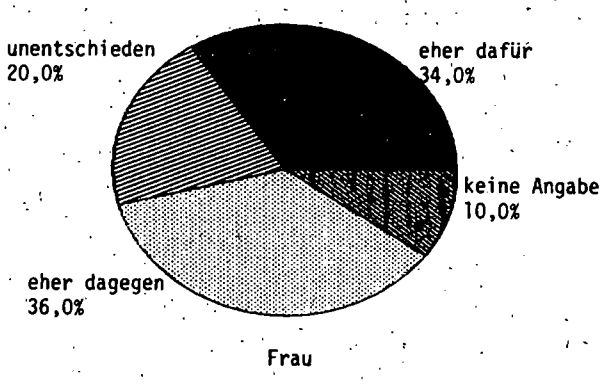
Grafik 12:
Quote für den Ständerat





Grafik 13:
Quote für den Bundesrat





2.4. Altersunterschiede

Das Thema "Frauen in der Politik" ist in der Schweiz relativ neu. Da die Schweizer Männer den Frauen erst 1971 das Stimmrecht zugestanden, gehören in unserer Untersuchung altersmässig 63% aller Befragten Leute, die die schweizerische Politik noch als ausschliessliche Männersache erlebt haben. Deshalb liegt es für uns auf der Hand, zu untersuchen, ob das Alter einen massgeblichen Einfluss auf eine positive oder negative Beurteilung von Frauenförderungsmassnahmen hat.

Die Unterstützungsbereitschaft resp. Ablehnung gegenüber den vorgeschlagenen Massnahmen, von der Listengestaltung bis zur Quotierung, ist bei der Mehrheit aller 20-bis 50jährigen ungefähr gleich gross. Die höchste Unterstützung überhaupt findet der Vorschlag der 'Nationalratsquote' bei den 29-37jährigen, die mit 6 Prozentpunkten über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegen. Die 20-28jährigen können sich am meisten für die Bundesratsquote erwärmen: Rund ein Drittel ist eher für einen solchen Vorschlag.

Die historische Erfahrung der "frauenlosen" Politik prägt auch die Einstellung der älteren Generation der 50- bis 80jährigen. Hier ist die höchste Ablehnung sämtlicher Förderungsmassnahmen zugunsten von Frauen festzustellen. Bei den Quotierungsvorschlägen ist die Abwehr dieser Altersklassen nicht in dem Masse zu spüren wie bei der Abwehr von unkonventionellen Massnahmen politischer Organisationen. Hier sind jedesmal mindestens die Hälfte aller 51jährigen und Älteren gegen solche Ansinnen.

Wir schliessen daraus, dass eine Unterstützung von Förderungsmassnahmen für Frauen eher noch in der jüngeren Generation zu finden ist, wobei auch hier die Unterschiede nicht signifikant sind. Dabei fällt folgendes auf: Wenn wir die Tatsache in Betracht ziehen, dass die zweite Frauenbewegung seit Ende der 60er Jahre neue Inhalte, Zielsetzungen und Strategien entworfen hat, die vor allem auch der jüngeren Generation der 20- bis 40jährigen zugute kamen, könnte in dieser Altersgruppe eine höhere Unterstützung von Frauenförderungsmassnahmen erwartet werden. Diese Altersgruppe unterscheidet sich aber in ihrer Unterstützungsbereitschaft von Förderungsmassnahmen nicht von den anderen Altersgruppen. Das Selbstverständnis von Frauen in der Politik und der Wille zur quantitativen Veränderung der politischen Vertretung der Frauen wird quer durch alle Altersklassen unterschiedlich beurteilt. Ältere Menschen stehen nicht einfach grundsätzlich Neuerungen ablehnend gegenüber, wie auch Jüngere nicht grundsätzlich experimentierfreudiger sind. Gewichtiger als die Altersgruppenzugehörigkeit wirken sicher andere politische und gesellschaftliche Dispositionen.

2.5. Schichtzugehörigkeit

Es besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen der beruflichen Stellung und der Unterstützungsbereitschaft gegenüber den von uns vorgelegten Massnahmen zur Förderung von Frauen in der Politik: Auffallen muss die hohe Ablehnung von Förderungsmassnahmen bei der Schicht der Gutsituierten. Je integrierter, beruflich gesicherter die Befragten und je höher ihr Lebensstandardklasse, um so höher auch die Ablehnung sämtlicher Förderungs- und Gleichstellungsmassnahmen.

Die Unterstützung ist bei den einfachen Angestellten und Beamten am höchsten und übersteigt diejenige der Gruppe, die sich am meisten gegen sämtliche Vorschläge wehrt, nämlich der Landwirte, um das drei- bis fünffache. Durchwegs hoch ist die Ablehnung aller vorgeschlagenen Massnahmen bei den Selbständigen und bei den Landwirten. Deutlich geringer sind die Widerstände der einfachen Angestellten und Beamten, die aber in ihrer manifestierten Unterstützungsbereitschaft nicht viel höher liegen als die mittleren Angestellten und Beamten. Bei der Klasse 'mittlere Angestellte und Beamte' sind die Meinungen polarisierter; sowohl die Unterstützungsbereitschaft als auch der Widerstand gegenüber Förderungsmassnahmen liegen relativ hoch. Die "Nicht-Entscheide" fallen hingegen bei den unteren Einkommensschichten relativ hoch aus, so dass über die Prädisposition dieser Schicht nicht sehr viel ausgesagt werden kann.

3. Allgemeine Einstellung zu Fragen der Gleichstellung

In unserer Untersuchung interessierte die Frage, inwiefern Rechtsgleichheit und Chancengleichheit in den Augen der Befragten in der Schweiz schon verwirklicht. Ausserdem untersuchten wir den Zusammenhang zwischen dem Bewusstsein über die gesellschaftliche Realität und den Einstellungen zu möglichen Förderungsmassnahmen.[6]

Wir haben in unserer Befragung einige allgemeine Ansichten gesammelt, die in der Bewertung von Frauenpolitik genannt werden und eine wesentliche Rolle in politischen Entwürfen zur Gleichstellung spielen.

Die Befragten hatten hierbei die Möglichkeit, sich zu den aufgelisteten Ansichten entweder mit

a) "voll einverstanden",
b) "eher einverstanden"
c) "eher nicht einverstanden" und
d) "überhaupt nicht einverstanden" zu äussern.

Die Anlage des Fragebogens brachte es mit sich, dass die Zustimmung und die Ablehnung der einzelnen Aussagen verschieden gedeutet werden muss: Wir werden dies bei jedem Punkt tun.

3.1. Gleichberechtigung

Wir weisen daraufhin, dass wir bei der Darstellung der Ergebnisse auf die spezielle Frage der geschlechtsspezifischen Unterschiede in den allgemeinen Einstellungen zur Frauenpolitik verzichtet haben. Die Differenz zwischen Frauen und Männern in der Beurteilung der einzelnen Aussagen war derart gering, dass Interpretationen aller Art auf schwachen "statistischen Füssen" stehen. Themen wie "Gleichberechtigung", "Frauenpolitik" und "Diskriminierung" bewirken bezüglich des Geschlechts der Befragten auf den ersten Blick keine Polarisierung.

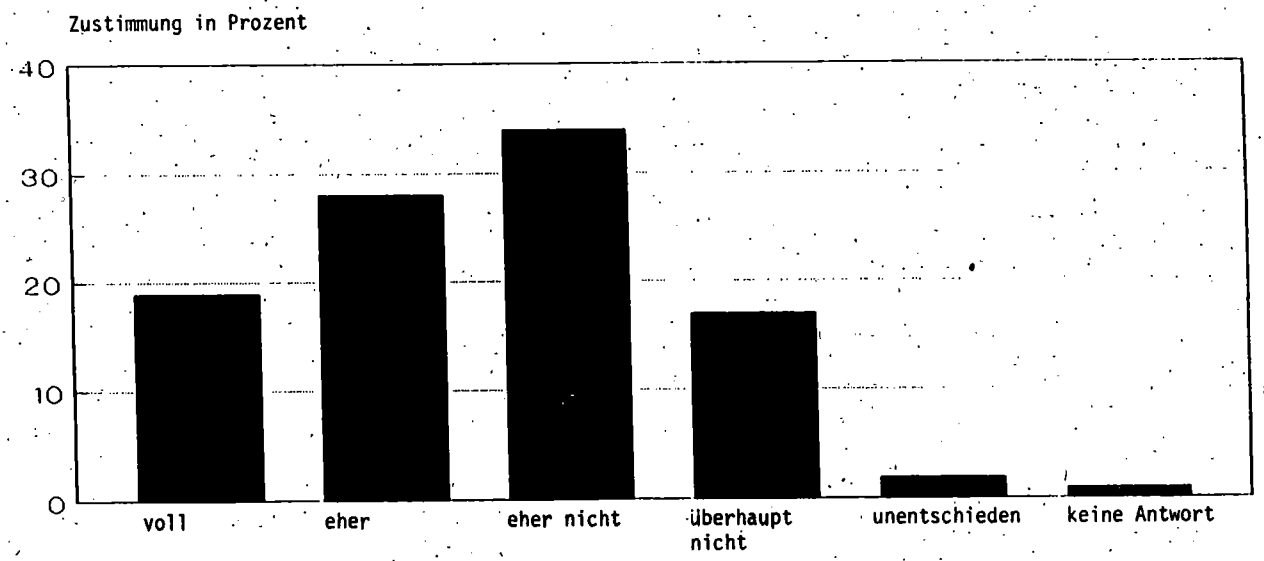
Mit der ersten Aussage "Im Grossen und Ganzen sind heute die Frauen und Männer gleichberechtigt" erfragten wir eine grundsätzliche Beurteilung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Diese Frage ist mehrdeutig: Es kann hier sowohl die materielle Gleichstellung als auch die formelle Rechtsgleichheit gemeint sein. Eine volle Zustimmung zu dieser Aussage kann nun einerseits bedeuten, dass materielle und formelle Gleichberechtigung in der Schweiz tatsächlich als erreicht gilt. Andererseits kann sie aber auch bedeuten, dass materielle Gleichberechtigung für die Befragten grundsätzlich kein Problem darstellt. Weil die Zustimmung so schwierig zu interpretieren ist, interessiert in erster Linie

die Ablehnung dieser Aussage und deren Zusammenhang mit der Unterstützungsbereitschaft von Förderungsmassnahmen.

Dieser ersten Aussage können sich 47% der Befragten voll (19%) und eher (28%) anschliessen. Die Hälfte (50%) der Befragten kann sich mit dieser Aussage überhaupt nicht (17%) oder eher nicht (33%) einverstanden erklären. Die Befragten teilen sich also in zwei fast gleich grosse Gruppen, wobei diejenigen überwiegen, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Schweiz noch nicht für verwirklicht halten.

Interessant ist aber folgender Zusammenhang: Die Unterstützung sämtlicher Förderungs- und Gleichstellungsmassnahmen ist bei denjenigen höher, welche diese Aussage "Im Grossen und Ganzen sind heute die Frauen und Männer gleichberechtigt" ablehnen.

Grafik 14:
Allgemeine Einstellungen zur Frauenpolitik: Gleichberechtigung

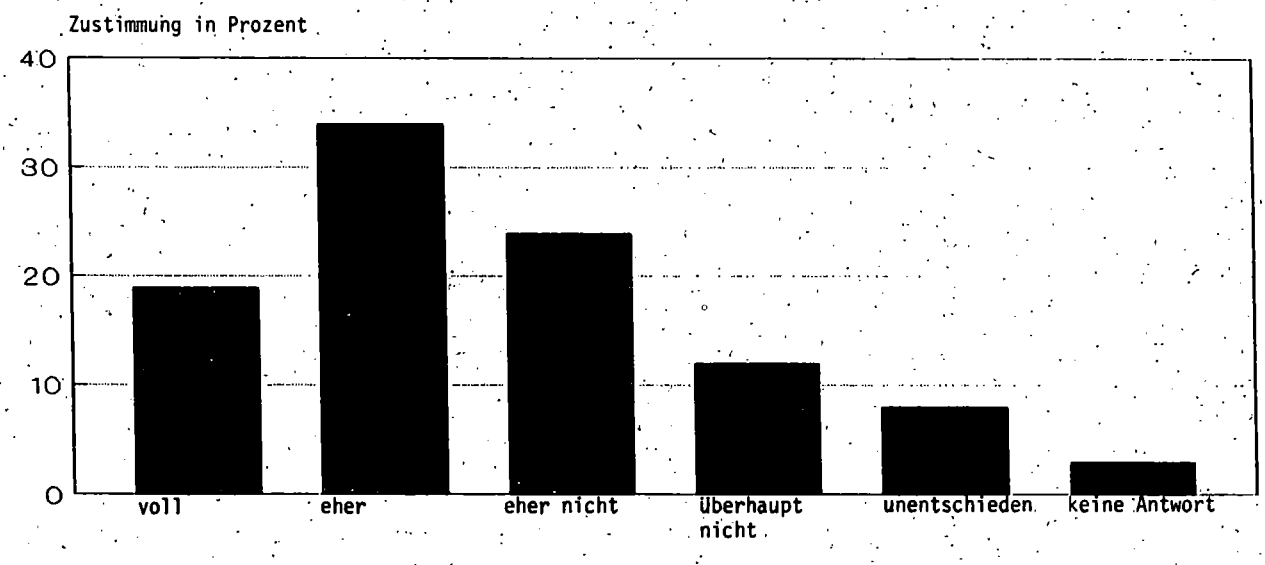


3.2. Gezielte Frauenpolitik für Frauen

Die zweite Aussage "Gewisse Rechte, Wünsche und Vorstellungen der Frauen können nur realisiert werden, wenn gezielt Frauenpolitik für Frauen betrieben wird" impliziert ein weitergehendes Politikverständnis. Diese Forderung findet bei ei-

ner Mehrheit der Befragten Unterstützung. Hier sind es 53% der Befragten, die die Aussage voll (19%) oder eher (34%) unterstützen können. 36% sind der Meinung, dass es eine gezielte Frauenpoltik für Frauen nicht braucht. Auch hier ist der Zusammenhang der Unterstützung dieser Aussage und der Unterstützung von Förderungsmassnahmen klar ersichtlich. Wer findet, dass es gezielte Frauenpolitik braucht, um gewisse Wünsche und Vorstellungen der Frauen zu realisieren, drückt dies auch in einer überdurchschnittlich höheren Unterstützung von Förderungsmassnahmen, insbesondere durch Quoten, aus.

Grafik 15:
Allgemeine Einstellungen zur Frauenpolitik: Gezielte Frauenpolitik für Frauen

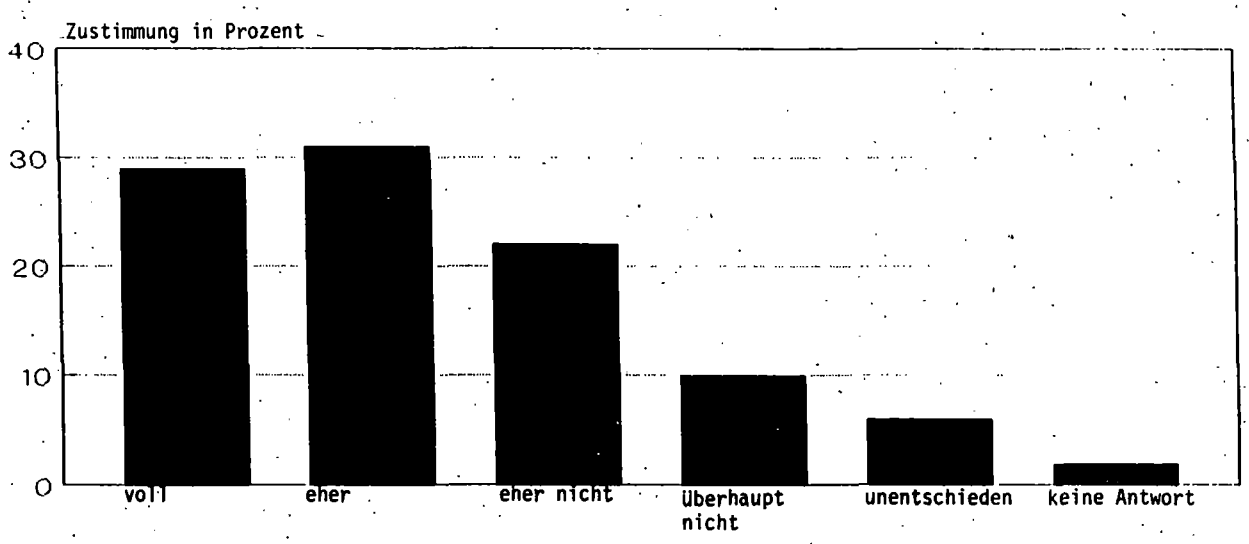


3.3. Notwendigkeit der gleichen Beteiligung von Mann und Frau

61% der Befragten befürworten diese paritätisch-demokratische Aussage "Auf die Dauer funktioniert eine Demokratie nur, wenn sich Frauen und Männer im gleichen Masse beteiligen und im Parlament vertreten sind." voll (29%) oder eher (32%); ein Drittel der Befragten kann dieser Aussage nicht zustimmen. Der Zusammenhang zwischen der Zustimmung hier und der Unterstützung insbesondere der Förderung durch Quoten ist offensichtlich. Die zahlenmässige Erhöhung des Frauenanteils durch Quotenvorgabe findet bei den Leuten Anklang, die die gleiche Beteiligung

von Frau und Mann in der schweizerischen Politik befürworten. Das Argument einer zahlenmässig gerechten Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen stösst auf breite Unterstützung in der Bevölkerung: Die Unterstützung ist gleich hoch und höher als bei Argumenten, welche vor allem die Diskriminierung der Frauen hervorheben.

Grafik 16:
Allgemeine Einstellungen zur Frauenpolitik: Notwendigkeit der gleichen Beteiligung



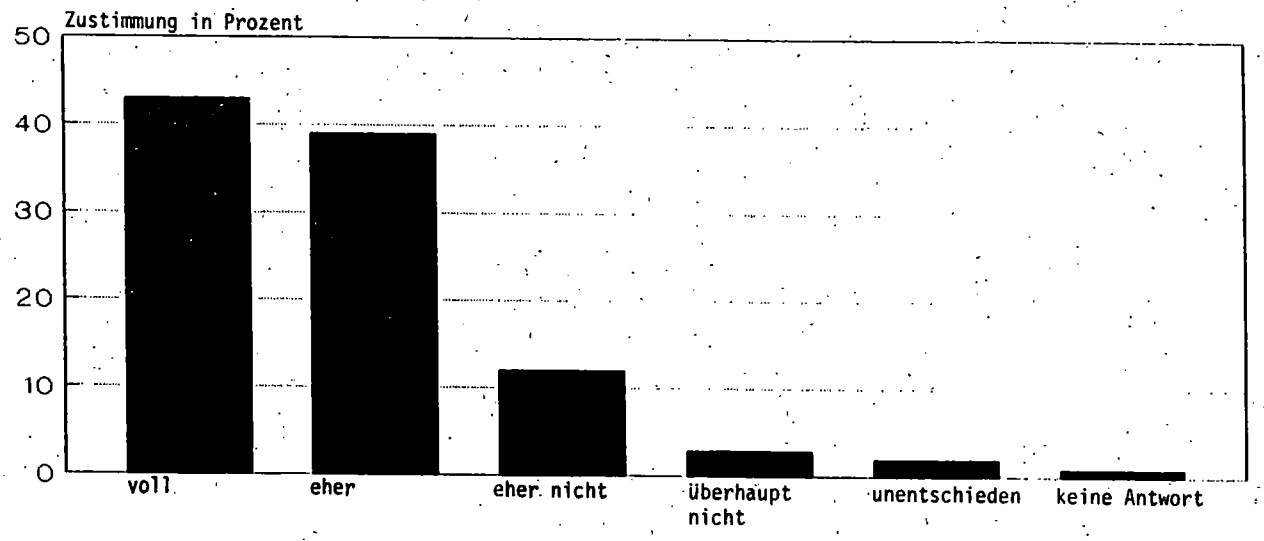
3.4. Diskriminierung der Frauen

Die Aussage "Trotz den gleichen Rechten sind die Frauen in vielen Bereichen noch benachteiligt" wird von einer überwältigenden Mehrheit der Befragten voll (43%) oder eher (39%) unterstützt. Die überraschend hohe Bereitschaft, die Benachteiligung der Frauen in vielen Bereichen zuzugeben, erstaunt und muss gleichzeitig mit Vorsicht gedeutet werden: Zwar wird die Benachteiligung von einer Mehrheit der Befragten anerkannt und zugegeben: die Frage, wie stark diese Benachteiligung auch negativ bewertet wird, bleibt aber offen.

Es wehrt sich die Hälfte all jener, die Benachteiligung wahrnehmen, gegen alle Förderungsmassnahmen. Eine befragte Person kann sehr wohl die Benachteiligung der Frau in vielen Bereichen feststellen, muss diese aber auf politischem Gebiet

nicht unbedingt verändern wollen. Festgestellte Ungleichheit wird nicht unbedingt immer auch als veränderungswürdig empfunden.

Grafik 17:
Allgemeine Einstellungen zur Frauenpolitik: Benachteiligung in vielen Bereichen

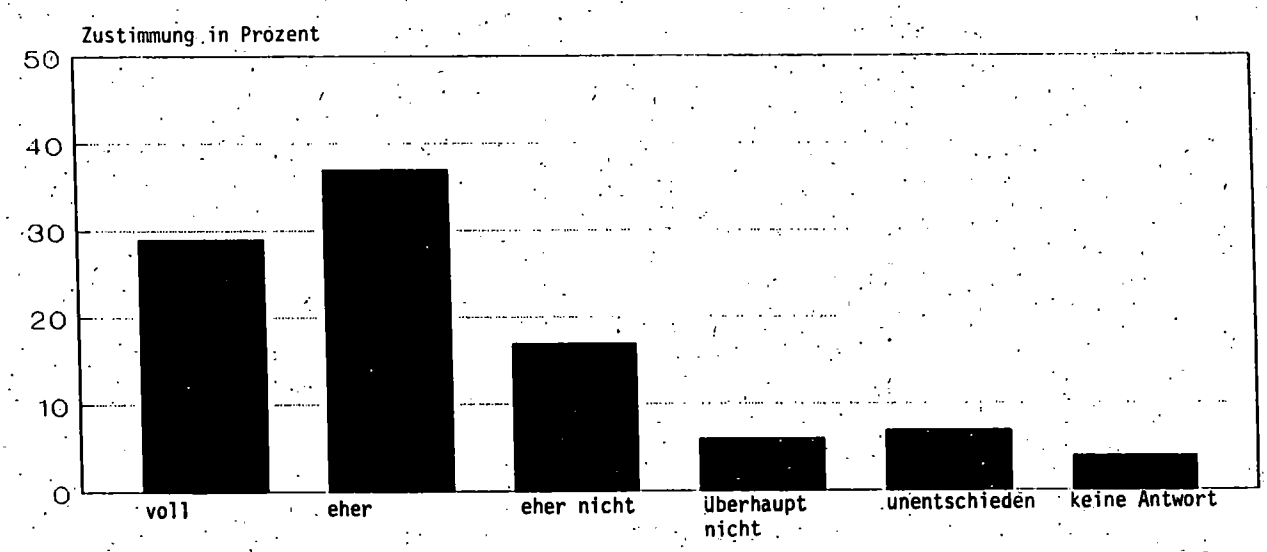


3.5. Erhöhung der Quantität - nur ein erster Schritt

Mit der letzten Antwortvorgabe "Die zahlenmässig bessere Vertretung von Frauen im Parlament ist bloss ein erster Schritt auf dem Weg zur Veränderung von traditionellen Denk- und Verhaltensweisen in Politik und Gesellschaft" sind grundsätzliche Veränderungen angesprochen. 66% der Befragten können sich dieser weitergehenden Emanzipationsvorstellung voll (29%) oder eher (37%) anschliessen. Wer davon überzeugt ist, dass die Veränderung von traditionellen Denk- und Verhaltensweisen ein langer Prozess ist, bejaht Förderungsmassnahmen. Entscheidend ist hier der Begriff "ist bloss ein erster Schritt": In den Augen der Mehrheit der Befragten spielt zahlenmässige Verbesserung der Position der Frauen zwar eine untergeordnete, aber nicht zu unterschätzende Rolle.

Ob aber eine Veränderung der traditionellen Denk- und Handlungsweisen auch tatsächlich von denselben Leuten, die dieser Aussage zustimmen, unterstützt würde, das freilich lässt die Frage offen.

Grafik 18:
Allgemeine Einstellungen zur Frauenpolitik: Ein erster Schritt



FAZIT: Je höher der Anteil derjenigen ist, die meinen, dass Rechte, Wünsche und Vorstellungen von Frauen nur mit einer gezielten Frauenpolitik verwirklicht werden können, desto höher auch der Anteil bei der Unterstützung von Förderungsmassnahmen der politischen Organisationen zugunsten von Frauen und von Quoten für die politischen Gremien. Erst das Bewusstsein einer tatsächlichen Diskriminierung hebt auch die Unterstützungsbereitschaft. Wer über dieses Bewusstsein kaum oder gar nicht verfügt, kann mit den vorgeschlagenen Förderungsmassnahmen nichts anfangen. Die Einstellung gegenüber den Frauen und ihrer Rolle in Gesellschaft und Staat ist ein wesentlicher Faktor in der Beurteilung der Möglichkeiten, die Frauen in der Politik haben. Je stärker die Meinung vorherrscht, dass wir in der Schweiz noch weit von einer wahren Gleichberechtigung entfernt sind, desto stärker auch die Unterstützungsbereitschaft gegenüber allen Förderungsmassnahmen. Hier stellt sich nun die Frage, wieso diese Bereitschaft aufgrund der Einstellung zu Fragen der Gleichstellung nicht höher

ausgefallen ist. Wir erklären uns diesen Umstand aus der Anlage des Fragebogens. Mit der Möglichkeit "eher zuzustimmen" entzogen sich die Befragten dem Druck einer konsequenten Stellungnahme.

Deshalb: Trotz der Angabe einer Mehrheit, dass Frauen in vielen Bereichen noch benachteiligt seien, will nur ein Drittel der Befragten spezielle Frauenförderungsmassnahmen unterstützen. Das bedeutet in diesem Falle, dass mehrheitlich selbst diejenigen, die sich der faktischen Benachteiligung der Frauen in Gesellschaft und Politik bewusst sind, die Unterstützung von Frauenförderungsmassnahmen nicht die Regel sein muss. Ein Bewusstsein von Ungleichheit ist zwar vorhanden; ob man aber davon ausgehen kann, dass bei vorhandenem Bewusstsein auch normative Veränderungen angestrebt werden, bleibt offen.

4. Anteil der Frauen in der Politik: Kenntnisstand und Einstellung

Kulturelle Muster, verwoben mit ideologischen Dimensionen, sind Organisationsformen gesellschaftlichen Denkens. Die Geschlechterkonstruktionen "denken" in uns, und wir denken uns in ihnen. Das weibliche Geschlecht ist darin mehr Geschlecht als das männliche; es ist im Vergleich zum Mann das andere Geschlecht. Wieweit dieses "andere" Geschlecht in Wahlen überhaupt beachtet wird, wollen wir am Kenntnisstand der Bevölkerung - sowohl über den Anteil Frauenkandidaturen als auch über die gewonnenen Sitze im Nationalrat und im Ständerat - messen.

Wir wählten folgende Frageformulierung:"Können Sie mir sagen, wie gross ungefähr der Anteil Frauen in Prozenten war, der sich bei den letzten Nationalratswahlen für einen Parlamentssitz bewarb?" Weiter wurde nach dem gleichen Muster nach der Zahl der gewählten Frauen im Nationalrat und nach der Zahl der gewählten Frauen im Ständerat gefragt. Die Befragten hatten hierbei keine Antwortvorgaben, sondern mussten die Zahlen nennen: In den letzten Nationalratswahlen machen die Frauen bei den Kandidierenden fast ein Drittel aus. 29 Frauen wurden in den NR, 5 in den SR gewählt.

Bei der ersten Frage nach dem Anteil Frauenkandidaturen wissen ganze 45% der Befragten keine Antwort.2 Bei der zweiten Frage nach der Anzahl Sitze für Frauen im Nationalrat sind es 39%. Die letzte Frage nach der Anzahl Sitze für Frauen im Ständerat können 39% der Befragten nicht beantworten. Die meisten der Befragten, die sich zu einer Antwort durchringen können, liegen unter der tatsächlichen Prozentzahl oder unter der Anzahl Sitze.

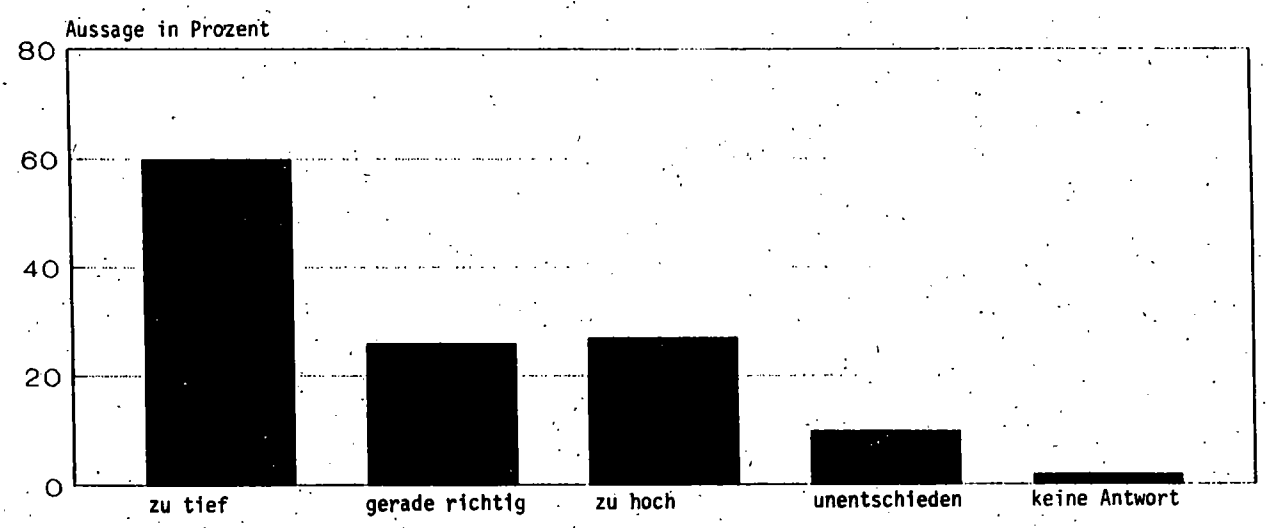
Nur gerade 1% der Befragten weiss die richtige Antwort auf die Frage nach der Anzahl Frauen im Nationalrat. Beim Ständerat sind es schon 10% der Befragten, welche die richtige Antwort wissen. Nur 7% wissen über den ungefähren Anteil Frauenkandidaturen für die NR-Wahlen 1987 Bescheid.

Politische Partizipation wird nicht bewusst geschlechtlich perzipiert. Eigentlich sollten demzufolge den Frauen die gleichen Möglichkeiten der Partizipation und die gleichen Chancen, gewählt zu werden, gegeben sein. Angesichts der politischen Realität lässt sich jedoch vermuten, dass "Geschlecht" als soziale Kategorie gar nicht wahrgenommen wird. Die unterschwellig wirkende Benachteiligung der Frauen in der Politik ist aber mit dem Instrument einer repräsentativen Befragung schwer messbar.

Was die allgemeine Einstellung zum Anteil Frauen im Parlament betrifft, so finden 63% der Frauen und 60% der Männer, dass der Anteil Frauen im Parlament zu tief ist. 28% der Männer und 25% der Frauen finden, dass schon genug Frauen im Parlament sitzen. Diejenigen Meinungen, die ausdrücken, dass zuviele Frauen im Parlament sitzen, teilen sich paritätisch zwischen Frau und Mann auf.

Fazit: Die Mehrheit weiss nicht, wieviele Frauen sich tatsächlich um einen Sitz bemüht haben und wievielen Frauen dabei Erfolg beschieden war. Ganz unabhängig davon finden 60% der Befragten (fast gleichviele Männer wie Frauen), dass die Vertretung der Frauen im Parlament eindeutig zu tief ist. 26% finden die Frauenvertretung gerade richtig und nur 2% finden, dass der Anteil Frauen im Parlament zu hoch sei.

Grafik 19:
Einstellungen zum Anteil der Frauen im Parlament. Ist die heutige Vertretung der Frauen...



Ein gewisses Bewusstsein der Unterrepräsentation von Frauen ist vorhanden. Dieses Bewusstsein geht aber nicht über ein unbestimmtes Gefühl hinaus. Den tatsächlichen Anteil der Frauen im Parlament zu kennen, würde einen gewissen Aufwand und Informationsstand voraussetzen. Die Wenigsten sind aber bereit oder imstande, diesen Aufwand zu leisten.

Die Unterrepräsentation wird ohne grosse Kenntnis ihres Umfanges als allgemein gültige Tatsache hingenommen.

Angesichts der vermehrten Werbung durch die Bundesratsparteien für eine grössere Anzahl Frauen im Parlament im Vorfeld der letzten Wahlen, muss die fehlende

Kenntnis der Bevölkerung doch aufhorchen lassen. Wieviele Frauen schliesslich im Parlament sitzen, scheint das Interesse einer Minderheit, einer Elite zu sein.

Unterrepräsentation gehört - wie die Annahme faktischer Ungleichheit - zu jenen Dingen, die heute als gegeben betrachtet werden: Sie scheinen aber weder grosses Interesse (oder Bedeutung) zu beanspruchen noch als derart stossende Ungleichheit empfunden zu werden, dass genaue Kenntnis über den Umfang derselben notwendig wäre.

5. Erwartungen an Frauen in der Politik

"Als Einzelne wirkt die Frau wie eine Blume im Parlament, aber in der Masse wie Unkraut".[7]

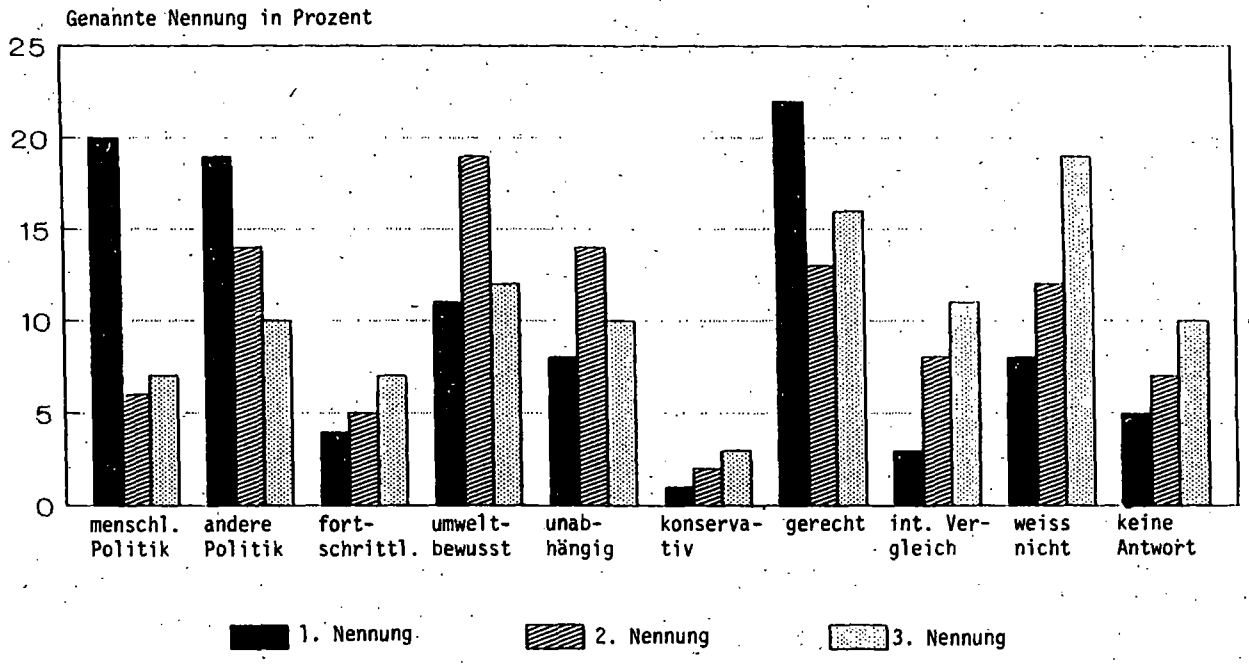
"Frauen haben im Unterschied zu Männern eine mehr geistige, moralische, kulturelle und erzieherische Rolle, und ein zutiefst menschliches Anliegen, sich für den Menschen, für den Schutz seines Wertes und seiner Würde einzusetzen".[8]

Diese zwei Zitate zeigen, wie unterschiedlich die Erwartungen an "die Frau" im Parlament aussehen und bewertet werden. Erwartungen spielen im Entscheid für die Wahl einer Frau eine grosse Rolle. Probleme für Frauen in der Politik ergeben sich zum Teil auch durch die indirekten, unausgesprochenen Erwartungen, die an sie gestellt werden und die mit den weiblichen gesellschaftlichen Normenvorstellungen zu tun haben. Probleme für Frauen in der Politik ergeben sich weiter durch ihre geschlechtsspezifische Sozialisation und durch den gesellschaftlich definierten weiblichen Lebenszusammenhang. Geschlechtsspezifische Rollenleitbilder, Rollenverhalten und Rollenzuweisungen prägen die Nutzung der Partizipationschancen der Frauen - und dies in einschränkender Weise.[9] Den die sozialen Rollen konstituierenden Verhaltenserwartungen ist eigentümlich, dass sie verbindlich sind. Ihre Nichtbeachtung wird mit Sanktionen belegt, ihre Erfüllung belohnt.[10]

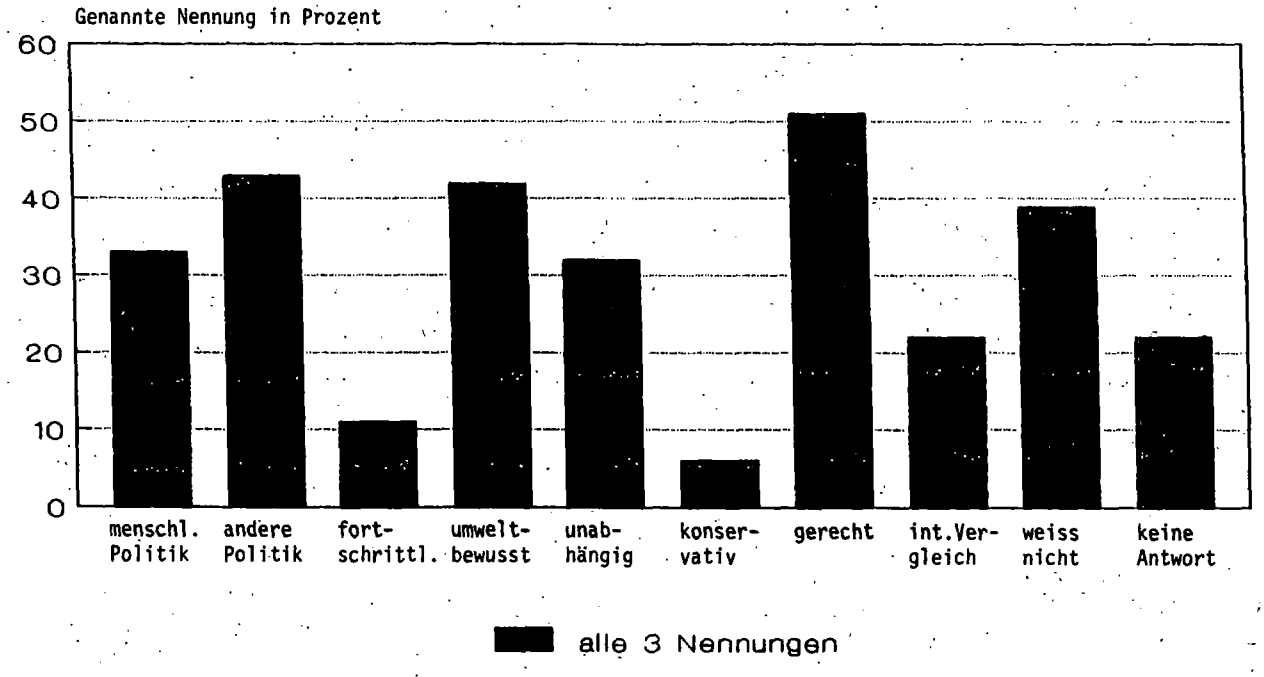
Wie sehen nun die Rollenerwartungen an Frauen in der Politik in den Augen der Befragten aus? Welche Motive sind für die Wahl von Frauen - wenn der Entscheid zugunsten einer Frau gefällt wird - ausschlaggebend?

Die Befragten mussten sich unter acht vorgegebenen Antwortmöglichkeiten für die ihnen drei wichtigsten Argumente, die für eine vermehrte Wahl von Frauen sprechen, entscheiden:

Grafik 20:
Motive zu Wahl von Frauen



Grafik 21:
Motive zur Wahl von Frauen



- Eine grosse Anzahl der Befragten (22%) finden in ihrer ersten Nennung, dass Frauen vermehrt in politischen Gremien vertreten sein sollten, weil es gerecht sei, dass Frauen angemessen vertreten seien.

- 20% der Befragten finden, dass Frauen menschlicher sind und deshalb vermehrt in der Politik vertreten sein sollten.

- 19% vermuten dass Frauen anders politisieren, und 11% der Befragten meinen, dass Frauen in der Politik vermehrt vertreten sollten, weil diese "natur- und umweltverbundener" sind.

- Auch in den Zweit-Nennungen dominieren diese vier Argumente. Ausserdem erhält in den Zweit- und Drittnennungen das Argument "weil wir im internationalen Vergleich in Frauenfragen hintenanstehen" noch an Gewicht.

Der hohe Prozentsatz der Antwort "weil es gerecht ist, dass Frauen angemessen vertreten sind" lässt sich dadurch erklären, dass die Befragten mit dieser Antwort vor allem demokratischen Grundsätzen folgen. Mit dieser paritätischen Argumentation widerspiegeln die betreffenden Aussagen eine Kluft zwischen der verfassungsmässig garantierten Gleichberechtigung der Frau und ihrer realen Ungleichheit. Das herrschende Demokratieverständnis erfordert tatsächlich die Teilnahme möglichst vieler Bürger und Bürgerinnen am politischen Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozess.

6. Wahrgenommene Ursachen der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik

Es gibt in der Parteiforschung einen allgemeinen Konsens darüber, dass das Geschlecht eine entscheidende Variable für die Teilnahme am politischen Handeln ist. Es gibt aber bisher noch kaum gesicherte Erkenntnisse über die tatsächlichen Einflussgrössen des weiblichen politischen Verhaltens. Alle bisherigen Erklärungsversuche drehen sich um die Gründe für die politische Unterrepräsentanz von Frauen bzw. um die Frage: "Wieso so wenige?" Es besteht also eine gewisse Schwierigkeit, den weiblichen Lebenszusammenhang für die politikwissenschaftliche Forschung zu operationalisieren. Um die Ursachen der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik in der Meinung der Befragten untersuchen zu können, stellten wir ihnen einige Ansichten zur Auswahl.

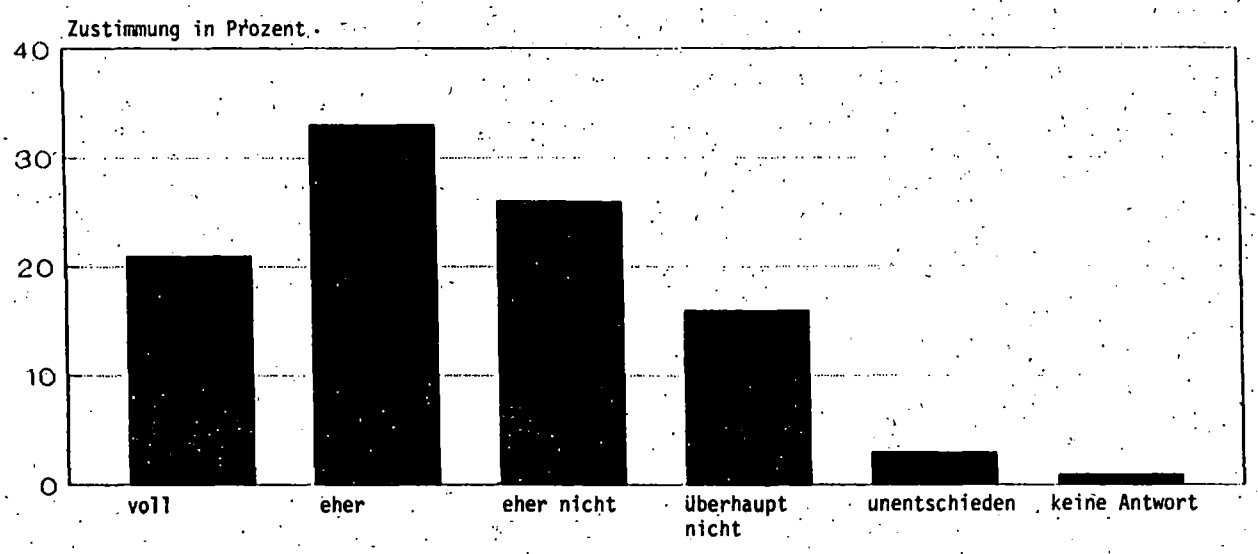
Die Befragten hatten sich hier bei jeder Aussage zu äussern, ob sie

a) voll,
b) eher,
c) eher nicht oder
d) überhaupt nicht

mit der genannten Meinung übereinstimmen.

6.1. "Frauen stehen dem politischen Geschehen ferner als Männer"

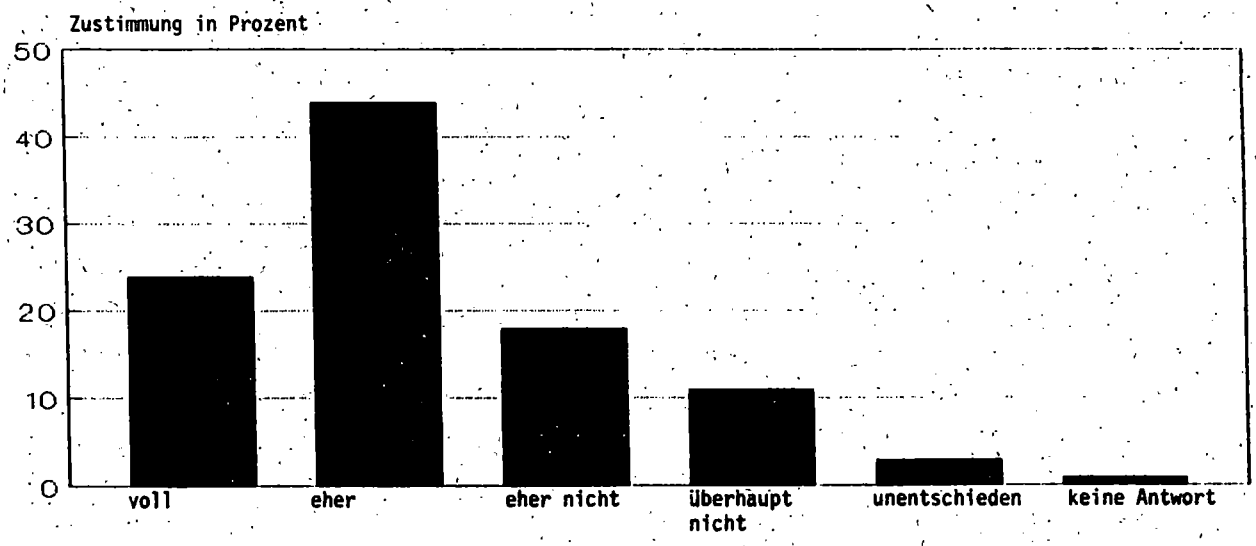
Grafik 22:



54% der Befragten sind mit dieser Aussage voll (21%) und eher (33%) einverstanden. Ueber die Hälfte der Befragten unterstützen demzufolge ein diskriminierendes Argument: Frauen können aufgrund ihres Geschlechtes mit dem "Männergeschäft" Politik nicht viel anfangen.

6.2. "Aufgrund ihrer Erziehung sind Frauen weniger als Männer dazu bereit, sich in der Politik zu betätigen"

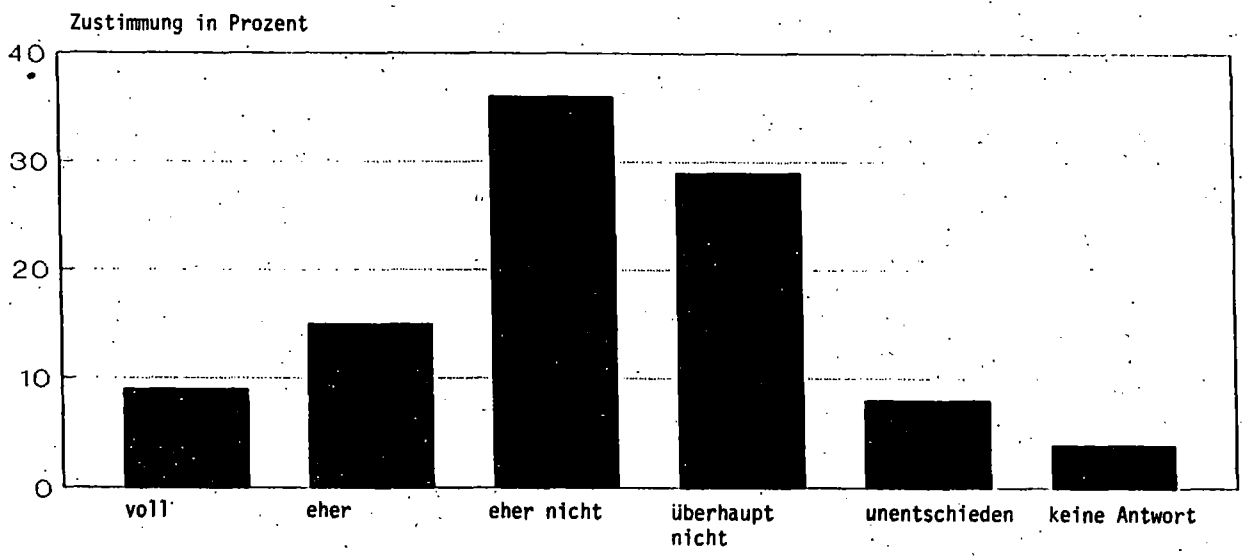
Grafik 23:



Dieser Aussage können 68% der Befragten voll (24%) oder eher (44%) zustimmen. Neben der "natürlichen weiblichen Distanz zur Politik" wird die Sozialisation als Hinderungsgrund für ein vermehrtes Engagement von Frauen in der Politik angegeben.

6.3. "Frauen, die Politik betreiben, vernachlässigen häufig ihre Pflichten in der eigenen Familie"

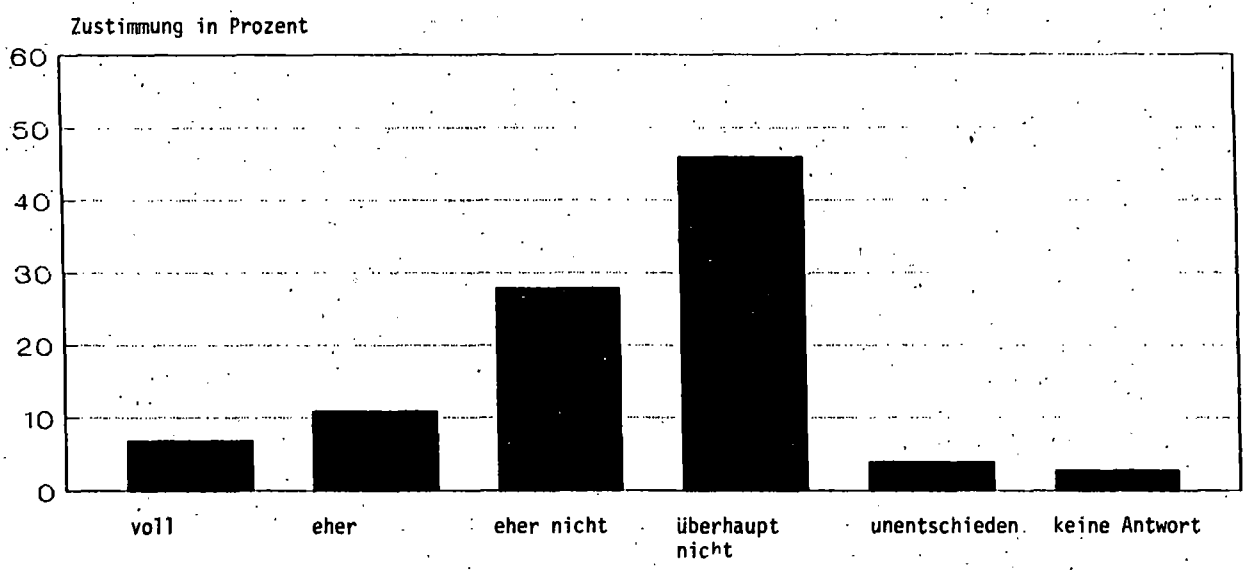
Grafik 24:



Ein derartiges Vorurteil, wie es noch in den Fünfziger Jahren und während der Diskussion über das Frauenstimmrecht gang und gäbe war, wird von der Mehrheit (65%) der Befragten 1988 nicht mehr unterstützt.

6.4. "Männern ist im Vergleich zu Frauen mehr zuzutrauen"

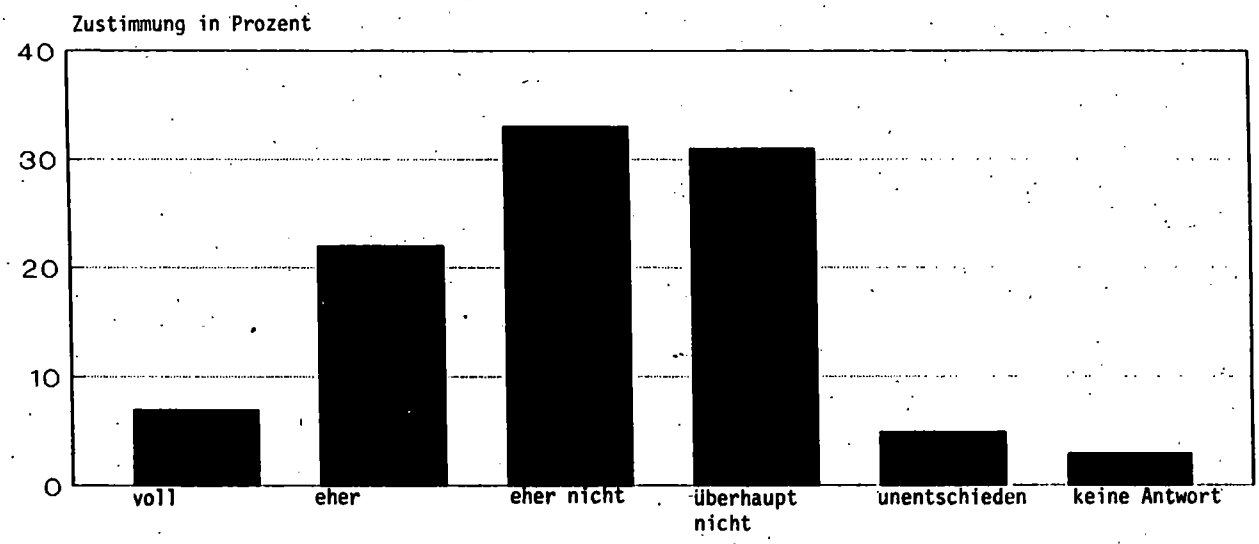
Grafik 25:



Die Mehrheit der Befragten (68%) kann sich mit dieser Aussage nicht einverstanden erklären. Objektiv kann von einem Vorurteil der Qualifikation nicht gesprochen werden.

6.5. "Frauen entscheiden in der Politik gefühlsmässig und zu wenig sachlich"

Grafik 26:



Die Mehrheit der Befragten (64%) schliesst sich diesem Argument nicht an. Die stärkere "Gefühlsorientierung der Frauen" sollte demzufolge keinen Grund für die Untervertretung der Frauen in der Politik darstellen.

Was die geschlechtsspezifische Verteilung der genannten Einstellungen betrifft, so zeigen Männer und Frauen bezüglich ihrer Stellungnahme zu Gründen der weiblichen Untervertretung keine nennenswerte Unterschiede. Gleichviele Männer wie Frauen lehnen die erwähnten Vorurteile ab.

Anmerkungen

1) Die verschiedenen Landes-und Sprachteile der Schweiz unterscheiden sich bezüglich ihrer Unterstützungsbereitschaft gegenüber Frauenförderungsmassnahmen nicht.

2) Zur Quotendiskussion siehe Claudia Kaufmann, "Quoten - besser als ihr Ruf: Das umstrittene Mittel zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann", aus: F-Frauenfragen, hg. von der Kommission für Frauenfragen, Nr. 1, 1988

3) Bei den Nationalratswahlen 1987 traten die SP im Kanton Bern und die FdP im Kanton Solothurn erstmals mit separaten Frauen- und Männerlisten an. Andere Parteien förderten die Kandidatur von Frauen mit Quotenregelungen oder indem sie ihnen aussichtsreiche Listenplätze reservierten. Im Aargau kämpften Politikerinnen aus verschiedenen Parteien mit einer eigenen Liste "Frauen für den Aargau" gegen die Untervertretung der Frauen in der schweizerischen Politik. Vgl. SPJ, 1987, S. 41ff

4) Wegen der geringen Fallzahl bei kleinen Parteien haben wir uns auf die Unterstützungsbereitschaft innerhalb der Regierungsparteien beschränkt.

5) siehe Gurin, P., Women's gender consciousness, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 49, 1985 und Zipp, J., Plutzer, E., Gender differences in voting for female candidates, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 49, 1985 und Shapiro, R.Y., Mahajan, H., Gender differences in Policy preferences: A summary of trends from the 1960s to the 1980s in: Public Opinion Quarterly, Vol. 50, 1986

6) Wir stellten die Fragen zu den Einstellungen zur Frauenpolitik allgemein vor den Fragen zu den Einstellungen zu Förderungsmassnahmen, um den negativen Interviewefekt zu verhindern, dass sich die Befragten selber in ihrer Konsequenz überprüfen. Ausserdem eignete sich dieses Vorgehen für den reibungslosen Ablauf des Interviews sehr gut.

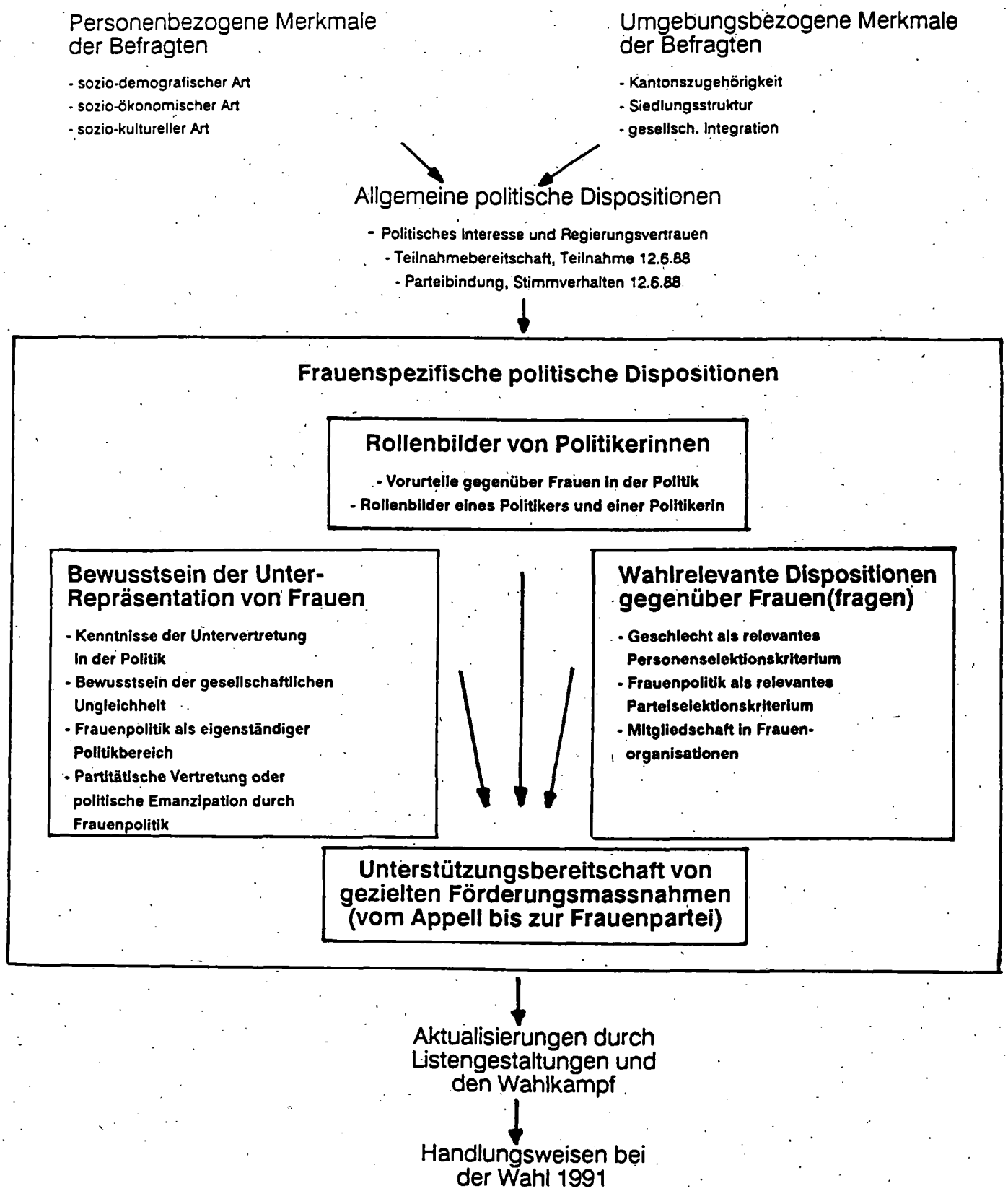
7) Mabry, H., Unkraut ins Parlament, Giessen, 1974. Zitat eines ehemaligen Staatskommissars und Landtagspräsidenten.

8) Dies die offizielle schweizerische Erklärung zum Jahr der Frau, in: Haller, G., Frauen und Männer, Die Zukunft der Gleichberechtigung, Bern, 1980

9) Hoecker, B., Frauen in der Politik, Eine soziologische Studie, Opladen, 1987, S. 29

10) Pross, H., Die Männer, Hamburg, 1978

Grafik: Forschungskonzept der Untersuchung



GfS-Forschungsinstitut GfS-Institut de recherches GfS-Istituto di ricerche

S T A N D A R D 6 - 88

VOX - I-88 (v. 12.6.88)
Einst. z. Frauenförderung b. Wahlen

Visum:	TEL.	PERS.	CODEUSE	LOCHERIN

Befragte/r: ..... Strasse/Nr.: .....

PLZ: ..... Ort: ...../Kt: ..... Tel.-Nr.: ...../.....

Befrager/-in: .....

	8	0	9	KA	9	5

15. "Ganz allgemein gesprochen, wie stark interessieren Sie sich für die Politik? Sind Sie 'sehr stark interessiert', 'recht stark', 'ein bisschen' oder 'überhaupt nicht interessiert'?"

10

- sehr stark interessiert . . . 1
- recht stark interessiert . . 2
- ein bisschen interessiert . . 3
- überhaupt nicht interessiert . 4
- weiss nicht 5
- keine Angabe 6

16. "Versetzen Sie sich in die Lage, dass bereits in den kommenden Tagen Nationalratswahlen wären. Reden wir davon, wie Sie dabei Personen auswählen. Auf dieser Karte sehen Sie eine Liste von Merkmalen, die bei diesem Entscheid wichtig sein können. Was ist für Sie das Entscheidendste? Nennen Sie mir bitte die drei besonders wichtigen Merkmale!"

INTERVIEWER: KARTE 8 GEBEN. D R E I ANTWORTEN VERLANGEN; IN DER REIHENFOLGE DER NENNUNGEN NOTIEREN!

	1. Nennung 11-12/	2. Nennung 13-14/	3. Nennung 15-16/
- Alter	01	01	01
- Ausbildung, Beruf, Stellung im Berufsleben	02	02	02
- Bekanntheit und häufiges Auftreten in den Medien	03	03	03
- Geschlechtszugehörigkeit (ob Mann oder Frau)	04	04	04
- Konfession, Religionsauffassung	05	05	05
- Leistungen in den vergangenen vier Jahren im Nationalrat (bei Bisherigen)	06	06	06
- Leistungen als Politiker/Politikerin in der Gemeinde, im Kanton und ähnlichem (bei Neuen)	07	07	07
- Mitgliedschaft in Organisationen, die meine Interessen vertreten	08	08	08
- Parteizugehörigkeit	09	09	09
- Persönliche Bekanntschaft mit Kandidaten/Kandidatin . . .	10	10	10
- Ueberparteiliche Empfehlungen	11	11	11
- Zivilstand	12	12	12
- weiss nicht, kann sich nicht entscheiden	13	13	13
- keine Angabe, Antwort verweigert	14	14	14

	Kol.	Code
		(5)

17. "Stellen Sie sich vor, Sie wählen eine Frau und einen Mann der gleichen Partei. Auf welche der folgenden Eigenschaften würden Sie besonders bei einem Politiker bzw. bei einer Politikerin achten? Entscheiden Sie sich bitte jeweils bei jeder Frage für den Mann oder die Frau!"

INTERVIEWER: KARTE 9 VORLEGEN. JEDE VORGABE EINZELN VORLESEN UND BEURTEILEN LASSEN!

	bei einem Mann beachten	bei einer Frau beachten	w.n. / kann sich nicht entscheiden	k.A. / Antwort verweigert	Kol.
a) Beruflicher Leistungsausweis	1	2	3	4	17
b) Einsatz zugunsten der Frauen (bei der Politikerin), zugunsten der Männer (beim Politiker) . . .	1	2	3	4	18
c) Gepflegtes Aeusseres, gutes Auftreten	1	2	3	4	19
d) Grosse menschliche Ausstrahlung	1	2	3	4	20
e) Hohe Kompetenz und Leistungsfähigkeit	1	2	3	4	21
f) Mitgliedschaft in wirtschaftlichen Interessenorganisationen	1	2	3	4	22

18a) "Können Sie mir nun sagen, wie gross ungefähr der Anteil Frauen in Prozenten war, der sich bei den letzten Nationalratswahlen für einen Parlamentssitz bewarb?"

23 24 25 [ ][ ][ ] Prozent

INTERVIEWER: GENANNTEN ANTEIL IM NEBENSTEHENDEN KASTEN RECHTSBUENDIG EINTRAGEN!

	Kol.	Code
- w.n.	26	1
- k.A.		2

18b) "Können Sie mir nun sagen, wie gross ungefähr die Zahl der Frauen ist, die auch gewählt wurden? Beginnen wir mit der Volksvertretung. Wieviele der 200 Nationalratssitze werden gegenwärtig von Frauen eingenommen?"

27 28 29 [ ][ ][ ]

INTERVIEWER: ZAHL GEWAEHLTER NATIONALRAETINNEN IM NEBENSTEHENDEN KASTEN RECHTSBUENDIG EINTRAGEN !

	Kol.	Code
- w.n.	30	1
- k.A.		2

18c) "Und nun zur Kantonsvertretung. Wieviel der 46 Ständeratssitze werden gegenwärtig durch Frauen eingenommen?"

31 32 [ ][ ]

INTERVIEWER: ZAHL GEWAEHLTER STAENDERAETINNEN IM NEBENSTEHENDEN KASTEN RECHTSBUENDIG EINTRAGEN !

	Kol.	Code
- w.n.	33	1
- k.A.		2

19) "Was meinen Sie, ist die heutige Vertretung der Frauen im Parlament zu tief, gerade richtig oder zu hoch?"

	Kol.	Code
	34	
- zu tief		1
- gerade richtig		2
- zu hoch		3
- w.n. / kann sich nicht entscheiden		4
- k.A. / Antwort verweigert		5

20) INTERVIEWER: KARTE 10 GEBEN; JEDE VORGABE EINZELN VORLESEN UND BEURTEILEN LASSEN !

"Wir haben hier einige allgemeine Ansichten gesammelt, die zur Frauenpolitik allgemein zu hören sind. Können Sie mir bitte jeweils sagen, ob Sie persönlich mit den geäusserten Ansichten 'voll einverstanden', 'eher', 'eher nicht' oder 'überhaupt nicht einverstanden' sind?"

	voll einverstanden	eher einverstanden	eher nicht einverstanden	überhaupt nicht einverstanden	w.n. / kann sich nicht entscheiden	k.A./ Antwort verweigert	Kol.
a) Im Grossen und Ganzen sind heute die Frauen und Männer gleichberechtigt. .	1	2	3	4	5	6	35
b) Gewisse Rechte, Wünsche und Vorstellungen der Frauen können nur realisiert werden, wenn gezielt Frauenpolitik für Frauen betrieben wird.	1	2	3	4	5	6	36

FORTSETZUNG VON FRAGE 20) AUF SEITE 9 !

FORTSETZUNG VON FRAGE 20)

	voll einverstanden	eher einverstanden	eher nicht einverstanden	überhaupt nicht einverstanden	w.n. / kann sich nicht entscheiden	k.A./ Antwort verweigert	Kol.	Code (5)
c) Auf die Dauer funktioniert eine Demokratie nur, wenn sich Frauen und Männer im gleichen Masse beteiligen und im Parlament vertreten sind. . .	1	2	3	4	5	6	37	
d) Trotz den gleichen Rechten sind die Frauen in vielen Bereichen noch benachteiligt.	1	2	3	4	5	6	38	
e) Es gibt nicht Männer- und Frauenthemen, Männer- und Frauenpolitik, sondern alles betrifft alle.	1	2	3	4	5	6	39	
f) Die zahlenmässig bessere Vertretung von Frauen im Parlament ist bloss ein erster Schritt auf dem Weg zur Veränderung von traditionellen Denk- und Verhaltensweisen in Politik und Gesellschaft. . . .	1	2	3	4	5	6	40	

21. INTERVIEWER: KARTE 11 GEBEN; JEDE VORGABE EINZELN BEURTEILEN LASSEN !

"Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die heute schon in einzelnen Kantonen von bestimmten Parteien freiwillig angewendet werden, um die Vertretung von Frauen im Nationalrat zu steigern. Können Sie mir bitte bei jeder Massnahme sagen, ob Sie bei früheren Wahlen speziell darauf geachtet haben, solche Listen oder Empfehlungen zu unterstützen, ob Sie bei Ihren zukünftigen Wahlentscheiden bereit sind, solche Listen oder Massnahmen vermehrt zu berücksichtigen, oder ob Sie davon unberührt bleiben wollen."

	habe ich bei früheren Nationalratswahlen speziell unterstützt	bin ich bereit, inskünftig vermehrt zu unterstützen	bin ich nicht bereit, inskünftig - vermehrt zu unterstützen	w.n. / kann sich nicht entscheiden	k.A.	
a) Inserate, Plakate, öffentliche Veranstaltungen und überparteiliche Empfehlungen von Frauen	1	2	3	4	5	41
b) Listen mit speziell günstiger Platzierung von Frauen	1	2	3	4	5	42
c) Listen, bei denen nur die Frauen doppelt aufgeführt sind	1	2	3	4	5	43
d) Parteilisten mit speziellen reservierten Anteilen für Frauen (z.B. Quoten von einem Drittel oder die Hälfte)	1	2	3	4	5	44
e) Parteilisten separat für Frauen (und Männer)	1	2	3	4	5	45
f) Listen reiner Frauenparteien	1	2	3	4	5	46

	Kol.	Code
		5

22. INTERVIEWER: KARTE 12 GEBEN; JEDE VORGABE EINZELN VORLESEN UND BEURTEILEN LASSEN !

"Es gibt auch noch andere Forderungen, die hie und da zu hören sind, um mit einer besseren Vertretung von Frauen in der Politik ernst zu machen. Können Sie mir sagen, ob Sie jeweils 'eher dafür', 'eher dagegen' oder 'noch unentschieden' sind?"

	bin eher dafür	bin noch unentschieden	bin eher dagegen	w.n.	k.A./ Antwort verweigert	Kol.
a) Nationalrat: Garantierter Anteil von mindestens 40% der 200 Sitze für das schlechter vertretene Geschlecht.	1	2	3	4	5	47
b) Ständerat: Auflage an die Kantone, bei 2 Sitzen je eine Frau und einen Mann entsenden zu müssen. . .	1	2	3	4	5	48
c) Bundesrat: Garantierter Anteil von 3 der 7 Sitzen für das schlechter vertretene Geschlecht	1	2	3	4	5	49

23. INTERVIEWER: KARTE 13 GEBEN. D R E I ANTWORTEN VERLANGEN; IN DER REIHENFOLGE DER NENNUNGEN NOTIEREN !

"Viele politische Vertreter, Parteien und Organisationen sind dafür, dass Frauen auch in politischen Gremien vermehrt vertreten sein sollen. Wir haben hier eine Liste von Gründen, die dazu vorgebracht werden. Bitte entscheiden Sie sich für die drei für Sie persönlich wichtigsten Argumente?"

	1. Nennung 50-51/	2. Nennung 52-53/	3. Nennung 54-55/
- weil Frauen menschlicher sind	1	1	1
- weil Frauen anders Politik betreiben	2	2	2
- weil Frauen fortschrittlicher sind	3	3	3
- weil Frauen natur- und umweltverbundener sind	4	4	4
- weil Frauen unabhängigere Politik betreiben	5	5	5
- weil Frauen konservativer sind	6	6	6
- weil es gerecht ist, dass Frauen angemessen vertreten sind	7	7	7
- weil wir im internationalen Vergleich in Frauenfragen hintenanstehen.	8	8	8
- kann sich nicht entscheiden	9	9	9
- keine Angabe, Antwort verweigert	0	0	0

24. INTERVIEWER: KARTE 14 GEBEN; JEDE VORGABE EINZELN VORLESEN UND BEURTEILEN LASSEN !

"Wir haben hier einige Ansichten gesammelt, die als Ursachen für die Untervertretung von Frauen in der Politik angeführt werden. Können Sie mir bitte bei jeder Meinung sagen, ob Sie persönlich mit ihr 'voll einverstanden', 'eher', 'eher nicht' oder 'überhaupt nicht einverstanden' sind?"

	voll einverstanden	eher einverstanden	eher nicht einverstanden	überhaupt nicht einverstanden	w.n. / kann sich nicht entscheiden	k.A./ Antwort verweigert	Kol.
a) Frauen stehen dem politischen Geschehen von Natur aus ferner als Männer	1	2	3	4	5	6	56
b) Aufgrund ihrer Erziehung sind Frauen weniger als Männer dazu bereit, sich in der Politik zu betätigen	1	2	3	4	5	6	57
c) Frauen, die Politik betreiben, vernachlässigen häufig ihre Pflichten in der eigenen Familie	1	2	3	4	5	6	58
d) Männern ist im Vergleich zu Frauen mehr zuzutrauen	1	2	3	4	5	6	59
e) Frauen entscheiden in der Politik gefühlsmässig und zu wenig sachlich. . .	1	2	3	4	5	6	60

STANDARD 6 - 88
EINSTELL. FRAUENFOERDERUNG
ASYLPOLITIK

Kol.	Code
	5

25. INTERVIEWER: KARTE 15 MIT PARTEIEN VORLEGEN; ENTSPRECHENDE NUMMER RECHTSBUENDIG IN KASTEN EINTRAGEN !

"Welches ist Ihrer Meinung nach in unserem Land die Partei, die sich am meisten einsetzt für.....?"

KARTENTEXT:	Nr.
- CVP/CSP	01
- EVP	02
- FdP	03
- SPS	04
- SVP	05
- LdU	06
- LPS	07
- RA	08
- Vigilants	09
- POCH	10
- PdA	11
- PSA	12
- GPS (Grüne Partei)	13
- eine andere Partei setzt sich besonders ein	14
- keine Partei setzt sich besonders ein, alle setzen sich etwa gleich ein	15
- Befragte(r) ist überfordert, weiss es nicht	16
- keine Angabe, Antwortverweigerung	17

a) die Förderung von Frauen in der Politik generell	61	62
b) die allgemeine Durchsetzung der gleichen Rechte für Mann und Frau	63	64
c) die Chancengleichheit in der Arbeitswelt	65	66
d) die Gleichstellung von Mann und Frau in der AHV	67	68
e) die Chancengleichheit im Bildungsbereich	69	70
f) gleichen Lohn für Frauen wie für Männer	71	72

8	0	9		KA	9	6

Kapitel 7:

Frauenförderungsmassnahmen der Parteien bei den Nationalratswahlen

von Katharina Belser und Véronique Ducret

1. Einleitung

Anlässlich der Nationalratswahlen 1987 war in der Schweiz praktisch zum ersten Mal eine grössere Diskussion in der Oeffentlichkeit über konkrete Massnahmen zur Frauenförderung in der Politik entstanden. Deutlichster Ausdruck dieser Diskussion waren 1986 die beiden Quotierungsbeschlüsse der POCH und der SPS, welche beinhalteten, dass in allen parteiinternen Gremien ein festgesetzter Frauenanteil anzustreben sei. Die POCH hatten 1986 beschlossen, für sämtliche Gremien eine 60% Quote für Frauen einzuführen, und die SPS zog bald nach mit einer Quote von 33.3%. Während des Wahlkampfs war auch in den Medien viel von der Unterrepräsentation der Frauen die Rede sowie davon, was dagegen zu tun sei. Es kam sogar die Hoffnung auf, mit dieser Wahl könnte die Frauenvertretung im Parlament entscheidend verbessert werden, welche sich jedoch nicht erfüllte.
In der vorliegenden Untersuchung ging es darum, einen möglichst umfassenden Ueberblick über die in der Schweiz anlässlich der Nationalratswahlen 1987 und im Hinblick auf die Wahlen 1991 diskutierten und praktizierten Massnahmen zur Frauenförderung zu gewinnen. Die Bestandesaufnahme sollte sowohl Massnahmen erfassen, welche die Zahl der Kandidatinnen erhöhen (Listenquotierung, Frauenlisten) als auch solche, welche die Chancen der Kandidatinnen bei den Wählerinnen und Wählern verbessern (Werbung für Frauen, Plazierung und Kumulierung der Kandidatinnen auf den Listen). Die Erhebung beschränkt sich also auf Massnahmen anlässlich der Nationalratswahlen und klammert dadurch andere grundlegende Aspekte der Frauenförderung in der Politik aus. Als Untersuchungsinstrument wurde die schriftliche Befragung gewählt, befragt wurden die kantonalen Sektionen der an nationalen Wahlen interessierten Parteien.

2. Zum Vorgehen

Der Fragebogen sollte sowohl die anlässlich der Nationalratswahlen 1987 diskutierten und durchgeführten Frauenförderungsmassnahmen der Kantonalparteien wie auch die für 1991 geplanten Massnahmen erfassen. Bei den Frauenförderungsmassnahmen wurde unterschieden zwischen speziellen Werbemassnahmen für die Kandidatinnen einerseits (spezielle Inserate, Plakate und Veranstaltungen) und der Listengestaltung anderseits (Plazierung der Frauen an der Spitze, Kumulierung, Quotierung und separate Frauenliste). Diese Fragen wurden als geschlossene Fragen gestellt (zum Ankreuzen), daneben hatten die Kantonalparteien jedoch Gelegenheit, andere Massnahmen aufzuführen und zu begründen, weshalb sie Frauenförderungsmassnahmen ergriffen hatten bzw. ergreifen wollten oder eben nicht. Neben

den Förderungsmassnahmen wurden auch Mitgliederzahl, KandidatInnenzahl, Sitzgewinne, allgemeine Werbemassnahmen und die Teilnahme an Wahlsendungen von Radio und Fernsehen erhoben. (Fragebogen im Anhang)

Der Fragebogen wurde Mitte August an die kantonalen Parteisektionen bzw. lokalen Gruppierungen verschickt, die nach Angaben der Staatskanzleien an den letzten NR-Wahlen teilgenommen hatten, sowie an solche, die auf kantonaler Ebene aktiv sind und möglicherweise an den nächsten NR-Wahlen teilnehmen werden. Insgesamt wurden 232 Kantonalparteien und Gruppierungen angeschrieben. Es ist klar, dass bei der letzteren Gruppe kaum Vollständigkeit erreicht werden konnte, da noch nicht bekannt ist, welche neuen Gruppierungen an den NR-Wahlen 1991 teilnehmen werden.
Um möglichst vergleichbare Informationen zu erhalten, baten wir die Parteien, den Fragebogen nach Möglichkeit durch den/die Parteisekretär/in ausfüllen zu lassen, was in den allermeisten Fällen auch geschah.
In der zweiten Septemberwoche, als die Frist zur Beantwortung abgelaufen war, erhielten allen alle Gruppierungen, welche noch nicht geantwortet hatten, eine Mahnung.

3. Ueberblick über die Antwortenden

Bis Ende September, als mit der Auswertung begonnen werden musste, trafen insgesamt 146 Antworten ein. Dies entspricht einem Rücklauf von 63%. 5 Antwortende begründeten, weshalb sie den Fragebogen nicht ausgefüllen wollten oder konnten: 3 davon hatten an den Wahlen 87 nicht teilgenommen und planten dies auch nicht für 91 (oder wussten es noch nicht), zwei wandten sich gegen die Ziele der Untersuchung (weil Frauenförderung nur linke Parteien bevorzuge oder weil die Problemstellung deplaziert sei). Von den Antwortenden hatten 112 Kantonalparteien an den NR-Wahlen 1987 teilgenommen, und 105 gaben an, sich an den Wahlen 1991 beteiligen zu wollen. Für 7 Gruppierungen stand die Teilnahme 1991 noch nicht fest.
Die Tabelle 1 zeigt, dass die Bundesratsparteien (mit Ausnahme der SVP) sowie die kleinen Parteien der Mitte am häufigsten geantwortet haben. Am niedrigsten ist die Rücklaufquote bei den kleinen Parteien der Rechten und den Splittergruppen. Bei letzteren dürfte dies nicht nur an mangelnem Interesse am Thema, sondern v.a. auch daran liegen, dass sich viele nicht an nationalen Wahlen beteiligen.

Tabelle 1:
Vergleich Angeschriebene - Antwortende nach Parteiengruppen

Parteiengruppe	angeschrieben	Antworten	In Prozent der Angeschriebenen
FDP/LP	32	24	75%
CVP/CSP	33	25	76%
SP	26	21	81%
SVP	15	9	60%
kleine P. der Linken 1)	31	18	58%
kleine P. der Mitte 2)	43	33	77%
kleine P. der Rechten 3)	31	12	39%
Splittergruppen	21	4	19%
Total	232	146	63%

1) POCH, PSA, PdA, Gründes Bündnis u.ä.
2) LdU, EVP, Grüne Partei u.ä.
3) NA, Autopartei

Tabelle 2:
Teilnahme an NR-Wahlen (Vergleich Stichprobe-Gesamt)

Parteiengruppe	Effektive Zahl der Listen 87 1)	Antwortende Teiln. 87	Teiln. 91
FDP/LP	28	20	21
CVP/CSP	28	21	21
SP	23	18	17
SVP	15	7	8
kleine Linke 2)	17	13	12
kleine Mitte 3)	32	25	17
kleine Rechte 4)	27	8	9
andere/Splitter	52	0	0
Total	222	112	105

1) Nach einer Uebersicht über die an den Nationalratswahlen 1987 beteiligten Parteien. In: Bundesamt für Statistik, Nationalratswahlen 1987, Bern 1989. (Die Uebersicht des BfS berücksichtigt nur Kantone mit Proporzwahlsystem, jedoch alle Listen einer Partei in einem Kanton. In unsere Untersuchung wurden auch Kantone mit Majorzsystem einbezogen, pro Kantonalpartei aber - ausser in den zweisprachigen Kantonen Wallis und Bern - nur eine Antwort berücksichtigt.)

2) 3) 4) Einteilung für die Stichprobe der Antwortenden wie in Tabelle 1. Da das BfS kleine Parteien wie PdA, PSA, DSP usw. unter "Splittergruppen" zusammenfasst, entsteht bei den 4 letzten Parteiengruppen eine kleine Verschiebung gegenüber der Stichprobe dieser Untersuchung.

Tabelle 3:
Kandidatinnenanteile nach Parteiengruppe (Vergleich Stichprobe - Gesamt)

Parteiengruppe	Stichprobe	effektiv [1]
FDP/LP	22.9%	20.3%
CVP/CSP	18.8%	20.6%
SP	37.2%	37.3%
SVP	16.5%	15.3%
kleine Linke	52.1%	53.9%
kleine Mitte	39.2%	37.1%
kleine Rechte	23.9%	15.8%
Total	33.9%	29.0%

1) Nach: Bundesamt für Statistik, Nationalratswahlen 1987, Bern 1989

Aus den Tabellen 2 und 3 wird ersichtlich, dass unsere Stichprobe keine grössere systematische Verzerrung enthält, doch liegen die Frauenanteile bei den Kandidierenden gegenüber der Grundgesamtheit tendenziell etwas zu hoch. Dies resultiert wohl v.a. daraus, dass Gruppierungen (insbesondere kleine) mit relativ vielen Frauen auf den Listen den Fragebogen etwas eher beantwortet haben als solche mit wenig oder gar keinen Kandidatinnen.

Tabelle 4:
Sitzverteilung nach Parteiengruppen

Parteiengruppe	Stichprobe			effektiv [1]		
	Sitze	Frauen	Prozent	Sitze	Frauen	Prozent
FDP/LP	47	3	6.4%	60	4	6.7%
CVP/CSP	26	2	7.6%	42	5	11.9%
SP	31	10	32.3%	41	12	29.3%
SVP	10	0	0.0%	25	1	4.0%
kleine Linke	1	0	0.0%	6	2	30.0%
kleine Mitte	20	4	20.0%	21	4	19.0%
kleine Rechte	3	0	0.0%	5	0	0.0%
Gesamt	139	19	13.7%	200	28	14.0%

1) Nach Bundesamt für Statistik: Die Nationalratswahlen 1987

Die Tabelle zeigt, dass uns leider die Antworten von 8 Kantonalparteien fehlen, welche zusammen 9 Nationalrätinnen stellen (immerhin fast ein Drittel der er-

folgreichen Kandidatinnen). Es handelt sich um folgende Parteien: FdP BE, CVP SG, CVP FR, CVP VS, SVP BE, SP ZH(2), POCH BS, und POCH BL.

Die Angaben über Mitgliederzahlen konnten nicht ausgewertet werden, da sie kaum vergleichbar sind.(Im Gegensatz zu den Parteien mit Mitgliederlisten zählen manche Parteien ohne eingeschriebene Mitglieder einfach alle Wählerinnen und Wähler als Mitglieder.) Angaben über Frauenanteile bei den Mitgliedern machen 80 antwortende Gruppierungen, sie bewegen sich zwischen 10 und über 90% und beruhen zu einem grossen Teil sicher auf Schätzungen. Der durchschnittliche Frauenanteil gemäss diesen Angaben beträgt 33.6%.

4. Wahlkampagne bei den Wahlen 1987

4.1. Allgemeine Werbung

Von den 112 Parteisektionen, die auf unseren Fragebogen geantwortet und an den NR-Wahlen 1987 teilgenommen haben, hat die grosse Mehrheit Werbemassnahmen zur Unterstützung ihrer KandidatInnen eingesetzt. 99 Kantonalparteien gaben Inserate auf, 95 organsierten Wahlveranstaltungen und 92 machten Plakate. Die grosse Mehrheit der Antwortenden verwendete mehrere dieser Werbemittel gleichzeitig. Nur 4 Gruppierungen gaben an, keine Werbung dieser Art gemacht zu haben.

71 Antwortende geben über die im Fragebogen aufgelisteten Mittel hinaus (zum Teil mehrere) andere Werbemassnahmen an. Am häufigsten sind die Formen der schriftlichen, unpersönlichen Werbung durch Prospekte, Flugblätter, Broschüren, Wahlzeitungen usw. (48 Nennungen). Dann folgen Formen der direkten, aber eher unausgewählten Kontaktnahme mittels Standaktionen, Veranstaltungen, Theatern, Festen usw.(18 Nennungen). An dritter Stelle stehen die Kontakte mit ausgewählten WählerInnen mittels Briefen und Telefonaten (16 Nennungen). Und ebenso häufig genannt wird der Einsatz von Medien in Form von Leserbriefen, Pressekonferenzen, Kino- oder TV-Werbung.

4.2. Teilnahme an Wahlsendungen in Radio und Fernsehen

Insgesamt 100 der 112 Parteisektionen, die sich an den Wahlen 1987 beteiligt haben, hatten die Möglichkeit, an einer Wahlsendung mitzumachen, 77 davon sogar mehrmals.
Im folgenden betrachten wir nur noch jene 89 Kantonalparteien, welche mindestens eine Frau portierten. Von ihnen haben 84 an Wahlsendungen mitgemacht, 69 davon mehrmals. Bei der Art des Mediums wurde unterschieden zwischen Fernsehen, Radio

DRS (bzw. RSR/ RSI) und Lokalradio, womit sowohl die Lokalsendungen von DRS als auch die privaten Lokalradios gemeint waren.
31 Antwortende geben an, auf allen drei Ebenen Wahlsendungen bestritten zu haben. (Diese Angaben sind etwas erstaunlich, weil sich darunter auch kleine Parteisektionen aus Randkantonen befinden. Es muss angenommen werden, dass einzelne Antwortende die Frage nicht auf die Kantonalpartei, sondern auf die Gesamtpartei bezogen.) 23 Gruppierungen hatten nur die Gelegenheit zu einer Sendung am Lokalradio, 16 partizipierten sowohl an Radio DRS- wie auch Lokalradiosendungen, 6 an Fernseh- und Radio DRS-Sendungen, 3 ausschliesslich an einer Fernsehsendung und 2 nur an einer Radio DRS-Sendung.

Tabelle 5:
Teilnahme an Wahlsendungen und Frauenpräsenz (N=84)

	Anzahl Parteien		vertreten mit Frauen	
Fernsehen	42	50%	22	26%
Radio DRS	51	61%	36	43%
Lokalradio	76	91%	56	67%

Die Tabelle zeigt, dass mit zunehmendem Verbreitungsgrad und Prestige eines Mediums der Zugang für die Frauen schwieriger wird. Zwar sind die Frauen generell erstaunlich gut vertreten in den Medien. Insgesamt 66 Kantonalparteien liessen sich (auch) von Frauen vertreten. Von den 15 Parteisektionen, die nur **eine** Gelegenheit zur Wahlsendung hatten, schickten 7 eine Frau. Anderseits haben 18 Gruppierungen (immerhin etwas mehr als 1/5) keine Frau an eine Wahlsendung geschickt. Hier stellt sich die Frage, wie sehr dieser Entscheid von den Kantonalparteien selbst gefällt wurde, und welchen Einfluss die Gesamtpartei bzw. die Medien auf die Auswahl hatten.

4.3. Frauenförderungsmassnahmen

4.3.1. Werbung

Von den 89 antwortenden Parteisektionen, welche für die Nationalratswahlen 1987 Kandidatinnen nominierten, haben 43 spezielle Werbemassnahmen für ihre Kandidatinnen durchgeführt. Am häufigsten wurden spezielle Veranstaltungen (36x) sowie Inserate (30x) durchgeführt. Extraplakate für Kandidatinnen und finanzielle Unterstützung einer überparteilichen Werbung für Frauen wurden viel seltener gewählt.
Insgesamt 20 Gruppierungen haben spezielle Werbemassnahmen diskutiert, ohne sie anzuwenden, während sich 36 Gruppierungen gar nicht mit dem Thema befassten.

4.3.2. Listengestaltung

Im Bereich der Listengestaltung haben 33 Parteisektionen Frauenförderungsmassnahmen durchgeführt. Die häufigsten Massnahmen waren die Festlegung einer Quote (21 Nennungen) und die Plazierung der Frauen an der Spitze der Liste (17 Nennungen). Die Höhe der Quote variiert zwischen 25 und 55%. Es ist jedoch bei diesen Angaben nicht in jedem Fall klar, ob es sich bei den Quoten um einen Parteibeschluss handelt, oder ob die angegebene Zahl lediglich den effektiven Frauenanteil auf der Liste wiedergibt. Ein Vergleich mit der Frage nach offiziellen Beschüssen zur Frauenförderung zeigt, dass nach diesen Angaben lediglich 15 Gruppierungen einen Quotierungsbeschluss gefasst haben.(vgl. 6.3.)
Die Kumulierung der Frauen und das Aufstellen einer separaten Frauenliste wurden nur 3 bzw. 4 mal angewendet.
27 Gruppierungen haben nach eigenen Angaben über Listengestaltungsmassnahmen zugunsten der Frauen diskutiert, insbesondere über die Plazierung der Frauen an der Spitze (19), 10 über Frauenlisten und je 7 über Kumulierung und Quotierung. Anderseits haben 38 Parteisektionen (43%) keines dieser Mittel ins Auge fassen wollen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um CVP- und FDP- Sektionen (10 bzw.9) sowie kleine Parteien der Mitte und der Rechten. Trotz des Quotierungsbeschlusses des nationalen SP-Kongresses 1986 geben aber auch 3 SP-Kantonalparteien an, keine Listengestaltungsmassnahmen zur Förderung der Frauen getroffen zu haben.

4.3.3. Weitere Massnahmen zur Frauenförderung

Neben den im Fragebogen aufgeführte Massnahmen wurden von den Befragten nur sehr wenige weitere Frauenförderungsstrategien durchgeführt.
Genannt wurden im Bereich der Werbung: Teilnahme an überparteilichen Veranstaltungen (ohne finanziellen Beitrag), Bevorzugung von Frauen bei öffentl. Auftritten, ein spezielles Flugblatt für Kandidatinnen und spezielle Werbung bei ausgewählten Wählerinnen. Auf der Ebene der Listengestaltung wurde mehrfach die Plazierung der Frauen direkt nach den Bisherigen erwähnt und einmal das Abwechseln zwischen Frauen und Männern.

Weitere genannte Massnahmen sind eine auf Frauenthemen ausgerichtet Wahlkampagne sowie die Wahl von Frauen in Parteigremien bereits vor der Wahlkampagne.

4.4. Gründe, weshalb keine Massnahmen getroffen wurden

Insgesamt 42 Kantonalparteien begründen, weshalb sie 1987 keine oder nur wenig Frauenförderungsmassnahmen ergriffen haben. Die angegebenen Gründe werden im folgenden thematisch gruppiert dargestellt.

Gründe	Anzahl Nennungen
Frauenförderung ist nicht nötig [1] oder wird abgelehnt [2]	21
Strukturelle Gründe (kleine Sitzzahl, Majorzsystem)	15
andere Gründe	6

1) Insgesamt 15 Nennungen. Argumente sind etwa: "Die Frauen fühlen sich nicht benachteiligt." "In unserer Partei ist die Gleichberechtigung verwirklicht." "Es gibt genügend Frauen in der Politik."

2) 7 Nennungen. Argumente: "Frauenförderung ist undemokratisch." "Privilegierung der Frauen ist nicht gefragt." "Keine Aufspaltung in Frauen- und Männerpolitik."

Unter den 21 Parteisektionen, die Frauenförderung ablehnen oder unnötig finden, sind alle Parteifarben vertreten, doch gehören 8 zur FDP/LP-Gruppe, 5 sind kleinere Parteien der Mitte und 4 CVP-Sektionen.
Strukturelle Gründe werden natürlich vorwiegend von Parteisektionen in den kleinsten Kantonen angegeben.
Dass sich die Sitzzahl eines Kantons wie auch das Wahlsystem auf die Chancen der Frauen auswirken, wird an anderer Stelle aufgezeigt (vgl. Ballmer-Cao, Kap. 2 und Bitterli/Ducret, Kap.1). Dies ist in den 5 kleinsten Kantonen mit je 1 Sitz und Majorzsystem der Fall. Es ist unbestreitbar, dass unter solchen Bedingungen Frauenförderung schwieriger wird und mit anderen Mitteln betrieben werden muss (z.B.fällt natürlich die Möglichkeit von Listengestaltungsmassnahmen weg). Einzelne Parteisektionen strapazieren jedoch das strukturelle Argument , wenn sie sogar bei 5 Sitzen behaupten, es bestehe kein Spielraum für eine frauenfreundliche Listengestaltung.

5. Die Wahlkampagne 1991

5.1. Allgemeine Werbung

Von den 105 antwortenden Parteisektionen, die für die NR-Wahlen 1991 kandidieren wollen, sehen 77 den Einsatz von Inseraten in ihrem Wahlkampf vor, 76 wollen Plakate verwenden und 77 planen Wahlveranstaltungen. Meist werden alle 3 Massnahmen parallel vorgesehen.

36 Parteisektionen machen Angaben über weitere Werbemittel, die sie einzusetzen gedenken. Meist geschieht dies unter Hinweis auf die 1987 angewandten Strategien. Die allgemeinen Werbemassnahmen für 1991 unterscheiden sich daher nicht wesentlich von jenen von 1987.

17 Antwortende nennen die schriftliche Streuwerbung (Flugblätter, Wahlzeitungen, Karten, Prospekte usw.)
9 Kantonalparteien wollen ausgewählte WählerInnen persönlich ansprechen.
Je 7 Gruppierungen planen die direkte Kontaktnahme mittels Aktionen bzw. den Einsatz von Medien.
24 Parteisektionen machen keine Angaben über ihre Werbestrategien.

5.2. Frauenförderungsmassnahmen

5.2.1. Werbung

Im Gegensatz zur allgemeinen Werbung, wo die meisten Befragten bereits klare Vorstellungen für 1991 haben, hatten zum Zeitpunkt der Erhebung erst 7 Parteisektionen **beschlossen**, spezielle Werbung für ihre Kandidatinnen zu machen. (4 sehen spezielle Inserate vor, 2 planen Plakate und je 3 entschlossen sich für Veranstaltungen bzw. für Beiträge an überparteiliche Kampagnen).15 Gruppierungen hatten Massnahmen **diskutiert**, und bei 21 waren solche lediglich **vorgeschlagen** worden.
Als weitere Werbemassnahmen, die für 1991 geplant sind, wurden je einmal genannt:
- spezielle Werbung bei Wählerinnen
- Konzentration der Werbung auf die Spitzenkandidatin
- spezielle Behandlung von Frauenthemen im Wahlkampf

5.2.2. Listengestaltung

32 von 105 Antwortenden haben Massnahmen auf der Ebene der Liste ins Auge gefasst. Darunter sind 8 Parteisektionen, die bereits Beschlüsse gefasst haben. Wiederum sind die Plazierung der Frauen an der Spitze und die Quotierung deutlich häufiger erwogen worden als die Kumulierung und die Frauenliste. Die Höhe der vorgesehenen (beschlossenen) Quote variiert zwischen 16 und 51%. Die meisten Antwortenden bevorzugen eine Quote von 50%.
Als weitere Form der Frauenförderung durch Listengestaltung wird lediglich die von 1987 bereits bekannte Plazierung der Frauen nach den Bisherigen genannt.

5.3. Gründe, weshalb keine Frauenförderungsmassnahmen für 1991 geplant sind

Hierüber machen 73 Befragte Angaben. Die weitaus häufigste Antwort lautet, es sei noch zu früh, um diese Fragen zu beantworten, die Wahlkampagne 91 sei noch nicht vorbereitet. 6 Kantonalparteien bekunden jedoch die Absicht, Frauen zu fördern. Eine möchte mindestens dieselben Massnahmen wie letztes Jahr durchführen, wenn möglich mehr, und eine erwägt eine Frauenliste. Ansonsten werden etwa die gleichen Gründe genannt wie für die Wahlen 87:

9 Antwortende halten Frauenförderung für überflüssig
8 lehnen sie mehr oder weniger explizit ab
9 nennen strukturelle Gründe (Sitzzahl/Wahlsystem) und
4 beklagen das Fehlen (geeigneter) Kandidatinnen.

6. Gründe für die Einführung von Frauenförderungsmassnahmen

6.1. Was war der Auslöser ?

Auf die Frage, was sie zu Frauenförderung bewogen habe, erhielten wir von 40 Parteisektionen eine Antwort.

Die Antworten sind im folgenden wiederum gruppiert dargestellt:

Auslöser	Anzahl Nennungen
Untervertretung der Frauen	18
Allgemeine od. interne Gleichberechtigungsdiskussion	6
Schlechtes Abschneiden von Kandidatinnen	5
Frauen(mehrheit) in der Parteileitung	3
Parteiprogramm / Neugründung der Sektion / Frauengruppe	4
Andere Gründe	4

6.2. Wer brachte die Idee in die Partei ein?

Es erstaunt nicht, dass die Vorschläge für Frauenförderung in der Mehrheit der Fälle (22) von Frauen eingebracht wurden.
11 mal genannt wurde die Frauengruppe oder Frauenstruktur, 4 mal waren es einzelne Funktionsträgerinnen (z.B. Kantonalpräsidentin, Sekretärin, Frauenverantwortliche), und 7 mal hiess die Antwort einfach "Frauen".In 6 Fällen waren die InitiantInnen Frauen und Männer, je einmal die Fraktion, der Kongress, Intellektuelle in der Partei und ein einzelner Mann. Eine Gruppierung vermerkt, es habe einfach ein genereller Konsens über die Notwenigkeit von Frauenförderungsmassnahmen bestanden.(31 Antworten, 2 Doppelnennungen)

6.3. Frauenförderungsbeschlüsse

31 Kantonalparteien geben an, einen eigentlichen Beschluss zur Frauenförderung gefasst zu haben. In fast allen Fällen beziehen sich die Beschlüsse auf die Wahlen 1987 und müssten für 1991 erneuert werden. Einige wenige Parteisektionen haben bereits für 1991 Frauenförderungskonzepte beschlossen. Die Beschlüsse wurden mit zwei Ausnahmen in offiziellen Entscheidgremien gefasst und können als verbindlich gelten.

Die Parteibeschlüsse beinhalten in 15 Fällen eine Quotierung, wobei sie in 2 Fragebogen nicht so genannt wird, sondern von "gleicher Vertretung beider Geschlechter" bzw. einer "Frauenmehrheit" die Rede ist . Meist bezieht sich diese Quotenregelung nicht nur auf die Zuteilung der Listenplätze, sondern generell auf alle bzw. auf wichtige Gremien der Partei.
Bei den 15 Kantonalparteien, welche eine Quotierung beschlossen haben, handelt es sich um 7 SP-Sektionen, 6 kleinere Gruppierungen der Linken, 1 kleine Partei der Mitte und eine CVP-Kantonalpartei.
7 dieser 15 Parteisektionen haben sich entschieden, den Frauen 50% der Sitze oder mehr zu garantieren.
2 Kantonalparteien haben die Schaffung einer Frauenstruktur/eines Frauenressorts beschlossen und ebensoviele die Kandidatur mit einer Frauenliste.
7 Antowrtende geben an, die Frauen einfach fördern und für sie speziell werben zu wollen. Bei 2 lautete der Beschluss auf vermehrte Information, Schulung und Integration der Frauen. (4 weitere Antworten können nicht qualifiziert werden.)

7. Bemerkungen

Die Rubrik "Bemerkungen" am Schluss des Fragebogens wurde von zahlreichen Antwortenden dazu genutzt, ihre Bemerkungen zum Thema anzubringen. Es ist dabei zu bedenken, dass es sich hier, wie auch bei der Frage nach den Gründen, die gegen Frauenförderung sprachen, eher um persönliche Meinungen und Einschätzungen der Person handelt, die den Fragebogen ausfüllte, als um offizielle Parteipositionen.
Zunächst fallen einmal jene Bemerkungen auf, welche auf **Schwierigkeiten bei der Frauenförderung** aufmerksam machen (11 Antworten). Mehrere Antwortende verweisen darauf, dass eine Förderung von unten herauf nötig sei. Manche beklagen sich darüber, wie schwer Frauen für die Parteiarbeit generell und für eine Kandidatur im besonderen zu motivieren seien. Es werden z.T. auch gleich Gründe dafür angegeben: das fehlende Selbstvertrauen und die Belastung der Frauen durch die Familie.

Die zweite Gruppe von Bemerkungen weist auf die besondere Bedeutung von **Frauengruppen** innerhalb der Parteien hin, welche z.T. in eigener Regie Frauenförderung betreiben und andereseits die Partei mit entsprechenden Forderungen konfrontieren.

Verschiedene Gruppierungen beanstanden, dass sich unsere Befragung auf die Nationalratswahlen beschänkt. Sie machen geltend, dass Frauenförderung nicht erst bei den Wahlen und schon gar nicht erst bei jenen auf nationaler Ebene ansetzen könnten. Im Gegenteil, eine gleichberechtigte Integration der Frauen in alle Bereiche der Parteiarbeit sei eine unabdingbare Voraussetzung für eine angemessene Repräsentation der Frauen in den Parlamenten.

8. Frauenförderungskonzepte - zwei Beispiele

Bei zwei der antwortenden Kantonalparteien hatten sich die Frauengruppe (anlässlich des Fragebogens oder bereits vorher) mit der Frage der Frauenförderung auseinandergesetzt und Ansätze zu einem bzw. ein ausgearbeitetes Konzept vorgelegt, welches dem ausgefüllten Fragebogen beigelegt wurde. Es ist klar, dass es sich hierbei um eine recht zufällige, nicht repräsentative Auswahl handelt. Es ist bekannt, dass andere Parteien schon seit einiger Zeit Frauenförderungskonzepte diskutieren und ausprobieren (etwa POCH, GB, SP). Trotzdem sollen die beiden im Rahmen der Befragung eingegangenen Beispiele von Frauenförderungskonzepten im folgenden etwas ausführlicher dargestellt werden, u.a. auch um zu illustrieren, wie sich die Diskussion um Frauenförderung in einzelnen Sektionen bürgerlicher Parteien entwickelt hat.
Die Frauenkommission der **SVP Waadt** stellt zunächst die Frage, wie die männlichen Wähler und Parteimitglieder reagiert hätten, wenn der einzige Sitz der Kantonalpartei in Bern von einer Frau eingenommen worden wäre. Die Krux der Frauenförderung scheint ihr im Problem zu liegen, dass "une femme de plus, c'est un homme de moins". Sie betont, Frauen müssten sich in der Politik ihren Platz nicht gegen die Männer, sondern mit den Männern erarbeiten, was jedoch von diesen viel Toleranz und Solidarität erfordere. Danach geht sie auf die beschränkte Disponibilität der Frauen ein. Familie, Kindererziehung, Hausarbeit, kirchliche und andere Aufgaben liessen den Frauen kaum noch Zeit für politische Aktivitäten. Neben mangelndem Interesse für die Politik sei es oft auch die Abneigung gegenüber öffentlichen Auftritten, welche viele fähige Frauen an einem politischen Engagement hindere. Dazu trügen gewisse Skanalgeschichten in der Presse nicht Unwesentliches bei.
Im Wissen darum, dass es zur Lösung des Problems keine unfehlbaren Rezepte gibt,schlägt die Kommission vorläufig folgendes vor:

- Podien oder Diskussionen zu aktuellen Fragen von allgemeinem Interesse, welche von den Kandidatinnen bestritten werden

- Personalisierung der Werbung für KandidatInnen, diese in ihrem Lebenszusammenhang zeigen
- KandidatInnen mit didaktischen und technischen Mitteln besser unterstützen
- ev. Veranstaltungen zwischen den Parteien.

"Sexismus in umgekehrter Richtung" wie etwa die Plazierung der Frauen an der Spitze der Liste oder eine grosse Werbekampage für die Kandidatinnen lehnt die Frauenkommission der SVP-Waadt ab.

In der **liberalen Partei (FDP) des Kantons Luzern** hat eine Kommission das Thema "Frauen in der LP" im letzten Jahr analysiert und der Geschäftsleitung einen Bericht mit Massnahmen vorgelegt, welcher von dieser im September 1989 genehmigt wurde. Der Bericht stellt fest, dass Frauen in der LP wenig Chancen haben, gewählt zu werden, dass ihnen der Einstieg in die Politik und die Verbindung von politischer Arbeit und Familienarbeit kaum erleichtert werde.
Als Lösungsansätze schlägt die Kommission folgende Massnahmen vor:

- Schaffung eines Frauenressorts in der Geschäftsleitung
- Ausrichtung der Qualifikationsanforderungen bei Wahlen auch auf Frauen
- Bei der Besetzung von Gremien und Aemtern sollen Frauen (bei gleicher Qualifikation) bis zum Erreichen von Gleichstand bevorzugt werden.
- Durch Bewusstseinsbildung soll allen Parteigremien klar werden, dass das Problem nicht nur Sache der Frauen ist.
- Frauenanteil auf den Listen soll erhöht werden. Dies soll durch gute Planung und Motivierung der Kandidatinnen (Vorbereitungsseminare) geschehen. Die Frauen sollen zuerst und nicht erst am Schluss angefragt werden.
- Die Politik der Partei soll mehr auf Fragen ausgerichtet werden, die Frauen interessieren. (Bildung, Umwelt, Gesundheit, Sozialpolitik, Familie, Frau und Arbeit, Wohn- und Mietfragen, alleinstehende Frauen usw.)
- Frauen sollen gezielt in die Parteiarbeit einbezogen werden, insbesondere bei der Erarbeitung des Programms.
- Mehr und bessere Medienarbeit für die Frauen.
- Die LP-Frauenstruktur soll ausgebaut und verstärkt werden.
- Delegiertenversammlung zum Thema "Frauen in der Politik".
- An den Parteiversammlungen und -veranstaltungen sollen regelmässig Referentinnen auftreten.

9. Zusammenfassung und Schluss

Grundsätzlich kann aufgrund der vorliegenden Untersuchungsresultate davon ausgegangen werden, dass Frauenförderung für viele Kantonalparteien ein aktuelles Thema ist. Bei näherer Betrachtung wird jedoch rasch deutlich, dass die verschiedenen Gruppierungen je nach ihrer Position im politischen Spektrum das Pro-

blem unterschiedlich gewichten. Bei der Analyse der Antworten auf die einzelnen Fragen sind zwei etwa gleich grosse Lager festzustellen: Einerseits die Parteien und Gruppierungen, welche die Notwendigkeit von Frauenförderung erkannt und bereits Massnahmen ergriffen haben oder sie wenigstens diskutieren. Ihnen stehen zahlreiche Parteisektionen gegenüber, welche solche Massnahmen ablehnen oder für unnötig halten. Die erste Gruppe besteht - nicht überraschend - vorwiegend aus Gruppierungen des linken Spektrums, während die Parteisektionen der zweiten Gruppe eher dem rechten Flügel zuzurechnen sind. Interessant sind die "gespaltenen" Parteiengruppen, welche teils dem einen und teils dem anderen Lager zuzurechnen sind. Es handelt sich dabei um die CVP sowie um die Gruppe der kleinen Parteien der politischen Mitte. Bei letzteren gehören LdU und Grüne eher zum frauenfreundlichen Lager, die EVP eher zum indifferenten oder ablehnenden.

Welcher Art sind die diskutierten und durchgeführten Frauenförderungsmassnahmen?

Generell waren und sind offenbar Werbemassnahmen für Frauen bei den Parteien beliebter als Vorkehren im Bereich der Listengestaltung. Am verbereitetsten sind die relativ unaufwendigen Mittel der Wahlveranstaltungen und der speziellen Inserate für die Kandidatinnen. (Inwiefern es sich dabei wirklich um besondere Anstrengungen der Partei zugunsten ihrer Kandidatinnen handelt, müsste im einzelnen noch genauer abgeklärt werden.) Dann folgen die Mittel der Listenquotierung und der Plazierung der Frauen an der Spitze. Teurere Werbemassnahmen (wie spezielle Plakate) und solche, die nicht ganz direkt der Partei zugute kommen (wie Beiträge an überparteiliche Werbekampagnen für Frauen) wurden - wie auch das Kumulieren der Frauen und die separate Frauenliste - sehr viele seltener durchgeführt.
Etwas vereinfachend kann zusammengefasst werden: Je teurer, auffälliger und vielleicht auch effizienter eine Massnahme ist, desto seltener wird sie angewandt.
Ueber diese bekannten, im Fragebogen aufgelisteten Förderungsmassnahmen hinaus wurden kaum neue Ideen entwickelt. Auffällig ist, wie zahlreich und relativ vielfältig die Antworten auf die Frage nach den allgemeinen geschlechtsunspezifischen Werbemassnahmen ausgefallen sind, während bei den Frauenförderungsmassnahmen ganz selten andere unkonventionelle und kreative Ideen entwickelt wurden. Sogar traditionelle und billige Mittel wie etwa spezielle Flugblätter für die Kandidatinnen oder Werbung bei speziellen Wählerinnengruppen wurden kaum aufgeführt (ob vergessen oder tatsächlich nicht durchgeführt, muss dahingestellt bleiben).
Eine Analyse der Effizenz von Frauenförderungsmassnahmen kann mit diesen Daten leider nicht gemacht werden. Dazu müssten auch die Stimmenanteile der einzelnen Kandidatinnen, die Grösse des Kantons, das relative Gewicht der Partei im Kanton, die Frage der Bisherigen sowie weitere Faktoren einbezogen werden. Immerhin fällt aber auf, dass sowohl die Kandidatinnenzahl wie auch der Frauenanteil an den Gewählten bei jenen Parteien am grössten ist, welche gemäss dieser Untersu-

chung am häufigsten Anstrengungen für eine bessere Repräsentation der Frauen im Parlament machen (SP, POCH/GB, GP).
Zur Werbung gehört natürlich auch die Präsenz in den elektronischen **Medien**. Dort sieht es für die Frauen relativ gut aus, obwohl nicht zu übersehen ist, dass sie beim Zugang zu den grossen nationalen Medien benachteiligt sind. Dabei wäre jedoch noch abzukären, welche Rolle die Medien selber bei der Auswahl der KandidatInnen spielen.

Bezüglich der **Kampagne 1991** kommen kaum neue Erkenntnisse zum bisher Gesagten hinzu. Wohl können 3/4 aller Kantonalparteien Angaben über ihre allgemeine Werbestrategie machen, doch schreiben die meisten, die Kampagne sei noch nicht so weit geplant, dass Aussagen über Frauenförderungsmassnahmen möglich seien. Dies mag damit zusammenhängen, dass die allgemeine Kampagne immer etwa ähnlich verläuft, während Frauenförderung etwas Neues und Spezielles ist, das besonderer Diskussionen und Beschlüsse bedarf. Trotzdem muss hier vor der Tendenz gewarnt werden, immer erst in zweiter Linie an die Frauen zu denken. Es könnte bedeuten, dass dann die Listen schon gefüllt und das Geld schon verplant ist.

Aufgrund der wenigen konkreten Angaben zu den Förderungsmassnahmen 1991 können keine Aussagen darüber gemacht werden, ob die Bereitschaft zur Frauenförderung zu- oder abgenommen hat. Es muss angenommen werden, dass die Akzeptanz dieser Massnahmen noch weitgehend gleich verteilt ist wie dies eingangs dieses Kapitels dargestellt wurde. Die beiden aufgeführten Beispiele von Frauenförderungskonzepten könnten jedoch Indizien sein für eine zunehmende Sensibilisierung der bürgerlichen Parteien in dieser Frage. Ob solchen ersten Ansätzen Erfolg beschieden ist, wird wohl auch hier - wie überall - hauptsächlich von der Initiative und Hartnäckigkeit einzelner Frauen und Frauengruppen abhängen.

Eidg. Kommission für Frauenfragen
AG "Frauen und Politik"
Finkenhubelweg 12
3012 Bern
Tel. 031/61 92 79

FRAGEBOGEN ÜBER FRAUENFÖRDERUNGSMASSNAHMEN DER PARTEIEN

1. Name Ihrer Partei/Gruppierung:

.....

2. Kanton: .....

3. Ungefähre Mitgliederzahl: .....

4. Anzahl Frauen: .....

FRAGEN ZUR WAHLKAMPAGNE 1987

5. Hat Ihre Partei an den letzten Nationalratswahlen teilgenommen?

[] ja [] nein

Wenn ja, beantworten Sie bitte folgende Fragen:

6. Welchen Stimmenanteil erreichte sie? .....%

7. Wieviele Personen portierten Sie auf Ihrer/Ihren Liste/n ?

..... Personen

8. Wieviele davon waren Frauen ? ..... Frauen

9. Wieviele Sitze erhielt Ihre Partei ? ..... Sitze

10. Wieviele Frauen Ihrer Partei wurden gewählt ..... Frauen

11. Mit welchen Mitteln hat Ihre Partei für ihre Kandidatinnen und Kandidaten geworben?

Inserate []

Plakate []

Veranstaltungen []

anderes [] was ?.....

.....

keine Werbung []

12. Hatte Ihre Partei/Gruppierung die Möglichkeit, in einer Wahlsendung mitzumachen ?

[] nein

[] einmal was? [] Fernsehen

[] mehrmals [] Radio DRS

[] Lokalradio (Regionaljournal DRS od. Privat)

13. Wenn ja, wurde Ihre Partei/Gruppierung von einer Frau vertreten?

[] nein

[] ja wo ? [] Fernsehen

[] Radio DRS

[] Lokalradio (Regionaljournal DRS oder Private)

14. In letzter Zeit wurden verschiedene Massnahmen diskutiert und ausprobiert, welche dazu beitragen sollen, den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen. Einige davon sind hier aufgelistet. Kreuzen Sie bitte an, welche Massnahmen Ihre Partei/Gruppierung anlässlich der NR-Wahlen 1987 diskutiert bzw. durchgeführt hat, und berücksichtigen Sie bitte alle Massnahmen, z.B. auch jene der Jungpartei, der Landliste usw..

Werbung	**diskutiert**	**durchgeführt**
Spezielle Plakate für Kandidatinnen	[]	[]
Spez. Inserate für Kandidatinnen	[]	[]
Spez. Veranstalt. für Kandidatinnen	[]	[]
Finanz. Beitrag an überparteil. Werbung für Frauen	[]	[]

Listengestaltung

Frauen an der Spitze der Liste	[]	[]
Frauen kumuliert, Männer nicht	[]	[]
Quote für Frauen auf der Liste	[]	[]
Höhe der Quote ? .....%		
Eigene Frauenliste	[]	[]

anderes [] Was ? .....

.....

.....

keine Massnahmen [] Grund :.....

.....

.....

FRAGEN ZUR WAHLKAMPAGNE 1991

14. Wird Ihre Partei an den Nationalratswahlen 1991 teilnehmen ?

[] ja [] nein

Wenn ja, beantworten Sie bitte folgende Fragen:

15. Mit welchen Mitteln werden Sie für Ihre Kandidatinnen und Kandidaten werben ?

Inserate []

Plakate []

Veranstaltungen []

anderes Was ?.....

.....

keine Werbung []

16. Welche Frauenförderungsmassnahmen sehen Sie vor ?

	vorgeschlagen	diskutiert	beschlossen
Werbung			
spez. Plakate für Kandidatinnen	[]	[]	[]
spez. Inserate für Kandidatinnen	[]	[]	[]
spez. Veranstalt.für Kandidatinnen	[]	[]	[]
Finanz. Beitrag an überparteiliche Werbung für Frauen	[]	[]	[]
Listengestaltung			
Frauen an der Spitze	[]	[]	[]
Frauen kumuliert, Männer nicht	[]	[]	[]
Quote für Frauen auf der Liste	[]	[]	[]
Höhe der Quote ? .....%			
Eigene Frauenliste	[]	[]	[]

anderes [] Was ? .....

.....

keine Massnahmen []

Grund : .....

.....

.....

17. Falls in Ihrer Partei/Gruppierung Massnahmen zur Frauenförderung getroffen bzw. diskutiert bzw. vorgeschlagen wurden, was war der Auslöser dafür ?

.....

.....

18. Wer brachte die Idee ein ? .....

.....

19. Gibt es einen offiziellen Beschluss darüber?

[] ja [] nein

20. Wenn ja, auf welcher Ebene wurde er gefasst ?

.....

21. Was beinhaltet er ? .....

.....

.....

Bemerkungen:

.....

.....

.....

.....

Wir bitten Sie, den Fragebogen sorgfältig auszufüllen und bis zum **8.September** mit dem beliegenden Rückantwortcouvert zurückzuschicken.
Für Ihre Mitarbeit danken wir Ihnen bestens!

Kapitel 8:

Fazit

Eidg. Kommission für Frauenfragen

1. Ein Ausflug in die Zukunft

Bern, im anderen Jahr. Das Bundeshaus läuft dem Rütli den Spitzenrang in der Gunst der Touristinnen und Touristen ab. Seit der realen Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann, auch in der Politik, steigen die BesucherInnenzahlen jährlich in bedeutendem Masse. Das Ausland scheint sich vor Ort überzeugen zu wollen, ob die Egalität tatsächlich in die Hallen Helvetias Einzug gehalten hat.

Die **geschlechtergetrennte Wahl** : Ein magischer Begriff, der auf wundersame Art und Weise die politische Untervertretung der Frau mit einer einfachen Geste aufhob. Die bahnbrechende Neuerung wurde nicht durch die Autorität einer Obrigkeit in Kraft gesetzt, sondern auf direktem demokratischem Weg, mittels eines Volksentscheids. Worin besteht die neue Regelung:

Für jede Legislaturperiode stehen Frauen und Männern im Parlament gleichviele Sitze zur Verfügung. Kandidaten treten im Wahlkampf nur gegen Männer an, und entsprechend messen sich Frauen nur mit Kandidatinnen. Auf den Wahllisten werden Frauen und Männer getrennt aufgeführt. Männer brauchen sich nicht mit Frauen zu messen und umgekehrt. Damit werden die ungleichen Ausgangschancen, die zugunsten der Männer bestehen, elegant umgangen. Jede Partei, jede politische Gruppierung stellt zwei Listen für den Wahlkampf auf, eine mit Frauen, eine mit Männern. Frauen brauchen sich nicht mehr doppelt anzustrengen, um den Vorsprung der Männer auszugleichen, und Männer können wieder ohne schlechtes Gewissen kandidieren, weil sie keiner Frau mehr einen Platz wegnehmen.

Mit der geschlechtergetrennten Wahl ist das geschlechtliche Gleichgewicht im Parlament von vorneherein garantiert. Diese Proporz-Regelung wurde beschlossen, nachdem jahrelange Versuche mit dem bisherigen System zu keinen befriedigenden Resultaten geführt hatten. Damit ist jetzt sowohl für sprachliche, regionale als auch geschlechtliche Ausgeglichenheit gesorgt.

Seitdem die Frauen proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil Einzug ins Bundeshaus gehalten haben, sind die politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse wesentlich offener, sachlicher und unverkrampfter geworden. Beeindruckend ist die hohe Sitzungsdisziplin der Tribuninnen und Tribunen und als beson-

dere Attraktion gilt der hausinterne Kinderhort, in den die politisierenden Mütter und Väter getrost ihre Sprösslinge in Obhut geben können.

2. Vom Zustand zum Missstand

Bern, 1990. "Die Präsenz der Frauen in der grossen Kammer bleibt (..) mager." (Ballmer-Cao, Kapitel 3). 29 Frauen teilen sich die Sitze im Nationalrat mit 171 Männern. Fünf Ständerätinnen befinden sich in Gesellschaft von 41 Männern. An der Spitze der Pyramide, im Bundesrat, amtet ein reines Männergremium. Seit 1971, der Einführung des Frauenstimmrechts, konnten die Frauen im Bundesparlament ihren Anteil von 4,5 auf 13,4 % steigern. Auf kantonaler und kommunaler Ebene sind die Verhältnisse um eine Nuance weniger unausgeglichen. Ausserdem gestehen einzelne Parteien den Frauen vermehrt ihre Rechte zu. Im Vergleich zum Ausland befindet sich die Schweiz mit rund 14 Prozent Frauenvertretung in einer Mittelfeld-Position (Bitterli/Ducret, Kapitel 1). Trotzdem muss das politische Repräsentationsdefizit noch immer als drastisch bezeichnet werden. Die Faktoren, die für diese Realität verantwortlich sind, sind vielfältig und in ihrer Bedeutsamkeit kaum abzustufen, weil sie vor allem in ihrem Zusammenspiel und in ihrer gegenseitigen Verstärkung derart negativ wirken. Erinnern wir uns kurz der wichtigsten:

Frauen haben schlechtere Ausgangschancen hinsichtlich ihrer politischen Repräsentation,

1. weil sie gesamthaft gesehen auch im beruflichen Bereich niedrigere Stellungen einnehmen als Männer und in wirtschaftlichen Interessenverbänden schlechter vertreten sind (vgl. Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Die Stellung der Frau in der Schweiz, Teil I). Ein hoher Sozialstatus, ein hohes berufliches Prestige sowie die Rückendeckung von Seiten wirtschaftlicher Interessenorganisationen erhöhen Wahlchancen in der Politik.

2. weil sie verglichen mit Männern oft weniger disponibel sind für eine politische Karriere, da immer noch in den meisten Fällen die familiäre Hauptverantwortung an den Frauen hängt. Eine höhere zeitliche Flexibilität und vor allem auch die Tatsache, dass Männer in der Regel mit familiärer Unterstützung für ihre ausserfamiliären Aktivitäten rechnen können, erhöhen deren Chancen für eine aussichtsreiche politische Karriere. (vgl. Ballmer-Cao, Kapitel 2)

3. weil sie noch kaum auf eine Tradition zurückgreifen können, was ihre politische Profilierung betrifft. Im Verhältnis zu den Frauen steigen Männer viel häufiger als "Bisherige" ins Rennen, sei es als Kandidaten für Parlamentssitze, für andere öffentliche Aemter oder für Parteigremien.

Ingesamt finden Frauen und Männer auf dem politischen Parkett weitgehend ungleiche Konkurrenzbedingungen vor. Diese Ausgangslage scheint uns alarmierend, denn die Untervertretung der Frauen ist Folge davon.

Wird diese Einschätzung von der Bevölkerung geteilt? Wird der mit objektiven Zahlen belegbare Zustand als Mißstand empfunden oder als Gegebenheit geschluckt? Empören sich Schweizer Frauen und Männer über diese Fakten?

Rund zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, der Anteil der Frauen im Parlament sei zu tief (Stämpfli, Kapitel 6). Diese Ansicht - geäussert in einer Meinungsumfrage - scheint aber kaum Konsequenzen auf das Wahlverhalten zu haben. Weder treffen Förderungsmassnahmen für Frauen auf grosse Gegenliebe (Stämpfli, Kapitel 6) noch scheint das Geschlecht der kandidierenden Personen für die Wählerinnen und Wähler eine vorrangige Rolle zu spielen (Longchamp, Kapitel 5), zumindest nicht in dem Sinne, dass den untervertretenen Frauen aufgrund dieser Tatsache der Vorzug gegeben wird. Wie sind deshalb Ergebnisse einer Umfrage zu bewerten, die besagen, dass über 80 Prozent der Befragten der Meinung sind, trotz den gleichen Rechten seien die Frauen in vielen Bereichen noch benachteiligt? (Stämpfli, Kapitel 6) Die Folgerung scheint auf der Hand zu liegen: Das Wahrnehmen der Benachteiligung scheint nicht allzu viele Kopfschmerzen zu bereiten. Männern und Frauen ist zwar klar, dass Frauen weiterhin und in grossem Masse benachteiligt werden, aber vielleicht ist das so wie mit dem Sonnenuntergang, auch der ist kaum zu verhindern. Nachgerade hat mann und frau sich daran gewöhnt, seit Kindesbeinen ist das so.

Wir sind überzeugt, dass weiterhin mittels Aufklärung und Öffentlichmachung das Bewusstsein geschaffen und hoch gehalten werden muss für die offenen und versteckten Diskriminierungen der Frau. Analysen und Erkenntnisse werden nicht deshalb unwahr, weil sie seit Jahren vorgetragen werden. Allerdings ist zu fragen, ob neue Wege der Sichtbarmachung und wirksamere Methoden der Mißstandsbekämpfung gefunden werden müssen.

Der Bericht von Regula Stämpfli zieht nüchtern Bilanz: "Die Unterrepräsentation (...) wird als allgemeingültige Tatsache hingenommen." Würde dieser Zustand nicht in diesem Sinne interpretiert, sondern als Mißstand begriffen, müssten sich mehr Frauen und Männer dagegen wehren, denn Mißstände rufen nach Veränderung. Wie aber steht es um diesen Willen zur Veränderung?

Rund ein Drittel der Bevölkerung ist bereit, Massnahmen zur Frauenförderung in der Politik zu unterstützen (Stämpfli, Kapitel 6). Ob dieser Anteil gleich bliebe, wenn nur die tatsächlich politisch Teilnehmenden betrachtet würden, ist allerdings fraglich. Wir folgern aus den Befunden, dass die Befragten politischen Frauenförderungsmassnahmen gegenüber positiver eingestellt sind, je weniger sie zur Urne gehen. Es ist demnach ein Potential vorhanden, das in Wahlen und Abstimmungen nicht in die Tat umgesetzt wird.

Betrachten wir die Parteienbefragung, so kann auch hier mit einem Drittel von Willigen hinsichtlich unserer Fragestellung gerechnet werden.

Aus der qualitativen Erhebung bei ParteiexponentInnen und KandidatInnen lassen sich keine einfachen Folgerungen ziehen bezüglich der Bereitschaft, Massnahmen zur politischen Frauenförderung zu ergreifen. Die vielfältigen Gründe, die das Fortkommen der Frauen in parteipolitischer und öffentlicher politischer Karriere behindern, scheinen in Reflexionen und Äusserungen der Befragten ein grösseres Gewicht einzunehmen als die Diskussion pragmatischer Veränderungsvorschläge.

Insgesamt muss aufgrund der Berichte von einem Minderheitsinteresse hinsichtlich politischer Frauenförderung ausgegangen werden.

3. Platz machen, bitte

Was tun für eine bessere politische Repräsentation der Frauen? Allenthalben wird gesagt, die Sache liege im Grunde genommen einfach, nämlich in der Hand der StimmbürgerInnen, zumindest dort, wo eine direkte Volkswahl stattfindet (vgl. auch Longchamp, Kapitel 5). Auch darf davon ausgegangen werden, dass das Rekrutierungsproblem der Frauen hinsichtlich politischer Kandidaturen nicht den primären Grund der weiblichen Unterrepräsentation in der Politik darstellt (vgl. Ballmer-Cao/Kopp, Kapitel 3 und 4). Es stehen zwar bei weitem nicht gleich viele Frauen zur Wahl wie Männer. Dennoch würde meist ein Bruchteil der kandidierenden Frauen genügen, um die Hälfte des jeweils zu bestellenden Gremiums mit Frauen zu besetzen.

Bei den Nationalratswahlen 1987 haben sich 679 Frauen und 1737 Männer um die insgesamt 200 Sitze beworben. 4 % der Kandidatinnen und 10 % der Kandidaten wurden gewählt (vgl. Ballmer-Cao/Kopp, Kapitel 2). Da die Ausgangsbedingungen ungleich waren (mehr als doppelt so viele Männerkandidaturen wie Frauenkandidaturen), müssten sich - um eine gleiche Vertretung zu erreichen - die Prozentzahlen der Gewählten quasi vertauschen: 14,7 % der Kandidatinnen und 5,8 % der Kandidaten hätten im Jahre 1987 in den Nationalrat gewählt werden müssen, hätte man dieses Gremium geschlechtermässig hälftig bestellen wollen.

Diese Zahlen sollen verdeutlichen, dass die Aufforderung, mehr Frauen in die politischen Gremien zu wählen, auch bedeutet, weniger Männer zu delegieren. Zwar nicht die Mehrheit, aber immerhin 30 % der Bevölkerung sind der Ansicht, Frauen seien politisch untervertreten, und sind auch bereit, mehr Frauen zu wählen (vgl. Stämpfli, Kapitel 6). Nur: Besteht auch die Bereitschaft, entsprechend weniger Männer zu wählen? Oeffentliche Reflexionen darüber sind zweifellos noch immer tabu. Politische Aufklärungsarbeit zugunsten einer höheren politischen Repräsentation der Frauen muss deshalb genau dieses Tabu brechen.

Ist es nicht zu einfach, die Verantwortung hinsichtlich des politischen Repräsentationsproblems der Frauen nur den Wählenden zu überbinden und nicht auch denjenigen, die ja gerade aufgrund ihres bekundeten besonders hohen politischen Interesses und der behaupteten Qualifikation politische Repräsentanten sind? Sie sind es ja letztlich, den den Frauen Platz machen müssen, vor allem diejenigen mit den grössten Wahlchancen: die "Bisherigen". Gehört zur Verantwortlichkeit dieser Volksvertreter nicht auch die Sensibilität hinsichtlich des politischen Repräsentationsproblems der Frauen?

Die politische Kultur der Schweiz zeichnet sich unter anderem aus durch eine hohe Sensibilität gegenüber regionalen Besonderheiten und Vertretungsansprüchen im nationalen Zusammenspiel. Diese Sensibilität stützt sich auf einen Konsens, der sogar rechtlich abgesichert ist (garantierte Vertretungsansprüche der Kan-

tone, Sprachgruppen etc. in der nationalen Politik). Wie ist es möglich, dass eines Tages (1971) beschlossen wurde, die Frauen an der Politik zu beteiligen, ohne hinsichtlich dieser Neuerung eine entsprechende Sensibilität zu entwickeln? Wo sind die Politiker, die nach Mitteln und Wegen zu suchen, um Frauen nicht nur am Wahlrecht, sondern auch an politischer Verantwortung teilhaben zu lassen, die aus freien Stücken ihre Plätze räumen, die Massnahmen unterstützen, um Frauen in der Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Auf solche Ziele ist von Seiten der politischen Verantwortungsträger seit 1971 kaum ein Gedanke verwendet worden. Es ginge ja nicht um die Sensibilität und die politische Verantwortung von Politpotentaten gegenüber politischen Aschenputteln. Es ginge ganz einfach darum, dass eine Gruppe von Politikern, die aus bekannten Gründen zuerst da war, der neu hinzustossenden Gruppe von Politikerinnen hinreichend Platz macht, und/oder - da das offensichtlich nicht von selber so geschieht - ein wenig Phantasie walten lässt, wie das zu bewerkstelligen sei.

4. Safran macht den Kuchen gelb

Politik ist kein Höflichkeitsritual, und mit Zuvorkommenheit können Frauen offensichtlich nicht rechnen, wenn sie in die Politik einsteigen. Es ist zwar nicht so, dass man die Frauen überhaupt nicht wollte in der schweizerischen Politik. Man wollte und will sie bis zu einem gewissen **Grad**, wohldosiert sozusagen, um das **weibliche Element** vertreten zu wissen. Dieses nämlich macht die Sache durchaus schmackhaft, gibt ihr Farbnuancen. Nur genügen da bereits kleinste Mengen, ähnlich wie Safran die Speisen würzt und färbt. Man liess und lässt gewissermassen ein paar Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts zu, allerdings ohne bereit zu sein, an **Politikerinnen** den ihnen gebührenden Platz abzutreten. Am "weiblichen Element" ist man in der Politik bis heute sehr interessiert, es gehört inzwischen gar zum guten Ton. Keine ernsthafte Partei könnte es sich heute mehr leisten, darauf zu verzichten und beispielsweise bei Wahlen ganz ohne Frauen anzutreten. (Gesetzt den Fall, die Frauen einer renommierten Partei, z.B. einer Bundesratspartei, würden sich einmal ostentativ weigern, bei Parlamentswahlen zu kandidieren: Mit Sicherheit brächten sie ihre Partei in eine missliche Lage.)

Wenn Frauen ein Platz als Politikerinnen eingeräumt wird, dann ist primär ihre Geschlechtszugehörigkeit gefragt - allerdings nur je nach der jeweils opportunen Menge des Zusatzes "weibliches Element". "Wie stellen Sie **als Frau** sich zu der oder der Angelegenheit?" werden dann diese Politikerinnen in öffentlichen Diskussionen immer wieder gefragt. Mit dieser Formulierung wird unterstellt und gleichzeitig auch gerechtfertigt, dass diese eine oder diese wenigen Politikerinnen das weibliche Geschlecht als solches zu vertreten hätten.

Frauen, die sich im öffentlichen Leben bewegen - und das gilt vor allem für die Politik - , tragen (im Gegensatz zu den Männern) ihre Geschlechtszugehörigkeit wie ein Banner vor sich her. Ob sie es wollen oder nicht, es bleibt ihnen keine andere Wahl: Wegen der bestehenden Unterrepräsentation der Frauen in allen öffentlichen Funktionen werden Frauen als "Bannerträgerinnen" wahrgenommen und interpretiert. Dieses Banner mit dem Symbol "Frau" hat so etwas wie einen trügerischen multiplikatorischen Effekt. Es heisst dann beispielsweise: "Die Partei xy tritt mit einer 10er-Liste an, darunter 2 Frauen." Und niemals: "darunter 8 Männer". Frauen kandidieren als **Frauen**, natürlich sind sie dann auch noch Lehrerinnen, Heilpädagoginnen, Juristinnen. **Männer** kandidieren in erster Linie als Vertreter des Gewerbes, des Bauernstands, als Gewerkschafter, etc., nie aber als Männer. Mit andern Worten: Das weibliche Banner, das die zwei Kandidatinnen einer 10er-Liste tragen, vertritt gewissermassen die fehlenden drei Kandidatinnen. Oder ein weiteres Beispiel: Die Geschichte der ersten Frau im Bundesrat habe der Sache der Frauen geschadet, wurde gesagt, warum nicht in erster Linie der Sache des Zürcher Bürgertums, der Sache der Banken, der Sache des Berufsstandes der

JuristInnen? Weil auch Frau Kopp dieses Banner trug, das sie als eine Weibliche im Bundesrat multiplizierte.

Die Funktion der "Bannerträgerinnen", welche die Frauen im männlich geprägten politischen System innehaben, ist ambivalent. So sehr Politikerinnen ja möglicherweise eine Politik für die Sache der Frauen betreiben wollen, so wenig wollen sie darauf reduziert werden. Wenn sie sich vom Banner, das ihnen voranweht, distanzieren wollen, werden sie missverstanden, oder es wird ihnen gar von zwei Seiten übelgenommen: von denjenigen, die am multiplikatorischen Effekt des weiblichen Banners interessiert sind (weil sich dadurch der Frauenanteil in politischen Funktionen weiterhin gering halten lässt), aber auch von denjenigen, die für eine Förderung der Frauen in der Politik sind (weil sie eine Distanzierung als mangelnde Frauensolidarität interpretieren).

Tatsächlich liesse sich argumentieren: Betreiben nicht die VerfechterInnen von "Frauenwahlkampagnen" auch "Bannerpolitik", weil damit das Geschlecht als Auswahlkriterium in den Vordergrund gerückt wird (vgl. Longchamp, Kapitel 5)? Unbesehen und unkritisch verfolgt könnte eine solche Kampagne in der Tat die leidige "Bannerproblematik" fortsetzen: dann nämlich, wenn an die Bedeutsamkeit des "weiblichen Elements" appelliert wird anstatt an den berechtigten Anspruch der Kandidatinnen. Ein Anspruch, der lautet: Platz machen, bitte, es kommen fähige Politikerinnen. "Wer macht Platz, bitte?" müsste zur motivierenden Frage werden, und "Wer was auf sich hält, springt von den Sitzen" zum Angebot, frauenfreundliche Beteuerungen in die Tat umzusetzen. Wenn dann alle springen sollten, werden sich Wege finden, einige dazu zu bewegen, ihren Platz wieder einzunehmen. Sollte sich allerdings niemand angesprochen fühlen durch die Möglichkeit, seine Gleichberechtigungsinteressen aktiv unter Beweis zu stellen, so wären durchaus Kriterien vorstellbar, die die Entscheidung erleichtern. So könnten es etwa die Parteien denjenigen Parlamentariern mit der längsten Amtsdauer und der höchsten Aemterkumulation (oder negativ formuliert: Abnützungserscheinungen und Ueberbelastung) nahelegen, ihren Platz einer Politikerin abzutreten.

5. Berührungsängste mit Proporz?

Wie alle Untersuchungen gezeigt haben, sind die Hintergründe der Untervertretung der Frauen in der Politik vielschichtig und komplex. Wir haben hier einmal das Augenmerk auf die fehlende politische Sensibilität der "Schon Dagewesenen" gegenüber den "Neu Hinzugekommenen" gelenkt und daraus eine selbstbewusste, offensive "Wer-macht-Platz-Politik" abgeleitet. Diese Ideen bewegen sich nicht im üblichen Rahmen politischen Denkens und provozieren möglicherweise gar den Vorwurf politischer Naivität. Hinter dieser Skepsis steckt die berechtigte Annahme, Politik halte sich nicht an eine Ethik menschlicher Umgangsformen, sie sei vielmehr eigennützige Machtpolitik. Nun gab es zum Ausgleich von allzu grossen Machtgefällen schon immer Korrekturmöglichkeiten, die darin bestehen, verschiedenen Bevölkerungs- oder Interessengruppen eine angemessene Vertretung zu garantieren. Dies geschieht in der Regel mit dem Mittel des Proporzes. In der Schweiz gilt er beispielsweise für die Garantie der Vertretung der Kantone und Sprachgruppen und als informelle Parteienquote im Bundesrat ("Zauberformel"). Der Proporzgedanke könnte auch zur Verbesserung der politischen Repräsentation der Frauen angewandt werden. Es gilt dabei zu unterscheiden einerseits zwischen Quoten im privaten Bereich, in Parteigremien, auf Wahllisten, in allen Bereichen politisch aktiver Organisationen, und auf der anderen Seite Quoten in staatlichen Gremien (wie Parlamenten, Exekutiven, Kommissionen und ExpertInnengruppen).

Man kann zu Quoten eingestellt sein, wie man will, fest steht jedenfalls, dass sie das effizienteste Mittel sind, für Politikerinnen Platz zu schaffen. Das ist kaum bestritten, aber gerade deshalb sind Quoten stark umstritten. Wenige haben etwas gegen Frauenförderung, solange sie verbal beteuert wird. Was aber, wenn eine Garantie besteht, dass die Förderung auch zum Erfolg führt?

Mit dieser Frage wird sich die politische Oeffentlichkeit auseinandersetzen müssen. Es wäre vorerst zu begrüssen, wenn die Diskussion um Quoten im politischen Bereich vorangetrieben und damit auch enttabuisiert würde.

6. Im Wettstreit um Gleichberechtigung

Die Parteien, deren Bedeutung für die politische Repräsentation gross ist, könnten auf verschiedene Weise für Frauenförderung gewonnen werden:

Auf der finanziellen Ebene könnten staatsbürgerliche Bildungs- und politische Weiterbildungsveranstaltungen der Parteien, soweit sie spezifische Frauenförderungsprogramme beinhalten, durch besondere staatliche Subventionen unterstützt werden. Im Rahmen der zur Zeit diskutierten staatlichen Parteienfinanzierung bietet sich zudem die Möglichkeit an, die von einer Partei praktizierte Frauenförderung als Zuteilungskriterium zu berücksichtigen.

Zum andern müssten PromotorInnen der Gleichberechtigung darauf hinarbeiten, dass Frauenförderung für ein positives Parteiimage unerlässich wird. Es soll nicht nur zum guten Ton gehören, in den Leitungsgremien der Partei und auf Wahllisten ein paar Frauen vorweisen zu können, nein, es soll vielmehr zum wesentlichen Konkurrenzkriterium werden, ob eine Partei z.B. eine Frauenquote auf Listen und in ihren Gremien vorweisen kann. Wenn sich eine renommierte Partei mit einer offensiven Frauenförderung in die Konkurrenz werfen, das heisst Frauenförderung auch aktiv zum Thema machen würde, dürfte mit einem Nachahmeffekt von Seiten der anderen Parteien gerechnet werden (vgl. skandinavische Beispiele im Bitterli/Ducret, Kapitel 1).

7. Ungeduld und Beharrlichkeit als politische Tugenden

Zunehmend gibt es Stimmen, die die Frauen mahnen, dankbar zu sein für das Erreichte und der Geschichte ihren Lauf zu lassen. Die politische Repräsentation der Frauen brauche Zeit, die Besserung sei stetig und unausweichlich, kleine Schritte für grosse Ziele. Frau solle der Evolution vertrauen. Die Evolution kümmert sich aber nicht um die Entwicklung einer gerechteren Welt. Evolution meint den Fortgang des organischen Lebens ungeachtet moralischer Kategorien.

Der Prozess der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern verläuft in Kurven, die langfristig kaum prognostizierbar sind. Wenn im globalen Durchschnitt ein Stillstand oder gar ein Rückgang der politischen weiblichen Repräsentation festzustellen ist, wenn Förderungsmassnahmen für Frauen im Falle eines kurzfristigen Erfolges wieder zurückgenommen werden (Bitterli/Ducret, Kapitel 1), dann lassen sich zumindest zwei Schlüsse daraus ziehen:

Erstens gibt es nach wie vor massiven Widerstand gegen eine politisch egalitäre Partizipation der Frau. Die verbreitete grundsätzliche Befürwortung der gleichen Rechte für Frauen und Männer (Stämpfli, Kapitel 6) stösst an Grenzen, wenn es um konkrete Massnahmen der Machtumverteilung geht. Ängste werden wach, wenn Privilegien abgegeben werden sollen. Widerstände organisieren sich in verschiedenster Form, um den Einzug der Frauen aufzuhalten. Hier zeigt sich der Automatismus der jahrhundertealten weiblichen Ausgrenzung. Ohne grossen Aufwand festigt sich das herrschende, männlich dominierte System. Stabilität und Ordnung waren schon immer Argumente gegen gesellschaftlichen Wandel.

Zweitens müssen die Strategien für eine politische Gleichstellung auf allen Ebenen abgesichert werden, damit sie nicht - kaum wirksam - wieder zurückgenommen werden können. Alle Arten von Förderungs-massnahmen (**die richtigerweise Massnahmen zum Ausgleich von Ungleichstellung heissen müssten**) sollten so gestaltet sein, dass sie am realen Erfolg gemessen werden. Ein Beispiel: Wenn eine Partei beschliesst, künftig ihre Mitglieder zu ermuntern, Frauen ins Parlament zu wählen, und die realen Verhältnisse bleiben gleich, dann ist die Strategie ineffektiv und zu ersetzen. Massnahmen machen nur dann einen Sinn, wenn sie mit konkreten Auflagen und Zielvorgaben formuliert werden und einer ständigen Kontrolle unterliegen.

Ungleichstellung der Geschlechter ist kein einmaliges Wahlthema, sondern eines der Grundübel unserer Kultur. Der Mißstand lässt sich nicht bloss durch Freiwilligkeit, durch erhöhtes Bewusstsein angehen, es braucht auf der pragmatischen Ebene wirksame Beschlüsse und Regeln, gerichtet auf das gemeinsame Ziel.

8. Wahlerfolge - Bedingungen und Organisation

86 Prozent der gegenwärtigen Nationalräte sind verheiratet und haben Kinder (Ballmer-Cao, Kapitel 4). Frage: Wieviele dieser Männer leisten oder leisteten zu gleichen Teilen wie ihre Partnerinnen Beziehungs- und Kinderbetreuungsarbeit? In wievielen Fällen haben Ehefrauen für den familialen Rückhalt gesorgt? Für politische Aspiranten scheint der Ausweis einer eigenen Familie karrierefördernd zu sein, hingegen ist er bei den Kandidatinnen oft ein Hinderungsgrund. Dem Mann gibt die Familie das Ansehen von Stabilität und Ordnung, bei der Frau fragen sich die Wählenden, wie sich ein politisches Mandat mit den familiären Pflichten verträgt. Zweifel, ob eine zu wählende Person die Doppelaufgabe, Familie und Politik, überhaupt schafft, richten sich ausschliesslich an Frauen. Die Freistellung der Politiker von familiären Pflichten war bislang selbstverständlich. Niemand käme auf die Idee zu behaupten, Politiker seien schlechte Väter oder Ehemänner, weil sie in ihren Agenden wenig Raum für Kind und Ehefrau finden. Nach andern Kriterien werden beruflich und politisch ausgelastete Mütter und Ehefrauen eingeschätzt. Ihnen wird rasch einmal vorgeworfen, sie vernachlässigten ihre primären Aufgaben. Sie werden gefragt, weshalb sie überhaupt Kinder auf die Welt gebracht haben, wenn sie doch kaum Zeit für sie hätten. Es wird ihnen Karrieresucht und Machtgier unterstellt.

Diese doppelte Moral gilt es aufzulösen. Wenn Frauen proportional zum Bevölkerungsanteil in der Politik Fuss fassen sollen, dann ist die Organisation des Reproduktionssektors (wer betreut die Kinder, wer führt den Haushalt) von entscheidender Bedeutung. Politische Karrieren brauchen, wie es eine Befragte ausdrückte, Zeit und Energie(Ballmer-Cao, Kapitel 4). Solange Frauen diese beiden Faktoren überwiegend in die Privatfamilie investieren (sollen) und Männer dies eben nicht tun, solange bleibt Politik vor allem ein Männergeschäft.

Stellen wir uns den fiktiven Werdegang einer erfolgreichen Kandidatin für das Bundesparlament vor. Sie bereitet ihren Wahlsieg von langer Hand vor. Dank der teilweisen oder vollständigen Entlastung von familiären Pflichten kann sie sich beruflich qualifizieren und einen ansehnlichen Leistungsausweis vorzeigen (Claude Longchamp weist nach, dass diese beiden Merkmale die wesentlichen Kriterien sind für die Personenauswahl bei Wahlen, siehe Kapitel 5). Die notwendige, regionale Popularität stellt sich bei der Kandidatin ein, weil sie neben der aufwendigen politischen Basisarbeit präsent ist an öffentlichen Veranstaltungen und in Medien. Sie betreibt professionell Propaganda für ihre Person, da sie Wahlkämpfe nicht als Höflichkeitsrituale kennengelernt hat. Auf der Jagd nach der Gunst der Wählenden ist sie finanziell, organisatorisch und sozial abgesichert. Sofern in ihrem Wahlbezirk der Listenplatz einen Einfluss auf die Wahlchancen hat, sorgt sie konsequent dafür, dass ihr Name einen vorderen Platz erhält, indem sie ihr dichtes Netz von einflussreichen Wirtschafts- und Politbe-

ziehungen ausnützt. Damit verfügt sie über ein Äquivalent zur Interessenslobby der männlichen Konkurrenz.

Wenn die Frauen politische Machtpositionen erobern wollen, müssen sie sich zu einem beträchtlichen Teil den vorgegebenen (männlichen) Wahlmodalitäten anpassen. Die Gefahr besteht durchaus, dass sie sich mit diesen identifizieren und ebenso stramme Politikerinnen werden wie ihre Kollegen. Die Chance besteht aber mindestens so sehr, dass sie - einmal gewählt - die politischen Verkehrsregeln in vielfältiger Weise umgestalten. Es scheint uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu riskant, darauf zu spekulieren, dass der politische Alltag sich kurzfristig den Kandidatinnen anpasst. Damit meinen wir nicht, dass Frauen abgesehen von den oben beschriebenen Erfordernissen zu einer erfolgreichen Wahl nicht auch all ihre Phantasie einsetzen sollen, um ihr gesetztes Ziel zu erreichen.

9. Keine Angst vor Machtpolitik: Mit einer Lobby in die Lobbies

Politik ist das Artikulieren, das Zusammenspiel, der Konkurrenzkampf und die entsprechende Kompromissuche verschiedener Interessengruppen. TrägerInnen verschiedener Interessenlagen versuchen, sich in der öffentlichen Auseinandersetzung durchzusetzen resp. für sich je optimale Kompromisse auszuhandeln. Dies erfolgt meist in organisierter Form: Ueber Verbands- und Parteipolitik, über sogenannte "Pressure-Groups" oder Lobbies, also Gruppen, die für ihre Interessen Druck ausüben.

In bezug auf unser Anliegen, Frauen auf allen Stufen vermehrt in die Politik einzubinden, gibt es für Frauen - innerhalb und ausserhalb ihrer Organisationen - grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- sich inhaltlich (hinsichtlich ihrer als "frauenspezifisch" deklarierten Interessen) als mehr oder weniger homogene Lobby zu begreifen und entsprechend zu handeln (Frauenorganisationen);

- eine Lobby zu bilden mit dem erklärten Ziel der gleichberechtigten Einbindung in die Politik auf allen Stufen, was auch bedeutet, entsprechende Positionen in den schon bestehenden Lobbies zu erreichen.

Die beiden Wege schliessen sich gegenseitig nicht aus, sind in ihrem Zusammenspiel notwendig, wenn die politische Oeffentlichkeit für die Gleichberechtigung der Frauen sensibilisiert und motiviert werden soll.

Wir wenden uns an dieser Stelle der zweiten Möglichkeit zu, weil sie, wie es uns scheint, in der Schweiz noch kaum verfolgt wird, noch keine Tradition besitzt. Hier geht es darum, Scheu und Vorbehalte gegenüber Machtpolitik und Pragmatismus im Zusammenhang mit politischen Fraueninteressen abzubauen. Pragmatismus ist angezeigt, weil es um die Erreichung klar umgrenzter, kurz- und mittelfristiger Ziele geht (z.B. eine höhere Repräsentation der Frauen bei kommenden Wahlen). Angezeigt ist auch Machtpolitik, weil es eine Politik braucht, die ihrerseits den Spielregeln der Lobbies angepasst ist. Frauen brauchen eine Lobby, um in die Lobbies zu gelangen, denn dort findet der Verteilungskampf um die politischen Aemter statt.

Die Fragestellungen einer politischen Frauenlobby wären:

Wie werden Frauen, die daran interessiert sind, Politikerinnen?

Wie verschaffen sie sich Platz auf der politischen Bühne?

Wie können polititsche Amtsträger dazu gebracht werden, ihren Platz an Politikerinnen abzutreten?

Handlungskonzepte müssten pragmatisch und professionell erarbeitet werden, ähnlich wie dies etwa für berufliche Wiedereinsteigerinnen und weibliche Karriereplanung bereits üblich ist. Auch die Finanzierung politischer Frauenlobbies könnte so erfolgen, wie es von ähnlichen Organisationen im beruflichen Bereich bekannt ist: Es bezahlen zum einem die Benützerinnen oder die interessierten Organisationen, die die Dienste der politischen Frauenlobby in Anspruch nehmen (so könnte etwa eine Partei zwecks professioneller Portierung ihrer Kandidatin xy den Betrag z an eine Lobby entrichten). Zum andern empfängt die Lobby Subventionen für bestimmte Veranstaltungen oder Kurse (z.B. politische Weiterbildungskurse). Aehnliche Beispiele sind aus dem Ausland bekannt (vgl. das amerikanische und das holländische Beispiel bei Bitterli/Ducret, Kapitel 1). Die Aktivitäten einer solchen Stelle müssten pragmatisch sein, d.h. den individuellen Bedürfnissen verschiedener Parteien und Persönlichkeiten gerecht werden. So unterscheidet sich eine parteiintern zu verfolgende Strategie in einer sozialdemokratischen Partei möglicherweise erheblich von derjenigen, die für eine bürgerliche Partei angezeigt wäre, oder die Strategie für den "Aufbau" einer Wirtschaftspolitikerin von derjenigen für die Portierung einer Umweltschutzpolitikerin.

Aus den verzwickten Hintergründen der politischen Unterrepräsentation der Frauen (vgl. alle Kapitel in diesem Band) können keine geradlinigen Handlungskonzepte gefolgert werden, wohl aber "pragmatische Korrekturmassnahmen". Sich mit den Hintergründen auseinanderzusetzen, wird Aufgabe der Parteien, der Frauenorganisationen und aller an der Gleichberechtigung der Frau Interessierten bleiben.

10. Quintessenz - Was tun bis 1991 und danach ?

Im Herbst 1991 sind Nationalratswahlen. Was könnte und müsste - nach Kenntnisnahme der Berichte - getan werden, um die Untervertretung der Frauen im Parlament entscheidend zu revidieren?

Zunächst und vor allem ist ein Perspektivenwechsel vonnöten: Die erschreckende Unterrepräsentation der Frauen hat als ihr Gegenstück eine ebenso aufstossende Übervertretung der Männer. Auf deutsch: Es sitzen viel zu viele Männer im Parlament, und es ist endlich an der Zeit, dass diese Männer und ihre potentiellen Nachfolger den Frauen Platz machen.

Das parlamentarische Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern ist daher vor allem ein Geschäft, das Männer angeht, auf mehreren Ebenen:

Erstens sind Männer als Wähler angesprochen. Sie sind aufgefordert, ihren Teil dazu beizutragen, viel mehr Frauen ins Parlament zu wählen. Dies können sie tun, indem sie

- **Kandidatinnen auf den Wahllisten privilegieren und gleichzeitig Kandidaten streichen.**

Oder sie können

- **Frauenlisten unterstützen und**

- **aktiv für Frauen werben.**

Zweitens: Weil Männer in den allermeisten Parteien in der grossen Mehrheit sind und die wichtigsten Schlüsselpositionen besetzen, können sie

- **dafür sorgen, dass Frauen mindestens gleichwertige Ausgangschancen haben, gewählt zu werden.**

Dabei ist es keinesfalls undemokratisch,

- **Frauen zu bevorzugen**

in einem System, in dem Männer Meinungsbildungs- und Entscheidungskanäle bzw. -prozesse weitgehend kontrollieren.

Drittens: Gegenwärtige Nationalräte und ihre potentiellen Nachfolger haben es in der Hand, ihre Sitze zugunsten von Frauen abzugeben. Die einen, indem sie

- **ihre Sessel räumen und nicht mehr kandidieren**

und die andern, indem sie ihre

- **Karriereziele umpolen und**

- **ihre Energie in die Förderung einer Parteikollegin investieren.**

Damit ist auch schon klar, was potentielle Kandidatinnen brauchen: Unterstützung auf allen Ebenen, auch von Männern. Beispielsweise

- **können Lebenspartner oder Freunde die Aspirantinnen während des Wahlkampfes von allfälligen Reproduktionsaufgaben entlasten,**

ihnen sogenannt den Rücken freihalten. Oder Männer können sich

- **tatkräftig in Unterstützungskomitees einsetzen,**

Geld sammeln, wirksame Werbestrategien austüfteln. Oder Männer haben die Möglichkeit,

- **ihre Machtpositionen zu nutzen, etwa in den Medien, um Frauen den erforderlichen Platz zu verschaffen.**

Dieser Perspektivenwechsel ist deshalb so notwendig, weil allzu häufig - wenn es um die Gleichstellung der Geschlechter geht - nur an Frauen appelliert wird, und Männer wie unveränderliche Grössen gehandelt werden.

Die Aufgabe der Frauen sehen wir darin, dass sie sich überall und ohne Zurückhaltung in den politischen Wettstreit einmischen

Auf der Ebene der Wählerinnen ist damit gemeint, Frauen sollen noch

- **stärker ihr Wahlrecht wahrnehmen**

und sie sollen - wie schon die Männer -

- **Wahllisten zugunsten der Kandidatinnen umgestalten, das heisst Frauen wählen und Männer streichen (kumulieren, panaschieren).**

Frauen sollten sich ebenfalls dafür einsetzen, günstige Rahmenbedingungen für die Kandidatinnen zu schaffen. Sie können

- **"pressure groups" gründen oder in bereits bestehenden mitmachen (u.a. Lobby-Arbeit mit Frauenorganisationen).**

Sie können

- **Wahlkämpfe organisieren,**

und sie haben die Möglichkeit, sich

- **über die Parteigrenzen hinweg mit Kandidatinnen zu solidarisieren.**

Selbstverständlich braucht es für eine ausgewogene Geschlechterverteilung im Parlament auch genügend viele geeignete Bewerberinnen. Hier besteht aber - wie Ballmer-Cao/Kopp, Kapitel 2 eindrücklich zeigt - kein Mangel. Trotzdem wollen wir parteipolitisch aktive Frauen zusätzlich ermutigen,

- **ihre allfälligen Kandidaturen mit Selbstvertrauen und Entschlossenheit voranzutreiben.**

Ihre Rechte, privilegiert zu kandidieren, sind mehr als legitim und ihre Wahlerfolge sind historisch überfällig.

Parteien, Verbände, und andere Körperschaften haben die Möglichkeit,

- **die erstarrten männerbegünstigenden Wahlrituale aufzubrechen.**

Allerdings braucht es Mut und Entschlossenheit, um langfristig aufgebaute Männer-Karrieren zurückzustellen und Frauen den Weg in den Nationalrat zu ebnen. Frauen haben in unserer Gesellschaft weniger Möglichkeiten, sich machtfördernde Etiketten und Verbindungen anzueignen, da wesentliche Qualifizierungsfelder fast ausnahmslos für Männer reserviert sind (Militär, Männerzünfte, Spitzenpositionen in Wirtschaft und Verwaltung etc.). Häufig entsprechen die Lebensläufe der Frauen nicht den konventionellen Anforderungsprofilen für hohe politische Ämter. Ihre Biografien sind weniger geradlinig, weniger gleichförmig. Der geltende

-**Qualifikationsbegriff muss neu überdacht werden.**

Ist die sogenannte 'Ochsentour', das militärisch anmutende Abverdienen der politischen Qualifikation, der mühselige, zeitaufwendige Gang von der Parteibasis bis zur Spitze überhaupt das Kriterium für politische Eignung? Müssen dafür

nicht vielfältigere Wege anerkannt werden, in denen Raum für unterschiedlichste Lebensentwürfe vorhanden ist? Damit würde Politik Frauen (und Männern) zugänglich werden, die andere Fähigkeiten in anderen sozialen Feldern erworben haben. Die Tätigkeit in Parteien, Verbänden und Gremien ist nur eine unter vielen Qualifizierungsmöglichkeiten.
Parteien und Verbände sollen den

- **Geschlechterproporz in ihre Programme**

aufnehmen. Durch das Mittel der

- **Rotation (Frau ersetzt Mann)**

könnte Platz für Kandidatinnen geschaffen werden. Parteien müssen bereit sein, ihre

- **Anwärterinnen in ausreichendem Masse finanziell und organisatorisch zu stützen.**

Die langjährigen

- **Erfahrungen der Parteien sollen - bis zur Erreichung der ausgewogenen Repräsentation - in erster Linie Frauen zugute kommen.**

- **Kandidatinnen sind gezielt aufzubauen**

und brauchen

- **parteiinterne Schulung für die Phase des Wahlkampfes.**

Ihre Kampagnen wollen mit Hilfe der Partei professionell und gründlich vorbereitet werden. Auf Wahllisten sollen ihnen die

- **erfolgversprechendsten Listenplätze**

zur Verfügung gestellt werden.

Schliesslich kann der Staat dafür sorgen, dass Frauen grössere Wahlchancen haben. Eine Möglichkeit besteht darin, die

- **Amtszeit für Ratsmitglieder zu beschränken**

(diese Regelung ist in einigen kantonalen Parlamenten und innerhalb von verschiedenen Parteien jetzt schon Praxis). Damit würden automatisch häufiger Plätze frei, auch für Kandidatinnen. Eine zweite Option sehen wir darin, die

- **ausserparlamentarischen Kommissionen geschlechterproportional zu besetzen,**

um mehr Frauen die Möglichkeit zu geben, politische Erfahrungen zu sammeln und karrierefördernde Kontakte zu knüpfen. Drittens sind öffentliche

- **Stellungnahmen denkbar im Sinne einer Botschaft zu den Parlamentswahlen unter dem Stichwort: "Das Parlament braucht mehr Frauen".**

Damit würde dem Gleichstellungsartikel der Bundesverfassung in der Praxis ein wenig nachgeholfen.

Ob all diese Handlungsmöglichkeiten den Frauen im Wahljahr 1991 und danach (endlich) zu ihrer rechtmässigen Teilnahme an den politischen Prozessen in der Schweiz verhelfen werden, hängt vom Engagement aller mündigen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ab. Die Zeit des Bittens, Hoffens und der Geduld ist vorbei, die Hälfte des parlamentarischen Raumes steht den Frauen zu. Erobern wir ihn mit Nachdruck und Phantasie.

Adressen der Autorinnen und Autoren

Ballmer-Cao Thanh-Huyen, PD Dr.ès sc.pol./Politologin,
Forschungsstelle für Politische Wissenschaft der Universität Zürich,
Künstlergasse 16, 8006 Zürich

Belser Katharina, lic.phil./Psychologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
Bundesamt für Kultur,
Lentulusstrasse 41, 3007 Bern

Bitterli Rosie, lic.iur., Wissenschaftliche Mitarbeiterin Bundesamt für Kultur,
Hertensteinstrasse 14, 6004 Luzern

Ducret Véronique, lic.psych./Sozialpsychologin,
35, Rue Grand-Bureau, 1227 Acacias

Kopp Luzia, lic.phil.I, Politologin, Forschungsstelle für Politische
Wissenschaft der Universität Zürich, Künstlergasse 16, 8006 Zürich

Longchamp Claude, lic.phil.-hist./Politikwissenschafter, Forschungszentrum für
schweizerische Politik an der Universität Bern, Neubrückstrasse 10, 3012 Bern

Stämpfli Regula, lic.phil.-hist./Politikwissenschafterin, Forschungszentrum für
schweizerische Politik an der Universität Bern, Neubrückstrasse 10, 3012 Bern